

Transit

EUROPÄISCHE REVUE

Das Gedächtnis des Jahrhunderts

Paul Ricoeur Zwischen Gedächtnis und Geschichte

Pierre Nora Gedächtniskonjunktur

Timothy Garton Ash Mesomnesie – Plädoyer für ein mittleres Erinnern

Kommentare **Joachim Gauck** und **Alex Boraine**

Reinhart Koselleck Transformation der Totenmale im 20. Jahrhundert

Was tun mit der kommunistischen Vergangenheit?

Andrzej Paczkowski über Polen

Jacques Rupnik über die Tschechische Republik

Alexei Miller über Russland

Brunner-Szabo/Tschögl Museum der Erinnerungen. Ein Projekt

Charles S. Maier Die Halbwertszeit von Nazismus und Kommunismus

Aviezer Ravitzky Holocaust und jüdisches orthodoxes Denken heute

Yehuda Bauer Holocaust, Geschichtsschreibung und Gedächtnis

Michel Serres Neue Technologien und Ökonomie des Vergessens

Transit wird herausgegeben am Institut für die Wissenschaften vom Menschen (IWM) in Wien und erscheint im Verlag Neue Kritik, Frankfurt am Main.

Herausgeber: Krzysztof Michalski (Wien/Boston)

Redaktion: Klaus Nellen (Wien)

Redaktionskomitee: Jan Blonski (Krakau), Peter Demetz (New Haven), Timothy Garton Ash (Oxford), Jacqueline Hénard (Paris), Tony Judt (New York), Otto Kallscheuer (Sassari), Cornelia Klinger (Wien), Janos Matyas Kovacs (Budapest/Wien), Claus Leggewie (Gießen), Jacques Rupnik (Paris), Aleksander Smolar (Warschau/Paris), Josef Wais (Wien, Photographie)

Beirat: Lord Dahrendorf (London), Bronislaw Geremek (Warschau), Elemer Hankiss (Budapest), Petr Pithart (Prag), Fritz Stern (New York)

Redaktionsanschrift: Transit, Institut für die Wissenschaften vom Menschen, Spittelauer Lände 3, A-1090 Wien, Telefon (+431) 31358-0, Fax (+431) 31358-30, mail: transit@iwm.at / Website: www.iwm.at

Verlagsanschrift: Verlag Neue Kritik, Kettenhofweg 53, D-60325 Frankfurt/Main, Telefon (069) 72 75 76, Fax 72 65 85, E-mail: verlag@neuekritik.de

Die Mehrzahl der Beiträge in diesem Heft geht auf die Konferenz »Das Gedächtnis des Jahrhunderts« zurück, die das IWM im März 2001 veranstaltet hat. Wir danken der Körber-Stiftung für die Unterstützung der vorliegenden Publikation.



© IWM 2023. This work is licensed under CC BY-NC-ND 4.0.

ISSN 0938-2062 / 978-3-8015-0637-7

Transit ist Partner von *eurozine — the netmagazine* (www.eurozine.com), einem Zusammenschluß europäischer Kulturzeitschriften im Internet. Transit is regularly listed in the *International Current Awareness Services*. Selected material is indexed in the *International Bibliography of the Social Sciences*.

Textnachweises: Paczkowski und Rupnik: Beiträge zum IWM-Kolloquium »The Memory of Communism in the Czech Republic« (Prag, Oktober 2001), das von der Robert Bosch Stiftung gefördert wurde. Serres: Wir danken dem Institut français de Vienne und seinem Direktor, François Laquière, für die Zusammenarbeit. Der Beitrag von Brunner-Szabo/Tschögl wurde vom Bundeskanzleramt Wien, Sektion für Kunstangelegenheiten, gefördert.

© 2002 für sämtliche Texte und deren Übersetzungen Transit/IWM.

Das Gedächtnis des Jahrhunderts

Paul Ricoeur Zwischen Gedächtnis und Geschichte	3
Pierre Nora Gedächtniskonjunktur	18
Timothy Garton Ash Mesomnesie – Plädoyer für ein mittleres Erinnern	32
Kommentare: Joachim Gauck	49
Alex Boraine	55
Reinhart Koselleck Die Transformation der politischen Totenmale im 20. Jahrhundert	59
Was tun mit der kommunistischen Vergangenheit?	
Andrzej Paczkowski über Polen	87
Jacques Rupnik über die Tschechische Republik	108
Alexei Miller über Russland	131
Museum der Erinnerungen Ein Projekt von Eva Brunner-Szabo und Gert Tschögl	145
Charles S. Maier Heißes und kaltes Gedächtnis: Über die politische Halbwertszeit von Nazismus und Kommunismus	153
Aviezer Ravitzky Der Einfluß des Holocaust auf das zeitgenössische jüdische orthodoxe Denken	166

Yehuda Bauer	
Geschichtsschreibung und Gedächtnis am Beispiel des Holocaust	178
Michel Serres	
Der Mensch ohne Fähigkeiten: Die neuen Technologien und die Ökonomie des Vergessens	193
Zu den Autorinnen und Autoren	207

Paul Ricoeur

ZWISCHEN GEDÄCHTNIS UND GESCHICHTE

Mein Thema ist, nach vielen anderen, die Wahrheit in der Geschichte. Vielleicht muss man in einer Zeit, in der die Pflicht, sich zu erinnern, allzu rasch beschworen wird, auf dieser kritischen Dimension insistieren. Vom Gedächtnis als Pflicht werde ich aber nicht ausgehen, sondern erst am Ende meiner Überlegungen darauf zurückkommen. Mein Ansatz reiht sich in die nachhegelianische Epistemologie der historischen Erkenntnis ein. Für Simmel und die Neo-Kantianer unterscheidet sich die historische Tatsache von der soziologischen Tatsache durch die nicht wiederholbare Singularität des Ereignisses; Dilthey unterstreicht das Verwickeltsein des Interpretieren in die Konstruktion von Objektivität – ein Ansatz, der in Frankreich im Denken von Robert Aron und Henri I. Marrou weiterwirkte; die angelsächsischen Narrativisten, wie z.B. Louis O. Mink, und der Franzose Paul Veyne untersuchten die Nähe des historischen Diskurses zur Erzählung; ich selbst bin diesem Weg in *Zeit und Erzählung*¹ gefolgt; andere wiederum betonen in Anknüpfung an Vico den rhetorischen Charakter der Geschichte, um sie, wie Hayden V. White, einem szientistisch missverstandenen Positivismus gegenüberzustellen. Ich habe hier einen anderen Zugang gewählt und möchte die Beziehung der Geschichte zum Gedächtnis im Hinblick auf die Darstellung [représentation] der Vergangenheit untersuchen. Worin besteht der Zusammenhang zwischen dem Wunsch nach Zuverlässigkeit des Gedächtnisses und der Forderung nach Wahrhaftigkeit der Geschichte? Wenn ich hier die Erscheinungsweisen des Gedächtnisses in meine Betrachtungen einbeziehe, dann nicht deshalb, weil dieses Thema derzeit Konjunktur hat, sondern im Gegenteil, weil die Frage nach der Darstellung eine der ältesten ist, die sich die Philosophen stellen, seit die Sophisten und Skeptiker sie herausgefordert haben. Vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum mein Buch über das Gedächtnis, die Geschichte und das Vergessen² mit der alten griechischen Aporie der Anwesenheit des Abwesenden im *eikon*, dem Bild der abwesenden Dinge, beginnt und die Gefahr in Kauf nimmt, den Leser abzuschrecken. Die Frage nach der Darstellung

dessen, was nicht mehr anwesend ist, konfrontiert uns auf elementare Weise mit der Frage nach der Wahrheit in der Darstellung.

Im weiteren werde ich folgendermaßen vorgehen: Zunächst möchte ich das Gedächtnis als Schoß der Geschichte sowie die Probleme, die sich aus dieser Herkunft ergeben, erörtern (I.). Dann werde ich die Entwicklung referieren, die zur Verselbständigung der Geschichte gegenüber dem Gedächtnis führte – bis zu dem Punkt, wo die Geschichte beginnt, die Tatsachen des Gedächtnisses als privilegierte Objekte zu behandeln, die gleichwohl in die neuen Objekte einer Geschichte eingebettet sind, die sich ihrerseits als neu bezeichnet (II.). Mit der Umgestaltung des Gedächtnisses durch die Geschichte werde ich meine Ausführungen beschließen. Hier handelt es sich um ein Gedächtnis, das die Geschichte durchquert hat, das durch die Geschichte hat erzogen werden können und das sich, nachdem es durch diese Auseinandersetzung mit der Geschichte verwandelt wurde, die Frage nach der Arbeit und der Pflicht des Gedächtnisses stellt (III.).

I. Das Gedächtnis als Schoß der Geschichte

Wenn die Geschichte auf der Ebene des Wissens auch einen deutlich erkennbaren Anfang hat, der durch berühmte Namen wie Herodot oder Thukydides und durch noch ältere Quellen markiert ist, rühren ihre Hauptprobleme (und, um es gleich zu sagen, ihre Schwierigkeiten, ihre Verlegenheiten) von weiter her als sie selbst – nämlich eben vom Gedächtnis. Ich sehe hier eine dreifache Erbschaft: 1. die Formulierung eines Rätsels, das sowohl die Idee der Darstellung selbst als auch die Darstellung des Vergangenen berührt; 2. ein erstes Modell zur Auflösung dieses Rätsels; und 3. die Bindung des Gedächtnisdiskurses an einen oder mehrere Sprechende, von denen man sagt, dass sie sich erinnern, d.h. an eine Pluralität von Gedächtnissubjekten.

1. Worin besteht das Rätsel? Die Erinnerung gelangt zum Geist wie ein Bild, das sich spontan als Zeichen gibt: Es bezieht seine Anwesenheit [présence] nicht aus sich selbst, sondern aus etwas anderem, Abwesenden, das, im konkreten Fall der Bild-Erinnerung, dadurch gekennzeichnet ist, dass es zuvor existiert hat. Drei Merkmale lassen sich demnach hinsichtlich der Erinnerung festhalten: Anwesenheit, Abwesenheit und Vorzeitigkeit. Diesen drei Merkmalen werden verschiedene Entitäten zugewiesen: Die

Anwesenheit ist jene des Bildes selbst, aber eines Bildes, das sich als Spur, Abdruck oder Zeichen der abwesenden Sache gibt. Unter diesen verwandten Ausdrücken verbirgt sich eine unermessliche Problematik, die durch die Metapher des Abdruckes, den das Siegel im Wachs hinterlässt, veranschaulicht wird: Während der Abdruck anwesend ist, ist das Eindringen des Siegels es nicht mehr. Damit kommen wir zum zweiten Merkmal der Erinnerung: die Abwesenheit. Diese Abwesenheit kann die einer Fiktion, einer Phantasie, einer Halluzination oder eines realen Ereignisses sein. Auf diese Weise werden wir unvermittelt vor das beunruhigende Problem der Grenzziehung zwischen Gedächtnis und Einbildung, Erinnerung und Fiktion gestellt. Zu dieser Frage hat die Rhetorik auf einer anderen Ebene ihren Teil beizutragen. Das dritte und entscheidende Merkmal des Rätsels der Darstellung der Vergangenheit ist das Gefühl der zeitlichen Distanz, der Entfernung, die in unserer Sprache durch das Tempus der Verben oder durch Zeitbestimmungen wie »zuvor« oder »vor« ihren Ausdruck findet. Damit haben wir das Rätsel des Rätsels formuliert. Es besteht darin, dass die Vergangenheit im Bild als Zeichen des Abwesenden anwesend ist, eines Abwesenden freilich, das, auch wenn es nicht mehr ist, doch gewesen ist. Es ist dieses Gewesensein, auf das die Erinnerung abzielt, und es ist dessen Rückkehr, der sie treu bleiben möchte.

2. Nach der Darlegung des Rätsels kommen wir nun zu der ersten und vorläufigen Auflösung, die das Gedächtnis hierzu vorschlägt. Unter einer intellektuellen, mehr oder weniger intensiven Anstrengung (welche die Griechen *anamnesis* nannten, Wiedererinnerung, Erinnerung [rappel], Zurückrufen einer Erinnerung [récollection]) und manchmal ohne die Mühe einer Nachforschung, einer Suche, einer beunruhigenden Untersuchung kommt es zu einer Rückkehr des Vergangenen, die wir Wiedererkennen nennen. Henri Bergsons *Materie und Gedächtnis*³ verdanken wir eine Rekonstruktion der gesamten Problematik des Gedächtnisses, die sich auf zwei Worte stützt: das Wiedererkennen der Bilder und das Überdauern der Bilder. Das Wiedererkennen ist, wie ich gerne sage, ein kleines Wunder. Dieses Glück des Wiedererkennens wird der Geschichte versagt sein, auch wenn sie vielleicht dazu bestimmt ist, es zu suchen. Das Wiedererkennen hat den Rang der Gewissheit. Man kann es anfechten, es verdächtigen, ihm Dokumente entgegenhalten, die von einer anderen Art sind als die Bezeugung. Aber keine andere primäre Erfahrung als die des Wiedererkennens

gibt uns die gegenwärtige Anwesenheit des Abwesenden – eines Abwesenden, das sich, obwohl verschwunden, obwohl nicht mehr da seiend, als doch vorhanden meldet. Das Wiedererkennen gibt sich tatsächlich als Anpassung, Angleichung des anwesenden Bildes an die abwesende, einstige Sache, deren Spur das Gedächtnis bewahrt hat. Auf diese Weise gesellt sich zu der Gewissheit der Vergegenwärtigung [re-présentation] des Ereignisses die spontane, konjekturale, aber unbesiegbare Voraussetzung des Überdauerns der Bilder: das Überdauern, das Wiederaufleben, die Beharrlichkeit und Beständigkeit dessen, was dauert, in dem Sinne, in dem Dauern ein Verbleiben und nicht einfach das Verstreichen von Zeit meint. Wie kommt dies zustande? Welche Rolle hat hier das Gehirn? Darüber wissen wir wenig. Es liegt uns auch nichts daran zu erklären, was wir in der erstaunlichen Erfahrung der Identifikation erleben, die uns ausrufen lässt: Das ist ja sie! Das ist ja er! Die Gewissheit ist hier so unüberholbar, dass wir zugestehen müssen: Wie zweifelhaft die Erinnerung im Moment des Wiedererkennens auch sein mag, wir haben nichts Besseres als sie, um uns bestätigen, glauben, sagen, erzählen zu lassen, dass etwas zuvor stattgefunden hat, so, wie wir es erinnern. Genau so? Darin besteht die ganze Frage, die das Gedächtnis in einer Aura von Vehemenz und Beunruhigung an die Geschichte weitergibt. Hier haben wir also, nach dem Vermächtnis des Rätsels selbst, das Vermächtnis seiner Auflösung.

3. Wenden wir uns dem dritten Vermächtnis zu. Das Gedächtnis richtet sich nicht nur auf ein vergangenes Ereignis kraft der Spur, die es in uns hinterlassen hat; es ist auch nicht nur die bisweilen, wenn wir Glück haben, durch das kleine Wunder des Wiedererkennens belohnte Suche, vielmehr ist es darüber hinaus Selbst-Bezeichnung des erinnernden Subjekts. Im Französischen wie im Deutschen sagen wir, dass wir *uns* erinnern. Hier ist das Gedächtnis das unsere, und zuallererst das meinige. Meine Erinnerungen gehören mir. Aber dass der Akt des Sich-Erinnerns jemandem zugeschrieben wird, beschränkt ihn nicht auf diese Selbst-Bezeichnung des Inhabers der Erinnerung in der ersten Person. Durch Anteilnahme und Sichhineinversetzen in eine andere Psyche sind wir auf der Grundlage der Aussagen von anderen sowie anderer, nichtverbaler Zeichen in der Lage, das Gedächtnis auch anderen als uns selbst zuzuschreiben. Diese vielfache Zuschreibung ermöglicht die Erzählung der Erinnerungen von anderen, wie es z.B. im Roman oder im Theater geschieht. Nach und nach weisen

wir allen grammatischen Subjekten ein Gedächtnis zu: ich, du, er/sie, wir usw., einschließlich der Distributivform *jeder*, des anonymen *man* oder *irgend jemand*. Auf der Grundlage dieser Zuspriechung eines multiplen Rechts auf Erinnerung ist es erlaubt, von einem kollektiven Gedächtnis zu sprechen. In dieser Hinsicht konnte Maurice Halbwachs zu Recht vom kollektiven Gedächtnis als Rahmen für die privaten Gedächtnisse sprechen. Aber er meisterte nicht das Konzept der multiplen Zuspriechung, die davon befreit, gegeneinander zu polemisieren. Unsere Gedächtnisse sind ineinander verwickelt, wie es unsere Erzählungen sind, die uns abwechselnd zu einzelnen Protagonisten, zu individuellen oder mit der Masse verschmolzenen Teilnehmern machen. »In Geschichten verwickelt zu sein«, so lautet das Schicksal des Gedächtnisses. An dieses Verwickeltsein knüpft die Geschichte an. Aber es ist dasselbe Verwickeltsein, mit dem sie zuerst bricht.

II. Das Gedächtnis als Objekt der Geschichte

Die Machtübernahme der Geschichte als Humanwissenschaft setzte eine Bewegung in Gang, die zu einer Umkehrung der Rollen von Gedächtnis und Geschichte führte. Der feine Riss zwischen beiden ist sehr früh entstanden. In vieler Hinsicht reicht er in die Zeit des Gedächtnisses und seiner Erzählungen zurück. Er wurde eingeleitet von der Schrift als Einschreibung der menschlichen Erfahrung in einen materiellen, vom menschlichen Körper unterschiedenen Träger wie z.B. Ziegel, Papyrus, Pergament, Papier, Festplatte, ganz zu schweigen von all den Einschreibungen, die keine Transkriptionen der gesprochenen Sprache, des Mündlichen sind, wie z.B. Masken und Tätowierungen, Zeichnungen, Farbmuster auf der Kleidung, Gärten, Stelen oder Denkmäler. Die Einschreibung in diesem Sinne ist weiter zu fassen als die Schriftlichkeit im Sinne von Buchstaben und Literatur. Der Verdacht liegt nun nahe, dass die Schrift als solche dem Gedächtnis Konkurrenz macht, ihm sogar Unrecht antut mit dem Unterfangen, es zu unterstützen, bzw. mit dem Kurzschluss, den es auf Kosten der Wiedererinnerung vorschlägt. Diesen Verdacht erhebt Platon in dem berühmten Mythos des Phaidros, der zu verstehen gibt, dass der verwaiste, seines Autors und dadurch seiner Verteidigung beraubte Text den Zufälligkeiten einer unsicheren Zirkulation ausgeliefert ist. Ist das *pharmakon* der Schrift nun Gift oder Heilmittel? Man hat im Anschluss an den platonischen

Mythos nicht aufgehört, sich die Frage zu stellen, ob das Aufschreiben der Geschichte nicht in irgendeiner Weise die Wiedererinnerung [anamnèse], die die Anstrengung des Gedächtnisses, etwas zurückzurufen, [récollecti-on] schädigt – jene Anstrengung, die am Ende unserer Untersuchung machtvoll wiederauftauchen wird in den beiden Gestalten der Erinnerungsarbeit und der Erinnerungspflicht.

Ich möchte nun der Entwicklung des Risses zwischen Gedächtnis und Geschichte durch die verschiedenen Stadien der historischen Erkenntnis nachgehen und werde dazu die von Michel de Certeau vorgeschlagene Einteilung übernehmen. Er unterscheidet zwischen 1. dem dokumentarischen Stadium, 2. dem Stadium des Erklärens / Verstehens und 3. dem Stadium des literarischen Schreibens. Es versteht sich, dass diese Stadien zum Zwecke der Analyse unterschieden werden, der Prozess der historischen Erkenntnis hingegen als Ganzes fortschreitet. Dass es sich von Anfang bis Ende um ein Schreiben handelt, daran erinnert der Begriff der Historiographie selbst. Ich interessiere mich hier nicht für die Technik der einzelnen Tätigkeiten, die zusammengenommen die historiographische Operation konstituieren. Mich interessiert allein das Schicksal des Gedächtnisses, denn dies ist der Zugang, den ich gewählt habe.

1. Der Bruch, der das dokumentarische Stadium kennzeichnet, geschieht nicht auf einen Schlag. Er schreitet vielmehr über eine Folge von Schwellen voran, zugunsten einer umfassenderen Operation, die gewissermaßen einen Fuß auf jeder Seite der unsichtbaren Barriere hat. Das Bezeugen beginnt tatsächlich bereits mit dem Gedächtnis selbst, insofern ihm ein deklarativer Charakter innewohnt: Das Gedächtnis sagt sich und erzählt sich. In seiner öffentlichen Phase schwankt es dann von einer Ordnung zur anderen. Der Zeuge bezeugt vor einem anderen, und dabei versieht er die einfache Aussage über eine faktische Wirklichkeit mit der Bezeichnung seiner selbst als glaubwürdiger und zuverlässiger Autor dieser Aussage, wie z.B.: »Ich war dort, glauben Sie mir«. In das Zeugnis geht auf diese Weise etwas von der Gewissheit des Wiedererkennens der Erinnerung ein. Zu dieser Selbstgewissheit gesellt sich freilich das Akzeptieren des Verdachtes und des Misstrauens seitens des anderen. Die Bezeugung bzw. das Zeugnis gehen so in den Bereich des Treuhänders [fiduciaire] ein. Die geschriebene und unterschriebene Zeugenaussage wird bei Bedarf durch den Schwur gestützt, die Wahrheit zu sagen, und auf jeden Fall auch durch

das Versprechen, erneut zu bezeugen, wenn eine befugte Autorität es verlangt. Mit dem Eingang in die Treuhänderschaft begibt sich die Bezeugung auch in die Zone der vergleichenden und kritischen Überprüfung des Zeugnisses. Für diesen Prozess stellt Lorenzo Vallas Untersuchung der Konstantinischen Schenkung⁴ das Referenzwerk dar. Für unsere Zeit bleibt Marc Bloch der unüberholbare Theoretiker. Doch indem er dem Zeugnis seinen Ehrenplatz einräumt, markiert er zugleich dessen Grenze, die auch die Grenze des Beitrages des Gedächtnisses zur Problematik sein wird: Nicht alle Zeugnisse sind intentionaler Natur. Es gibt Zeugen wider Willen, die nur für den Historiker Zeugen sind, von dem sie befragt werden. Denn es gibt keine Tatsache, selbst wenn sie durch kritische Verfahren bewiesen ist, deren Bestätigung nicht die Antwort auf eine Befragung wäre, die selbst ihre Disziplin und Regeln hat.

Nach und nach vermischen sich die erzwungenen, entrissenen, erpressenen Zeugnisse in unseren Archiven mit Beweisstücken, von denen einige überhaupt keine Zeugnisse im ursprünglichen Sinne mehr sind. So gelangen wir zu der umfassenden Kategorie des Dokuments, die weit über die der Gedächtnisspur hinausgeht. Die Kategorie des Dokuments deckt alle Arten von materiellen Spuren ab, die durch die menschliche Tätigkeit hinterlassen wurden und die stets gefährdet sind, ausgelöscht zu werden und darum auf unsere Obhut angewiesen sind. Für diese Dokumente sind unsere Archive zuständig. Sie stellen echte Institutionen dar, für die es kein Äquivalent auf der Seite des Gedächtnisses gibt.

Mit der dokumentarischen Spur und dem Archiv tritt ein epistemologisches Paradigma in Erscheinung, das die Autonomie der Geschichte gegenüber einer anderen Instanz sicherstellt, nämlich gegenüber den Naturwissenschaften. Dem galileischen Paradigma, das durch die Beziehung zwischen Experiment, Modellbildung und Verifikation definiert ist, wird ein Paradigma gegenübergestellt, welches der semiotischen Natur des Gegenstands Rechnung trägt. Carlo Ginzburg hat es das Indizienparadigma genannt. Hier wird das Dokument des Archivs betrachtet, interpretiert und dem Urteil von Experten unterworfen. Es befindet sich damit in der Nähe des medizinischen Symptoms und anderer Träger einer indirekten, konjekturalen oder wahrscheinlichen Erkenntnis. Dieser Indiziencharakter der historischen Vermittlung verweist nicht auf einen Mangel an Objektivität, vielmehr ist er der spezifische Modus der Objektivität historischer Erkenntnis. Die dokumentarische Wahrheit erlaubt aufgrund ihrer auf

Wahrscheinlichkeit gründenden Bewertung die Annahme von Wahrheitsgraden – je nach Dichte der Indizien, je nach deren Kohärenz und Reichweite und je nachdem, wie diese Indizien der Überprüfung mittels Vergleich und Diskussion standhalten. Auf diese Weise hat sich die Wahrheit in der Geschichte dank des Dokuments und des Archivs ein Stück weit von der Gedächtnistreue entfernt.

2. Ein weiterer Schritt auf dem Weg der Verselbständigung der Geschichte gegenüber dem Gedächtnis wird durch den Rückgriff auf Verfahren der Auslegung und Interpretation vollzogen, welche die Mittel des Urteilens übersteigen, wie sie vom Gedächtnis auf der Ebene der einfachen Erzählung in Anschlag gebracht werden. Ich möchte im folgenden einige Beispiele dieser Entkoppelung der Historiographie geben.

Nehmen wir zuerst den vielfältigen und verschiedenartigen Gebrauch der Konjunktion »weil«, wie sie in der Antwort auf die Frage »warum?« gebraucht wird. In dieser Hinsicht macht die Geschichte einen großzügigen Gebrauch von Kategorien, die eine Kausalität feststellen. Das reicht von einer Praxis, die den Naturwissenschaften nahe kommt, wo Ursache und Gesetz nicht weit auseinander liegen, bis zur Rede von »Handlungsgründen«. Zu dieser Verschiedenartigkeit im Gebrauch der Kategorie Kausalität gesellt sich ein ebenso vielstufiger Gebrauch im Bereich von Quantität und serieller, repetitiver oder zyklischer Anordnung. Es obliegt allein der Geschichte, die Mittel, welche sie zum Erklären und Verstehen einsetzt, in einem methodischen Geist zu bestätigen.

Ein anderes Vorrecht der Geschichte besteht darin, die ökonomischen, sozialen, politischen und kulturellen Phänomene auf unterschiedliche Ebenen zu verteilen. Dies geschieht um den Preis einer Neuordnung von Verknüpfungen, die in der täglichen Erfahrung vermischt sind. Noch spektakulärer ist der methodische Rückgriff auf die Kategorie des Maßstabs, eine Praxis, die dem Gedächtnis fremd ist. Der Begriff des Maßstabes ist der Kartographie entlehnt und den Städtebauern, Planern und Architekten vertraut. Er beinhaltet, dass man bei unterschiedlichen Maßstäben unterschiedliche Dinge sieht. In seiner einfachsten Form hat der Maßstab der Dauer gewisse Wurzeln im Gedächtnis. So haben wir einen Begriff von langer und kurzer Dauer, die wir kombinieren können. Aber die Geschichte systematisiert diesen Gebrauch, indem sie den derart voneinander getrennten Formen von Dauer verschiedene Kriterien und Regelmäßigkeiten

zuweist. Hier ist natürlich zuerst die Schule der *Annales* zu nennen, vor allem Fernand Braudel, welche die Betrachtung der »longue durée« bevorzugte, da diese einer strukturalen Analyse zugänglich ist, während sie die kurzen Zeitspannen dem flüchtigen Ereignis vorbeihält. Danach haben vor allem die italienischen Historiker der Mikrogeschichte etwas betrieben, das Jacques Revel »Spiel der Maßstäbe« nennt und das über eine Variation der Lektüreebenen funktioniert.⁵ Der Müller des 16. Jahrhunderts in Italien⁶ oder der Dorfbewohner, der dem Druck von oben ausgesetzt ist⁷, lernen, sich in Situationen der Unsicherheit zurechtzufinden, die nicht der Struktur und den Regeln von Systemen großer Maßstäbe entsprechen. Des weiteren gilt das Spiel der Maßstäbe nicht nur für die verschiedenen Typen von Dauer, sondern auch für die Normen und Grade von Wirksamkeit und Zwang. Die Geschichte bringt hier Unterscheidungen und Artikulationen mit sich, die allein ihr eigen sind.

3. Vor diesem Hintergrund konnte sich eine Umkehrung der Rollen anbieten, die das Gedächtnis vom Schoß der Geschichte zum Objekt der Geschichte werden lässt und es damit auf derselben Stufe ansiedelt wie andere »neue Objekte« einer Geschichte, die sich selbst als »neu« bezeichnet. Diese Umkehrung ist aufgrund der Herausbildung eines besonderen Bereichs in der Thematik der Geschichte möglich geworden – der »histoire des mentalités«, der Mentalitätsgeschichte. Er wurde in »histoire des représentations« umbenannt, da dem Begriff »Mentalität« im Anschluss an Lucien Levy-Bruhl immer noch die Konnotation des sog. »Primitiven« anhaftet und so Assoziationen von Rückständigkeit, Aberglauben und dergleichen Irrationalitäten evoziert. Mit dieser Umbenennung drängt sich im Diskurs der Geschichte eine interessante Mehrdeutigkeit um den Begriff der Repräsentation [représentation] auf. Er kann in drei unterschiedlichen Bedeutungen gebraucht werden: Er kann das Erinnerungs-Bild bezeichnen, welches das Vergangene darstellt, oder die Vorstellungen von der Welt, wie sie Akteure der sich vollziehenden Geschichte haben, oder auch die literarische Tätigkeit, in der sich die Arbeit des Historikers vollendet, der seine Darstellung des Vergangenen in einem schriftlichen Werk vorlegt. Diesem Reichtum des Ausdrucks »Repräsentation« muss man gerecht werden. Hier haben wir das Schlüsselwort für die gesamte Problematik. Was die Geschichte des Gedächtnisses angeht, so konstituiert sie ein Feld der Analyse hauptsächlich auf der Ebene des kollektiven

Gedächtnisses. Der selektive Charakter des Gedächtnisses, unterstützt von der Erzählung, bewirkt, dass selbst bei benachbarten Epochen nicht dieselben Ereignisse hervorgehoben werden: So haben die Franzosen nach 1945 lange ausschließlich die Kollaboration und die Résistance diskutiert, aber die Deportation und Vernichtung der Juden erst aus Anlass des Barbie-Prozesses und des israelischen 6-Tage-Kriegs. Ein anderes Beispiel ist das Verschwinden und Wiederauftreten des öffentlichen Interesses an den Ereignissen des Algerienkrieges. Aber diese Variationen auf der Ebene der Erzählungen des Gedächtnisses fallen kaum ins Gewicht verglichen mit den Verzerrungen des Gedächtnisses diesseits der Bezeugung selbst: Das Gedächtnis hat seine Hemmungen, die von Leiden oder von vergangener Schuld herrühren, es hat seine Verdrängungen und Widerstände, seine Ängste und sein Leugnen – Mechanismen, die die Psychoanalyse und die Sozialpsychologie auf der Ebene der kleinen, individuellen Maßstäbe aufspüren und die dann von der Geschichte der Repräsentationen mit den größeren Maßstäben verbunden werden, dort, wo die Mechanismen der Macht ins Spiel kommen. Die Geschichte des Gedächtnisses wird damit in der Verbindung mit einer Soziologie der Ideologien und der Utopien zur Kritik des Gedächtnisses. Im Rahmen einer Geschichte der heutigen Zeit laufen diese Geschichte und diese Kritik folglich größte Gefahr, durch die Historiker kontaminiert zu werden, zu deren Echo und zu deren Schlichter und Richter sie sich leichtfertigerweise machen. Was hier also nicht aus dem Blick verloren werden darf, ist der Umstand, dass sich das historische Urteil seinerseits in das kollektive Gedächtnis der Zeitgenossen einschreibt. Damit ist dieses Gedächtnis vom Schoß der Geschichte zum Objekt der Geschichte geworden, nur um wieder zum Sammelbecken und zum Vektor der Geschichte zu werden.

III. Das von der Geschichte unterwiesene Gedächtnis

Die Wiederaufnahme der Geschichte durch und in das Gedächtnis ist nur verständlich, wenn man zur historiographischen Tätigkeit eine neue Dimension hinzufügt, nämlich ihr im eigentlichen Sinne schriftliches Stadium, das dem Begriff der Historiographie erst seinen strengen Sinn gibt. Die Geschichte ist Schrift von Anfang bis zum Ende, ja sie wird mit der Schrift und aus ihr geboren; und sie bringt neue Schriftformen hervor: veröffentlichte Texte, Artikel, Bücher, die zuweilen von Karten, Bildern, Photographien und

anderen Einschreibungen begleitet sind. In dieser Phase geschieht es, dass die Geschichte, sobald sie in die Beziehung Schrift-Lektüre eintritt, eine Rückwendung zum Gedächtnis vollzieht. Der Schriftsteller macht – praktiziert und produziert – Geschichte. Ebenso macht der Leser Geschichte, und indem er Geschichte macht, verwandelt er die Praxis des Historikers in die Praxis des Bürgers.

Nun kennt der Historiker-Schriftsteller andere Zwänge als die der dokumentarischen Strenge in den Archiven, andere Zwänge als die des Erklärens / Verstehens, welche Kausalität und Motivation ausdrücken, welche die ökonomische, die soziale, die politische, die kulturelle Ebene aufeinander beziehen oder welche die Maßstäbe der Lektüre von Strukturen, von Verbindungen, von Ereignissen durchlaufen. Diese einzuräumenden Zwänge, die manchmal ohne Wissen des Schriftstellers wirken, spiegeln sich in verschiedenen literarischen Registern wider.

Es sind dies zunächst narrative Zwänge, die durch die narrativistischen Schulen weithin bekannt und vielleicht überbetont wurden. Sie interessieren uns hier hinsichtlich ihrer ambivalenten Wirkung auf die Wahrheitsintention bei der Darstellung des Vergangenen. Im selben Zuge, wie die narrativen Zwänge so nah wie möglich an das Ereignis heranzuführen, ihm Lesbarkeit und Sichtbarkeit geben, tendieren sie dazu, einen Schutzschild zu setzen zwischen das Abzielen auf die Realität einerseits und die Darstellung in der narrativen Form andererseits: Die Ränkespiele der Realität stehen in ihrer Undurchsichtigkeit der scheinbaren Klarheit einer gut konstruierten, stichhaltigen, überzeugenden und gefälligen Erzählung gegenüber.

Zu diesen spezifisch narrativen Zwängen gesellen sich die oft weniger offensichtlichen Zwänge der Rhetorik mit ihren Wendungen und bildlichen Ausdrücken hinzu. Diese Zwänge und dieses Prestige werden von den Verfechtern einer rhetorischen Behandlung der historischen Erkenntnis betont, etwa von Hayden V. White, dem brillanten Analytiker der historischen Imagination bei den großen Autoren des 19. Jahrhunderts. Die Spitze ist gegen einen von den Erfolgen der Naturwissenschaften faszinierten Positivismus gerichtet. Aber sie wendet sich zugleich gegen die Idee der historischen Objektivität selbst, interpretiert auf der Grundlage des oben erwähnten Indizienparadigmas und mit den Mitteln einer Wahrscheinlichkeitslogik, welche sensibel für Grade von Wahrheitstreue ist. Eine auf die rhetorischen Verfahren und Wirkungen gerichtete Diskussion

verliert allerdings aus dem Blick, dass das Schicksal der Wahrheit in der Geschichte sich nicht allein auf der Ebene der Schrift im Sinne der schriftlichen Spur und des literarischen Textes abspielt, sondern über den ganzen Verlauf der epistemologischen Kette: von der Bezeugung bis zum Archiv, von der kausalen Erklärung bis zum Verstehen der Gründe und von der Artikulation der Analyseebenen bis zum Durchlaufen der Maßstabsgrade. Die historiographische Tätigkeit muss als ganze hinsichtlich der Wahrheit in der Darstellung des Vergangenen bewertet werden.

An dieser Stelle komme ich auf den Vergleich zwischen dem Wunsch des Gedächtnisses nach Treue und dem Streben der Geschichte nach Wahrheit zurück. Dass der Geschichte das kleine Glück des Wiedererkennens nicht zuteil wird, darin liegt ihr Unbehagen, aber nicht ihr Unglück. Von den geschichtlichen Konstruktionen kann man nicht mehr erwarten, als dass sie mehr oder weniger angenäherte Rekonstruktionen sind. Das sollte man nicht verachten. Dieses System der Annäherung gibt dem ganzen Unternehmen den Charakter einer gewissen Streitbarkeit, einem Charakter von Halbvertrauen und Halbmisstrauen, was mich den Ausdruck »représentance« anstelle von »représentation« vorziehen lässt. Der »représentance« eignen Wachsamkeit und Vertrauen zugleich. Die »beunruhigende Fremdheit« der Geschichte ist damit nicht abgeschafft, aber sie verweigert sich dem Skeptizismus, dem die rhetorische Schule Vorschub leistet.

Mit diesem kritischen Apparat bewaffnet, wende ich mich nun der Frage nach der Erinnerungspflicht zu, einer Frage, die, wie jeder weiß, Vorwürfe, Beunruhigung und Argwohn provoziert. Die Sorge um die dem Gedächtnis zukommende Pflicht ist moralischer, rechtlicher und politischer Art und richtet sich direkt an das kollektive und persönliche Gedächtnis der Zeitgenossen. Auf dieser Ebene betrachtet, ist die Besorgnis vollkommen berechtigt. Lediglich in ihrer gewöhnlichen Formulierung auf der Ebene der öffentlichen Meinung halte ich sie für voreilig. Ich habe es vorgezogen, die Auseinandersetzung mit dem Appell an die Pflichten des Gedächtnisses zu verschieben, bis die Frage nach der Wahrheit in der Geschichte gestellt ist. Denn wie könnten wir Pflichten haben, die auf Ereignisse bezogen sind, deren Echtheit im Sinne einer erwiesenen Tatsache wir nicht gezeigt und bestätigt haben? Ich bestehe auf »erwiesen«, »für wahr gehalten« im Sinne einer kritischen Untersuchung entlang der epistemologischen Kette.

Nachdem wir diese Vorbehalte gemacht und wiederholt haben, können wir uns der Erinnerungspflicht zuwenden.

Meines Erachtens stellt sich diese Frage nur für ein Gedächtnis, das der Prüfung durch die Geschichte unterworfen worden ist. Einige glauben allerdings, dass ein historisches Vorgehen Gefahr läuft, die Forderung nach Anerkennung, wie sie vor allem von seiten der Opfer der größten Verbrechen erhoben wird, zu ignorieren bzw. zurückzuweisen. Tatsächlich ist mit der Geschichte das Feld der Erinnerung durch den Rückgriff auf Vergleiche enorm erweitert worden; es ist durch die Vielfalt der Perspektiven und Herangehensweisen komplexer geworden und durch die Vielfalt der Vermittlungen auch in eine gewisse Distanz gerückt. Nicht zuletzt scheint es zuweilen, dass das Bestreben zu verstehen das Bestreben zu urteilen und zu verurteilen unterbindet: Der Historiker ist, im Gegensatz zum Richter und zum Bürger als selbsternannte Anwälte der Gerechtigkeit, nicht gehalten, Schlussfolgerungen zu ziehen. Sein Rahmen ist der des Verstehens, der Diskussion und der Kontroverse und nicht der der Verdammung. In diesen kritischen Horizont möchte ich die Diskussion über die Erinnerungspflicht stellen. Auch der Historiker kann sich ihrer nicht entledigen, insofern seine Schriften auf dem Weg der Lektüre mit anderen Schriften, mit literarischer Fiktion, Theaterstücken, Essays, Pamphleten und nicht-schriftlichen Werken wie Photographien, Gemälden, Filmen usw. neue Kombinationen eingehen. Des weiteren konkurriert und vermischt sich sein rückwärts gerichteter Diskurs mit den vorblickenden Diskursen, Reformprojekten oder Utopien – kurz, mit Diskursen, die auf die Zukunft, auf Konstruktion und Rekonstruktion ausgerichtet sind. Damit sieht sich der rückblickende Diskurs aufgefordert, sich in ein Werkzeug der Prognose zu verwandeln und Rezepte zu liefern. Hier wird im Historiker der Bürger als aktives Subjekt der Geschichte angesprochen. Unter diesem Gesichtspunkt wird er die Idee der Erinnerungspflicht nicht verwerfen, deren höchste Rechtfertigung die Gerechtigkeit ist, die den Opfern zuteil wird, eine Gerechtigkeit, die in einer Geschichte der Sieger in Vergessenheit zu geraten droht. Dadurch gesteht der Historiker / Bürger auch die Legitimität eines Streits ein, der durch den Unterschied zwischen den Zielen des Gedächtnisses und denen der Geschichte genährt wird. Das Gedächtnis hat einen kürzeren Zeithorizont, es ist näher an den Wunden der sich vollziehenden Geschichte, es ist daher selektiver und zeigt weniger Empfänglichkeit, weniger Mitgefühl für Leiden, die jenseits dieses Horizonts liegen. Für das Gedächtnis des Leidens und für die moralische Empörung gibt es die Einzigartigkeit, doch das Arbeitswerkzeug des Historikers

bleibt der Vergleich. Für den Historiker ergibt sich das Unvergleichliche als Schlussfolgerung aus einem Abwägen, in welchem die Unterschiede den Vorrang vor den Ähnlichkeiten haben. Das Unvergleichbare ist eben die Frucht des Vergleichens.

Der Philosoph kann als Zeuge dieser unvermeidlichen Spannungen nicht viel mehr tun als zur Besonnenheit aufrufen. Er kann aus den Lehren der Psychoanalyse schöpfen und auf die Erinnerungsarbeit verweisen, die gegen die Widerstände gerichtet ist, die Freud dem Wiederholungszwang zuschreibt. Auf die Ebene der Öffentlichkeit übertragen, erweist sich dieses Modell als überaus aufschlussreich im Hinblick auf das Schauspiel eines wahnhaften Umgangs mit der Vergangenheit, welcher der Wiedererinnerung die Wiederholung entgegenstellt. Und noch eine Lehre kann der Philosoph der Psychoanalyse entnehmen: Die analytische Erfahrung der Übertragung und Gegenübertragung vermittelt eine Vorstellung von der unvermeidlichen Beschränktheit unserer Fähigkeit zur Identifikation. Weder das Gedächtnis noch die Geschichte entkommen dieser affektiven und emotionalen Begrenzung; sie betrifft gleichermaßen die Reichweite der Geschichte wie die Intimität des erinnernden Mitgefühls.

Dies ist aber noch nicht alles. Auf die Erinnerungspflicht und die Erinnerungsarbeit beruft man sich nicht in ein und demselben Kontext. Man spricht von Erinnerungspflicht im Gegensatz zu bestimmten Strategien des Vergessens, die darauf abzielen, nicht zu sehen, nicht zu wissen und der Verantwortung des aktiven (oder eher des passiven) Bürgers auszuweichen. In Hinsicht auf diese Praxis des Vergessens bedeutet Erinnerungspflicht die Pflicht, nicht zu vergessen. Aber sie besteht nicht darin, sich unaufhörlich an Wunden, Leiden, Erniedrigungen und Frustrationen zu erinnern, sondern darin, sich dieser Erfahrungen in allen politischen Kontroversen und in allen Situationsbewertungen bewusst zu sein. Ihrer gewärtig zu sein, heißt nicht, sie wiederzukäuen. An dieser Stelle kommt die Erinnerungsarbeit der Erinnerungspflicht zu Hilfe, indem sie gegen die Widerstände kämpft, die die Wiederholung fördern. Aus diesem Zusammengehen von Arbeit und Pflicht des Gedächtnisses kann eine aktive Erinnerung hervorgehen, die gleichzeitig intelligibel und erträglich ist.

Aber dann darf die Erinnerungsarbeit auch nicht von der Trauerarbeit getrennt werden, die darin besteht, sich nach und nach von den Objekten der Liebe und des Hasses zu lösen und ihr Bild zu verinnerlichen. Die Trauer ist in dieser Hinsicht das Gegenteil der Melancholie, denn diese

bedeutet, sich der Traurigkeit hinzugeben, sich im Beklagen einzuschließen, bis zum Verlust der Selbstachtung. Am Ende möchte ich sagen, warum es das Schwierigste ist, zu trauern, um zu erinnern, sei es als Arbeit oder als Pflicht; zu trauern über die Objekte der Liebe oder des Hasses, zu trauern aber auch über jene Art der Wiederholung, welche die Rückkehr in die vorherige Situation wäre. Es wird immer etwas Unversöhnliches in unseren Meinungsverschiedenheiten geben, etwas Unentwirrbares in unseren Verwicklungen, etwas Irreparables in unseren Ruinen. Eben weil es das Irreparable gibt, gibt es die Geschichte.

Aus dem Französischen von Holger Ostwald

Anmerkungen

- 1 Paul Ricoeur, *Zeit und Erzählung*, 3 Bde., München 1988-91 (Frz. *Temps et récit*, 3 vol., Paris 1983-85).
- 2 *La mémoire, l'histoire, l'oubli*, Paris 2000, S. 7ff.
- 3 *Materie und Gedächtnis. Eine Abhandlung über die Beziehung zwischen Körper und Zeit*, Hamburg 1991 (Frz. *Matière et Mémoire. Essais sur la relation du corps à l'esprit*, Paris 1896).
- 4 Laurentius Valla, *De falso credita et ementita Constantini donatione* (1440); Nachdruck Weimar 1976.
- 5 Vgl. Jacques Revel, *Jeux d'échelles. La micro-analyse à l'expérience*, Paris 1996.
- 6 Vgl. Carlo Ginzburg, *Der Käse und die Würmer. Die Welt eines Müllers um 1600*, Frankfurt a.M. 1979.
- 7 Vgl. Giovanni Levi, *Le Pouvoir au villages*, Paris 1989.

Pierre Nora
GEDÄCHTNISKONJUNKTUR

Wir erleben eine weltweite Konjunktur des Gedächtnisses. Seit zwanzig oder fünfundzwanzig Jahren macht sich allenthalben, in allen Ländern, allen gesellschaftlichen und ethnischen Gruppen eine tiefgreifende Veränderung der traditionellen Beziehung zur Vergangenheit bemerkbar.

Diese Veränderung hat vielerlei Formen angenommen: Kritik der offiziellen Geschichtsdarstellung und Wiedererwachen der verdrängten Anteile des historischen Geschehens; Einforderung der Spuren einer zerstörten oder beschlagnahmten Vergangenheit; Pflege der Wurzeln (*roots*) und Entwicklung der Ahnenforschung; Aufblühen aller möglichen Arten des Gedenkens; juristische Aufarbeitung der Vergangenheit; Eröffnung der verschiedensten Museen; erhöhte Sensibilität für die Vorenthaltung von Archivbeständen und deren Freigabe zur Einsicht; neue Bindungen an das, was die Angelsachsen *heritage*, die Franzosen *patrimoine* und die Deutschen *Erbe* nennen. Wie auch immer diese Elemente kombiniert sein mögen, es ist, als wäre eine Flutwelle der Erinnerung über die Welt hereingebrochen und hätte überall eine enge Verbindung zwischen der – realen oder imaginären – Treue zur Vergangenheit und dem Zugehörigkeitsgefühl, dem Kollektivbewusstsein und dem individuellen Selbstgefühl, dem Gedächtnis und der Identität geschaffen.

Frankreich war wohl das erste Land, das in diese Ära des leidenschaftlichen, konfliktbeladenen, fast zwanghaften Gedenkens eingetreten ist. Dann, nach dem Fall der Mauer und dem Verschwinden der Sowjetunion, meldete sich das »wiedergefundene Gedächtnis« Osteuropas zurück. Und schließlich, mit dem Sturz der lateinamerikanischen Diktaturen, mit dem Ende der Apartheid in Südafrika und der *Truth and Reconciliation Commission*, wurden die Zeichen einer wirklichen Globalisierung des Gedächtnisses gesetzt, und es tauchten sehr vielgestaltige, aber vergleichbare Formen der Vergangenheitsbewältigung auf.

Das Besondere an der französischen Situation, das ich zunächst herausarbeiten möchte, resultiert aus dem rein konjunkturellen Zusammentreffen von drei wesentlichen Phänomenen in der Mitte der 70er Jahre – Phänomenen, die allem Anschein nach unabhängig voneinander waren, aber deren Wirkungen sich dahingehend verbanden, dass in Frankreich das historische Bewusstsein in ein Bewusstsein des Gedächtnisses umschlug. Man könnte den zeitlichen Rahmen sogar noch enger fassen und 1975 als das Wendejahr definieren, in dem die Folgen der Wirtschaftskrise, die Niederschläge der Ära nach de Gaulle und die Erschöpfung der revolutionären Idee am sichtbarsten aufeinandertrafen.

Auch die Wirtschaftskrise, ausgelöst 1974 durch die sprunghafte Erhöhung des Ölpreises, war eine Angelegenheit, die weltweit alle industrialisierten Länder betraf. Aber in Frankreich wurde sie um so schärfer empfunden, als sie nach über dreißig Jahren beschleunigten Wachstums, intensiver Industrialisierung und Urbanisierung das Ende eines Aufschwungs bedeutete, der wie im Sturm ein ganzes Gefüge von Traditionen, Landschaften, Berufsständen, Bräuchen und Lebensweisen mitgerissen hatte, die lange – und in Frankreich länger als in jedem anderen industrialisierten Nachbarland – unverändert geblieben waren. Das abfallende Wachstum ließ Frankreich mit einem Schlag nicht nur die Schäden begreifen, die der Fortschritt angerichtet hatte, sondern auch die endgültige Abgeschnittenheit von dem, was bis nach dem Zweiten Weltkrieg seine Basis und sein Fundament gewesen war, insbesondere den Verlust der unerschütterlichen, tausendjährigen Stabilität seiner ländlichen und bäuerlichen Grundlagen.

Die Soziologen und Historiker hatten das Ende der Bauern schon seit fünfzehn Jahren beschrieben, aber plötzlich wurde es fast körperlich spürbar und schmerzhaft wie eine Amputation: Es war das Ende des »Gedächtniskollektivs« par excellence. 1975 ist genau das Jahr, in dem die Quote der Erwerbstätigen aus dem landwirtschaftlichen Sektor unter die schicksalhafte Zehn-Prozent-Schwelle sank, während sie kurz nach dem Krieg noch beinahe die Hälfte der arbeitenden Bevölkerung umfasst hatte. Es ist auch das Jahr, in dem der unerwartete, durchschlagende Erfolg bestimmter Bücher – wie *Le Cheval d'orgueil*, der Chronik eines traditionellen bretonischen Dorfes, von Pierre-Jakez Hélias, *Montaillou, village occitan*, von Emmanuel Le Roy Ladurie oder der *Histoire rurale* unter der Leitung von Georges Duby und Armand Wallon – ein »ländliches Gedächtnis« offen-

bart, das nur noch von seiner einfühlsamen oder wissenschaftlichen Darstellung lebt. Das Ende der Ländlichkeit, bald gefolgt vom Ende der auf lateinisch gehaltenen Messen, bedeutet den eigentlichen Bruch: das Abreißen der Nabelschnur, die Frankreich noch mit dem verband, was der Historiker Jacques Le Goff »sein langes, sehr langes Mittelalter« nennt, und das die Basis für den breiten, nicht nachlassenden Publikumserfolg abgeben sollte, den das Mittelalter und die mittelalterlichen Bauwerke seither genießen.

Die Wiederverwurzelung des Imaginären in einer fernen Vergangenheit kann übrigens durchaus dazu beigetragen haben, dass gerade 1974 ein Mann wie Valéry Giscard d'Estaing zum Präsidenten der Republik erhoben wurde. Welches schlummernde Bild von Frankreich verkörperte dieser junge und brillante Wirtschaftsexperte aus der Großbourgeoisie, von Herzen Europäer und Fürsprecher einer »Entkrampfung« des politischen Lebens, der seine siebenjährige Amtszeit unter dem Zeichen der »Veränderung«, das heißt der Modernisierung antrat? Vermutlich hat die Aufbruchsstimmung zu Beginn der neuen Präsidentschaft, die sich so selbstsicher technokratisch und pariserisch gab, doch etwas mit dem Eintauchen in die verlorenen und wiedergefundenen Tiefen zu tun, dem sich die Franzosen begeistert hingeeben haben und von dem zur allgemeinen Überraschung 1980, in dem Jahr, das der Präsident der Republik selbst dem »Erbe« widmen wollte, vieles wieder an die Oberfläche kam.

Die Tatsache, dass der Amtsantritt Giscard d'Estaings in allen Bereichen einen klaren Bruch mit der gaullistischen Tradition markierte, hat die Wirkungen des Post-Gaullismus – das zweite Phänomen von großer Tragweite – sicherlich verstärkt. Diese Wirkungen, vielfältig in ihrer Art und ebenso mächtig wie schleichend, sind noch lange nicht so gut erforscht, wie sie es verdient hätten. Was die Neuinterpretation der nationalen Vergangenheit betrifft, so haben sie sich – um sie schematisch zu unterscheiden – in drei Wellenlängen ausgedrückt.

Kurzfristig brachte der Tod des »Befreiers« im November 1970 das sofortige Ende der offiziellen und alleingültigen »Widerstandsversion« des Kriegsgeschehens, die de Gaulle seit der Befreiung von Paris hatte verkünden lassen und derzufolge alle Franzosen, ausgenommen eine Handvoll von Verrätern und Verirrten, gegen die deutsche Besetzung aufgestanden wären. Es gibt drei Anzeichen, die gewöhnlich mit dem Wiederaufsteigen der düsteren Erinnerung an das Frankreich des Vichy-Regimes – »die

Vergangenheit, die nicht vergeht«, wie man es mittlerweile fast sprichwörtlich nennt – in Verbindung gebracht werden: die empörten Reaktionen der Vereinigungen ehemaliger Résistancekämpfer auf die Begnadigung, die Präsident Pompidou 1971 dem Milizsoldaten Touvier gewährte; der (auf die schwarze Liste gesetzte) Film von Marcel Ophüls, *Le Chagrin et la Pitié* (1971), der ein wenig heldenhaftes Frankreich zeigte; und die französische Übersetzung des Buchs von Robert O. Paxton, *La France de Vichy* (1973), das mit der offiziellen Geschichtsschreibung brach.

Längerfristig repräsentiert der Post-Gaullismus die Rückbesinnung auf eine tiefere Schicht der Vergangenheit. Die Institutionen der fünften Republik, von denen man zunächst geglaubt hatte, sie seien maßgeschneidert, ganz zugeschnitten auf den General, erwiesen sich als überlebensfähig, und als François Mitterand, ihr größter Gegner in der Opposition, sie, nachdem er an die Macht gekommen war, unverzüglich übernahm, bestätigte sich die Ahnung, dass de Gaulle seine historische Wette gewonnen hatte: die Institutionen, die durch den Sturz der absoluten Monarchie seit der Revolution ins Wanken gekommen waren, wieder ins Gleichgewicht zu bringen. François Furet etwa hat diese Ahnung 1978 in seinem Buch *Penser la Révolution française* in den berühmten Satz gefasst: »Die Französische Revolution ist beendet.« Damit waren auch die beiden letzten Jahrhunderte wieder in die lange Dauer und die Kontinuität des Nationalstaats eingliedert. Es begann eine positive Neubewertung der gesamten monarchischen Vergangenheit, und wider alle Erwartungen wurde der unwahrscheinliche tausendjährige Geburtstag Hugo Capets schon 1987 – ehe man 1996 Chlodwigs tausendfünfhundertsten Jahrestag beging – als ein regelrechtes Volksfest unter dem Motto gefeiert: Frankreich ist tausend Jahre alt!

Noch allgemeiner gesehen, hat die Erhebung der letzten großen Gestalt der französischen Nation auf den höchsten Gipfel ihres Ruhms Erfrischung für die ganze Galerie gebracht. Man kommt nicht umhin, die Wiederaufwertung des »großen Mannes« in Zusammenhang mit der Rückkehr zur historischen Biographie zu bringen, einem Genre, das nach langer Ächtung in jüngster Zeit floriert. Man kommt auch nicht umhin, sie auf einer tieferen Ebene mit einem anderen Effekt zu verbinden: der neuen Sensibilität der Franzosen für »eine bestimmte Idee von Frankreich«, das heißt, nicht mehr nur für seine Geschichte, sondern auch für seine Landschaften, seine Küche, seine heimatlichen Böden und seine Traditionen. Aber so treffsicher diese neue Sensibilität den steilen Aufstieg der extremen

Rechten und des Front National von Jean-Marie Le Pen erklären konnte, fand sie ihren Niederschlag als Rechtfertigung einer neuen Sorge um die Nation auch in der Linken – eine Tatsache, die gern benutzt wurde, um unter Preisgabe der revolutionären Idee auf das Scheitern des Marxismus zu verweisen.

Eben dies ist das dritte Phänomen – weniger greifbar, aber vielleicht noch bedeutsamer –, das entscheidend dazu beigetragen hat, dass die Franzosen eine andere Haltung gegenüber ihrer eigenen Vergangenheit eingenommen haben. Der intellektuelle Zusammenbruch des Marxismus, die radikale Diskreditierung der Sowjetunion, der rapide Niedergang der Kommunistischen Partei, die einige Jahre zuvor noch bis zu einem Viertel der Wählerschaft mobilisieren konnte, und der Verlust ihrer Ausstrahlung auf einen großen Teil der französischen Intelligenzija sind die wichtigsten Ereignisse dieser Zeit. Um das Bild abzurunden, sei 1975 noch als das Jahr erwähnt, in dem die französische Übersetzung des *Archipel Gulag* von Alexander Solschenizyn einen riesigen Erfolg erlebte. Auch dieses Phänomen geht weit über den nationalen Rahmen hinaus, doch die Existenz einer starken und von Grund auf stalinisierten Kommunistischen Partei hat ihm besondere Prägnanz verliehen. In einem Land wie Frankreich, das seit 1789 das Vaterland der Revolutionen war, musste das Ende der revolutionären Idee, des mächtigsten Vektors für die Orientierung der historischen Zeit auf die Zukunft, zwangsläufig eine rasche Veränderung des Gefühls für die Vergangenheit bewirken. Beim Zeitbegriff des revolutionären Typus weiß man, was man von der Vergangenheit bewahren muss, um die Zukunft vorzubereiten; und man weiß auch, was man von ihr unterdrücken, vergessen, ja gegebenenfalls zerstören muss. Der historischen Zeit wohnt ein Wille zum Bruch inne. Durch die Abwertung der Idee des Bruchs hat die Idee der Tradition ihre Legitimität zurückgewonnen. Dabei geht es nicht um eine Tradition, deren Erben und Fortsetzer wir wären, sondern um eine solche, von der wir auf immer getrennt sind, und die eben darum kostbar und geheimnisvoll anmutet, mit einem ungewissen Sinn begabt, den wir zu suchen und ihr wiederzugeben hätten. Der in diesen Jahren plötzlich aufgeblühte Kult um das Erbe der Nation hat keinen anderen Grund. Sein Geheimnis liegt darin, dass das Verschwinden der von der revolutionären Idee gelenkten historischen Zeit der Vergangenheit ihre Freiheit, ihre Unbestimmtheit, ihr materielles wie immaterielles Gewicht für die Gegenwart zurückgegeben hat.

Die genannten drei großen Phänomene – die aktivsten und die wichtigsten vielleicht, aber bei weitem nicht die einzigen – haben in der Mitte der 70er Jahre einen gemeinsamen Resonanzboden gefunden und die Idee eines nationalen »Gedächtnisses« hervorgebracht. Eine neue Idee also, kaum dreißig Jahre alt, aber mittlerweile prächtig gediehen.

*

Diese Bewegung, die dem Gedächtnis einen neuen Platz einräumt und die ich vorgeschlagen habe, als »Epoche des Gedenkens« zu bezeichnen, ist so allgemein, so tiefgreifend, so mächtig, dass es sich lohnt – selbst auf die Gefahr hin, über Allgemeinheiten oder Trivialitäten nicht hinauszukommen –, nach ihren Ursachen zu fragen. Wie mir scheint, erfolgt die Konjunktur des Gedächtnisses am Schnittpunkt zweier großer historischer Phänomene, die der Epoche ihr Gepräge geben: einem *zeitlichen* und einem *gesellschaftlichen* Phänomen. Sie sind es, mit denen ich mich hier befassen und die ich zur Diskussion stellen will.

Das erste Phänomen hat mit der sogenannten »Beschleunigung der Geschichte« zu tun. Diese von Daniel Halévy aufgebrachte Formulierung bedeutet, dass das Kontinuierlichste und Dauerhafteste nicht mehr in der Dauerhaftigkeit und der Kontinuität besteht, sondern in der Veränderung: einer Veränderung, die immer mehr Tempo gewinnt, die mit zunehmender Beschleunigung alle Dinge in eine immer schneller sich entfernende Vergangenheit befördert. Man muss sich darüber klar werden, was dieser Umbruch bedeutet. Er ist entscheidend für die Organisation des Gedächtnisses. Wie ein Sprengsatz hat er die Einheit der historischen Zeit zerstört, die schöne und schlichte Linearität, die die Gegenwart und die Zukunft mit der Vergangenheit verband.

Bis dahin war in der Tat die Vorstellung, die sich eine beliebige Gemeinschaft – ob Nation, Gruppe oder Familie – von ihrer Zukunft machte, maßgeblich für das gewesen, was sie zur Vorbereitung dieser Zukunft von der Vergangenheit bewahren musste, und was so der Gegenwart, die nur als Bindeglied erschien, ihren Sinn verlieh. Etwas schematisch ausgedrückt, gab es drei Muster, in denen sich die Zukunft denken ließ und die ihrerseits das Gesicht der Vergangenheit bestimmten: Man konnte sich die Zukunft als eine Art Wiederherstellung der Vergangenheit, als eine Art Fortschritt oder als eine Art Revolution vorstellen. Heute erwarten wir uns nichts

mehr von diesen drei Erklärungsschemata, die es erlaubten, die »Geschichte« auf je verschiedene Weise zu organisieren. Absolute Ungewissheit lastet nun auf dem, was die Zukunft sein wird. Und eben diese Ungewissheit macht es der Gegenwart – die über nie dagewesene technische Aufbewahrungsmöglichkeiten verfügt – zur Pflicht, sich zu erinnern. Wir haben keine Ahnung, was unsere Nachkommen einmal von uns werden wissen müssen, um sich selbst zu verstehen. Dank unserer Unfähigkeit zur Antizipation der Zukunft sind wir darauf angewiesen, recht undifferenziert, aber gewissenhaft alle sichtbaren Spuren und materiellen Zeichen zu sammeln, die (vielleicht) einmal davon zeugen werden, was wir sind oder gewesen sein werden. In anderen Worten, es ist das Ende jeder Art von Geschichtsteleologie – das Ende einer Geschichte, deren Ende man kennt –, welches der Gegenwart jene unabweisliche »Pflicht zur Erinnerung« aufbürdet, von der so viel die Rede ist. Im Unterschied zu Paul Ricoeur, der sich von dieser abgedroschenen Formel distanziert und ihr den Ausdruck »Erinnerungsarbeit« vorzieht, bin ich bereit, sie zu akzeptieren, allerdings unter der Bedingung, ihr einen sehr viel umfassenderen Sinn zu geben als den, der ihr gewöhnlich verliehen wird: einen Sinn, der viel weiter gespannt, viel mechanischer, materieller, patrimonialer ist als die gängige moralische Bedeutung. Einen Sinn, der sich nicht mit *Schuld* verbindet, sondern mit *Verlust*, was etwas ganz anderes ist.

Die »Beschleunigung der Geschichte« lässt nämlich unerbittlich, entsprechend ihren Auswirkungen auf die Zukunft, die ganze Vergangenheit entrücken, so dass wir von ihr abgeschnitten sind. Sie ist für uns verloren, »the world we have lost«, um den berühmten Ausspruch eines englischen Bevölkerungshistorikers zu gebrauchen. Eine Welt, in der wir nicht mehr leben, die sich uns nur noch über Spuren mitteilt – Spuren, die übrigens rätselhaft geworden sind und die wir befragen müssen, da sie eben das Geheimnis dessen bergen, was wir sind, unsere »Identität«. Wir sind nicht mehr auf gleicher Höhe mit der Vergangenheit. Um sie wiederzufinden, sind wir auf Rekonstruktionsversuche anhand von Quellen, Archiven oder Monumenten angewiesen, und dieses Vorgehen führt dazu, dass der Begriff »Gedächtnis«, der selbst eine konstruierte Erinnerung bezeichnet, heute für das gleiche verwendet wird, was man früher einfach »Geschichte« nannte. Auch in einer solchen tiefen und gefährlichen Sinnverkehrung drückt sich der Geist der Epoche aus. Das Wort »Gedächtnis« hat eine so allgemeine, so übergreifende Bedeutung angenommen, dass es das Wort

»Geschichte« schlicht und einfach zu ersetzen und die praktizierte Geschichte in den Dienst der Erinnerung zu stellen droht.

Die »Beschleunigung der Geschichte« hat also zwei Wirkungen, die das Gedächtnis betreffen:

– zum einen den Effekt der *Akkumulation*, der mit dem Verlustgefühl zusammenhängt und verantwortlich ist für die Aufblähung der Gedächtnisfunktion, für die Hypertrophie der Institutionen und Hilfsmittel der Erinnerung: Museen, Archive, Bibliotheken, Sammlungen, Digitalisierung der Bestände, Datenbanken, Chronologien usw.;

– und zum anderen – zwischen einer unvorhersehbaren Zukunft und einer wieder dunkel und undurchsichtig gewordenen Vergangenheit – den Effekt der Verselbständigung der Gegenwart, ihr Aufkommen als Kategorie der Intelligibilität unserer selbst – aber einer schon historischen Gegenwart, die sich selbst und ihre Wahrheit reflektiert. Meiner Ansicht nach ist es die Explosion der historischen und zeitlichen Kontinuität, die dem Gedächtnis seine ganze Aktualität verleiht. Die Vergangenheit ist keine Garantie mehr für die Zukunft: Das ist der Hauptgrund, warum das Gedächtnis zur dynamischen Kraft, zur Verheißung von Kontinuität befördert wird. Früher gab es einen Zusammenhalt zwischen der Vergangenheit und der Zukunft, für den die Gegenwart nur das Bindeglied war. Heute gibt es einen Zusammenhalt zwischen der Gegenwart und dem Gedächtnis.

Der zweite Grund für den starken Auftrieb des Gedächtnisses ist gesellschaftlicher Natur: Er hat mit einer Entwicklung zu tun, die man analog zur »Beschleunigung« die »Demokratisierung« der Geschichte nennen könnte. Gemeint sind die mächtigen Befreiungs- und Emanzipationsbestrebungen der Völker, Ethnien, Gruppen oder sogar Individuen, die auf die heutige Welt einwirken; kurz, das rasche, fast schlagartige Aufkommen aller möglichen Formen des Gedächtnisses von Minderheiten, für die die Rückgewinnung ihrer eigenen Vergangenheit integraler Bestandteil ihrer Identitätsfindung ist.

Es sind im wesentlichen drei Typen der Dekolonisierung, denen diese Minderheitsgedächtnisse entspringen: Die *globale* Dekolonisierung unterdrückter Gesellschaften, die den *ethnologischen* Schlaf der Kolonialherrschaft schliefen und durch die Befreiung zu einem historischen Bewusstsein und der Rückgewinnung oder Wiederherstellung ihres Gedächtnisses gelangen. Die *innere* Dekolonisierung sexueller, gesellschaftlicher, religiö-

ser oder regionaler Minderheiten, die sich in den klassischen westlichen Gesellschaften auf dem Weg der Integration befinden und denen die Behauptung ihres »Gedächtnisses« – das heißt in Wirklichkeit, ihrer Geschichte – eine Möglichkeit gibt, sich in ihrer Eigentümlichkeit die Anerkennung der Mehrheit zu verschaffen, die ihr das Recht darauf verwehrt hatte, zugleich aber auch ihre Andersartigkeit und die Treue zu einer sich auflösenden Identität zu pflegen. Schließlich gibt es einen dritten Typus der Dekolonisierung, der überall dort seine Blüten treibt, wo ein totalitäres Regime des 20. Jahrhunderts verschwindet, ganz gleich, ob kommunistisch, nationalsozialistisch oder einfach diktatorisch: die *ideologische* Dekolonisierung, die den befreiten Völkern hilft, ihr langes, traditionelles Gedächtnis wiederzufinden, das diese Regime beschlagnahmt, zerstört oder manipuliert hatten. Dieser Fall trifft auf Russland ebenso zu wie auf die osteuropäischen Länder, die Balkanstaaten, Lateinamerika oder Afrika.

Die Explosion all dieser Minderheitsgedächtnisse hat den respektiven Status und die wechselseitigen Beziehungen zwischen Geschichte und Gedächtnis grundlegend verändert. Genauer gesagt: Sie hat dem bis dahin nur selten gebrauchten Begriff des »kollektiven Gedächtnisses« Geltung verschafft.

Anders als die Geschichte, die seit jeher in den Händen der Macht, der wissenschaftlichen oder professionellen Autoritäten war, hat sich das Gedächtnis mit den neuen Privilegien und dem Prestige der Protestbewegungen geschmückt. Es erschien wie die Rache der Erniedrigten und Beleidigten, die kleine Geschichte derer, die auf die große Geschichte kein Recht gehabt hatten. Bisher stand das Gedächtnis, wenn schon nicht für die Wahrheit, so doch zumindest für die Treue. Was neu ist, und was es aus dem heillosen Unglück des 20. Jahrhunderts bezieht, aus der Verlängerung der Lebensdauer, der Präsenz der Überlebenden, ist der Anspruch auf eine Wahrheit, die »wahrer« ist als die Wahrheit der Geschichte: die Wahrheit des Erlebten und der Erinnerung.

Umgekehrt hat sich die Geschichte, die eine Disziplin mit wissenschaftlichem Ehrgeiz geworden ist, bis heute *ausgehend von* der Erinnerung gegen die Erinnerung entwickelt, die seit jeher für individuell, psychologisch, trügerisch, für ein Zeugnis und nicht mehr, gehalten wurde. Die Geschichte umschrieb den Bereich des Kollektivs, das Gedächtnis den des einzelnen. Die Geschichte war die *eine* Geschichte, das Gedächtnis per definitionem vielfältig, weil dem Wesen nach individuell. Die Idee eines

kollektiven, emanzipatorischen und sakralisierten Gedächtnisses bedeutet eine vollständige Umwertung: Hatten die Individuen bislang ihr Gedächtnis und die Gemeinschaften ihre Geschichte, so setzt der Gedanke, dass es die Gemeinschaften wären, die ein Gedächtnis haben, ein grundlegendes Umdenken in bezug auf den Ort der Individuen in der Gesellschaft und ihre Beziehung zum Kollektiv voraus. Darin liegt das Geheimnis jener anderen rätselhaften Konjunktur, die ein wenig Aufhellung verdient: die Konjunktur der *Identität*, ohne die jene des Gedächtnisses nicht zu verstehen ist.

Der Begriff Identität hat in der Tat eine analoge und parallele Sinnverkehrung durchgemacht wie der Begriff Gedächtnis. Aus dem individuellen ist ein kollektiver, aus dem subjektiven ein objektiver, fast formaler Begriff geworden. Üblicherweise charakterisiert die Identität das Individuum in seiner Einzigartigkeit – so sehr, dass »Identität« hauptsächlich eine verwaltungstechnische und polizeiliche Bedeutung angenommen hat. Unsere Fingerabdrücke weisen unsere Identität nach, desgleichen z.B. unser Personal»ausweis«, Der Ausdruck hat sich zu einer Gruppenkategorie entwickelt, einer Art Definition der eigenen Person *von außen*. »Man ist nicht von Geburt aus Frau, man wird es«, schrieb Simone de Beauvoir in einer berühmten Formulierung, die sich ohne weiteres auf alle durch Selbstbehauptung geschaffenen Identitäten anwenden ließe. Die Identität ist genau wie die Erinnerung eine Art *Verpflichtung*. Ich bin gehalten, das zu werden, was ich bin: ein Korse, ein Jude, ein Arbeiter, ein Algerier, ein Schwarzer. Auf dieser Ebene der Pflicht entsteht die entscheidende Verbindung zwischen dem Gedächtnis und der sozialen Identität. So gesehen, gehorchen beide dem gleichen Mechanismus: Die beiden Wörter sind praktisch synonym geworden, und ihre Vereinigung bezeichnet eine neue Ökonomie der geschichtlichen und gesellschaftlichen Dynamik.

Frankreich hat die Metamorphose eines *historischen* Selbstbewusstseins in ein *soziales* Bewusstsein besonders intensiv erlebt, weil es traditionsgemäß eine wesentliche und determinierende Beziehung zu seiner Vergangenheit, seiner Geschichte unterhielt. Diese Beziehung hatte mit der dritten Republik eine zentrale Bedeutung angenommen, da die Geschichte der Nerv der sozialen und politischen Bindungen geworden war. Über die Schule, über die kleinen Schulbücher von Ernest Lavissee und über Kinderbücher wie das berühmte *Tour de la France par deux enfants* wurde die große Erzählung der nationalen Gemeinschaft in den Köpfen festgeschrie-

ben: Eine gewaltige Saga in zahlreichen Versionen, die aber allen zugänglich gemacht wurde und die alles wegpolierte, was nicht zur großen Nationalgeschichte zu gehören schien, alle Eigentümlichkeiten, ob regional, sprachlich, religiös, sozial oder sexuell. So gab es also auf der einen Seite ein großes Heldengedicht, ein mächtiges Epos mit seinen Höhen und Tiefen, seinen glorreichen und schwierigen Momenten, seinem unerschöpflichen Repertoire an Persönlichkeiten, Szenen, Widerreden, Intrigen, Daten, an Guten und an Bösen; einen ergreifenden Familienroman, der von Vercingetorix und der Schlacht von Alesia über die Kreuzzüge, Ludwig XIV., die Aufklärung, die Revolution, das Epos des napoleonischen Zeitalters, die kolonialen Eroberungen und die Härten des Zweiten Weltkriegs bis zum Triumph der Republik und der Menschenrechte reichte und dessen Erbe schließlich de Gaulle antreten sollte. Und auf der anderen Seite gab es die Zugehörigkeit der einzelnen, die individuelle Treue. Auf der einen Seite eine kollektive Nationalgeschichte, auf der anderen Erinnerungen privater Natur. Hier eine heilige Geschichte, weil von der gleichen Art wie der religiöse Katechismus, den zu bekämpfen sie angetreten war; eine sakrale Geschichte, weil die des Vaterlandes, für das man gern sein Leben opferte; eine Legende, die aber wie eine gewaltige Antriebskraft wirkte, ein Motor der Integration und des sozialen Zusammenhalts. Dort die Gedächtnisse der Gruppen, das heißt der Minderheiten: das Arbeitergedächtnis, das jüdische (früher sagte man »israelitisch«), das royalistische, das bretonische, korsische oder weibliche Gedächtnis. Auf der Grundlage dieser Spaltung hat sich die traditionelle französische Identität herausgebildet, auf dieser Grundlage ist sie seit einem Jahrhundert erstarkt. Und eben diese Grundlage ist nun zerbrochen. Zerbrochen unter dem Einfluss einer doppelten Bewegung: dem inneren Zerfall des Mythos von dem einen großen nationalen Entwurf einerseits und dem selbstbewussten Freiheitsstreben aller Minderheiten andererseits.

Diese doppelte Bewegung hat sich parallel entwickelt und in den entscheidenden 70er Jahren, in denen Frankreich eine tiefgreifende Veränderung erfuhr, plötzlich an Tempo zugelegt. Das Geheimnis, das sich hinter dem Entstehen eines hegemonialen, tyrannischen, fast zwanghaften »nationalen Gedächtnisses« verbirgt, liegt in dem Übergang vom *historischen* zum *sozialen* Bewusstsein. Der Ort der nationalen Identität wird von den sozialen Identitäten besetzt. Der traditionelle Glaube an die Größe und Bestimmung der französischen Nation ist von innen erschüttert worden:

Die Kriege, ob europäisch, weltweit oder kolonial – der Krieg von 1914 bis 1918, der von 1939 bis 1945 wie auch der Algerienkrieg – haben Frankreich nicht nur einen realen Machtverlust eingebracht, sondern auch einen tiefen, schleichenden Zweifel an der Gültigkeit und Unfehlbarkeit des klassischen nationalen Modells. Die Folge war, dass alles, was das stolze Nationalgefühl verdrängt hatte, wieder an die Oberfläche gekommen ist, von der Schreckensherrschaft während der Revolution bis zur Folter während des Algerienkriegs; alle Einrichtungen, die einen nationalen Bildungsauftrag hatten – Kirchen, Gewerkschaften, Parteien, Familien – gerieten in eine Krise; der Sinn der pädagogischen Botschaft war in Frage gestellt und der Platz, den Frankreich zwischen Schüben der Dezentralisierung und der Eingliederung in ein europäisches Gesamtkonzept einnahm, nur noch schwer zu definieren. Zugleich entfaltete sich eine mächtige Bewegung der inneren Dekolonisierung und der Emanzipation von Gruppenidentitäten, die den Minderheiten auf dem Weg zur nationalen Integration den Rücken stärkte: *Jede einzelne Minderheit erhob Anspruch auf ihre eigene Geschichte, ihr »Gedächtnis«, das sie sich, wie man sagte, »wiederaneignen« wollte, und verlangte dessen Anerkennung durch die Nation.* Das Beispiel der Juden ist hier sehr aufschlussreich. Noch vor dreißig Jahren hätte man kaum von einem jüdischen »Gedächtnis« gesprochen. Selbst die Erinnerung an Vichy bezog sich nicht in erster Linie auf die antisemitische Gesetzgebung und die Verantwortung des französischen Staates für die Deportation und die Vernichtung der Juden. Heute ist das Gegenteil der Fall. Und immer wieder hat die »jüdische Gemeinde« – auch dies ein Begriff, den man damals nicht angewandt hätte – den Präsidenten der Republik aufgefordert, sich zu dieser Verantwortung zu bekennen, bis Jacques Chirac es am 16. Juli 1995 im Vel' d'hiv' tat, wo die Juden bei der großen Razzia von 1942 zusammengetrieben worden waren. Was man in Frankreich das »nationale Gedächtnis« nennt, ist nichts anderes als die Verwandlung, die Invasion, die Unterwanderung, die Überschwemmung des historischen Grundgedächtnisses durch die Gedächtnisse der Gruppen.

*

Nun wäre es natürlich wichtig, die Beschreibung der inneren Ökonomie des neuen Gedächtnisses weiter voranzutreiben. Ich habe versucht, es in

meinen Einleitungen und Nachworten der Reihe *Lieux de mémoire*¹ zu tun. Begnügen wir uns hier damit, abschließend einige direkte, unmittelbare Wirkungen hervorzuheben, die der plötzliche Aufstand des Gedächtnisses hervorgebracht hat. Vor allem zwei Effekte scheinen mir bedeutsam.

Der erste besteht darin, dass seither ein rapide sich intensivierender Gebrauch von der Vergangenheit gemacht wird, sei es politisch, touristisch oder kommerziell. Von dieser Tendenz zeugt auch die steil ansteigende Kurve der Gedenkfeiern, die in Frankreich besonders ins Auge springt. Das letzte Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts könnte sogar als der Höhepunkt dieser Ära des Gedenkens erscheinen, eingerahmt von der Zweihundertjahrfeier der Französischen Revolution, die das ganze historische, politische, nationale, religiöse, ideologische und symbolische Gewicht des ohnehin wohletablierten Phänomens demonstrierte, und der Feier der Jahrtausendwende. Jedes Jahr hat sein Schärfflein an Gedenken beigetragen, von der Dreyfus-Affäre bis zu Chlodwigs 1500. Jahrestag, vom 80. Jahrestag des Waffenstillstands von 1918 bis zum 150. Jahrestag der Abschaffung der Sklaverei. Frankreich ist, soviel ich weiß, das einzige Land, das seit zwanzig Jahren über eine Kommission für Nationalfeiern verfügt. Diese Konjunktur der Gedenkfeiern hat vielfältige Gründe: Sie alle beweisen, dass die Vergangenheit nicht mehr in einer einzigen Bedeutung kulminiert, und dass eine Gegenwart, die über ein historisches Selbstbewusstsein verfügt, in dem sie sich reflektiert, mehrere mögliche Versionen der Vergangenheit zulassen muss.

Der zweite Effekt der neuen Ökonomie des Gedächtnisses läuft darauf hinaus, dass dem Historiker das Monopol genommen wird, das er traditionsgemäß auf die Interpretation der Vergangenheit besaß. In einer Welt, in der es eine einzige *kollektive Geschichte* und viele *individuelle Gedächtnisse* gab, kam ihm eine Art exklusive Kontrolle über die Vergangenheit zu. Die »wissenschaftliche« Geschichte hat dieses Privileg seit einem Jahrhundert sogar noch kräftig untermauert. Der Historiker allein war berechtigt, die Fakten festzustellen und zu beglaubigen und die Wahrheit zu verbreiten. Das war sein Beruf und seine Würde. Inzwischen ist er längst nicht mehr der einzige, der die Vergangenheit produziert. Er teilt diese Rolle mit dem Richter, dem Zeugen, den Medien und mit dem Gesetzgeber. Das ist ein Grund mehr, der »Pflicht zur Erinnerung«, die einige von uns vor zwanzig oder fünfundzwanzig Jahren proklamiert haben, heute laut und deutlich eine »Pflicht zur Geschichte« entgegenzusetzen.

Denn das eigentliche Problem, das sich aus der Sakralisierung des Gedächtnisses ergibt, besteht darin herauszufinden, wie, warum und in welchem Augenblick das positive Prinzip der Emanzipation und der Befreiung, das die Erinnerung beflügelt, in sein Gegenteil umschlagen und eine Form der Gefangenschaft, ein Motiv des Ausschlusses, ja eine Kriegswaffe werden kann. Seinem Prinzip nach ist der Anspruch auf das eigene Gedächtnis ein Aufruf zur Gerechtigkeit. In seiner Wirkung ist er oft zu einem Aufruf zum Mord geworden. Vielleicht ist es an der Zeit, den Prozess, den Nietzsche vor mehr als hundert Jahren gegen die Historie eröffnet hat, heute gegen das Gedächtnis wieder aufzugreifen und wie er in seinen *Unzeitgemäßen Betrachtungen* – aber indem wir für das Wort »Historie« das Wort »Gedächtnis« setzen – zu warnen: »Es gibt einen Grad von Schlaflosigkeit, von Wiederkauen, von historischem [sprich: erinnertem] Sinne, bei dem das Lebendige zu Schaden kommt, und zuletzt zu Grunde geht, sei es nun ein Mensch oder ein Volk oder eine Kultur.«² Auch an diese Botschaft des Gedächtnisses haben wir die Pflicht, uns zu erinnern.

Aus dem Französischen von Grete Osterwald

Anmerkungen

1 Pierre Nora (Hg.), *Les lieux de mémoire*, 7 Bde., Paris 1984-1993.

2 Friedrich Nietzsche, *Unzeitgemäße Betrachtungen*, München 1999, S. 250.

Timothy Garton Ash
MESOMNESIE

Wie soll man mit einer schwierigen Vergangenheit umgehen? Überall auf der Welt stehen Länder vor diesem Problem – Ostdeutschland und Polen nach dem Kommunismus, Südafrika nach dem Apartheidregime, Ruanda nach dem Völkermord, lateinamerikanische Staaten, die eine Militärdiktatur hinter sich haben, oder Serbien nach Milosevic. Inzwischen gibt es eine umfangreiche Literatur zu diesem Thema.¹

Das *past-beating* – das »Vergangenheitsbewältigen« – ist zu einer weltweit operierenden Industrie geworden, die ihrerseits einem noch größeren Industriezweig angehört, der sich mit »Übergangsberatung« befasst. Nach dem Untergang einer Diktatur benötigen Sie eine freie Marktwirtschaft? Dann wenden Sie sich am besten an Professor Jeffrey Sachs in Harvard oder an die Experten der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds. Sie benötigen ein neues politisches System? Sprechen Sie mit Politologen wie Juan Linz oder Alfred Stepan. Sie wollen eine Zivilgesellschaft errichten? Fragen Sie beim Open Society Institute von George Soros oder bei einer der zahllosen nichtstaatlichen Organisationen nach, die sich damit befassen. Sie sollten sich übrigens – nach allgemein herrschender Überzeugung – auch mit Ihrer Vergangenheit auseinandersetzen. Wenden Sie sich dazu an die Spezialisten für *past-beating*.

Einige Länder sind auf diesem Gebiet besonders stark. Deutschland ist beim *past-beating* natürlich weltweit führend. Als einziges Land hat es sich mit der Hinterlassenschaft nicht nur einer, sondern zweier Diktaturen auseinandergesetzt – nach 1945 mit der des Nationalsozialismus und nach 1989 mit der des Kommunismus.² Dies ist einer der Gründe dafür, dass es im Deutschen zwei lange Wörter für diese Betätigung gibt – »Geschichtsaufarbeitung« und »Vergangenheitsbewältigung« –, während das Englische kein einziges besitzt.³ Besonders erfolgreich ist die deutsche Vergangenheitsbewältigungs-Branche auf den traditionellen Exportmärkten Deutschlands, vor allem in Mittel- und Osteuropa. Es ist bemerkenswert, dass sich die dortigen Staaten viele Instrumente für den Umgang mit ihrer eigenen schwierigen Vergangenheit nach deutschem Vorbild geschaffen

haben. Wer hätte gedacht, dass sich die Polen, die unter den Deutschen so viel zu leiden hatten, bei der Auseinandersetzung mit ihrer kommunistischen Vergangenheit eines Tages am Beispiel Deutschlands orientieren würden? Weitere wichtige Exportländer in diesem Bereich sind Südafrika und Chile mit ihren Wahrheitskommissionen.

Die entscheidende Frage lautet jedoch: Über was für ein Verfahren und was für ein Produkt sprechen wir hier eigentlich? Wie sehen die DIN-Standards – die »Deutschen Industrie-Normen« – im Bereich der Geschichtsaufarbeitung aus?

Acht Ziele ...

Die Antworten auf diese Frage sind verwirrend. Leicht lassen sich acht verschiedene Ziele ausmachen, die in diesem Zusammenhang immer wieder genannt werden:

1. Wahrheit
2. Gerechtigkeit
3. Anerkennung von Verantwortung oder Schuld
4. Verhinderung erneuter Menschenrechtsverletzungen
5. Konsolidierung demokratischer Verhältnisse
6. Heilung
7. Reinigung
8. Versöhnung

Jedes dieser Ziele, die man auch als Kriterien zur Bewertung des Prozesses der Geschichtsaufarbeitung bezeichnen könnte, bringt seine eigenen Diskurse mit sich, einen ganzen Komplex von Kategorien und Unterkategorien. Beginnen wir mit der »Wahrheit«. »Was ist Wahrheit?« fragte Pilatus spöttisch, und die südafrikanische Wahrheits- und Versöhnungskommission unterschied in ihrem Abschlussbericht nicht weniger als vier in diesem Zusammenhang relevante Arten von Wahrheit: die faktische oder forensische, die persönliche oder narrative, die soziale und schließlich die heilende oder wiederherstellende Wahrheit.⁴ Auch zu dem Begriff »Gerechtigkeit« gibt es eine ganze Bibliothek von Analysen, die sich auf der Grundlage rechtspraktischer oder rechtstheoretischer Kategorien mit dem auseinandersetzen, was heute oft *transitional justice* (Übergangsgerechtigkeit / -gerechtigkeit) genannt wird.⁵ Verantwortung oder Schuld? Wieder tut sich ein neues juristisches und philosophisches Argumentationsfeld auf. Nach 1945 un-

terschied Karl Jaspers bekanntlich zwischen vier Arten von Schuld: zwischen krimineller, politischer, moralischer und metaphysischer Schuld.⁶

Neue Menschenrechtsverletzungen oder die Wiederkehr diktatorischer Verhältnisse zu verhindern, ist vielleicht ein klarer umrissenes Ziel. In Brasilien und Uruguay erschienen die Berichte der Wahrheitskommissionen unter dem Titel *Nunca Mais* bzw. *Nunca Más* – »Nie wieder!«.⁷ Doch mit dem Begriff »Konsolidierung demokratischer Verhältnisse« gerät man schon wieder in ein anderes Diskursuniversum, das sich auf politologische Untersuchungen zum demokratischen Wandel bezieht.

Sehr oft wird auch »Heilung« als Ziel genannt, ein Begriff, der vor allem in den Äußerungen von Erzbischof Desmond Tutu, dem Vorsitzenden der Südafrikanischen Wahrheits- und Versöhnungskommission, eine wichtige Rolle spielt. Auch dieser Begriff ist problematisch, bringt er doch ein ganzes Geflecht von medizinischen und psychologischen Metaphern ins Spiel. Außerdem tritt in ihm jener Anthropomorphismus zutage, der für einen großen Teil der Debatten über die Geschichtsaufarbeitung kennzeichnend ist: Ihm liegt die Vorstellung zugrunde, Gesellschaften ließen sich in gewisser Hinsicht ähnlich »behandeln« wie Individuen. In Henri Roussos bekanntem Buch *Le syndrome de Vichy* findet sich ein Diagramm, das den Wandel des Intensitätsgrads wiedergeben soll, mit dem das Vichy-Syndrom im Bewusstsein der französischen Öffentlichkeit nach 1945 präsent war.⁸ Dieses Diagramm gleicht der Fieberkurve eines menschlichen Patienten – als wäre Frankreich ein einzelner Mann oder eine Frau: Madeleine oder Anatole France. In der Literatur über den Begriff der »Heilung« finden sich Metaphern wie die von den »Wunden« einer Gesellschaft, die erst gereinigt werden müssen, ehe sie verheilen können.⁹ Auch der Begriff der »Verleugnung«¹⁰ – ob im psychologischen oder im juristischen Sinne – wird häufig verwendet, ebenso wie andere psychologische Ausdrücke, etwa »Verdrängung« oder »Sperr«.

Dann gibt es die Kategorie der »Reinigung«. In der Tschechoslowakei wurde die »Säuberung« der Institutionen und die Überprüfung ehemaliger kommunistischer Kader nach 1989 als »Lustration« bezeichnet – ein neuer und zugleich sehr alter Begriff, der inzwischen auch in anderen Ländern gebräuchlich ist. Etymologisch geht er auf einen Reinigungsritus der Römer zurück. Anderswo begegnet uns der Begriff »Katharsis«, mit dem die Läuterung des Seelen- oder Gefühlslebens bezeichnet wird, auf die das griechische Drama abzielte.

Mit dem letzten Ziel auf meiner Liste – »Versöhnung« – wechseln wir aus dem Bereich der Psychologie in den der Theologie. Betrachten wir diesen Begriff genauer, so zeigt sich, dass er in unserem Kontext sehr unterschiedliche Bedeutungen annehmen kann. Meinen wir die Versöhnung eines Individuums mit sich selbst? Oder die Versöhnung eines Individuums mit anderen Individuen? Oder die Versöhnung zwischen unterschiedlichen Rassen-, Gesellschafts- oder Volksgruppen? (Zwischen Weißen und Schwarzen in Südafrika, Reichen und Armen in Lateinamerika, Serben und Albanern im Kosovo.) Oder verwenden wir den Begriff im umfassenden, christlichen Sinne einer Versöhnung, die aus der Vergebung durch einen einzelnen oder, der Bibel zufolge, durch Gott herrührt? »Und ihr werdet die Wahrheit erkennen«, heißt es im Johannes-Evangelium, »und die Wahrheit wird euch frei machen«. Man könnte also sagen, die Debatte über den Umgang mit der Vergangenheit beginnt bei der Pathologie und endet in der Theologie.

... und zehn Wege, die zu diesen Zielen führen

Diese irritierende Fülle von Zielen und Kriterien ist jedoch nur das halbe Problem. Wir haben nicht nur die acht Ziele, sondern auch viele verschiedene Wege, auf denen sie möglicherweise zu erreichen sind. Leicht lassen sich zehn verschiedene Arten des Umgangs oder der Auseinandersetzung mit einer schwierigen Vergangenheit unterscheiden. (Ich habe im folgenden eine Aufstellung aus dem sehr interessanten Buch *States of Denial* von Stanley Cohen für die Zwecke meiner Argumentation abgewandelt.)¹¹

1. Gerichtsverfahren;
2. Säuberungen, heute freundlicher auch Lustration genannt;
3. Wahrheitskommissionen. In ihrem neuen Buch über Wahrheitskommissionen zählt Priscilla B. Hayner nicht weniger als 21 solcher Kommissionen auf, die im Laufe der vergangenen dreißig Jahre einberufen wurden.¹² Inzwischen hat auch Serbiens neuer, demokratisch gewählter Präsident Vojislav Kostunica eine Wahrheitskommission für Serbien einberufen;
4. die Öffnung der Archive – namentlich die Offenlegung von Akten der Geheimpolizei, wie dies in Ostdeutschland geschehen ist, aber auch anderer Archive; anschließend gilt dann – in Abwandlung einer berühmten Parole aus Chinas kommunistischer Vergangenheit: Lasst hundert Dokumentationen blühen;

5. Kriminalisierung der Leugnung. Das bekannteste Beispiel ist das gesetzliche Verbot einer Leugnung des Holocaust;

6. Gedenk- und Erinnerungsarbeit – in Museen, Gedenkstätten, Ausstellungen oder an Jahrestagen;

7. symbolische Sühneakte oder öffentliche Entschuldigungen. Ein klassisches, sehr bewegendes Beispiel war der Kniefall Willy Brandts vor dem Denkmal der Helden des Warschauer Ghetto-Aufstands bei seinem Besuch in Warschau 1970 anlässlich der Unterzeichnung des Warschauer Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen.¹³ Inzwischen haben wir erlebt, wie sich auch andere Politiker entschuldigt haben: Bill Clinton für den Sklavenhandel, Tony Blair für die Große Hungersnot in Irland 1845 und – am 10. Juli 2001 – der polnische Präsident Aleksander Kwasniewski für die Ermordung der Juden von Jedwabne durch ihre polnischen Mitbürger während des Zweiten Weltkriegs;

8. symbolische Versöhnungsakte. Helmut Kohl war darin besonders groß. Berühmt ist das Foto, das ihn und den französischen Präsidenten François Mitterrand zeigt, wie sie sich über den Gräbern von Verdun etwas verlegen bei der Hand halten. Auf einem anderen Bild umarmt Helmut Kohl 1990 den ersten nichtkommunistischen polnischen Ministerpräsidenten seit 1945 – eine etwas beunruhigende Geste, da der kleine Tadeusz Mazowiecki in den Armen des riesenhaften deutschen Staatsmannes fast verschwindet;

9. Entschädigung oder Reparation. Ein aktuelles Beispiel ist die Problematik der Entschädigung der NS-Zwangsarbeiter;

10. schließlich und vielleicht am schwierigsten: der wichtige Bereich des wirtschaftlichen Wiederaufbaus und der Behebung struktureller Missstände, die aus einer überwundenen Diktatur herrühren. In Südafrika haben Kritiker der Wahrheitskommission gesagt: Wozu das alles, wenn sich an dem Grundübel der Apartheid, der tief verwurzelten wirtschaftlichen Ungleichheit zwischen Schwarz und Weiß, nichts ändert?

2400 Varianten

Ein weiteres Problem bei fast allen Diskussionen über dieses nicht besonders klar definierte Geschäft der Geschichtsaufarbeitung besteht darin, dass die verschiedenen Beiträge oft ziemlich unbekümmert zwischen diesen acht Zielen oder Kriterien und den zehn Wegen, die zu ihnen führen,

hin- und herspringen. Einmal geht es darum, Säuberungen unter dem Aspekt der Gerechtigkeit zu beurteilen, dann wieder darum, Strafprozesse unter dem Aspekt der Wahrheitsfindung oder Akte des Gedenkens im Hinblick auf die demokratische Konsolidierung zu bewerten und so weiter.

Außerdem gibt es für jedes Land, das sich auf diesen Prozess einlässt, zwei weitere Variablen von erheblicher Bedeutung. Die erste ergibt sich aus der Beschaffenheit des vorangegangenen Regimes. In Lateinamerika ging die Unterdrückung von einer relativ kleinen Gruppe von Tätern aus, die eine relativ kleine Gruppe von Opfern mit Mord und Folter verfolgten. In den meisten kommunistisch regierten Staaten Osteuropas dagegen war die Unterdrückung gemäßigter, dafür aber viel breiter gestreut. Außerdem waren Millionen Männer und Frauen mehr oder weniger stark in die Aufrechterhaltung diktatorischer Verhältnisse verstrickt. Wie der einstige Dissident und jetzige tschechische Staatspräsident Vaclav Havel einmal bemerkte, verlief die Grenze nicht zwischen zwei klar umrissenen Gruppen – den Kollaborateuren und denen, die sich widersetzten. Sie lief vielmehr durch jeden einzelnen. Die beiden Arten von Repression – die nach lateinamerikanischem und die nach osteuropäischem Muster – erfordern nachher auch unterschiedliche Formen der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit.

Eine zweite wichtige Variable ergibt sich daraus, wie das nachfolgende politische System beschaffen ist und welche Einschränkungen sich daraus möglicherweise für die Aufarbeitung der Vergangenheit ergeben. Vor allem in Ländern, die einen »vertraglich geregelten« oder »ausgehandelten« Umbruch hinter sich haben, gibt es oft Absprachen oder Garantien, die vor allem die juristischen Möglichkeiten einer Auseinandersetzung mit der Vergangenheit einschränken. In mehreren lateinamerikanischen Ländern hat das Militär gedroht, die neue, noch ungefestigte Demokratie zu stürzen, falls Armeeangehörige vor Gericht gestellt würden. In Südafrika wurde in einem Nachtrag zur Interimsverfassung eine Amnestie vorgesehen. Dies war der Preis, den die einstigen weißen Machthaber forderten, ehe sie sich zum Machtverzicht bereit erklärten.

Wenn wir nun versuchen, ein Schema der »vergleichenden Vergangenheitsbewältigungsforschung« aufzustellen – was ergibt sich? Wir haben es mit wenigstens acht verschiedenen Kriterien zu tun, nach denen wir mindestens zehn verschiedene Formen des Umgangs mit der Vergangenheit in wenigstens dreißig verschiedenen Ländern beurteilen sollen. Wie

man leicht sieht, ergibt sich daraus ein Schema mit nicht weniger als 2400 Feldern!

Das heißt nun aber nicht, dass sich aus den Erfahrungen anderer Länder keine Lehren ziehen ließen. Sie lassen sich ziehen – und sie werden gezogen. Einer der Oppositionsführer in Serbien, Veran Matic, hat eine Serie systematischer Diskussionen organisiert, in denen Erfahrungen anderer Länder im Umgang mit ihrer Vergangenheit gesammelt wurden, um herauszufinden, was sich davon in einem nicht nur sprachlichen Sinne ins Serbische »übersetzen« lässt. Auch die südafrikanische Wahrheitskommission stützte sich auf zwei Konferenzen, die sich mit den Erfahrungen in Lateinamerika und Osteuropa befassten.¹⁴ Mir scheint allerdings angesichts dieses Schemas mit seinen 2400 Feldern, dass sich systematisch verallgemeinernde Feststellungen in diesen Fragen kaum treffen lassen.

Dennoch ist es sinnvoll, zwei allgemeinen Fragen von grundsätzlicher Bedeutung genauer nachzugehen. Die erste lautet: Gibt es, wie heute oft behauptet wird, eine klare Korrelation zwischen der Tatsache, dass sich ein Land auf diese oder jene Weise mit der eigenen schwierigen Vergangenheit beschäftigt, und der Konsolidierung von freiheitlich demokratischen Verhältnissen, von Rechtsstaatlichkeit, Pluralismus und Toleranz in diesem Land?

Die Antwort fällt weniger eindeutig aus, als man erwarten könnte. Gewiss lassen sich Länder nennen, die sich ihrer Vergangenheit gestellt haben und auf diese Weise ihre Demokratie gefestigt haben – zum Beispiel Ostdeutschland. Es gibt auch Länder, die sich auf eine Auseinandersetzung mit ihrer schwierigen Vergangenheit nicht eingelassen und sich nicht in der erwünschten Richtung konsolidiert haben – etwa Russland und erst recht China. Es gibt aber auch Länder, die sich nicht in nennenswertem Maße mit ihrer Vergangenheit beschäftigt haben und dennoch stabile demokratische Verhältnisse entwickelt haben. Spanien ist ein solcher Fall. Spanien hat in der Zeit nach Franco das praktiziert, was Jorge Semprun eine »kollektive und gewollte Amnesie« genannt hat, und trotzdem hat sich das Land offenbar als dynamische Demokratie konsolidiert.¹⁵ Man könnte behaupten, das nachkommunistische Polen sei ein ähnlicher Fall. Auch Polen hat seine Demokratie gefestigt, ohne sich systematisch mit der eigenen Vergangenheit auseinanderzusetzen. Man könnte auch fragen – obgleich ich hierauf keine klare Antwort habe –, ob es Länder gibt, die die Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit versucht

haben, ohne die erwünschte Konsolidierung zu erreichen. El Salvador vielleicht?

Die Korrelation zwischen »Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit« und »demokratischer Konsolidierung« liegt also keineswegs bei 100 Prozent. Und selbst wenn diese Korrelation ziemlich hoch ist, darf man deshalb noch nicht annehmen, die Geschichtsaufarbeitung sei die *Ursache* der demokratischen Konsolidierung oder zumindest ein Faktor, der zu ihr beigetragen habe. Die Verwechslung von Korrelation und Kausalität ist einer der ältesten Fehlschlüsse in Geschichtsschreibung und politischer Wissenschaft. Mit guten Gründen könnte man nämlich auch behaupten, dass die Kausalität gerade in der umgekehrten Richtung wirkt. Die systematische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit wäre dann nicht Ursache, sondern Symptom einer demokratischen Konsolidierung. In Wahrheit ist sie wahrscheinlich beides: Ursache und Folge. Mit einiger Sicherheit lässt sich wohl nur dies behaupten: Es besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass Länder, die sich systematisch mit ihrer schwierigen Vergangenheit auseinandersetzen, zugleich auch gefestigte oder zumindest sich festigende Demokratien sind.

Erinnern oder Vergessen?

Die zweite allgemeine Frage, auf die ich hier eingehen möchte, ist vielleicht die fundamentalste von allen: Soll man erinnern oder vergessen? Dabei muss man sich klarmachen, dass die klassische Antwort auf diese Frage zumindest in der westlichen Zivilisation mehr als zweitausend Jahre lang – genauer gesagt von 403 v. Chr. bis 1945 n. Chr. – immer gelautet hat: Vergessen! (Zumindest die Politiker haben so geantwortet, nicht unbedingt die Theologen, Philosophen und Historiker.) Im Jahre 403 v. Chr. endete der Peloponnesische Krieg mit der Athenischen Amnestie – der ersten und ursprünglichen Amnestie, von der sich unser Begriff herleitet. Seiner Etymologie nach bedeutet das griechische Wort *amnestos* »nicht erinnern«. Nur zwei Tage nach der Ermordung Caesars ergriff Cicero im römischen Senat das Wort und forderte, die Erinnerung an diese Mordtat müsse dem ewigen Vergessen anheimgegeben werden – *omnem memoriam discordiarum oblivione sempiterna delendam*.¹⁶

Diese klassische Antwort begegnet uns in Friedensverträgen immer wieder – vom Mittelalter bis zum Lausanner Vertrag von 1923 zwischen

Griechenland und der Türkei. Im 17. Jahrhundert endet der Bürgerkrieg in England mit einem »Act of Indemnity and Oblivion« – also der Straffreiheit und des Vergessens. Die französischen Verfassungen von 1814 und 1830 fordern ausdrücklich einen Akt des *oubli* – des Vergessens. Selbst 1945 und in der Zeit danach war das Vergessen in weiten Teilen Europas nicht nur eine Realität – es gab auch Stimmen, die ausdrücklich zum Vergessen aufriefen. Der deutsche Philosoph Carl Schmitt sprach sich 1951 für einen Akt der Amnestie und der Amnesie aus und beschwor die »Kraft des Vergessens«. ¹⁷ Respektabler ist das Beispiel Winston Churchills. Er forderte in seiner berühmten Zürcher Rede von 1946 über die Notwendigkeit eines vereinten Europa einen »segensreichen Akt des Vergessens« und zitierte damit seinen Vorgänger William Ewart Gladstone, der seinen Cicero natürlich ebenfalls gekannt hatte. ¹⁸

So also lautete die klassische Antwort der westlichen Zivilisation: Vergesst!

Fünfundzwanzig Jahre später lautet die Antwort, die die sogenannte internationale Gemeinschaft in vergleichbaren Situationen immer wieder gibt: Erinnern, erinnern! Auch wenn in zahlreichen Ländern nach wie vor viel und gründlich vergessen wird, erwartet man heute von aufgeklärten Politikern, dass sie bewusstes Erinnern praktizieren. Dahin zielte der moralische Imperativ der Kritik, die sich während der Amtszeit von Bundespräsident Kurt Waldheim gegen Österreich und später wegen des »Nazi-Goldes« in den eidgenössischen Banken gegen die Schweiz richtete, und kürzlich wegen des Massakers in Jedwabne gegen Polen und nun auch gegen Serbien unter seinem neuen Präsidenten Vojislav Kostunica.

Im folgenden möchte ich zeigen, dass ein großer Teil der Ratschläge, die man Ländern mit schwieriger Vergangenheit erteilt, und ein großer Teil der Literatur zu diesem Thema mit einer unbefriedigenden, manchmal geradezu manichäischen Dichotomie zwischen Erinnern und Vergessen operiert und dass dies vor allem unter zwei Aspekten unzureichend bleibt.

Der Romancier in unseren Köpfen

Unzureichend bleibt diese Dichotomie zunächst einmal in deskriptiver, analytischer Hinsicht – als Beschreibung, wie das Gedächtnis wirklich funktioniert. Während ich meine eigene Stasi-Akte studierte und dann mit den Informanten, die über mich berichtet hatten, mit den Offizieren, die

für mich zuständig gewesen waren, und auch mit anderen sprach, die sich im Netz der Stasi verfangen hatten, ist mir schmerzlich klar geworden, wie unzureichend die Dichotomie zwischen Erinnern und Vergessen ist.¹⁹ In Wirklichkeit haben wir es mit einem Prozess des kontinuierlichen Wieder-Erinnerns, des beständigen Umschreibens jener Geschichte zu tun, die wir »Mein Leben« nennen. Man sagt, jeder von uns habe einen Geschichtsschreiber im Kopf. Aber in Wirklichkeit ist dieser Geschichtsschreiber ein Romancier – ein Romancier, der ständig dabei ist, die Geschichte unseres Lebens umzuschreiben und sie uns auf diese Weise bequemer, erträglicher zu machen. Man denke an das bekannte Wort von Nietzsche: »Das habe ich getan sagt mein Gedächtnis. Das kann ich nicht getan haben« – sagt mein Stolz [...]. Endlich – gibt das Gedächtnis nach.«²⁰ In akuten Fällen hat man dies – in Anlehnung an die »Alzheimersche« – die »Waldheimersche Krankheit« genannt. Ihr wichtigstes System ist forciertes, selektives Vergessen. (Dahinter steht natürlich eine Anspielung auf das seltsame Unvermögen des österreichischen Bundespräsidenten Kurt Waldheim, sich an seine Tätigkeit als Offizier in Jugoslawien in der Zeit der Besetzung durch die Wehrmacht zu erinnern.)

Aber wir brauchen uns hier nicht nur auf Anekdoten, persönliche Eindrücke und philosophische Aperçus zu verlassen. Zu den interessantesten Forschungsgebieten während der letzten zwanzig Jahre gehört die Erforschung des menschlichen Gedächtnisses und der Funktionsweise des Gehirns in seiner Beziehung zum Geist. Und die wissenschaftlichen Befunde deuten genau in diese Richtung. Der führende Neurologe Michael Gazzaniga beginnt sein Buch *The Mind's Past* mit dem Satz: »Über die fiktive Erschaffung (*fiction*) unserer Lebensgeschichten (*lives*) wissen wir nichts – aber wir sollten etwas wissen wollen.« Er wolle, so schreibt Gazzaniga, der Frage nachgehen, »wie unser Geist und unser Gehirn die erstaunliche Leistung vollbringen, unsere Vergangenheit zu konstruieren, und wie sie dabei die Ich-Illusion erzeugen, die uns dann ihrerseits dazu bringt, über unser automatisch funktionierendes Gehirn hinauszugreifen.«²¹

Im Anschluss an Experimente mit »split-brain«-Patienten, bei denen die beiden Hirnhälften operativ getrennt werden mussten, kommt Gazzaniga zu dem Schluss, dass es einen in der linken Hirnhälfte angesiedelten »Interpreten« gibt, dessen Aufgabe darin besteht, aus unserem Erleben sinnvolle Geschichten zu bauen. (Er bezeichnet diesen »Interpreten« gelegentlich auch als den *spin-doctor*, den »Spezialisten für Öffentlichkeitsarbeit«

in der linken Gehirnhälfte.)²² Bei einem der Experimente wurden den »split-brain«-Patienten vier Fotos gezeigt: der linken Hirnhälfte ein Hühnerfuß, der rechten ein Huhn, der linken Hälfte eine Schaufel, der rechten Schnee. Die beiden Hirnhälften konstruieren einen Zusammenhang, aber in einem der Fälle wurde die Schaufel mit dem Huhn verbunden. Daraufhin befragt, antwortete der Patient: »Na, sehen Sie, Hühner leben doch in Hühnerställen, und man braucht eine Schaufel, um den Dreck dort wegzuschaffen.« Hier hatte der Interpret im linken Hirnteil also eine andere sinnvolle Geschichte konstruiert.

Kurzum, was unser Gehirn leistet, lässt sich nicht einfach mit dem geläufigen Gegensatz von Erinnern und Vergessen beschreiben. Das neurologische Normale ist vielmehr jener Prozess des kontinuierlichen Wieder-Erinnerns. Wir alle haben diesen Romancier im Kopf.

Amnesie, Hypermnésie oder Mesomnesie

Zum anderen erscheint mir die Dichotomie zwischen Erinnern und Vergessen auch wenig hilfreich, wenn es um Handlungsempfehlungen geht: wenn man also nicht mehr nur beschreiben will, was faktisch geschieht, sondern darüber hinaus zu bestimmen versucht, was in Ländern, Gesellschaften, Gruppen oder bei Individuen, die es mit einer schwierigen Vergangenheit zu tun haben, geschehen sollte. Mir scheint, das wünschenswerte Ergebnis einer Auseinandersetzung mit der Vergangenheit kann nicht, wie man heute vielfach annimmt, einfach »Erinnern« sein, aber ebensowenig einfach »Vergessen«, wie man vor 1945 glaubte. Es geht vielmehr um eine subtile Mischung aus Erinnern und Vergessen.

Das Spektrum, mit dem wir es zu tun haben, reicht von dem Extrempunkt der Amnesie und Amnestie auf der einen Seite bis zum entgegengesetzten Extrem – bis zu dem, was Alain Besançon »Hypermnésie« genannt hat, ein fast obsessives Über-Erinnern, wie es uns manchmal im Zusammenhang mit dem Holocaust begegnet.²³ Bei einem Individuum könnte man dieses zwanghafte Über-Erinnern als Trauma oder als Wahn bezeichnen. Mir geht es hier vor allem darum, dass es zwischen diesen beiden Extremen einen Mittelweg gibt, der mir der wünschenswerte zu sein scheint. Man könnte hier auch von »Therapomnesie« oder »Kinetomnesie« sprechen. Ich ziehe allerdings den Ausdruck »Mesomnesie« vor – mittleres Erinnern.

Besonders wichtig für den Umgang mit der Vergangenheit wird dieser Begriff dort, wo es um das »Aussprechen der Wahrheit« geht – ob in Wahrheitskommissionen, in Prozessen oder Ausstellungen oder durch die Öffnung der Archive. Das Ziel dieser offiziell geförderten oder befürworteten Bemühungen um das Herausfinden und die Verlautbarung der Wahrheit lässt sich in zwei Worten zusammenfassen: Erkenntnis und Anerkennung. Es geht darum, Tatsachen zu klären und dann Erkenntnis zu gewinnen – das heißt, Zusammenhänge zwischen den Tatsachen herzustellen. Es geht aber auch darum – und dies ist sehr wichtig –, öffentlich und offiziell anzuerkennen, was geschehen ist. Es geht um die Anerkennung des Geschehens durch die Täter oder den Staat, in dem die Verbrechen geschehen sind. Und es geht um die Anerkennung, die den Opfern und ihren überlebenden Angehörigen gebührt.

So hieß es in dem Bericht über die Ermordung des salvadorianischen Erzbischofs Oscar Romero in seiner eigenen Kathedrale: »Der frühere Oberst Roberto d'Aubussion gab den Befehl, den Erzbischof zu ermorden, und erteilte den Angehörigen seines Sicherheitsdienstes, die als Todesschwadron fungierten, genaue Anweisungen darüber, wie die Ermordung vorbereitet und ausgeführt werden sollte.«²⁴ Selbst für die fanatischsten Anhänger des früheren Oberst ist es danach schwierig, seine Verantwortung zu leugnen. Der Bericht der südafrikanischen Wahrheitskommission machte es den weißen Südafrikanern ebenfalls schwer, die von den Sicherheitskräften unter dem Apartheidregime begangenen Greuelthaten zu leugnen.

Manche Leute, z.B. Erzbischof Tutu in Südafrika, gehen noch weiter und erklären, letztlich zielten all diese Bemühungen auf Versöhnung. Mir erscheint es allerdings problematisch, »Versöhnung« zum Ziel einer Wahrheitskommission zu erheben, denn wirkliche Versöhnung zwischen Menschen (und erst recht eine Versöhnung mit Gott oder mit Gottes Hilfe) läuft nach einem Zeitplan ab, der sich von dem einer Wahrheitskommission mit einem Mandat für nur wenige Jahre deutlich unterscheidet. Wahrheitskommissionen können allenfalls zur Schaffung von Verhältnissen beitragen, in denen es dann später zur Versöhnung kommen kann.

Es gibt übrigens ein Gebiet, auf dem vollständige Versöhnung gar nicht wünschenswert ist – die Geschichtsschreibung. Im Vorfeld der polnischen Präsidentenwahlen des Jahres 1995 (bei denen ein ehemaliges Mitglied des Zentralkomitees der kommunistischen Partei gegen den einstigen

Führer der Gewerkschaft *Solidarnosc*, Lech Walesa, antrat) schrieb Adam Michnik, einst ein führender Dissident, zusammen mit Włodzimierz Cimoszewicz, einem ehemaligen KP-Mitglied, einen umstrittenen Artikel. Gemeinsam sprachen sie sich darin für eine »gemeinsame Beurteilung« der Geschichte Polens unter dem Kommunismus aus.²⁵ Aber das letzte, was wir uns als Historiker wünschen, ist eine durch Übereinkunft erzielte und dann mit Alleinvertretungsanspruch auftretende Version der Vergangenheit. Wahrheit kann sicherlich einen Beitrag zur Versöhnung leisten, aber es kann auch geschehen, dass die Versöhnung zur Gefahr für die Wahrheit wird. Geschichtsschreibung, die Suche nach der niemals vollständig zu ermittelnden historischen Wahrheit, kann es ohne den ständigen Widerstreit unterschiedlicher Deutungen nicht geben.

Eines lässt sich jedoch vielleicht durch Übereinkunft erreichen: eine Beschreibung der Faktengrundlage, auf die sich die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit dann bezieht. Heinrich Mann wurde einmal gefragt, wie es gewesen sei, mit dem deutschen Kommunistenführer Walter Ulbricht zu verhandeln. Er antwortete: Es war ungefähr so, wie wenn man sich mit jemandem an einen Tisch setzt, der zu Beginn des Gesprächs erklärt, dieser Tisch sei in Wirklichkeit ein Ententeich, und die weitere Fortsetzung des Gesprächs davon abhängig macht, dass auch sein Gegenüber sich die Auffassung zu eigen mache, man habe nicht an einem Tisch, sondern an einem Ententeich Platz genommen.

In Ländern, die von einer gespaltenen Vergangenheit umgetrieben werden, geht es ganz ähnlich zu. Ein wichtiges Ziel besteht also darin, unmissverständlich für beide Seiten zu klären, dass man tatsächlich an einem Tisch sitzt. Vielleicht gelingt es sogar, sich über Größe und Form dieses Tisches zu einigen – kurzum, den Tatsachenrahmen abzustecken, in dem die eigentliche und nie endende Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Deutungen vor sich gehen muss.

Die Grenze zwischen Vergangenheit und Gegenwart wiederherstellen

Ein zweiter wünschenswerter Effekt dieses Prozesses besteht darin, dass zwischen Vergangenheit und Gegenwart eine klare Grenze gezogen wird. Man könnte glauben, diese Grenze sei eine Selbstverständlichkeit. Aber in Ländern, die von ihrer Geschichte wie von einem Gespenst heimgesucht werden, verschwindet sie.²⁶ Auf dem Balkan waren während der 90er Jahre

Vergangenheit und Gegenwart nicht in zeitlicher Abfolge nacheinander, sondern nebeneinander angeordnet, nicht diachron, sondern synchron. Vergangenheit und Gegenwart waren gleichzeitig vorhanden. Ich erinnere mich an ein Gespräch mit einem höheren serbischen Beamten im Kosovo – in der Zeit vor den NATO-Bombardements. Ich fragte ihn nach dem derzeitigen Zahlenverhältnis zwischen den ethnischen Gruppen im Kosovo. Ich wusste, dass der Anteil der ethnischen Albaner an der Bevölkerung bei 80 bis 90 Prozent lag. Aber die Antwort, die ich bekam, lautete: »Im 12. Jahrhundert lag der Anteil der Serben an der Bevölkerung bei 95 Prozent.« (Ausweislich der UNO-Volkszählung von 1157, versteht sich...)

Nach der Einnahme der bosnischen Schutzzone Srebrenica soll der bosnisch-serbische General Ratko Mladic erklärt haben: »Hier stehen wir nun in Srebrenica am 11. Juli 1995, am Vorabend eines weiteren großen serbischen Festtages. Wir machen diese Stadt dem serbischen Volk zum Geschenk. Nach dem Aufstand gegen den Dahi ist nun endlich die Zeit gekommen, Rache an den Türken in dieser Gegend zu nehmen.«²⁷ Der »Aufstand gegen den Dahi« – damit war der Aufstand der Serben im Jahre 1804 gegen die damals herrschenden osmanischen Türken gemeint. Als dann die serbischen Soldaten und Paramilitärs die bosnischen Muslime niedermetzelten, töteten sie nicht jugoslawische Mitbürger oder Mitmenschen. Sie nahmen »Rache an den Türken«.

Einem ähnlichen Verschwimmen der Grenze zwischen Vergangenheit und Gegenwart begegnet man in Nordirland. Es gibt den alten Witz von dem Piloten, der beim Anflug auf Belfast mitteilt: »Das Wetter in Belfast ist regnerisch, und die Ortszeit ist 1689.« Die Grenze zwischen Vergangenheit und Gegenwart existiert einfach nicht. Die Vergangenheit ist lebendig und explosiv.

Für Historiker enthalten solche Beobachtungen eine Paradoxie. Oft heißt es doch gerade, ihr höchstes Ziel sei es, die »Vergangenheit lebendig werden zu lassen«. Nun, die Vergangenheit ist nirgendwo lebendiger als an diesen Orten, aber sie lebt dort in einer gespenstischen Verzerrung. Eine »Verarbeitung« (*processing*) der Vergangenheit nach den hier skizzierten Verfahren würde dazu führen, dass die fehlende Grenze zwischen Vergangenheit und Gegenwart wiederhergestellt wird. Es ist das, was wir im Englischen *to put it behind us* nennen: »etwas hinter sich bringen«. Damit ist nicht das gemeint, was man im Deutschen einen »Schlussstrich« nennt – einen dicken Strich, den man unter die Vergangenheit zieht, um dann nie

mehr zurückzublicken. Aber eine Reduktion der Vergangenheit ist mit dem englischen Ausdruck durchaus gemeint: die Gegenwart der Vergangenheit stirbt ab. Die Vergangenheit ist nicht länger gelebte Erfahrung; sie wird zur Geschichte verkleinert, zum Bild an der Wand, zur Ausstellung, zum Denkmal.

Allzu häufig vollziehen Länder, die sich von einer schwierigen Vergangenheit lösen, den Übergang von der übermächtigen Gegenwart der Geschichte zu der heute so geläufigen völligen Abwesenheit von Geschichte sehr schnell – den Übergang in jenen ahistorischen Zustand, der für die westlichen Konsumdemokratien typisch ist. Während des vergangenen Jahrzehnts habe ich das im postkommunistischen Europa immer wieder erlebt. Der polnische Schriftsteller Konstanty Gebert hat einmal gesagt: »Wenn Amerikaner sagen That's history dann meinen sie damit: Es ist irrelevant. Wenn wir Osteuropäer sagen Das ist Geschichte dann meinen wir: Es ist das wichtigste überhaupt.« Wenn man nicht aufpasst, gerät man mit einem Schlag und ohne Zwischenstopp vom serbischen in das amerikanische Geschichtsgefühl.

Für ein mittleres Erinnern – Mesomnesie

Ich komme zum Schluss dieser notwendigerweise ziemlich provisorischen und spekulativen Erörterung eines einzigen Aspekts in einem sehr komplexen, vielschichtigen Prozess. Mir scheint, es lässt sich eine idealtypische Abfolge der verschiedenen Phasen dieses Prozesses skizzieren: Herausfinden – Aufzeichnen – Nachdenken – und dann Weitergehen. In keiner dieser Phasen geht es um eine einfache Wahl oder einen simplen Konflikt zwischen Erinnern und Vergessen. Immer haben wir es mit einer komplexen Verwandlung, einer beschleunigten Metamorphose der Erinnerung zu tun. Was am Schluss dieses Vorgangs steht, lässt sich nicht einfach als »Erinnern« bezeichnen. Wenn wir die Vergangenheit »hinter uns bringen« und die Grenzen zwischen Vergangenheit und Gegenwart wiederherstellen, dann geht es um eine sehr viel subtilere Mischung aus Erinnern und Vergessen.

Einem ruandischen Beamten, der an den Ermittlungen über den Völkermord in seinem Land beteiligt war und selbst bei den Massakern siebzehn Angehörige verloren hatte, wurde die Frage gestellt, ob er sich lieber erinnern oder lieber vergessen wolle. Er antwortete: »Wir müssen uns an

das, was geschah, erinnern, damit es nicht wieder geschieht. Aber die Gefühle, die Empfindungen, die sich damit verbinden, müssen wir vergessen.«²⁸ Ich bin mir nicht sicher, ob die Mischung damit richtig beschrieben ist – auch deshalb, weil ich vermute, dass die richtige Mischung aus Erinnern und Vergessen in verschiedenen Ländern und für die verschiedenen Gruppen von Handelnden unterschiedlich sein wird: für die Opfer anders als für die Täter. Aber dass es eine Mischung aus Erinnern und Vergessen sein sollte, scheint mir klar.

Für ein Land, eine Gesellschaft, eine Gruppe oder ein Individuum wird die Auseinandersetzung mit einer schwierigen Vergangenheit zu einer Entdeckungsreise. Diese Reise führt durch stürmische Gewässer zwischen den Felsen der Amnesie und den Klippen der Hypermnesie hindurch. Ihr Ziel sollten jedoch die ruhigeren Gewässer dahinter sein – die Gewässer der Mesomnesie.

Aus dem Englischen von Reinhard Kaiser

Anmerkungen

- 1 Eine Einführung unter besonderer Berücksichtigung von Mittel- und Osteuropa bietet der Aufsatz »Strafgerichte, Säuberungen und Geschichtsstunden« in meinem Buch *Zeit der Freiheit. Aus den Zentren von Mitteleuropa*, München 1999. Eine globale Perspektive eröffnet Neil J. Kritz (Hg.), *Transitional Justice: How Emerging Democracies Reckon with Former Regimes*, 3 Bde., Washington, D.C.: US Institute of Peace Press 1995. Speziell mit Wahrheitskommissionen befasst sich Priscilla B. Hayner, *Unspeakable Truths: Confronting State Terror and Atrocity*, New York / London 2001. Aus theologischer Sicht zu diesem Thema: Nigel Biggar (Hg.), *Burying the Past: Making Peace and Doing Justice after Civil Conflict*, Washington, D.C.: Georgetown UP 2001.
- 2 Die Bücher zu diesem Thema würden eine kleine Bibliothek füllen. Siehe z.B. Jeffrey Herf, *Divided Memory: The Nazi Past in the Two Germanys*, Harvard UP 1997 (dt. *Zweierlei Erinnerung. Die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland*, Berlin 1998); Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München 1996; Gesine Schwan, *Politik und Schuld. Die zerstörerische Kraft des Schweigens*, Frankfurt a.M. 1997; A. James McAdams, *Judging the Past in Unified Germany*, Cambridge UP 2001.
- 3 Die Wortprägung »past-beating« ist natürlich nichts anderes als eine ironische Lehnübersetzung des deutschen Begriffs »Vergangenheitsbewältigung«. Eine einfache Rückübersetzung verbietet sich allerdings, weil der deutsche Begriff gar nicht ironisch, sondern in hohem Maße kontextbelastet ist. (Anm. d. Übers.)
- 4 Siehe den ausgezeichneten Bericht des stellvertretenden Vorsitzenden der südafrikanischen Wahrheits- und Versöhnungskommission Alex Boraine, *A Country Unmasked: Inside South Africa's Truth and Reconciliation Commission*, Oxford UP 2000, hierzu S. 1. Der vollständige Bericht ist erschienen als: Truth and Reconciliation Commission, *Report of the Truth and Reconciliation Commission*, 5 Bde., Kapstadt 1995.
- 5 Siehe Neil J. Kritz (Hg.), *Transitional Justice, a.a.O.*; A. James McAdams (Hg.), *Transitional Justice and the Rule of Law in New Democracies*, University of Notre Dame Press 1997; und

- Aryeh Neier, *War Crimes: Brutality, Genocide, Terror, and the Struggle for Justice*, New York 1999.
- 6 Karl Jaspers, *Die Schuldfrage. Ein Beitrag zur deutschen Frage*, München 1987, S. 17 ff.
- 7 Siehe Neil J. Kritz (Hg.), *Transitional Justice*, Bd. 2.
- 8 Henri Rousso, *The Vichy Syndrome: History and Memory in France since 1944*, Harvard UP 1991, S. 220 (frz. Originalausgabe: *Le syndrome de Vichy*, Paris 1987).
- 9 Siehe Hayner, *Unspeakable Truths*, a.a.O., S. 133.
- 10 Stanley Cohen macht ihn zu seinem Schlüsselbegriff: *States of Denial: Knowing about Atrocities and Suffering*, Oxford 2001.
- 11 Ebd.
- 12 Hayner, *Unspeakable Truths*, a.a.O.
- 13 Hierzu und allgemein zur Frage der westdeutschen Politik der »Versöhnung« mit den Nachbarn im Osten siehe mein Buch *Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent*, München 1993.
- 14 Siehe Alex Boraine e.a. (Hg.), *Dealing with the Past: Truth and Reconciliation in South Africa*, Kapstadt 1994.
- 15 Siehe mein Buch *Zeit der Freiheit*, a.a.O., S. 311.
- 16 Hierzu und zu einigen Aspekten des nächsten Abschnitts vgl. den Vortrag des Althistorikers Christian Meier, »Erinnern – Verdrängen – Vergessen« in: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, *Berichte und Abhandlungen*, Bd. 3, Berlin 1997, S. 59-99. Eine kürzere Fassung erschien in: *Merkur*, Nr. 570/571.
- 17 Carl Schmitt, »Das Ende des Kalten Bürgerkrieges«, in: *Der Fortschritt*, 3. Jg., 1951. Der Text erschien zuerst anonym in: *Deutsche Wochenzeitung*, 10.11.1949. Diesen Hinweis verdanke ich Uwe-Peter Heidingsfeld.
- 18 Siehe David Cannadine (Hg.), *Blood, Toil, Tears and Sweat: Winston Churchill's Famous Speeches*, London 1989, S. 310-314, hier S. 312.
- 19 Siehe mein Buch *Die Akte »Romeo«*. *Persönliche Geschichte*, München 1997.
- 20 Friedrich Nietzsche, *Jenseits von Gut und Böse*, 68. Hauptstück. In: derselbe, *Werke in drei Bänden*, hg. von K. Schlechta, München 1966, Bd. 2, S. 625.
- 21 Michael Gazzaniga, *The Mind's Past*, University of California Press 1998, S. 1.
- 22 Ebd., S. 24 ff.
- 23 Alain Besançon in: *Commentaire*, Nr. 80, Winter 1997-98, S. 789-93, hier S. 793.
- 24 Zit. nach Hayner, *Unspeakable Truths*, a.a.O., S. 116.
- 25 »O prawde i pojednaniu«, in: *Gazeta Wyborcza*, 9./10. September 1995.
- 26 Ich beziehe mich mit dieser Formulierung auf den Titel eines Buches von Tina Rosenberg, *The Haunted Land: Facing Europe's Ghosts after Communism*, New York 1995 (dt. *Die Rache der Geschichte. Erkundungen im neuen Europa*, München 1997).
- 27 Vgl. den Bericht vom UN-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag, in: *The Guardian*, 21.10.2000.
- 28 Zit. nach Hayner, *Unspeakable Truths*, a.a.O., S. 1.

Joachim Gauck
Kommentar zu Timothy Garton Ash

Im folgenden möchte ich über die Besonderheiten, die historische Bedingtheit sprechen, die den deutschen Weg des Umgangs mit der Vergangenheit von den Lösungen unterscheidet, die in anderen Ländern nach der Wende gewählt wurden.

Die Situation in Deutschland zeichnet sich zum einen dadurch aus, dass hier die Politik nach 1990 auf eine bereits gemachte komplexe Erfahrung mit dem Phänomen des »Schlusstrichs« aufbauen konnte.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hatten die meisten Deutschen keine Lust, sich genau zu erinnern. Es gab auch einige, die anders dachten: Sie kamen als Überlebende aus Auschwitz oder den anderen Lagern, sie kamen aus den Zuchthäusern, sie kamen aus dem Exil, auch aus dem inneren Exil. Es war eine Minderheit, die wir stärker ehren und erinnern sollten. Doch der öffentliche Diskurs wurde von der Mehrheit bestimmt, und das kollektive Gedächtnis der Deutschen war in klassischer Weise selektiv. Der Führer, so meinten etwa 75% der Deutschen damals, hatte nicht alles schlecht gemacht: Er hat die Autobahn gebaut, es gab Vollbeschäftigung und keine Kriminalität. Freilich sind die Deutschen mit diesem gezinkten Erinnern auf die Dauer nicht glücklich geworden. Bei der ersten Generation nach dem Kriege funktionierte es noch. Sie folgte gerne Churchills Rede von der gesegneten Gabe des Vergessens. »Jawohl«, sagten sie sich, »recht hat der Mann. Früher haben wir ihn gehasst, er mag ein Kriegsverbrecher sein, aber mit dem Vergessen hat er recht.« Die Störenfriede aus der jüdischen Gemeinde, aus den engagierten christlichen Gruppierungen, aus den kommunistischen und gewerkschaftlichen Bereichen hingegen fanden außerhalb ihrer eigenen Kreise kaum Gehör.

Der stillschweigende Abschied der Deutschen von Schuld und Verantwortung hat nicht funktioniert. Gerade in Deutschland hat die Generation der 68er ihre Verve im antikapitalistischen Kampf aus der moralischen Argumentation gezogen. Die 68er haben die Moral der herrschenden Kreise angegriffen und in einem politischen Kurzschluss das ganze herrschende System in Frage gestellt, weil es moralisch so diffus oder so unglaubwürdig war. Eine Generation nach dem schnellen Vergessen, das

kein gesegnetes Vergessen war, haben die Deutschen die Erfahrung gemacht, dass sie die Vergangenheit nicht willkürlich beerdigen können. Sie war vielmehr lebendiger, als die meisten es sich wünschten. Langsam entstand auch eine politische Debatte über das Vergessen, eine Debatte, die nicht nur nach Moral fragte, sondern nach Interessen.

Vor dem Hintergrund des Misserfolgs der Deutschen mit dem Schlussstrich ist es klar, dass jene in der Evangelischen und Katholischen Kirche, deren Position mit der Tadeusz Mazowieckis vergleichbar war, eine ganz andere Option verfolgen mussten, als sie dieser 1990 mit seiner Politik des »dicken Schlussstrichs« vertrat. Ich glaube, wenn wir nicht die negative Erfahrung mit dem Schlussstrich gemacht hätten, so hätten auch wir es nach 1989 ganz gerne mit dem selektiven Erinnern, dem schnellen Schlussstrich und der billigen Gnade versucht.

Nach der historischen Besonderheit komme ich nun zu einer zweiten, der politischen Besonderheit des deutschen Weges im Vergleich mit den Regimen in Osteuropa. Die sehr viel mutigeren Polen – denen ich mein ganzes Leben dankbar sein werde wegen ihres Kampfes, auch wegen ihrer frühen antikommunistischen Klarheit, die wir Ostdeutschen nicht hatten –, sie hatten das Glück (oder Pech), in einer verhandelten Revolution zu landen. In ihrem Politbüro gab es friedensfähige und veränderungsbereite Verhandlungspartner. Ähnlich war es in Ungarn. Und ausgerechnet die gehorsame Teilnation der Deutschen, die altdeutsche Tugenden in besonderer Weise verinnerlicht hatte, weil sie gelernt hatte, gehorsam und angepasst zu sein – erst 12 Jahre unter den Nazis und dann 44 Jahre genauso gehorsam unter den Kommunisten –, gerät widerwillig in eine Entwicklung, die in einer Revolution endet. Ich beziehe mich hier auf die politikwissenschaftlichen Arbeiten von Sigrid Meuschel, die in ihrem Buch *Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR* für die Ereignisse in der DDR den Begriff der Revolution reklamiert hat. Zu revolutionären Aktivitäten kam es, weil es in der DDR kein Machtzentrum mit verständnisbereiten kommunistischen Führern gab. Und so bewegten sich Bürgerrechtler, aber, was wichtiger ist, dann auch die Bürger im ganzen Land in wöchentlichen Massendemonstrationen weg von der Verhandlungs- und Dialogebene hin zu einer revolutionären Handlungsebene. Anfang Dezember schon wurden in den Bezirks- und Kreisstädten die Dienstgebäude der Stasi besetzt, und schließlich, am 15. Januar 1990, die Zentrale. Damit war der DDR ihr stärkstes Repressionsorgan genommen.

Dieser revolutionäre Akt sollte sich als großer Vorteil für das 1990 gewählte erste freie Parlament erweisen. Was waren nun dessen politische Absichten? Ich gehörte zur Bürgerbewegung im Norden der DDR und war für Bündnis 90 / Die Grünen Mitglied dieses ersten und letzten freien Parlaments der DDR. Was sollten wir sagen angesichts der Forderung des sozialistischen Establishments, schön ruhig zu sein, »die Kirche im Dorf zu lassen« und die Akten zuzumachen? Wir hatten ein Erbe der Revolution, und wir Abgeordneten waren Produkte eben dieser gesellschaftlichen Bewegung. Wir haben uns an den Misserfolg des »Schlusstrichs« erinnert. »Nicht wie nach dem Kriege«, haben wir gedacht, und so ist bereits vor der Vereinigung Deutschlands die Grundentscheidung für eine offene Aufarbeitung gefallen – aus den Erfahrungen der Geschichte und aus einer Betrachtung der Interessen der Bevölkerung. Die Frage, die wir uns gestellt haben, war: Wem nützt welche Regelung? Und die große Mehrheit beschloss schon im Sommer 1990 die Aktenöffnung. Das Herrschaftswissen der einstigen Macht sollte in die Köpfe der einst Unterdrückten!

Auch wir haben damals Karl Jaspers gelesen, und hier möchte ich eine Ergänzung zu den Ausführungen von Timothy Garton Ash machen. Er hat in seiner Beschreibung der verschiedenen Dimensionen von Schuld jene Dimension ein wenig undeutlich gelassen, die »Verantwortung« heißt – politische Verantwortung. Jaspers unterscheidet zwischen verschiedenen Dimensionen von Schuld. Er sagt auch, dass für jede dieser Dimensionen eine eigene Instanz zur Bearbeitung da sein muss und dass diese Dimensionen nicht vermischt werden sollten. Allein die Verfolgung von Verbrechen gegen geltendes Recht obliege den Gerichten; alles andere unterliege der Bearbeitung durch andere Instanzen. In diesem Sinne haben wir damals eine Lösung geschaffen, die eine mehrdimensionale Aufarbeitung der Vergangenheit ermöglicht und auferlegt. Das Gesetz der Volkskammer öffnet die Akten für »die politische, juristische und historische Aufarbeitung« der Vergangenheit. Damit war die Nutzung der Informationen auch möglich für die Bearbeitung anderer Dimensionen von Schuld neben der strafrechtlichen. Bei Jaspers sind das die moralische und die metaphysische Schuld sowie die politische Verantwortung.

Die westdeutschen Eliten haben sich gefragt, ob das der richtige Weg sei. Und der Verhandlungsführer zum Einigungsvertrag, der damalige Innenminister Wolfgang Schäuble, hätte gern ein bisschen mehr Vergebungsbe-

reitschaft gezeigt. Man sollte nicht vergessen, dass es einen natürlichen Nexus von Oberschicht zur Oberschicht gibt. Wir könnten es auch so formulieren: Die Ellbogen passen gut zueinander, auch über Systemgrenzen hinweg, und manchmal auch die Mentalitäten. Wir aber waren ein Parlament, das bestimmt war von den Interessen der lange Unterdrückten und geprägt von den Erfahrungen, die ich eingangs geschildert habe. So kam es schließlich gegen die Meinung einiger Oberschichtvertreter zu einer Umsetzung im Sinne einer offenen Aufarbeitung.

Kraft eines neuen Gesetzes, das nach der Einigung geschaffen wurde, haben wir durchgesetzt, dass auf der Ebene der Strafverfolgung juristische Schuld bestraft werden kann und dass auf der Ebene der Wissensermittlung die Archive für die journalistische Nachforschung und für die Wahrheitsfindung der Wissenschaftler geöffnet wurden. Weil er den Missbrauch der Geheimdienstunterlagen befürchtete, hat Adam Michnik in Polen lange Zeit gegen eine Öffnung der Archive plädiert. Selbstverständlich kann man das Recht auf Zugang missbrauchen – wie man alles missbrauchen kann. Aber wer sich raten lässt, wegen des möglichen Missbrauchs eines Gutes von diesem Gut keinen Gebrauch zu machen, der ist schlecht beraten. Hilfreich für uns Deutsche war nun, dass unser bürgerrechtliches Engagement und die Frage, welche Interessen wir stützen und welche wir vernachlässigen sollten, eingebettet war in zivilgesellschaftliches Wissen um Recht. *The role of law* and *the rule of law* waren etwas, das der westdeutsche Teil unserer Bevölkerung bereits verinnerlicht hatte. Der ostdeutsche hatte große Probleme damit, wie alle anderen posttotalitären und postdiktatorischen Gesellschaften.

Aus der entwickelten Rechtsdebatte der späten westlichen Republik ist noch ein interessantes Element hinzugekommen. Es zeigt sich nämlich, dass unsere Rechtspraxis zunehmend dem amerikanischen Verständnis folgt: Die Rechte des Bürgers, des einzelnen werden gegenüber dem Anspruch des Staates gestärkt. Die Rechtssetzung wird weniger etatistisch und geht mehr auf die Rechtssicherung des einzelnen. Und so ist es zur Bildung des Rechtes auf informationelle Selbstbestimmung gekommen. In den Vereinigten Staaten hat man als Ausprägung dieser Rechtsfigur den »Freedom of Information Act«. Wir haben kein entsprechendes Gesetz in Deutschland, wohl aber einen Spruch des Bundesverfassungsgerichtes, der uns ebenfalls dieses Recht gibt. Jeder Bürger ist zunächst einmal Herr seiner eigenen Akten, und dann erst kommt der Staat und kann abwägen,

ob der Datenbestand auch für seine Zwecke zu nutzen ist – den Vorrang hat der Bürger.

In einem Land nun, wo der Bürger das Recht auf informationelle Selbstbestimmung hat, ist ihm der Zugang zu seinen Geheimdienstakten kaum zu verwehren. So muss sich die ostdeutsche und die gesamtdeutsche Bevölkerung damit auseinandersetzen, dass der Gehorsam der um ihre Rolle als Bürger gebrachten Bevölkerung größer war, als wir vermutet hatten. Das ist schmerzhaft. Über 90 000 Geheimdienstler für eine Bevölkerung von nur knapp 17 Millionen, diese Größenordnung hatten wir noch nie. Hinzu kamen 175 000 inoffizielle Mitarbeiter (IM). (Wenn wir Vergleichbares vergleichen, sehen wir allerdings, dass sehr viele Systemträger nicht geheimpolizeilich gearbeitet haben.) Und so hat sich die deutsche Politik dafür entschieden, ein gestuftes Szenario der Delegitimierung des alten Systems zu entwickeln. Strafrecht wird dort angewendet, wo Vertreter des Systems gegen die eigenen strafrechtlichen Normen oder gegen das Recht auf Leben verstoßen haben. Bei der Säuberung, der sogenannten Lustration, geht es nicht um die Frage nach Schuld, sondern um die Frage nach der Eignung für höhere Posten des öffentlichen Dienstes. Wenn betroffene IM sagen, die Unschuldsvermutung werde hier uminterpretiert, so nehmen sie absichtsvoll ein Missverständnis in Kauf. Sie benutzen eine Kategorie des Strafrechtes, um sich selber von den unangenehmen Folgen der Lustration zu befreien.

Es hat sich gezeigt, dass das Szenario der »Entkommunisierung« für uns nicht geeignet war. Wir haben es also nicht vollzogen. 2,3 Millionen Mitglieder der SED konnten sich nach der Wende für den öffentlichen Dienst bewerben. Mir fehlt gelegentlich die Dankbarkeit dieser Bevölkerungsgruppe, die nach wie vor in gehobener Position bis hinein ins Parlament tätig sein kann. Aus dem öffentlichen Dienst ausgesondert wurden nicht ganz 50% derjenigen, die als inoffizielle Mitarbeiter des Geheimdienstes tätig waren. Wir sind also weit entfernt von einer Hexenjagd. Dass die Archive geöffnet wurden für die historische Forschung und für die journalistische Debatte, hat auch Schmerzen ausgelöst. Denn hier kommt es, wie bei anderen politischen Themen auch, leicht zu Simplifikationen oder zu Schuldzuschreibungen in Zusammenhängen, wo die Dimension der Schuld eigentlich gar nicht angebracht ist.

Wir sind also noch nicht ein versöhntes Land. Wir haben uns aber auch nicht vorgenommen, binnen kurzer Zeit so etwas wie Versöhnung zu

erreichen. Uns ging es vielmehr darum, dass die Unterdrücker nicht weiter bestimmen können, in welchen Positionen der Gesellschaft sie tätig sind, sondern dass die Bürger- und Menschenrechte der Unterdrückten, gestützt auf ein klares rechtliches Prozedere, den Vorrang haben gegenüber der Interessendurchsetzung der herrschenden Kreise von früher. Was wir gewonnen haben, ist, dass bei uns die Opfer der Gesellschaft nicht als Bettler vor verschlossenen Archivtüren stehen, wie es nach dem Kriege war; dass vielmehr diejenigen, die das System mehr als andere unterstützt haben, in einen Erklärungsnotstand geraten sind, der ihnen übrigens ganz gut tut. Ich bin der Ansicht, dass eine sich erneuernde Gesellschaft auf eine Delegitimierung von Diktatur juristisch, wissenschaftlich, aber auch im öffentlichen Gespräch nicht verzichten darf. Ich bin gegen billige Gnade.

Alex Boraine
Kommentar zu Timothy Garton Ash

Timothy Garton Ash liefert wie immer eine Fülle von Gedanken, die zum Nachdenken und zur Diskussion anregen. Ich muss mich hier auf zwei Anmerkungen beschränken.

Erstens möchte ich, um die Sache noch etwas komplizierter zu machen, seiner Liste der acht Ziele die Frage der Wiedergutmachung hinzufügen, die nach unserem Empfinden für die südafrikanische Erfahrung äußerst wichtig war. Darüber hinaus wurde bei uns der inneren Reform, der Transformation mehr Gewicht zugemessen.

Zweitens möchte ich nicht vom Ziel der Versöhnung ablassen, trotz all der Belastungen, die es mit sich bringt. Wenn es in einer stark gespaltenen Gesellschaft eine Garantie für Stabilität und Frieden geben und ein Rückfall in Feindseligkeit verhindert werden soll, sollte es eine starke Verpflichtung zur Versöhnung sowohl zwischen Individuen als auch innerhalb der Gemeinschaften geben – besonders dort, wo zwei oder mehr große gesellschaftliche Gruppen im Spiel sind. Dies freilich ohne die Tatsache zu ignorieren, dass sich Versöhnung nicht von heute auf morgen durch eine Kommission oder Regierung verwirklichen lässt; sie ist vielmehr ein Prozess, der ein ernsthaftes Engagement verlangt.

Südafrikas Erfahrung zeigt sowohl Ähnlichkeiten wie Unterschiede zu Übergangsprozessen in anderen Ländern wie zum Beispiel Polen. Wir befanden uns nicht in einer postkommunistischen Situation, vielmehr in einer postfaschistischen, wenn man so will. Das alte Regime hinterließ einen tief sitzenden, bösartigen und institutionalisierten Rassismus, den es nur durch gewaltsame Unterdrückung aufrechterhalten konnte und der zu allen Arten von Menschenrechtsverletzungen geführt hatte. Dies war das Erbe, das wir 1990 antraten. Eine ausgeprägte Ähnlichkeit zu Polen bestand allerdings darin, dass der Übergang auch bei uns durch eine Politik der Verhandlungen gekennzeichnet war. Es ging nicht darum, dass der Sieger über seinen Gegner triumphierte. Ein wesentliches Moment unseres Übergangs bestand in einer Politik des Kompromisses, der Konsenssuche. Beide Seiten sollten gewinnen, statt eine Situation heraufzubeschwören, in der auf der einen Seite die Gewinner und auf der anderen die Verlierer stehen.

Vier Jahre lang fanden diese Verhandlungen öffentlich statt, unter dem Schutz eben jener Sicherheitskräfte, die zuvor die furchtbare Apartheid-

politik betrieben hatten. Es überraschte daher wenig, dass die Generäle und die Sicherheitskräfte Mandela gegenüber erklärten: »Wenn wir die Verhandlungen schützen sollen und Sie als erstes uns vor Gericht stellen, müssen Sie verstehen, dass wir diesen Schutz zurückziehen und eine friedliche Wahl unmöglich machen werden.« Ich glaube, das war eine sehr reale und ernstgemeinte Drohung. Verständlicherweise waren weder Mandela noch sonst jemand von uns glücklich darüber, aber wir mussten dieser politischen Realität Rechnung tragen. Daher fügten wir in den Verfassungsentwurf eine Klausel ein, die Amnestie zusicherte. Die Amnestie war der Preis, den wir für die Beendigung der Gewalt und eine friedliche Wahl zu zahlen hatten. Wir hatten kaum eine Alternative. Es gelang uns jedoch, eine Generalamnestie zu vermeiden, wie sie zum Beispiel Pinochet in Chile erzwungen hatte. Es war eine begrenzte Amnestie: Ihre Voraussetzung war, dass sich die Täter, die sie in Anspruch nehmen wollten, zu einer öffentlichen, umfassenden Offenlegung bereit erklärten. Sie hatte also keinen generellen, kollektiven Charakter, sondern beruhte auf der Anhörung jedes individuellen Falles. Darüber hinaus richteten wir das Augenmerk bewusst weniger auf jene, die das Leiden so vieler verursacht hatten, auf die Täter, sondern auf die Opfer – in dem Bestreben, ihnen die menschliche und soziale Würde zurückzugeben, die man ihnen genommen hatte. Als Reaktion auf die ehemalige Regierung und die Sicherheitskräfte, die darauf drängten, eine neue Seite aufzuschlagen und nach vorn zu blicken, antwortete das neue Südafrika: Ja, wir werden eine neue Seite aufschlagen, aber zuerst müssen wir die alten Seiten lesen. Für uns waren also Gedächtnis und Erinnerung extrem wichtig.

Was, wie ich glaube, das südafrikanische Modell von jedem anderen Modell unterscheidet, mit dem ich vertraut bin, ist die Tatsache, dass dieser Prozess selbst demokratisch war. Er wurde nicht einfach von einem neuen Präsidenten und nicht einmal einem neuen Parlament verordnet. Bevor die erste jemals demokratisch gewählte Regierung meines Landes darüber debattierte, waren die Entwürfe des Gesetzes breit zugänglich gemacht worden, um so vielen Menschen wie möglich die Gelegenheit zu geben, an der Diskussion über die Einrichtung einer Wahrheits- und Versöhnungskommission teilzunehmen. Zudem entschlossen wir uns, dass die Kommission anders als jede andere, die mir bekannt ist, öffentlich tagen sollte. Sie sollte der Öffentlichkeit und daher natürlich auch den Medien offenstehen, so dass vom ersten Tag an Fernsehen, Radio und Presse anwesend

waren. Das bedeutete, dass der Prozess nicht auf eine kleine Gruppe von Kommissionsmitgliedern beschränkt blieb, sondern eine tägliche Erfahrung der ganzen Nation wurde, besonders durch das Radio, das die Sitzungen zweieinhalb Jahre lang jeden Tag übertrug und noch die entlegensten Gegenden des Landes erreichte. Während dieses Prozesses berichteten mehr als 23 000 Opfer ihre Geschichten auf ihre eigene Weise und in ihrer eigenen Sprache, und mehr als 7000 Täter erzählten ihre Geschichten, aus ihrem sehr anderen Blickwinkel. Was mich damals beeindruckte und mich bis heute begleitet, ist die unglaubliche Kraft, die im Erzählen der Wahrheit liegt: nicht nur für das ganze Land, im Gegensatz zu den Lügen, der Propaganda und den Halbwahrheiten, die wir zuvor erlebt hatten, sondern auch im Hinblick darauf, was dieser Prozess für die Menschen persönlich bedeutete, die hier öffentlich aussagten. Ich scheue mich nicht zu sagen, dass dies in vielen Fällen eine kathartische und eine heilende Wirkung auf jene hatte, die den Mut hatten, zu kommen und öffentlich ihre eigenen Leidensgeschichten von tiefer persönlicher Verletzung zu erzählen. Ich glaube, es half ihnen, von Opfern zu Überlebenden zu werden.

Die Kommission war, anders als die meisten anderen Kommissionen, auch mit begrenzten Machtbefugnissen ausgestattet worden, insbesondere was das Recht der Verfolgung und Festnahme von Personen betrifft sowie die Möglichkeit, Personen zwangsweise vorführen zu lassen. Die letzte Besonderheit des südafrikanischen Modells ist schließlich, dass sich die Anhörungen nicht auf Einzelpersonen beschränkten, sondern auch auf wichtige Institutionen ausgedehnt wurden, so dass auch die Vertreter politischer Parteien – ehemaliger wie neuer Regierungsparteien sowie Oppositionsparteien – vor der Kommission erschienen, Vertreter der Medien, von Gefängnisleitungen etc. Der Grund dafür war natürlich, dass die Apartheid ein heimtückisches System war, das jeden Lebensbereich durchdrang, und es sehr schwierig ist, zu klären, wer genau für was verantwortlich war.

Es stimmt also, die südafrikanische Kommission war ein Schrei nach Gerechtigkeit, aber nicht nach Rache; ein Schrei nach Wahrheit, um ein Gegengewicht zu der sehr realen Leugnung der Verbrechen zu schaffen. Wir wandten uns damit gegen die Amnesie und traten für das Prinzip der Verantwortlichkeit ein. Aber die Sorge um die Vergangenheit war für uns kein Selbstzweck, sondern erwuchs aus der Sorge um die Zukunft des Landes. Wir waren damals überzeugt – und sind es, wie ich glaube, noch

heute –, dass es wichtig war, uns mit der Vergangenheit zu beschäftigen. Nicht, um dort zu bleiben, nicht, um in ihr zu leben, sondern um über sie hinaus zu gelangen, nachdem wir uns zuerst erinnert hatten.

Ich stimme daher Garton Ash zu, dass es eine fortdauernde Anstrengung des Erinnerns *und* Vergessens geben muss. Und ich glaube, es ist die Pflicht des Gedächtnisses zu vergessen, aber dies muss geschehen, indem man sich erinnert, nicht indem man das Geschehene ignoriert. Unser Ansatz war ganzheitlich. Wir versuchten, so viel Gerechtigkeit herzustellen, wie angesichts der damaligen Umstände möglich war. Wir suchten so viel Wahrheit wie möglich ans Licht zu bringen, wir verpflichteten uns auf den Versöhnungsprozess, es gelang uns, ein Wiedergutmachungsprogramm für die Opfer auszuarbeiten und schließlich empfahlen wir in unserem 40-seitigen Bericht an die Regierung eine innere Reform, um die gewaltige Kluft zwischen den Besitzenden und den Mittellosen, zwischen den Reichen und den Armen zu schließen. Ich glaube, die Dichterin Maya Angelou trifft das Wesen des südafrikanischen Ansatzes, wenn sie in ihrem Gedicht *On the Pulse of the Morning* schreibt:

History, despite its wrenching pain,
Cannot be unlived, and if faced
With courage, need not be lived again.

Aus dem Englischen von Andreas Simon

Reinhart Koselleck

DIE TRANSFORMATION DER POLITISCHEN TOTENMALE IM 20. JAHRHUNDERT

Mein Thema ist die Transformation der Toten-, Erinnerungs- und Mahnmale im 20. Jahrhundert. Zwei methodische Warnungen darf ich vorausschicken: Ein ›Jahrhundert‹ ist eine künstliche Einheit. Die Kategorien einer langen oder mittleren Dauer lassen sich nicht in das Schema von hundert Jahren pressen. Deswegen werde ich zurückgreifen und vorgreifen, je nach Fragestellung. Und eine weitere methodische Warnung sei hinzugefügt: Die diachronen Sequenzen öffentlicher Denkmale sind nicht im Verhältnis 1:1 zu korrelieren mit der Abfolge der Interessen von Geld- und Auftraggebern. Auch die Geschichte der Einstellungen und Verhaltensweisen, der sogenannten Mentalitäten, geht nicht rundum auf in der Geschichte, welche die Kunstwerke in ihrer eigenen Abfolge darbieten. Rückschlüsse vom Denkmal auf Stifter und Künstler oder gar auf Rezipienten sind nicht ohne methodische Kontrollfragen und kritische Differenzbestimmungen möglich. Die ästhetische Geschichte schafft sich ihre eigene, immanente Abfolge, die nicht reduzierbar ist auf die rein politische Geschichte. Insofern stehen wir in einer aporetischen Situation: Wir haben es mit Denkmalen zu tun, die jeweils einmalige Ereignisse in Erinnerung zu halten beauftragt sind, und dennoch folgt die Sukzession dieser Denkmale ihren eigenen Regeln. Fünf Thesen werde ich vortragen.

Die *erste These* betrifft die Wandlungen, die das Reitermal des heiligen Georg bei struktureller Identität verschieden ausgeprägt haben. Ich greife also zurück, und zwar über acht Jahrhunderte, denn erst im 12. Jahrhundert ist der Heilige in Bild und Legende aufs Ross gestiegen, und seitdem bleibt er ein Dauerthema der europäischen Denkmalskultur. Die Frage, die sich uns hier allein stellt, ist die nach der Umwandlung dieses Georg, wie er – ohne seine Heiligkeit aufzugeben oder zu verlieren – aus einem Helfer und Retter in einen Herrscher und aus diesem in einen Soldaten verwandelt wird. Oder anders gewendet, wie weit er schließlich demokratisierbar ist.



Abb. 1



Abb. 2



Abb. 3



Abb. 4



Abb. 5



Abb. 6



Abb. 7

Das 1373 geschaffene Prager Denkmal des heiligen Georg ist der erste große Bronzeguss, der im Mittelalter Ross, Reiter und Drachen zusammengeführt hat. (Abb. 1) Es stammt von Georg und Martin von Klausenburg, zwei Künstlern aus Siebenbürgen. Der Heilige wird eindeutig als zeitgenössischer Ritter gezeigt – was freilich nicht so bleibt. 400 Jahre später sehen wir, wie es scheint, ebenfalls einen Georg. In Wirklichkeit ist es Jan III. Sobieski, von François Pinck 1788 in Warschau errichtet. Die Rollen wurden vertauscht. Es ist nicht mehr Georg als Ritter, sondern der König als Georg, dessen rettende und heiligende Funktion der König übernimmt. (Abb. 2) Auch die Verkörperung des teuflischen Drachens ändert sich. Sie wird einem Türken zugemutet, der von dem siegreichen Befreier Wiens jetzt als Person überritten wird. Zum Anlass der Errichtung 1788 darf gefragt werden, ob nicht die Polen nach der ersten Teilung den Habsburgern in Erinnerung rufen wollten, dass sie Wien geholfen hatten, Österreich und das Reich vor den Türken zu retten. Wir finden also zunächst Georg als Ritter, dann den König als Georg, zwei aus Hunderten von Beispielen dieser Reihe, die eine säkulare Transformation vorführt.

Der nächste Schritt zeigt auf, wie ein General in die Rolle des Georg schlüpft. Unter dem Dach der Saint Paul's Cathedral in London kam Wellington 1912 hoch oben zu sitzen auf seinem Ross ›Copenhagen‹. Unter ihm wird der Kampf zwischen Gut und Böse dargestellt, darunter das Kenotaph des Retters, unter dem in der Krypta Wellingtons Leichnam ruht. Das Ensemble zeigt, wie der General die monumentale Rolle des britischen Georg, als siegreicher Kämpfer gegen das Böse schlechthin, übernommen hat – rund 100 Jahre nach dem Sieg über Napoleon, zwei Jahre vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges.

Der Weltkrieg selber bringt in fast allen Ländern eine neue Transformation hervor. Jetzt finden wir den einfachen Soldaten, der in Gestalt eines Ritters den Drachen tötet – wie in Marylebone (England) oder wie in Regen im Bayerischen Wald. (Abb. 3) Nachdem erst einmal der einfache Soldat auf den Pferderücken gehoben wurde, lässt sich zeigen, dass bei der Verwendung des Motivs des reitenden Georg fortan nur noch Soldaten seine Rolle übernehmen. Kein Monarch, kein General – der Soldat ist derjenige, der in die Jahrhunderte zurückreichende Tradition einrückt: Die langfristige Demokratisierung hat den ehemals herrschaftlichen Pferderücken erreicht. Es sei daran erinnert, dass Trotzki 1917 beim Revolutionsaus-

bruch ausrief: »Proletarier, aufs Pferd, aufs Pferd!« Der feindliche Drache stellte für ihn freilich kein Land dar, sondern ist ein Symbol für den Kapitalismus, wie es in der Ikonographie der sowjetischen Plakatkunst gern und häufig auftaucht.

Zwei Varianten seien noch erwähnt. In Posen entsteht 1926 zu Ehren des 15. Ulanen-Regiments ein Denkmal von M. Lubelski. Der Ulan, hoch auf der Säule reitend, sticht einen Bolschewiken ab, der eine russische Ohrenkappe mit Sowjetstern trägt. Das Denkmal wurde von den Deutschen 1939 demontiert, und die Russen haben 1945 nicht erlaubt, es wieder aufzurichten. Erst nach 1990 konnte der Ulan in seiner Rolle als Georg wieder auf den Sockel steigen, auf dem er jetzt weiterreitet. So bekämpft der Pole im Russen den Drachen.

Auch nach dem Zweiten Weltkrieg kämpft der heilige Georg auf dem Denkmal weiter. In Druten (Niederlande) steht eine Majolikaplastik, wo der Drache als Symbol für NS-Deutschland vom siegreichen Georg niedergemacht wird.

Was zeigt uns die Folge dieser Transformationen? Zunächst haben wir eine jahrhundertalte, strukturelle Aussage. Der räumliche Sinn von Oben versus Unten wird von Georg augenfällig eingehalten. Das Böse liegt unten: Es ist der Drache, der fallweise auch als Person dargestellt wird. Er wird zum Türken, zum Russen oder zum Deutschen, um nur einige zu nennen – oder zum Feind schlechthin. Dann aber wiederholt sich im Drachen gleichförmig die Inkarnation des Bösen. Die nationalen Verweise können wechseln, das Symbol des Bösen bleibt.

Darüber hinaus überlappen sich die nationalen Zuordnungen gegenseitig. Georg tötet im Drachen symbolisch seinen feindlichen Nachbarn. Indem dieser ebenfalls den Drachen absticht, tötet sich der Kämpfer gegen das Böse im Grunde selbst. Eine Folgerung daraus könnte lauten, Georg zum Heiligen von Europa auszurufen. Das wäre zumindest ein mögliches Ergebnis der langen Transformationsfolge, die mit der Demokratisierung des Georg zu einem europäischen Symbol ihr vorläufiges Ende gefunden hätte. Nicht Sieg oder Niederlage, sondern die gemeinsamen Konflikte sind es, die zu erinnern und zu überwinden sind.

Die *zweite These* zielt auf die Frage, ab wann und warum alle Namen der Getöteten erinnert werden. Sicher ist, dass die Namen von Soldaten – seien es Söldner oder gepresste Rekruten – bis zur Französischen Revo-

lution selten oder gar nicht erinnernswert waren. Wenn das Massenschlachten zu Ende war – 10 000 bis 20 000 Verwundete, Sterbende und Tote auf einem Feld an einem Tag gab es häufig schon im 17. und 18. Jahrhundert – wurden die Leichen, damit sie keine Seuchen verbreiteten, so schnell wie möglich verscharrt.

Von heute aus betrachtet kam es einer Diffamierung gleich, die Toten nur aus hygienischen Gründen verschwinden zu lassen. Die sichtbare Erinnerung haftete damals an Denkmälern, die nur für die siegreichen Generale oder ihre Fürsten errichtet wurden. Jeder kennt sie aus allen europäischen Haupt- und Nebenstädten.

Erst seit der Französischen Revolution sollten die Namen aller Gefallenen einzeln erinnert werden; so lauteten zu Beginn der Revolutionskriege die Beschlüsse des Konvents: die Soldaten als Helden zu achten, die schon als Bürgersoldaten oder Soldatenbürger den Anspruch hatten, General werden zu können. Eine gleitende Hierarchie öffnet sich einem jeden Soldaten, der für sein Vaterland kämpft. Einmal gefallen, muss er als Held erinnert werden. Der ehemals polis- oder stadtgebundene oder der familien- und dynastiegebundene Totenkult wird nationalisiert.

Napoleon ließ die national-republikanischen Revolutionsdenkmäler fast alle beseitigen, zugunsten seiner Grande Armée, die nurmehr hierarchisch gestaffelt nach ihren Rängen erinnert werden sollte. Die Preußen aber haben den egalitären Anspruch aufgegriffen. Das erste öffentliche Denkmal, auf dem alle Soldaten und Offiziere gemeinsam erinnert bleiben, wurde nach der Vertreibung der französischen Besatzung aus Frankfurt errichtet. Der preußische König Friedrich Wilhelm II. hatte den hessischen Soldaten ein Denkmal gewidmet, auf dem die Namen aller jener Gefallenen verzeichnet wurden, die geholfen hatten, Frankfurt zu entsetzen. Das war 1793 – im Jahre Robespierres. 1815, nach den Befreiungskriegen, wurden vom nachfolgenden preussischen König Totentafeln allgemeinverbindlich angeordnet. In jeder Kirche sollten die Namen aller gefallenen Soldaten der Befreiungskriege festgehalten werden. In Wetter wird eine Ausnahme sichtbar, weil ein Name von der Liste gestrichen wurde. Es handelt sich um einen Deserteur, der lesbar ins Anonyme hinwegdefiniert oder hinwegdiffamiert wurde.

Die individuelle Erinnerung an die Namen wurde zunächst und vor allem in den Kirchen gepflegt und wanderte nur zögernd hinaus auf öffentliche Plätze, auf Denkmäler mit zunehmend nationaler Botschaft. Das war

ein Vorgang, der seit der Jahrhundertmitte in ganz Europa allgemein um sich griff: seit den Revolutionskriegen 1848/49, seit dem Krimkrieg und seit den Einigungskriegen von Dänemark bis Sizilien.

Ein neues, technisch bedingtes Problem ergab sich aus der Verpflichtung, jene Soldaten zu erinnern, die kein Grab gefunden hatten, kein Grab mehr finden konnten. Es war die notwendige Folge eines industriell bedingten Prozesses, der vorerst im Ersten Weltkrieg kulminierte. Oft war mehr als die Hälfte aller Gefallenen, weil ihre Leichen zernichtet, zerrissen und zerfetzt wurden, nicht mehr wiederzufinden. Das gilt für Verdun, das gilt für Flandern, das gilt für die Somme- und die Isonzo-Schlacht. Seitdem wurde es zum Gebot, die Erinnerung wenigstens an die Namen zu pflegen, deren Leichen ohne Grabstätte verschwunden waren. In Thiepval z.B. wurden 73 000 britische Vermisste der Somme-Schlacht inskribiert, Ergebnis eines Schlachtens, das mit unseren seit 1945 geltenden rechtlichen Kategorien als Verbrechen bezeichnet werden müsste. (Abb. 4, Vermisstendenkmal von Sir Edwin Luytens)

Das riesige Monument von Thiepval wurde später zum Modell für Maya Lin, nach deren Entwurf 1982 das Vietnam-Memorial in Washington errichtet wurde. Ursprünglich handelte es sich hier um eine Seminararbeit, in der Maya Lin als Studentin in Harvard ein Denkmal für den dritten Weltkrieg zu entwerfen hatte. Noch bevor das Vietnam-Memorial ausgeschrieben wurde, hatte sie eine gute Idee – gut im Sinne der ästhetischen Evidenz –, nämlich einen Schnitt in die Erde zu ziehen, um entlang dieser Linie auf einer schwarzen Granitwand die Namen der Toten zu visualisieren: Das Verschwinden der Toten im Erdreich wird ebenso signalisiert, wie die Reflexion der Besucher von der Namenswand zurückgeworfen wird. (Abb. 5) Die Betrachter sehen sich von den glänzenden Granitafeln gespiegelt, wenn sie die Namen ihrer Kameraden, ihrer Freunde, ihrer Verwandten, ihrer Verlobten oder ihrer Männer, ihrer Brüder oder ihrer Väter zu finden und zu ertasten trachten: Die Suche nach den Toten konfrontiert die Überlebenden mit sich selbst.

Der enorme Eindruck, den das Vietnam-Denkmal erzeugt hat, war nicht vorhersehbar, aber er hat Gründe. Der erste Grund ist, dass die Studentin bei der Bewerbung ihren chinesischen Namen nicht genannt hat, denn sonst wäre es in der folgenden Debatte fraglich geworden, ob sie den Zuschlag bekommen hätte. Sie hatte, wie vom Wettbewerb vorgeschrieben, nur eine Kennziffer angegeben. So erhielt eine quasi unbekannte Studentin

den Zuschlag. Für diesen Auftrag bekam sie aber nur 20 000 \$, zehnmal weniger als Frederick Hart, der Bildhauer jener drei elegisch-pathetischen Vietnam-Kämpfer, die später von den Veteranen als Zusatzdenkmal durchgesetzt wurden. (Abb. 6)

Aber die anhaltende Wirkung geht weiterhin von der schwarzen Wand aus. Sie darf auch als Klagemauer betrachtet werden, weil sie den Betrachter zwingt, zu reflektieren, ohne eine Antwort finden zu müssen. Darin liegt das überlegene, von Maya Lin intendierte Angebot, dass jeder Trauernde seine Toten auf seine eigene Weise erinnern kann und muss. Die neutrale Form schließt jedes politische oder religiöse Vorgebot für den Memorialkult aus – zur Entrüstung vieler Veteranen. Der Streit zwischen ihnen und der Künstlerin schwelte unauslöschbar weiter. Aber es zeugt von der amerikanischen Fähigkeit, Kompromisse zu schließen, dass jenes rassistisch differenzierende Gegendenkmal der drei Kämpfer doch noch zugelassen wurde. Außerdem wurde es inzwischen infolge emanzipatorischer Forderungen nach Parität um ein weibliches Denkmal ergänzt.

Die Erinnerung der Namen aller einzelnen Gefallenen, die sich seit der Französischen Revolution langsam durchsetzt, darf liberal genannt werden, weil der Getöteten als Individuen gedacht wird. Und ebenso muss sie demokratisch genannt werden, weil aller Toten, die für ihr Vaterland gefallen sind, gemeinsam gedacht wird.

Die verschwundenen Leichen haben also zu Denkmälern geführt, die ohne Grabstätten nur auf Namen verweisen, gleichsam Ersatzmale für die fehlenden Gräber. Das gehört zur Signatur des 20. Jahrhunderts und führt folgerichtig zum Denkmal des Unbekannten Soldaten. Denn wenn die Leichen nicht mehr zu finden sind, wird ein unbekannter Soldat zur Symbolfigur für die Generation derer, die gekämpft haben und deren Tote in ein unbekanntes Nichts entschwunden sind. Der Unbekannte Soldat ist nach Vorläufern im amerikanischen Bürgerkrieg zuerst in Paris und in London konzipiert worden.

Meine *dritte These* ist nun die, dass der Unbekannte Soldat, wo immer möglich, in eine Tradition monarchischer Herkunft zurückgebunden bleibt. In Paris ist er unter dem Arc de Triomphe beigesetzt worden. Das heißt, er liegt dort, wo der Kaiser eigentlich als Sieger durchreiten wollte. Aber der Siegesritt wurde Napoleon, weil er schließlich verloren hatte, verwehrt. Trotzdem blieb das Denkmal ein kompensatorisches Signal französischer



Abb. 8 und 9



Abb. 10



Abb. 11



Abb. 12



Abb. 13



Abb. 14

Triumphe. Die katastrophalen Niederlagen von 1812-15 wurden vom Sieger gleichsam verschluckt.

Analoge Konfigurationen zwischen siegreichen Monarchen und dem Unbekannten Soldaten tauchen in fast allen Hauptstädten Europas auf. In München reitet ein Monarch, Otto von Wittelsbach, auf seinem Denkmalspferd, errichtet von Ferdinand von Miller 1911. Ihm zu Füßen wurde ein bunkergleicher Grabstein gesetzt. Darunter befindet sich die Skulptur des Unbekannten Soldaten, wie ihn der Münchner Volksmund nennt, und zwar mit dem inschriftlichen Versprechen, dass er einst mit seinen Kameraden auferstehen werde. (Abb. 7) Wenn er denn auferstünde, träte er zuerst auf die Hufe des Denkmalspferdes, dessen fürstlicher Reiter über die Ausgänge wacht. Das Grabmal war eigentlich den rund 13 000 gefallenen Münchnern des Ersten Weltkrieges gewidmet. Die Namenstafeln – ähnlich wie später beim Vietnam-Memorial in die Erde versenkt – sind im Zweiten Weltkrieg zerstört worden, und das ebenfalls zerstörte steinerne Soldatenmal von Bernhard Bleeker musste durch einen Bronzeguss ersetzt werden. Jetzt stehen nur noch Zahlen für beide Weltkriege an der Wand, wobei über 40 000 Münchener Tote des Zweiten Weltkrieges – Bombentote, Vermisste und Soldaten – neu in die Erinnerung aufgenommen worden sind. Die ehemals inskribierten Namen der Toten werden seitdem durch Zahlen anonymisiert. Der Unbekannte Soldat in München gewinnt so entgegen der ursprünglichen Absicht der Stifter seine eigentliche Bedeutung. Die Namenlosigkeit der Toten obsiegt.

Einen besonderen Fall zeigt uns der Unbekannte Soldat in Warschau. Er wurde beigesetzt unter den Arkaden des sächsischen Palais, in dem sich die Militärakademie befand. Das Grab lag anfangs unter dem Schweif des Denkmalspferdes, auf dem der 1813 gefallene Poniatowski, Verbündeter Napoleons im Krieg gegen die Russen, mit einer siegverheißenden Geste von Bertel Thorwaldsen verewigt wurde. (Abb. 8a) Die Deutschen haben 1944 bei der Vernichtung Warschaus samt der Militärakademie auch diese Plastik zerstört und eingeschmolzen. Es ist ja ein häufiger Kreislauf, dass Beutewaffen zur Errichtung der Denkmäler gestiftet werden, die ihrerseits im nächsten Krieg wieder eingeschmolzen werden, um neue Waffen daraus zu gießen...

Nach Kriegsende schenkten die Dänen den Polen eine Kopie der Reiterfigur ihres klassischen Künstlers zurück. Aber die Russen verhinderten, dass Poniatowski, weil er gegen sie gekämpft hatte, vor dem Grab des

Unbekannten Soldaten, gleichsam als dessen Hüter, wieder aufgerichtet wurde. So ruht der Unbekannte seitdem allein unter den Trümmerresten der alten Arkaden – sichtbares Mahnmal auch der Zerstörung Warschaus. (Abb. 9)

Ähnliche Konfigurationen zwischen Reiterfürst und Unbekanntem Soldaten finden sich in Wien, Krakau, Budapest und Rom, worauf hier nicht eingegangen sei. Selbst in Berlin, wo infolge der föderalen Vielfalt auf den *einen* Unbekannten Soldaten verzichtet werden musste, befindet sich das Denkmal der heute sogenannten ›Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft‹ in der Neuen Wache im unmittelbaren Bannkreis des reitenden großen Friedrich von Christian Daniel Rauch.

Die These bleibt also verifizierbar, dass in fast allen Hauptstädten der Unbekannte Soldat dort ruht, wo sich eine monarchische Tradition in Reiterdenkmalen manifestiert hatte. Soziologisch liegt dem zugrunde, dass die Stiftungsgelder gern vom jeweils dominierenden Offizierskorps spendet, die Stiftungszwecke also militärisch und traditional geprägt wurden. Aber aus der sichtbaren Rückbindung an die monarchische Tradition folgt nicht, dass die politisch-soziale Funktion der jeweiligen Unbekannten Soldaten nicht demokratisch genannt werden müsste. Es ist einer der wichtigsten Vorgänge im ganzen 20. Jahrhundert, dass unbeschadet der verschiedenen Verfassungsformen der streitenden Staaten die Erinnerung an ihren Unbekannten Soldaten, der den anonymen Massentod versinnlicht, eine demokratische Funktion hat: Der Unbekannte steht nämlich ein für seine Nation oder sein Volk, dessen Mitglied er ist. Seine symbolische Kraft prägt unbeschadet ihrer Verfassungslage den Denkmalskult aller europäischen Staaten. Wir erkennen hier die internationale Signatur einer Demokratisierung, die sich zwar national ausfächert, aber von der Typologie der konkurrierenden oder einander bekämpfenden Verfassungen kaum tangiert wird. Das Ritual, das die Überlebenden mit ihren Toten zusammenführt und zusammenhält, bezeugt eine strukturelle, gleichsam anthropologische Allgemeinheit unterhalb jeder Verfassungsvielfalt. Die Kategorie demokratischer Strukturen des modernen Totenkults greift also unbeschadet der empirisch unterscheidbaren Ausprägungen der einzelnen Staaten.

Das englische Beispiel ist gerade deshalb besonders bemerkenswert. Denn hier wird die Spannung zwischen der traditionellen monarchistisch-*aristokratischen* Oberschicht und dem demokratischen Anspruch des gesamten Volkes symbolisch aufgehoben. Scheinbar fällt das englische Bei-

spiel aus der sonst üblichen Rolle heraus. Der Unbekannte Soldat selber liegt nicht, wie zu erwarten, in der Saint Paul's Cathedral, der militärischen Kult- und Grabstätte Großbritanniens. Vielmehr ruht er hinter der Eingangspforte zur Westminster Abbey, also im Vorhof der illustren Gräber britischer Künstler, Politiker und Schriftsteller. Er wird also in einen primär zivilen Kontext eingebettet.

Das Kenotaph für den Unbekannten Soldaten befindet sich dagegen in der Öffentlichkeit Whitehalls, aber nicht zu Füßen eines Monarchen, sondern über zehn Meter hoch auf einem 1919 von Sir Edwin Lutyens errichteten Sockel. (Abb. 10) Das ist erklärungsbedürftig: Der Unbekannte liegt genau dort, wo traditionellerweise die reitenden Monarchen oder Generale ihr Denkmalspferd besteigen. Allein in London sind bisher rund dreißig Monarchen und etwas mehr Generale samt Ross auf den Sockel erhoben worden. Nach dem Ersten Weltkrieg kommt nun genau dort – auf dem royalistisch überhöhten, symbolträchtigen Platz – der einfache Soldat zu liegen. Gleichsam zur Bestätigung ist erst siebzehn Jahre später General Haig – ehemals gewiss der Oberkommandierende des unbekanntes Soldaten – auf einen Sockel gehoben worden, der, in gehörigem Abstand errichtet, nur halb so hoch ist. Während der tatsächliche Leichnam des Unbekannten Soldaten in den Totenkult der aristokratischen Oberschicht eingebettet wurde, symbolisiert sein Leergrab eine demokratische Legitimität – eine meisterhafte Konfiguration britischer Symbolpflege.

Der Wechsel indiziert gleichzeitig einen Innovationsschub der militär-technischen Bedingungen des Massensterbens. Die Umsetzung des Unbekannten Soldaten auf den Sockel eines potentiellen Reitermals wird just in dem historischen Augenblick vollzogen, da die Kavallerie ihre einstmals oft kriegsentscheidende Rolle an die technischen Zerstörungsmittel der Flieger und Panzer abgetreten hat, die nunmehr selber denkmalfähig werden – wovon hier abgesehen sei.

Die *vierte These*, die ich aufstelle, oder besser die Frage, die ich beantworten möchte, lautet: Inwieweit wird der Gegner von der Selbstaussage der Denkmale anerkannt oder ausgeschlossen? Generell darf vorausgeschickt werden, dass jedes Denkmal ein- und ausschließt. Zeigen heißt verschweigen. Es liegt in der inneren Logik eines Monuments, dass jede Visualisierung anderes verbirgt. Die Testfrage, die zu stellen ist, heißt deshalb: Was wird verschwiegen?

Hier ist zum erwähnten Vietnam-Denkmal hinzuzufügen, dass es zwar die rund 60 000 im Vietnamkrieg gefallenen Amerikaner namentlich festschreibt, aber verschweigt, wie viele Vietnamesen umgekommen sind, nämlich etwa 1,5 Millionen Soldaten und Zivilisten aus Nord- und Südvietnam. In herkömmlicher Terminologie war es zugleich ein internationaler Krieg und ein binnenvietnamesischer Bürgerkrieg. Nicht zu vergessen sind auch die neuen chemischen Kampfmittel, die eine Menge von Krüppeln und Erbgeschädigten, bis in die zweite und dritte Generation hinein, hervorgebracht und hinterlassen haben. Aber es gab ein Gegendenkmal zur Granitwand der Maya Lin. Es wurde geschaffen von Chris Burden: ›The other Vietnam Memorial‹. Es ist gewidmet den ›Displaced persons of the American conscience‹, den aus dem amerikanischen Gewissen vertriebenen und entschwundenen Toten. Auf zwölf über vier Meter hohe Metallplatten, die sich, Buchseiten gleich, um eine Achse umblättern lassen, wurden 4000 vietnamesische Namen eingraviert. Dabei handelt es sich nicht mehr um die persönlichen Namen tatsächlicher Toter, wie beispielsweise in Thiepval oder an der Granitwand in Washington. Sie stehen vielmehr repräsentativ für über anderthalb Millionen gefallene, umgekommene oder umgebrachte Vietnamesen, deren Namen zu registrieren nicht mehr möglich war. Der Name gewinnt hier eine symbolische Kraft für die, die namentlich nicht mehr erinnert werden können.

Während auf dem Vietnam-Denkmal der Maya Lin die gefallenen Gegner verschwiegen werden, wird das symbolische Namensmal von Chris Burden für die Millionen entschwundener Vietnamesen selbst verschwiegen: Weil es nur museal ausgestellt wird, hat es die amerikanische Öffentlichkeit nicht erreicht. Ironischerweise ist obendrein der amerikanische Unbekannte Soldat durch einen Gentest identifiziert worden. Damit wurde der Ritus des namenlosen Soldaten medizintechnisch abgekappt und außer Kraft gesetzt.

Die Ausschließung des toten Feindes aus dem Gedenken war im 18. und 19. Jahrhundert noch keineswegs selbstverständlich. Eine Grab- und Gedenkkapelle auf dem Berliner Garnison-Friedhof erinnert alle seit den Jahren 1813-15 dort ruhenden preussischen und französischen Krieger gemeinsam. Die Inschrift lautet: »Gedenket der Jahre 1813. 1814. 1815. und der hier ruhenden preussischen und französischen Krieger.« Dass die Rede von ›Kriegern‹ ist – ähnlich dem englischen ›Warrior‹ – bezeichnet emphatisch jene kämpfenden Gegner, die sich als solche gegenseitig anerkannt

haben. Der preußische Staat teilte keineswegs die romantisch-nationalen Gefühle, die damals von seiner gebildeten Intelligenz überschwänglich gehegt wurden. Deshalb hat er nach dem Sieg über Napoleon auch nicht zugelassen, dass die Leichen getrennt wurden. Sie liegen gemeinsam beerdigt und werden gemeinsam erinnert. Die Grabkapelle ist in den 40er Jahren ausdrücklich zu einem öffentlichen Staatsdenkmal erhoben worden. Die Anerkennung des Feindes blieb also auch nach der Französischen Revolution gerade im eher konservativen Lager Teil einer Tradition, die bis in den dynastischen Staatenkrieg und letztlich in den ritterlichen Zweikampf zurückreicht.

Besonders prekär war die Erinnerung an jene Tote, die zunächst für Napoleon kämpfen mussten und nach dem Frontwechsel 1813 gegen ihn. Diese Gefallenen, vor allem des Rheinbundes, in dessen Namen sie zu den Soldaten gepresst worden waren, verloren aus der Perspektive der siegreichen Befreiungskriege ihren Anspruch, ehrenwert erinnert zu werden. Der nachgelieferte Verdacht eines Verrats konnte nur schwer ausgeräumt werden. Dennoch ließ der bayerische König Ludwig I. 1833 von Leo von Klenze jenen großen Obelisk errichten, auf dessen Sockel vier martialische Widder ihr Haupt senken und dessen Inschrift den Frontwechsel unterläuft: »Auch sie starben für des Vaterlandes Befreyung«. Nur ein Monarch konnte es sich noch leisten, die Toten unbeschadet ihrer ideologisch wechselnden Zuordnung als Tote zu erinnern.

Freilich verstärkten in der Erinnerung der Überlebenden die enormen Todeszahlen nicht gerade die Hochachtung für einen Feind, in dessen Sold und unter dessen Befehl die Gefallenen hatten kämpfen müssen. 30 000 Bayern starben z.B. im Dienst Napoleons – im Kampf gegen Frankreich 1870/71 fielen nur 3500. Napoleon hatte den Bayern rund zehnmal mehr Tote abgefordert, als sie im Kampf um die deutsche Einigung verloren hatten. Die einmal entfachten nationalen Ressentiments, Zeichen und Promotor der Demokratisierung, waren wenig geeignet, den Feind als gleichberechtigt anzuerkennen. Die patriotisch-solipsistische Rückbindung der Erinnerung an die eigenen Toten – und nur an diese – verhinderte zunehmend die Anerkennung der gefallenen Gegner. Aus dem Feind, der als Mensch gleichberechtigt anerkannt worden war, wurde wieder ein ›Barbar‹. Dieser ideologische Trend setzt sich um 1900 auf zahlreichen Denkmälern in Europa zunehmend durch – Vorzeichen des Weltkrieges.

Aber es gab noch, gelegentlich, Ausnahmen, selbst im Ersten Weltkrieg. Erinnerung sei nur an die ehrenvolle, von Salutschüssen begleitete, Beisetzung Manfred von Richthofens durch seine kanadischen Gegner. Sie stand in der Tradition ritterlicher Zweikämpfe, die von den Jagdfliegern noch fortgesetzt werden konnte. Doch auch für die einfachen Soldaten wurden gemeinsame Friedhöfe und Gedenkstätten errichtet. In St. Quentin stehen zwei antikisierte Figuren, ein alter und ein junger Mann, die um Freund und Feind zugleich trauern. Es ist das Friedhofsdenkmal, das Kaiser Wilhelm II. aus seiner Privatschatulle für dort gemeinsam beigesetzte Deutsche und Franzosen gestiftet hatte. Auf der linken Seite lagen die Franzosen, auf der rechten die Deutschen, und auf der Friedhofswand wurden die Namen aller Gefallenen festgehalten. Nach ihrem Sieg haben die Franzosen ihre Toten exhumiert und durch deutsche Leichen ersetzt. Die eigenen Toten sollten nicht mit den Deutschen zusammenbleiben, so dass die umgesetzten deutschen Soldaten nunmehr unter der französischen Namenswand ruhen. Die ostentative Trennung der Leichen war nach 1918 ein Vollzug demokratischer Selbstidentifikation, die den Feind ausschloss. Der Fall zeigt, dass die dynastische Tradition, den Feind, jedenfalls in Europa, als seinesgleichen anzuerkennen, bei Wilhelm II. – wie immer man ihn sonst einschätzt – noch ungebrochen fortgewirkt hatte.

Den Feind auszuschließen oder als unterworfenen Besiegten darzustellen, gewinnt als Thematik der Denkmäler im 20. Jahrhundert zunehmend an Gewicht. Nach dem Zweiten Weltkrieg zeigen sich freilich zwischen den beiden siegreichen Supermächten enorme Unterschiede im Totenkult. Auch die Amerikaner haben ihre Leichen exhumiert, und zwar all jene, die auf deutschen Boden gefallen waren. Der Boden war gleichsam faschistisch so verseucht, dass selbst die toten Sieger dort nicht belassen werden durften. Die Praxis der Amerikaner stand im Gegensatz zu jener der Engländer und Franzosen, die ihre Kriegerfriedhöfe traditionellerweise auch in Deutschland angelegt haben, wie es die seit dem Frankfurter Frieden von 1871 völkerrechtlich abgesicherte Regel vorsah. Die Amerikaner überließen dagegen den Hinterbliebenen die Wahl, ihre Angehörigen nach Hause zu holen oder aber auf den nationalen Massenfriedhöfen in Westeuropa oder in Italien beisetzen zu lassen, keinesfalls aber im besiegten Deutschland. Die Peinlichkeit des Händeschüttelns von Kohl und Reagan auf dem Soldatenfriedhof von Bitburg rührt aus der Unkenntnis her, dass diese Friedensgeste nicht über gemeinsam beerdigten, ehemals

verfeindeten Soldaten vorgeführt werden konnte – wie dies für Verdun zutrifft. Hinzu kam, dass in Bitburg von rund 2000 beigesetzten Soldaten neunundvierzig der SS angehört hatten. Das Händehalten schien damit obendrein den nationalsozialistischen Massenmord symbolisch zu bekräftigen. Aber auch diese Deutung wurde der tatsächlichen Identität der Toten nicht gerecht. Es handelte sich fast noch um Kinder, die nach der Überschreitung von 1,70 Meter Größe zwangsweise zur SS eingezogen wurden – also nicht nur um freiwillige Jugendliche –, die dann allesamt nach völlig unzureichender Ausbildung gegen Kriegsende in den Tod geschickt wurden. Im Hinblick auf diese Schwierigkeiten, zwischen toten Freunden und Feinden nicht mehr angemessen unterscheiden zu können, hätte der deutsche Bundeskanzler den amerikanischen Präsidenten besser in Dachau begrüßt, das von den Amerikanern wahrlich befreit worden war.

Genau dies ist nun die Botschaft der Russen: ihre Siegesdenkmäler einzig als heroische Befreiungsmale zu errichten. Wie im eroberten Ostdeutschland gibt es in ganz Osteuropa zahlreiche, große und kleine, Grabfelder sowie monumentale Großdenkmäler, in Berlin, Warschau, Prag, Wien, Budapest, Bukarest und Sofia, welche die sowjetischen, unmittelbar am Ort ihres Sterbens beigesetzten Gefallenen als Helden in Erinnerung halten sollen. Der Ausschluss der besiegten Toten aus der Erinnerungsgemeinschaft führte dazu, dass nur das Gedächtnis an den russischen Sieg zugelassen und zwangsvollstreckt wurde, während die Völker, die 1945 so sehr befreit wie unterworfen wurden, ihrer eigenen Toten öffentlich nicht gedenken durften. Sie wurden verschwiegen.

Dem entspricht, dass Fritz Cremer genötigt wurde, auf dem 1958 errichteten Denkmal für die KZ-Toten in Buchenwald vor allem die sieghafte kommunistische Lagerleitung aufzuführen unter Ausschluss der übrigen Häftlingsgruppen, besonders der Juden, sowie derer, die später dort unter Stalin umgekommen sind. (Abb. 11) Erst nach der Wende um 1990 ist es, so wie in Russland selbst, im ganzen Osten möglich geworden, auch die eigenen Toten um ihrer selbst willen zu erinnern.

Meine Schlussüberlegung – die *fünfte These* – zielt auf Folgendes ab: Jedes Denkmal, das wir sehen oder aufsuchen, enthält eine Botschaft, sonst wäre es gar nicht errichtet worden. Dass alle Denkmäler Bedeutungsträger, Sinnstifter sind, versteht sich von selbst. Es muss eine Absicht darauf hinwirken, dass sie überhaupt errichtet werden. Aber die Frage, die uns

jetzt beschäftigen soll, lautet: Sind auch die Vorgänge selber sinnvoll, die durch die Düse der Denkmalsaussage erinnert werden sollen? Die einem Denkmal eingestiftete Botschaft, etwas Bestimmtes so und nicht anders zu erinnern, garantiert keineswegs, dass das, was erinnert wird, auch in sich selbst sinnvoll ist oder bleibt. Das Denkmal als Bedeutungsträger muss sich, zumindest in der Rezeption, nicht mehr mit dem ehemals eingestifteten Sinn decken. Speziell gefragt: War der Tod – warum, wofür, wie und wann gestorben worden ist – ein sinnvoller Tod?

Es ist nun meine letzte These, dass seit Beginn des 20. Jahrhunderts im Bedeutungsspektrum der Denkmäler eine gravierende Verschiebung sichtbar wird. Die Denkmalsbotschaften erheischen in einer ersten Phase bis zum Ersten Weltkrieg von sich aus Zustimmungsfähigkeit. Trotz aller Einwände und Kritik bezog sich die Aussage affirmativ auf die Vorgänge und Ereignisse, die den Tod gewaltsam herbeigeführt hatten. Das gilt für die Denkmäler der Sieger und Besiegten gleichermaßen. In einer zweiten Phase, zunehmend seit dem ersten Weltkrieg, lautet die Botschaft, dass der Sinn nicht mehr vorausgesetzt, vorgefunden oder aufgefunden wird. Sinn wird vielmehr gesucht, beschworen oder eingefordert.

In einer letzten Phase tauchen Denkmale auf, deren primäre Botschaft das Fehlen jeglichen Sinnes überhaupt ist, die Sinnlosigkeit, die Absurdität. Damit wird der millionenfache Völkermord angesprochen, den vor allem die Deutschen organisiert und vollzogen haben. Aber auch das Massensterben durch die Atomwaffen in Hiroshima und Nagasaki wird der Sinnlosigkeit angeklagt.

Je nach den Siegern und Besiegten und je nach der Weise zu überleben, überlappen sich die Phasen, in denen klare Sinnstiftung, Sinnsuche, Sinnforderung und die absolute Verzweiflung, keinen Sinn mehr finden zu können, variiert werden. Der Thesengang ist also nicht reduzierbar auf einen einzigen, unilinearen Vorgang. Er verteilt sich absichtlich auf die einzelnen europäischen Nationen und auf die der übrigen Welt. Aber die Variantenskala löst doch insgesamt große Transformationen aus, die zur Signatur des 20. Jahrhunderts gehören. Das sei an einer Reihe von Beispielen gezeigt.

Im ganzen 19. Jahrhundert herrscht noch die von den Denkmalsaussagen induzierte ungebrochene Sinnstiftung vor. Selbst die Besiegten teilen die bejahenden Botschaften. Das französische Denkmal von Sedan zeigt Nike,

die einen sterbenden Soldaten bekränzt. Darunter trägt Clio eine Inschrift ein: *Impavidus numero victus* – tapfer, aber nur der Überzahl erlegen. Es handelt sich um eine kompensatorische Aussage, denn wenn die Franzosen in der Minderzahl kämpften, lag das eher an strategischen Fehlern ihrer Führung und weniger an einer numerischen Unterlegenheit gegenüber den preußischen und süddeutschen Truppen. Die Formel betont zu Recht die Tapferkeit der französischen Soldaten, verschweigt aber, was vom Denkmal her nicht sichtbar wird.

Dass eine Victoria mit Flügeln sich herniedersenkt und einen sterbenden Soldaten bekränzt, findet sich hundertfach auch in Deutschland. Die gegnerischen Denkmäler unterscheiden sich von der Ikonik und der Ikonologie her kaum. Ikonographisch freilich muss man wissen, wer sie wo errichtet hat und welche Inschriften sie tragen, um sie national einordnen zu können. Die vorgegebene Bedeutung eines Soldatentodes ist noch klar, auch wird Revanche nicht direkt gefordert. Allerdings zeichnet sich die Tendenz ab, die eigene Unbesiegbarkeit zu unterstellen – wie sie sich auch die Deutschen nach 1918 als historische Wahrheit angesonnen haben.

Im französischen politischen Totenkult vereinen sich royalistische, bonapartistische und republikanische Traditionsstränge, die jedenfalls den Kriegstod in gemeinsamem nationalen Stolz erinnern. Und in Deutschland vollzieht sich eine analoge Fusion: Die aristokratisch-militärischen und die bürgerlich-nationalstaatlichen Bewegungen finden sich auf den Denkmälern zusammen. So lautet eine Inschrift »Den gefallenen Helden zum ehrenden Gedächtnis, den Mitkämpfern zur dankbaren Anerkennung, den kommenden Geschlechtern zur Nacheiferung«. Die ehemals 1813 vom König ausgesandte Botschaft, alle Generationen der Vergangenheit, der Gegenwart und der Zukunft in der Todesbereitschaft für das Vaterland zusammenzuführen, wird jetzt – nach 1871 – von den Bürgergemeinden aktiv aufgegriffen: Bei gleicher Semantik wechselt das souveräne Handlungssubjekt vom Monarchen zur bürgerlichen Gesellschaft, die sich nunmehr im Sinne einer nationaldemokratischen oder völkischen Selbstkonstitution zur Todesbereitschaft verpflichtet.

Dass die Sinnstiftung auch einen Schritt weiter gehen und von den Besiegten fordern kann, Rache zu üben, bezeugt ein Denkmal in Colmar. Hier errichtete Frederic Bartholdi, der Schöpfer auch der Freiheitsstatue, 1876 unter deutscher Herrschaft ein Kriegerdenkmal. Unter einer angeho-benen, Auferstehung verheißenden Grabplatte greift die Hand des Gefal-



Abb. 15



Abb. 16



Abb. 17



Abb. 18



Abb. 19



Abb. 20

lenen nach dem entwundenen Bajonett. (Abb. 12) Die implizite Aufforderung ist klar: Rache zu üben. Erst 1916 haben die Deutschen das Grabmal, weil sich auf ihm die Blumen der Elsässer zu sehr häuften, abgetragen – aber nicht zerstört. So konnte es 1919, nachdem die Botschaft ihren Zweck erreicht hatte, wiedererrichtet werden.

Eine ähnliche Botschaft geht von dem 1922 errichteten Bürgerkriegsdenkmal in Weimar aus, das Walter Gropius den 1919 gefallenen Arbeitern gewidmet hat. Das Auferstehungsversprechen, das die schräg gegeneinander abgeschichteten Grabplatten vermitteln, steigert sich nach oben zu einem gezackten Blitz, der über Sühne oder Rache hinaus ein zukünftiges Ziel zu erreichen einfordert. (Abb. 13) Eines der bedeutendsten Denkmale des 20. Jahrhunderts überhaupt, wurde es von den Nationalsozialisten zerstört und in der DDR wiedererrichtet: gleichsam die Sinnforderung einlösend.

Der Überschritt von einem unstrittig und eindeutig vorgegebenen Sinn zu dessen Ironisierung wird an einem Werk von Edward Kienholz deutlich, welches das pathetische Siegesmal von Felix de Weldon in Arlington (1954) bitter parodiert. Das schwerste und sicherlich berühmteste Denkmal des Zweiten Weltkrieges orientierte sich an dem gestellten Photo, das die Aufrichtung der Siegesfahne durch US Marines auf Iwo Jima feierte, wo rund 6000 Amerikaner und rund 20 000 Japaner den Tod gefunden hatten. (Abb. 14) Kienholz imitiert die Sieger, die nunmehr ohne Köpfe in ihren Uniformen stecken, während neben ihnen eine Totentafel aufgestellt ist, mit umgekehrtem Kreuz, unter dem auf einer Tafel die Namen der im Laufe der Geschichte ausgelöschten Völker zu lesen sind – freilich in Kreide geschrieben, damit auch ihre Namen ausgelöscht werden können, um den Opfern kommender Völkermorde Platz zu machen. (Abb. 15, 1968) In ironischer Inversion wird jede sieghafte Sinnstiftung auf diesem »Portable War Memorial« in ihr Gegenteil gekehrt: die Sinnlosigkeit der Völkermorde, die unter patriotischem Vorzeichen inszeniert werden.

Der Bedeutungsverlust unreflektierter patriotischer Sinnvorgaben ebnet den Weg, der die Sinnsuche selbst zum Gegenstand werden lässt. Er wurde erstmals von Rodin aufgewiesen. Sein berühmtes »Ehernes Zeitalter« war 1871 noch als klassisches heroisches Kriegerdenkmal konzipiert worden, einen antikisch-nackten Verwundeten darstellend, mit einem Verband um den Kopf und einem Speer in der Hand. Indem Rodin, wie Schmollegen. Eisenwerth nachgewiesen hat, Speer und Binde entfernte, wurde das

Denkmal gleichsam entmilitarisiert. Zurück blieb jener zweifelnde Jüngling, der in das eiserne Zeitalter hineintaumelt – Symbol des kommenden Jahrhunderts. (Abb. 16) Damit wurden alle revanchistischen Denkmale, wie sie der *souvenir français* in Frankreich damals errichtete, ikonisch und ikonologisch überholt und politisch-ästhetisch überboten.

Ein weiteres, ästhetisch nicht überholbares Denkmal, das die vergebliche Suche nach dem Sinn des gewaltsamen Todes visualisiert, stammt – um ein halbes Jahrhundert zeitversetzt – von Käthe Kollwitz. In jahrzehntelanger Reflexion hat sie ihren Sohn, der als Kriegsfreiwilliger 1914 gefallen war, in die Unsichtbarkeit wegmeditiert. Anfangs sollte er als inkarniertes Opfer, Christus gleich, zu Füßen der Eltern liegen. Dann aber blieben nurmehr die knieenden Eltern zurück, wie jetzt in Vladslo (Flandern) zu sehen, ihrem verschwundenen Sohn nachsinnend. (Abb. 17, 1932) Statt den toten Soldaten zu zeigen, wird das Überleben selbst thematisiert, ohne ihm eine Antwort zuzumuten oder aufzunötigen.

Daran gemessen ist die Pieta der Kollwitz in der Neuen Wache zu Berlin – anfangs eine private Kleinplastik (geschaffen 1937/38), die 1992 posthum zum Denkmal aufgewulstet wurde – ein Rückfall in die christologische Ikonographie, Trost im Opfertod anzubieten oder aufzunötigen. Der tote Sohn ist gleichsam auferstanden und wird von seiner Mutter in ihren Schoß zurückgeholt. (Abb. 18) Im Hinblick auf die Ereignisse des Zweiten Weltkrieges eine doppelte Peinlichkeit: Gezeigt wird eine überlebende Mutter, obwohl mehr als die Hälfte aller Bombentoten und aller Flüchtlingstoten Frauen und Kinder waren. Das alte Symbol der trauernden Maria verfehlt also die neue geschichtliche Wirklichkeit. Und, schlimmer noch, der Topos der Pieta, der auf den Denkmälern zum Ersten Weltkrieg hundertfach aufgegriffen worden war, verändert nach dem Zweiten Weltkrieg seinen symbolischen Status. Die Aufstellung der Pieta gerinnt nach der christlichen Vorgeschichte des nationalsozialistischen Massenmordes zwangsläufig zu einer antijüdischen Geste, weil die alte Anklage des sogenannten Gottesmordes durch die Juden der Figuration unausweichlich innewohnt. Je mehr überkommener Sinn aufgefrischt und neu investiert wird, und je mehr Sinn überhaupt noch gesucht wird, desto geschmackloser das Denkmal.

Umgekehrt: Je nachhaltiger die Verzweiflung am Sinn des Kriegstodes reflektiert wird, desto größer die Leistung des Künstlers. Das gilt – in der Serie der deutschen Denkmale unübertroffen – schon für Wilhelm Lehm-

bruck 1916. Er hat sich, wie seine Plastik des »Gestürzten« bezeugt, als Schüler von Rodin stilistisch emanzipiert. (Abb. 19) Die nackte Figur ist durch den Schwertstummel in der rechten Hand noch als Soldat erkennbar. Aber der »Gestürzte« gibt drei weitere Aussagen frei, die sich gegenseitig bedingen und ergänzen: die Verwundung, die zum Sterben hinführen kann, das Sterben selbst und die Trauer, die über den Tod hinausreicht. Lehmbruck beging 1919 Selbstmord, weil er, allein zurückgeblieben, sich selber nicht mehr aushalten konnte. Er hat gleichsam den verlorengegangenen Sinn durch seinen persönlichen Tod eingelöst.

Das Symbol der vergeblichen Suche nach Sinn wurde im Zweiten Weltkrieg überboten. Die Sinnverweigerung gerinnt zur Wirklichkeit selber. Das KZ-Denkmal in Neuengamme, das Françoise Salmon, eine Auschwitz-Überlebende, 1965 geschaffen hat, zeigt – den von Lehmbruck expressionistisch ausgezehrten Leib scheinbar übernehmend – nunmehr realiter einen skelettösen Leichnam. (Abb. 20)

Ein Rückblick auf den Ersten Weltkrieg belegt den tiefgreifenden Strukturwandel, der mit der Sinnlosigkeit des gewaltsamen Todes erreicht wurde. Maillols 1932 für Banyuls-sur-Mer geschaffener nackter, zurückfallender, am Helm noch als Soldat erkennbarer Sterbender ist noch universal lesbar als Heros, der am Altarstein von überlebenden Frauen betrauert wird. (Abb. 21)

Der Bombenkrieg, der keine Unterscheidung zwischen Zivilisten und Soldaten mehr kennt, führt uns ausweglos in die tödliche Verzweiflung als solche. Ossip Zadkine schenkte Rotterdam, der ersten von Fliegern vernichteten Stadt, sein Mahnmal, einen sterbenden Menschen, der anklagend mit zerrissenem Leib vergeblich die Arme in den Verderben bringenden Himmel wirft, ohne von dort Rettung finden zu können. (Abb. 22) Der Sinn des Sterbens hat sich verzehrt, Folge des nunmehr totalen Krieges. Stilgeschichtlich steht Zadkine auf einem Höhepunkt der immer noch an den menschlichen Körper zurückgebundenen Darstellungen eines sinnlos gewordenen Sterbenmüssens. Zahlreiche ähnlich gestaltete Zerreißformen, wie etwa auf dem slowenischen Denkmal für Mauthausen (Abb. 23), fallen in bezug darauf rein ästhetisch gemessen zurück. Die gespaltene Säule ist ein Zusatzmotiv, während das bloße Skelett eher auf die weit zurückliegenden Totentänze verweist.



Abb. 21



Abb. 22



Abb. 23



Abb. 25



Abb. 24



Abb. 26



Abb. 27

Für die uneinlösbar gewordene Sinnsuche seien zum Schluss drei ästhetische Antworten skizziert. Sie führen uns in den Wahnsinn und Widersinn der rational geplanten und bewusst gewollten Massenmorde.

1. Ein oft wiederholtes Motiv ist der verschwundene Mensch, der nur noch als Negativfolie seiner selbst, als Hohlform dargestellt wird. Besonders eindrucksvoll ist ein schlichtes Gemeindedenkmal in Zell (Bayerischer Wald), das 1972 von Christian Klepsch ausgemeißelt wurde. Drei einander zugewandte Granitblöcke sind so ausgeschält, dass der Tote oder Vermisste *per negationem* sichtbar wird. (Abb. 24) Die Anregung ging von einem überlebenden Kriegsblinden aus, der so die entschwundenen Angehörigen oder Kameraden ertasten konnte – noch in der Negation bleibt die Erinnerung an die konkreten Menschen fassbar. Eine Steigerung dieser personalen Hohlform in die Abstraktion hinein sind die Denkmale von Jochen Gerz oder Horst Hoheisel, die ihr eigenes Verschwinden thematisieren.

2. Eine entgegengesetzte Variante bietet die Realsymbolik. So materialisiert z.B. das 1980 in Baltimore von Shephard gestaltete Mahnmal das Sterben der Menschen im Flammentod noch einmal. Oder der Rekurs auf reale Vorgänge wird in Yad Vashem durch die Aufstellung eines Transportwagons der deutschen Reichsbahn konkretisiert. Er schwebt, irreal, über einem Abgrund, der die nachfolgende Vergasung der Insassen symbolisieren soll. (Abb. 25)

Ein besonders eindrucksvolles Zeugnis der Realsymbolik befindet sich in Plaszow bei Krakau, das an jenes Lager erinnert, in dem Schindlers Listen erstellt worden waren. Entgegen den Zwangsaufgaben des sozialistischen Realismus haben hier Witold Ceckiewicz und Ryszard Szczyrczynski ein Denkmal entworfen, das fünf zwar noch stehende Menschen zeigt, die aber erdrückt werden von einem Steinblock, der auf ihrem Nacken lastet, während ihre Brust schon durchschnitten ist; vom Tode gelähmt hängen die Arme herab. (Abb. 26) Der Übergang von der Realität in die Symbolsprache ist gleitend. Die Rückbindung an das tatsächliche Leiden wird durch die real dargestellten Menschen ermöglicht, durch die sich ein einziger gewalttätiger Riss zieht, der Sinnlosigkeit und Trauer zugleich signalisiert und hervorruft.

Eine weitere Variante stammt auch aus dem Umkreis sozialistischer Themen. Der Bildhauer Vadim Sidur, der im Zweiten Weltkrieg schwer



Abb. 28



Abb. 29



Abb. 30



Abb. 31



Abb. 32



Abb. 33

verwundet wurde und schließlich daran sterben sollte, schuf in der Sowjetunion anfangs vorschriftsgemäße Helden. Dann aber wandte er sich dem absurden Massensterben zu, das er öffentlich nicht mehr zeigen durfte. Deshalb schmuggelte er handgroße Modelle nach Deutschland, wo sie auf das vorgesehene Maß vergrößert wurden. Vor dem Gericht in Berlin Charlottenburg liegt ein von realistischen Toten abstrahierender Leichenberg, der an die Morde von Treblinka erinnert. (Abb. 27) Es sind schon vergaste, nunmehr zu verbrennende Leichen, die Gerechtigkeit einklagen, ohne diese für sich selbst gefunden zu haben und finden zu können.

3. Unsere dritte Variante, welche die uneinholbare Sinnlosigkeit selbst thematisiert, führt folgerichtig in die reine Abstraktion. Von der Rückbindung an jede Empirie wird abgesehen, weil die konkrete geschichtliche Wirklichkeit der perfekt organisierten Massenvernichtung als solche nicht mehr darstellbar ist. Wo sich jede Sinnhaftigkeit verweigert, entzieht sich auch die Darstellung der Vergegenständlichung. Was immer stilgeschichtlich zur abstrakten Kunst hingeführt hat – die Sprachlosigkeit derer, die der Massenvernichtung entronnen sind, und die Sinnverweigerung dieser ihrer geschichtlichen Erfahrung drängen zur Entsinnlichung der Mahnmaale. Deshalb wird es fraglich, ob überhaupt noch eine Korrespondenz zwischen geschichtlicher Wirklichkeit und abstrakter Kunst hergestellt werden kann. Abstrakte Denkmäler kennen keine Kriterien mehr, die zwischen politischer Bedeutung und reiner Kunst zu unterscheiden ermöglichen. Die Sinnlichkeit der menschlichen Sinne – die visuelle und taktile Vermittlungsinstanz der Mahnmaale – versagt sich seitdem auch jeder eindeutigen Sinnbildung. Darin mag die Botschaft liegen.

Aus den zahllosen Versuchen, von den wirklichen Vollzugsweisen der von den Deutschen ausgerichteten Massenmorde an unschuldigen Zivilisten abzusehen und doch visuell daran zu erinnern, seien drei Beispiele herausgegriffen.

Göttingen kam 1973, wie viele andere deutsche Gemeinden, vor allem in den 70er Jahren, der selbstaufgelegten Verpflichtung nach, am Ort der zerstörten Synagoge ein Mahnmal zu errichten. Es stammt von Conrado Casti. Ein pyramidisch aufgestuftes, sechsfach versetztes Gitternetz, den durchbrochenen Davidstern symbolisierend, erhebt sich in den Himmel. (Abb. 28) Darunter befindet sich eine Krypta, in der die Namen aller Verschwundenen, der vertriebenen, der vergasten, der vernichteten Juden

festgehalten sind. Das von oben einfallende Licht, das Rettung verspricht, öffnet nicht genügend Raum, um zu entkommen. So wird die Ausweglosigkeit visualisiert. Damit ist ein Zeichensystem gefunden worden, das von der unfassbaren Wirklichkeit absieht, um im Medium der Abstraktion auf sie zu verweisen.

Ästhetisch analoge Lösungen tauchen immer wieder auf. Bruchlinien oder Risse öffnen sich, weit genug, um Rettung zu versprechen, aber zu eng, um einen Ausweg freizugeben.

In Treblinka haben Franciszek Duszenko und Adam Haupt 1961 bis 1964 eine Gedenkstätte angelegt, deren Abstraktionskraft die Grenzen der Aussagefähigkeit erreicht und sichtbar macht. Die Schwellen verweisen auf die ehemals konkreten, aber nicht mehr vorhandenen Eisenbahngleise, auf denen rund 800 000 Juden in das Todeslager geschafft worden waren. (Abb. 29a) Zugleich aber versinnlichen sie die sprachliche Metapher der Schwelle, die den Überschritt in den Tod oder das Jenseits anzeigt. Die Erinnerung an die vergasten und in Luft und Asche aufgelösten Menschen selber wird durch siebzehntausend Granitstelen wachgehalten. Keine gleicht der anderen, alle sind durch Verkantungen und Bruchlinien individualisiert. (Abb. 29b) So symbolisieren sie in ihrer Erstarrung die abgebrochenen, die einmaligen, sprachlos gewordenen Lebensläufe aller Ermordeten.

Das Stelenfeld wird so zu einer einzigen Metapher der Sprachlosigkeit. Zudem sind die unterschiedlich gebrochenen Stelen im Raum so verteilt, dass sie nie alle zugleich gesehen werden können. Der Betrachter muss also umherschreiten, um sich das nicht existierende Gräberfeld einbilden zu können. Das Verschwinden der scheinbar zahllosen, aber zählbaren Individuen, der Kinder, Frauen und Männer, kann in seiner mörderischen Tatsächlichkeit nicht mehr gezeigt werden, aber in einem durch die Steine hervorgerufenen Eingedenken wird der Massenmord in seiner absoluten Sinnlosigkeit sichtbar gemacht.

Wir kommen zum Schluss. An der vorbildhaften Lösung von Treblinka gemessen wird schon deutlich, dass die Variante Peter Eisenmans zum Berliner Holocaustmahnmal diese ästhetisch kaum einholen kann: Die kompakte Aufreihung uniformer Stelen aus Betonguss erweist sich als eine in Erstarrung materialisierte Trauer, die Gefahr läuft, keine Trauer mehr vermitteln zu können. (Abb. 30) Das direkte Vorbild der Stelen befindet sich wahrscheinlich in Yad Vashem, wo abgebrochene Säulen in den Himmel ragen, die das unvollendete Leben der jüdischen Kinder symbolisieren

sollen. (Abb. 31, sculpt. Moshe Safdie, entworfen 1976, durchgeführt 1987.) Hier gewinnt die Metapher der Sinnlosigkeit noch eine gebrochene Form, die von der wohlgeordneten Masse der Berliner Betonstelen nicht erreicht werden wird.

Ein wirklich innovativer Durchbruch ist dagegen Daniel Libeskind gelungen. Er hat ein anderes Mahnmal aus dem Berliner Stadtmuseum hervorgehen lassen. Dabei ist sein Projekt dreimal so groß geworden wie das Museum, dessen Unterabteilung es anfangs sein sollte. Damit hat sich die jüdische Gedenkstätte verselbständigt.

Die Materialwahl, Eisen, Beton, Glas, Zink und ihre Kombination, führt den Besucher gleichsam in eine begehbbare Skulptur: Die Perspektiven verrutschen immer wieder und zwingen zum dauernden Sichtwechsel. Ein durchlaufender, 22 Meter hoher Leerraum verschränkt Sichtbares mit dem Unsichtbaren. (Abb. 32, 1998) Je stärker der Besucher verunsichert wird, desto gewisser wird er mit der gewalttätigen Sinnlosigkeit konfrontiert, die Millionen unschuldiger Menschen zum Verschwinden gebracht hat. Verworfene Flächen, Schrägen und Durchbrüche, schiefe Ebenen, enggeführte Gänge und um Ecken herum überraschende Öffnungen, quälende Treppenflichten und erdrückende Querbalken, alles um Leerstellen herum komponiert, mit der einen hohen und zentralen dunklen Gedenkhalle für die Holocaustopfer selber, versetzen den Besucher in eine Bewegung, die ihm ihrerseits den Zustand einer Ausweglosigkeit in den Leib diktiert. Er wird zur Besinnung, zur Reflexion genötigt.

Dass die Deutschen gleichzeitig zwei große Gedenkstätten, von sehr unterschiedlicher ästhetischer Qualität und nur für die Juden allein, aber bisher kein Denkmal für die Gesamtheit aller durch den Nationalsozialismus vernichteten schuldlosen Menschen errichtet haben – man denke nur an die als rassistisch minderwertig definierten drei Millionen umgekommenen Polen oder an die eben deshalb umgebrachten dreieinhalb Millionen sowjetischer Kriegsgefangener, um nur zwei Gruppen zu nennen, die ohne Denkmal bleiben –, dies lässt sich vielleicht nur ideologiekritisch begreifen. Die einzelnen Opfergruppen werden durch eine Skala hier zugelassener, dort verschwiegener Erinnerung hierarchisiert, und das weiterhin unbedacht entlang den von der SS vorgegebenen und auch von der Wehrmacht übernommenen Vernichtungskategorien. Als Nation, die die Täter gestellt hat und die sich immer noch dem ethischen Gebot

verweigert, eine Gedenkstätte für alle von uns seinerzeit ermordeten Menschen und Gruppierungen zu schaffen, geraten wir in ein Dilemma moralischer Hilflosigkeit und ästhetischer Inkonsequenz. Das zeugt bestenfalls von der Last der Sinnlosigkeit, die wir uns durch unsere Geschichte als Deutsche aufgebürdet und die wir gegenüber den von uns ermordeten Nachbarn zu verantworten haben.

Andrzej Paczkowski
 WAS TUN MIT DER
 KOMMUNISTISCHEN VERGANGENHEIT?
 Polen*

Einer der wesentlichen Faktoren für einen erfolgreichen Übergang von autoritären Systemen zu einer stabilen Demokratie ist das Verhältnis zum Ancien régime.¹ Es bewegt die Bürger und löst heftige Debatten und Polemiken unter den politischen und intellektuellen Eliten aus. Das heißt nicht, dass die Vergangenheit das wichtigste Thema wäre oder die größte Aufmerksamkeit auf sich zöge: Arbeiter, denen die Entlassung drohte, haben wiederholt gewaltsam vor dem Sitz der Regierung demonstriert und sich Schlachten mit der Polizei geliefert, Bauern an den Grenzbahnhöfen Hunderte Tonnen Importgetreide aus den Waggons gekippt, Abtreibungsgegner monatelang unermüdlich vor dem Parlament Mahnwache gehalten. Demgegenüber gibt es bisher nur einen Fall eines individuellen Versuchs der »Abrechnung mit der Vergangenheit«: Ein Bauer, der in den Jahren 1981-1989 aus politischen Gründen schikaniert worden war, warf einen Stein auf General Jaruzelski, als dieser in einer Veranstaltung sein Buch signierte, in dem er die Verhängung des Kriegszustandes rechtfertigt. In Prozessen gegen Beamte des Sicherheitsapparats mussten die Richter das Publikum verschiedentlich beruhigen oder gar des Saales verweisen, doch zu Handgreiflichkeiten ist es dabei, soweit mir bekannt, nie gekommen. Obwohl es also an direkten Reaktionen fehlt, sind die Konsequenzen, die aus der Bewertung der jüngsten Vergangenheit gezogen werden, für viele – zum Beispiel die Opfer von Terror und Repression – der aussagekräftigste Indikator für die Reichweite und Tiefe der vollzogenen Veränderungen.

In einer Meinungsumfrage vom November 2000 wurde die Frage »Hat man in der III. Republik genug getan, um die Taten von Vertretern der kommunistischen Behörden gerichtlich abzuurteilen?« von 37% der Befragten verneint.² Es wurde zwar nicht gefragt, wie wichtig die Verfolgung

* Dieser Beitrag verdankt sein Entstehen einem Stipendium des Woodrow Wilson International Center for Scholars in Washington, in dessen Rahmen ich die Untersuchungen während des akademischen Jahres 2000/2001 durchführen konnte.

dieser Delikte im Vergleich zu anderen, für die Systemtransformation bedeutsamen rechtlichen und politischen Maßnahmen ist, doch kann man dieser Haltung entnehmen, dass den Fragen der Vergangenheit Gewicht beigemessen wird. Kann man wirklich mit Timothy Garton Ash allgemein behaupten, seit 1945 laute – anders als vorher – die Antwort auf die Frage nach der Vergangenheit »erinnern, erinnern«?³ Zumindest in Polen ist die öffentliche Meinung deutlich, ja sogar drastisch geteilt. In der zitierten Umfrage waren 34% der Befragten der Meinung, Taten, die im polnischen Recht als »kommunistische Verbrechen« definiert wurden, sollten nicht mehr verfolgt werden.⁴ Und wenn auch einige mehr (48%) der Ansicht waren, diese Vergehen sollten weiterhin verfolgt werden, also Anhänger des Erinnerns – und des Bestrafens – waren, so gibt es in dieser Sache doch keinen gesellschaftlichen Konsens.

Mag es auch nur eines der Elemente des Systemwechsels sein, das Problem, »was mit der Vergangenheit zu tun« sei, ist komplex und bedarf einer entsprechenden Analyse. Gestützt auf eigene Untersuchungen und auf die mir bekannte Literatur, glaube ich, dass es folgende Kategorien gibt, unter denen man es behandeln kann:

1. rechtliche Maßnahmen auf der Ebene der Gesetzgebung und der Rechtsprechung, also das, was häufig als *transitional justice* definiert wird;
2. die öffentliche Debatte solcher Maßnahmen;
3. die Historiographie;
4. der Austausch der Symbole;
5. das Verhältnis der Gesellschaft zur Vergangenheit.

Es ist offenkundig, dass man jeder dieser Kategorien eine eigene Monographie widmen kann, ja widmen sollte. Daher kann ich hier nur in synthetischer Kürze und gestützt auf einzelne Beispiele darstellen. Ebenso offenkundig ist, dass die oben genannten Kategorien so etwas wie »kommunizierende Röhren« sind, die sich gegenseitig beeinflussen, wobei der Schwerpunkt nicht leicht zu bestimmen ist, wenngleich es scheint, als sei die »höchste Instanz« in einem demokratischen Staat die öffentliche Meinung.

Transitional justice

Die Herstellung von Gerechtigkeit unter Bedingungen des Systemwechsels sollte – jedenfalls im Falle Polens – unter zwei wesentlichen Aspekten dargestellt werden: dem der strafrechtlichen Verantwortung und dem der politischen Verantwortung.

Man könnte meinen, das Problem der *strafrechtlichen Verantwortung* (das, was Jaspers »kriminelle Schuld« nennt) sei einfach und im Grunde ein technisches: es genüge, Untersuchungen einzuleiten, Anklageschriften zu formulieren, Prozesse durchzuführen und jene, denen Delikte nachgewiesen wurden, zu verurteilen. In der Tat wurden entsprechende Maßnahmen relativ rasch ergriffen. Bereits Anfang August 1989, in der Phase, als die Transformation noch in den Kinderschuhen steckte, also noch ehe die Regierung Mazowiecki gebildet wurde, berief der Sejm einen Ausschuss, dessen Aufgabe es war, rund 100 Todesfälle aufzuklären, in denen es um Personen ging, die mit der *Solidarnosc* und der Opposition verbunden waren, sowie um Geistliche, die im Zeitraum von der Einführung des Kriegszustandes bis zum Frühling 1989 getötet wurden oder unter ungeklärten Umständen gestorben waren. Dieser Ausschuss besaß keine staatsanwaltlichen Befugnisse, konnte aber viele Dokumente zusammentragen und einige Mechanismen des Terrors aufklären. Teilweise aufgrund dieser in den Jahren 1990-1991 durchgeführten Vorarbeiten wurde eine ganze Reihe von Ermittlungsverfahren eingeleitet, die u.a. die folgenden Fälle betrafen:

- das Blutbad an streikenden Arbeitern im Dezember 1970,
- den Tod des Oppositionellen Stanislaw Pyjas im Jahre 1977,
- die Tötung von Bergleuten der Zeche »Wujek« im Dezember 1981,
- die Erschießung von Demonstranten in Lubin (Lüben) im August 1982,
- den Tod eines Demonstranten in Nowa Huta im Jahre 1982,
- die Ermordung des Pfarrers Jerzy Popieluszko im Jahre 1984⁵,
- den Tod des Schülers Grzegorz Przemyski im Jahre 1984.

Einige dieser Verfahren betrafen Personen, die nicht nur zur Elite des kommunistischen Staats- und Parteiapparats gehörten, sondern auch zu den Architekten des Abkommens vom Runden Tisch: General Jaruzelski wegen des Dezembers 1970 und General Kiszczak wegen des Mordes in der Zeche »Wujek«.

Eine eigene Kategorie bilden die Ermittlungen gegen Offiziere des Sicherheitsapparats der Jahre 1944-1956. Insgesamt wurden einige hundert Ermittlungsverfahren wegen »stalinistischer Verbrechen« eingeleitet, die meisten davon gegen Unbekannt, also nicht gegen konkrete Personen. Sie wurden von Mitarbeitern der Hauptkommission für die Verfolgung von Verbrechen gegen die polnische Nation geführt, die bis zum Jahr 2000 keine vollständigen staatsanwaltlichen Befugnisse besaßen. Nur ein geringfügiger Teil dieser Ermittlungen landete schließlich vor Gericht.

Das Gesetz vom Februar 1991, das die in politischen Prozessen der Jahre 1945-1956 ergangenen Urteile annullierte, verschaffte nicht nur den Opfern bzw. ihren Erben die Möglichkeit, eine Entschädigung zu beanspruchen, sondern schuf – was uns hier besonders interessiert – auch die Möglichkeit, Richter und Staatsanwälte zu verfolgen, die sogenannter Justizverbrechen verdächtig waren. Die erste Anklageschrift (1992) richtete sich gegen Richter, die 1952 das Todesurteil gegen General Fieldorf bestätigt hatten, einen der Helden des Untergrundkampfes gegen die deutsche Besatzung.

Bisher sind Urteile gegen rund dreißig Personen ergangen, von denen nur einige wegen nach 1956 verübten Delikten verurteilt wurden. Die Anzahl und der Verlauf der Verfahren hängt bis zu einem gewissen Grad von der Biologie ab: die meisten der Schergen aus den Jahren 1944-1956 sind inzwischen tot, und von ihren Auftraggebern auf höchster Ebene lebt kein einziger mehr. Die Abrechnung wäre sicherlich schwungvoller betrieben worden, wenn das Ganze beispielsweise 1956 stattgefunden hätte, als es in Ungarn und in kleinerem Umfang auch in Polen zu einer wahrhaft revolutionären Auseinandersetzung mit der Vergangenheit (oder genauer, mit ihren Verteidigern) kam.⁶ Das wichtigste scheint aber zu sein, dass sich die Durchführung von Prozessen unter Beachtung der für demokratische Gerichte geltenden Verfahrensregeln als mühselig und verwickelt erwies: Viele Dokumente sind nicht mehr verfügbar, die Erinnerung der Zeugen ist unzuverlässig, die Angeklagten und ihre Verteidiger nützen die Vorschriften der Strafprozessordnung aus, die Unschuldsvermutung ist zu beachten usw. Staatsanwaltschaften und Gerichte sind mit aktuellen Prozessen überlastet, und ein Teil der Richter mag von der Durchführung solcher Verfahren nicht recht überzeugt sein, die vielfach als politische Prozesse aufgefasst werden, was sie in einem gewissen Sinne ja tatsächlich sind, da jeder Verurteilte das Konto des kommunistischen Systems bela-

stet. Bei dem Widerstand von seiten der Juristen spielen auch die Jahre des erzwungenen Vergessens, der Indoktrination, der Verfälschung der Geschichte eine gewisse Rolle.⁷ Als Beispiel eines sich endlos hinziehenden Verfahrens kann man den Prozess wegen der Tötung von neun Bergleuten der Zeche »Wujek« anführen, der schon in der ersten Instanz mit Freispruch endete, da das Gericht nicht mit letzter Gewissheit ermitteln konnte, welche der angeklagten 22 Mitglieder eines Sonderkommandos persönlich am Tod der streikenden Arbeiter schuld sind.⁸ Das Ermittlungsverfahren wurde im Jahre 1990 eingeleitet – bis heute ist kein rechtskräftiges Urteil ergangen. Ähnlich verhält es sich mit dem Verfahren wegen der Tötung von einigen Dutzend Personen im Dezember 1970 in Danzig: Erst zehn Jahre nach Einleitung des Ermittlungsverfahrens konnte der Staatsanwalt die Anklageschrift verlesen.

Kein Wunder also, dass in der zitierten Umfrage vom November 2000 immerhin 66% der Befragten nicht daran glauben, dass alle Täter rechtmäßig verurteilt werden, und nur 11% die entgegengesetzte Ansicht teilen. Jene, die meinen, die Schuldigen müssten verfolgt werden, zugleich aber nicht glauben, dass es möglich sein wird, die Prozesse mit einer Verurteilung zu beenden, bilden die Gruppe (wie stark sie ist, wissen wir nicht) derer, die dazu neigen, die Schuld daran einem Teil der aus der *Solidarnosc* hervorgegangenen Eliten anzulasten. Hauptzielscheibe der Angriffe ist Tadeusz Mazowiecki, auf den die Formel vom »dicken Schlussstrich« zurückgeht, den man unter die Vergangenheit ziehen solle (obwohl diese Formel in Wahrheit eine andere Bedeutung hatte, als man sie ihr zuschreibt). Gleichgültig, was man von einer solchen Politik hält – wie und in welchem Umfang mit Vertretern des Ancien régime gerichtlich abgerechnet wurde, entspringt geradewegs dem Charakter einer Transformation, die im Zeichen gesellschaftlicher Verständigung begann.

Die *politische Verantwortung* kann man auf zwei Ebenen untersuchen: hinsichtlich der *Verantwortung konkreter Personen* und hinsichtlich der *Gruppenverantwortung*.

Der erste Versuch, jemanden vor dem Staatsgerichtshof zur Verantwortung zu ziehen, fand bereits im August 1989 statt. Die *Solidarnosc*-Opposition warf dem ehemaligen Ministerpräsidenten Mieczyslaw F. Rakowski vor, die von seiner Regierung im Oktober 1988 getroffene Entscheidung, die Danziger Werft zu liquidieren, sei ungesetzlich und politisch motiviert gewesen. Die Angelegenheit stand wiederholt auf der Tagesordnung des

entsprechenden Sejm-Ausschusses, doch zu einer abschließenden Entscheidung gelangte man nicht. Größere Bedeutung hatte der Antrag der Parlamentsfraktion der *Konfederacja Polski Niepodległej* (Konföderation Unabhängiges Polen), einer seit 1979 (zunächst illegal) bestehenden Partei von entschieden antikommunistischer Ausrichtung, 26 Mitglieder des Militärischen Rates der Nationalen Errettung (WRON) und des Staatsrates als die für die Einführung des Kriegszustandes Verantwortlichen vor den Staatsgerichtshof zu bringen. In Wahrheit richtete der Antrag sich gegen General Jaruzelski. Am zehnten Jahrestag des Kriegszustandes verwies der Sejm die Sache geschäftsordnungsmäßig an den Ausschuss für konstitutionelle Verantwortung. Obwohl die Parteien, die aus der *Solidarnosc* und der alten demokratischen Opposition hervorgegangen waren, in diesem Ausschuss (wie auch im Sejm) eine klare Mehrheit hatten, schleppte sich die Behandlung des Antrags dahin, bis die postkommunistischen Parteien in den Wahlen von 1993 die Mehrheit errangen und die Zusammensetzung des Ausschusses sich gründlich änderte. Der Ausschuss war weiterhin tätig – man vernahm die Beschuldigten und Zeugen, trug viele Dokumente zusammen, die mit dem Vermerk »Geheim – von besonderer Bedeutung« versehen waren und sogar aus der Tschechischen Republik und aus Deutschland herbeigeschafft wurden, und einige Fachhistoriker verfassten Gutachten – doch schließlich gelangte die Mehrheit der Mitglieder zu der Ansicht, dass es keinen Grund gebe, die Beschuldigten vor Gericht zu stellen, und der Sejm machte sich diesen Standpunkt in seiner Plenarsitzung vom Juni 1996 zu eigen. Am Ende hatte keines der Mitglieder der kommunistischen Elite die politische Verantwortung übernommen.

Die *politische Gruppen- oder Kollektivverantwortung* ist im Grunde nichts anderes als ein durch rechtliche Entscheidungen erzwungener Austausch der Eliten. Dort, wo eine »normale« Revolution stattfindet, gibt es das Problem der Machtübernahme durch die neue, siegreiche Elite eigentlich nicht – Könige oder Präsidenten, Minister und Generäle, Staatsanwälte und Polizisten sind entweder im Kampf gefallen, oder sie baumeln an Laternen oder verfaulen in Gefängnissen, während die Glücklicheren es geschafft haben, ins Ausland zu entkommen. Wenn der Systemwechsel sich jedoch im Zuge einer Verständigung zwischen »alten« und »neuen« Eliten vollzieht, bleiben nur Schritte, die rechtlichen Normen folgen. Das grundlegende Instrument der Veränderungen sind natürlich Wahlen (zum

Parlament, zu den Selbstverwaltungen usw.), aber bald erkannte ein Teil der bisherigen antikommunistischen Opposition, dass dies nicht ausreichte, und ergriff Maßnahmen zum Erlass von Vorschriften, die einen Austausch der Eliten erzwangen. Diese Maßnahmen werden zumeist mit dem Ausdruck »Entkommunisierung« bezeichnet. Trotz mehrfacher Versuche (1992, 1997) ist es in Polen nicht gelungen, ein Entkommunisierungsgesetz zu beschließen. Rechte Kreise – hauptsächlich jene, die aus der alten antikommunistischen Opposition hervorgegangen sind – sind der Ansicht, die versäumte Entkommunisierung des öffentlichen Lebens und der staatlichen, insbesondere der Wirtschafts- und Finanzverwaltung sei eines der Hauptthemen der Transformation, weil sie die Glaubwürdigkeit des neuen Systems untergrabe, die Korruption fördere und ein System des »Nomenklatura-Kapitalismus« schaffe.

Gegner der Entkommunisierung, die sich nicht nur unter den Mitgliedern der ehemaligen Kommunistischen Partei finden, sondern zu denen auch ein Teil der ehemaligen Opposition gehört, argumentieren, dass die Normen des demokratischen Staates jegliche rechtliche Diskriminierung ausschließen. Sie behaupten außerdem, solche Schritte führten zu einer Häufung innerer Konflikte, und von ihnen ginge die Gefahr einer »Revolutionierung« des Transformationsprozesses und einer Destabilisierung aus. Die öffentliche Meinung ist in dieser wie in anderen Fragen tief gespalten.⁹ Die Wahlerfolge der postkommunistischen Partei (Parlamentswahlen 1993, Präsidentenwahlen 1995 und 2000) bestätigen diese Spaltung. In Anbetracht dessen war der einzige Teil der Administration, in dem eine vollständige *Überprüfung* durchgeführt wurde, der Sicherheitsapparat, aus dem über die Hälfte der Funktionäre ausschied; freilich kam es nicht dazu, dass eine »Null-Option« beschlossen wurde, nicht einmal im Bereich der Spionage.¹⁰

Unverzüglich wurden dagegen Schritte zur Entkommunisierung im *institutionellen Bereich* beschlossen, indem der Staat per Sejmbeschluss das Vermögen der Kommunistischen Partei übernahm,¹¹ die im Januar 1990 ihre »Selbstaflösung« beschloss und sich in eine Partei umwandelte, die die Bezeichnung »Sozialdemokratie« in ihren Namen einführte. Die Umwandlung der vormaligen Kommunistischen Partei wurde zum Anlass eines »inneren Austauschs der Eliten«, denn ein erheblicher Teil der Parteifunktionäre aller Ebenen zog sich aus dem öffentlichen Leben zurück und ging entweder in den Ruhestand oder fand Nischen in den nicht-

entkommunisierten Sektoren der Wirtschaft oder im privaten Sektor, an dessen Entstehung Personen, die vor 1989 zur Nomenklatura gehört hatten, einen bedeutenden Anteil hatten.

Eine für die Transformation vom Kommunismus zur Demokratie spezifische Prozedur, die sowohl als Entkommunisierungsmaßnahme wie auch als Heranziehung zur »individuellen politischen Verantwortung« verstanden werden kann, ist die *Lustration* (Durchleuchtung), bei der ehemalige inoffizielle Mitarbeiter des Sicherheits- und Spionageapparats überführt werden, mit Konsequenzen für ihr Ansehen und ihre berufliche Position. Dies ist insofern eine spezifische Prozedur, als sie weder bei der Entnazifizierung nach dem Zweiten Weltkrieg in ähnlichem Umfang angewandt noch in den Transformationsprozessen nichtkommunistischer Diktaturen praktiziert wurde. Die Lustration gab Anlass zu den heftigsten Polemiken, oft deshalb, weil sie sich gegen die Sieger richtete, gegen Menschen, die vor dem Sturz des Kommunismus in der Opposition engagiert waren. Für die Staatssicherheit waren nämlich jene am wertvollsten, die in oppositionellen Gruppen und Organisationen tätig waren, auch wenn die Aufgabe des Agentennetzes darin bestand, weite Teile der Gesellschaft (und vor 1956 die ganze Gesellschaft, auch die Mitglieder der Kommunistischen Partei) zu kontrollieren.

Der Lustrationsgedanke tauchte erstmals im Frühjahr 1990 auf, doch rechtliche Form nahm er erst zwei Jahre später an, was eine der größten politischen Krisen auslöste und zum Zerfall des »Post-*Solidarnosc*-Lagers« führte. Am 28. Mai 1992 nahm der Sejm eine Resolution (nicht jedoch ein Gesetz) an, die den Innenminister verpflichtete, die ehemaligen geheimen Mitarbeiter, die (einschließlich der Parlamentarier) hohe Ämter in Staat und Selbstverwaltung innehaben oder in der Rechtspflege tätig sind, zu enttarnen. Am Abend des 4. Juni ließ der Minister den Vorsitzenden der Parlamentsfraktionen eine erste Liste zukommen, auf der sich nicht nur viele Abgeordnete und Minister befanden, sondern auch der polnische Präsident (Lech Walesa) und der Präsident des Sejm, der Vorsitzender jener Partei war, welcher der Innenminister selbst angehörte. Das war die sogenannte Nacht der Dossiers, die zum Sturz der Rechtsregierung unter Jan Olszewski führte und die Idee der Lustration in den Augen eines Teils der politischen Elite sowie der öffentlichen Meinung weitgehend oder gänzlich diskreditierte.

Der »Krieg der Dossiers« wurde zum festen Bestandteil des öffentlichen

Lebens in Polen, bis er im April 1997 eine gewisse Einschränkung durch das sogenannte Lustrationsgesetz¹² erfuhr, das nach einigen Novellierungen seit dem Sommer 1999 angewendet wird. Es garantiert ein zweiinstanzliches gerichtliches Verfahren, in dem das Amt des Vertreters des öffentlichen Interesses die Funktionen des Staatsanwalts und eine eigene Kammer des Appellationsgerichtshofs die Funktionen des Gerichts wahrnimmt. Grundlage dieses Verfahrens ist der Begriff der »Lustrationslüge«: Ein Prozess wird gegen solche Personen eingeleitet, die in einer speziellen Erklärung, die jeder unterschreiben muss, der bestimmte, vom Gesetz benannte Positionen innehat, ihre Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit verschwiegen haben. Das erste Urteil wegen »Lustrationslüge« erging im September 1999 und betraf einen Rechtsanwalt, doch die Öffentlichkeit interessiert sich natürlich am meisten für Politiker und hohe Staatsbeamte. Bisher ist ein gutes Dutzend Urteile rechtskräftig, d.h. im Berufungsverfahren vor dem Obersten Gericht bestätigt worden. Das Eingeständnis, ein geheimer Mitarbeiter gewesen zu sein, hat bemerkenswerterweise in den Augen der Wähler noch keinem geschadet,¹³ auch wenn einige Parlamentarier dadurch ihr Mandat verloren haben. Unter ihnen ist einer der Helden der Streiks vom Dezember 1970 und vom August 1980, Marian Jurczyk aus Stettin.

Nach langen Debatten und Polemiken wurde eine eigene staatliche Institution geschaffen, die im Juli 2000 ihre Tätigkeit aufgenommen hat und einen erheblichen Teil dessen abdeckt, was zur *transitional justice* gehört: das Institut für Nationales Gedenken.¹⁴ Es hat u.a. die Aufgabe, bei nazistischen und kommunistischen Verbrechen (und generell bei Verbrechen gegen die Menschlichkeit) Ermittlungen einzuleiten und sie vor Gericht zu bringen, Dokumente der Spezialdienste aufzubewahren und Dokumente, die der Sicherheitsapparat des kommunistischen Staates über konkrete Personen zusammengetragen hat, zugänglich zu machen (das Verfahren nennt sich »Zugang zu den Dossiers«). Das Institut soll ferner – über den Bereich des Rechts hinausgehend – wissenschaftliche Untersuchungen betreiben. Mit der Schaffung des Instituts werden eher die bisherigen Maßnahmen kanalisiert und auf eine bessere technische und materielle Grundlage gestellt, als dass neue Aktivitätsfelder eröffnet würden. Bedeutsam ist die starke rechtliche »Verwurzelung« des Instituts: Es ist von der staatlichen Verwaltung völlig unabhängig, denn sowohl der Präsident als auch der Aufsichtsrat (Kollegium) werden für mehrjährige

Amtszeiten vom Sejm gewählt (der Präsident auf fünf, das Kollegium auf sieben Jahre).

So stellt sich im großen und ganzen der Bereich dar, den ich hier als *transitional justice* bezeichne und in dem ein Teil der Aktivitäten insofern an den Systemwechsel geknüpft ist, als bestimmte Verbrechen und Delikte nur dank des Systemwechsels verfolgt werden konnten, obwohl sie nach dem Buchstaben des Gesetzes auch im Ancien régime die Merkmale eines Verbrechens erfüllten.¹⁵ Abschließend kann man sagen, dass man trotz mannigfacher Bemühungen, der Justiz einen revolutionären Anstrich zu geben, in Polen im Rahmen des Rechts geblieben ist. Aber es ist natürlich zulässig, diesen Zustand, wie es das Max-Planck-Institut in Freiburg getan hat, als Modell des »relativen Schlussstrichs« zu bezeichnen.¹⁶

Die öffentliche Debatte über die Vergangenheit

Diese Debatte, ausgelöst und in ihrem Verlauf weitgehend bestimmt von den oben erwähnten legislativen Maßnahmen, hatte natürlich ihre Eigen-
dynamik – und hat sie noch immer, denn sie ist durchaus nicht beendet! –, die sich aus politischen oder intellektuellen Ereignissen speist, bisweilen auch aus den Reaktionen auf das, was sich in anderen Ländern abspielt, die ebenfalls einen Transformationsprozess durchmachen. Anlass zu Äußerungen gaben auch mehr oder weniger runde Jubiläen, zum Beispiel 1994 – fünfzig Jahre nach den Anfängen des kommunistischen Systems –, 1991 – zehn Jahre seit der Einführung des Kriegszustandes – oder 2000 – dreißig Jahre nach dem Arbeiteraufstand an der Ostseeküste. Die Debatte ist außerordentlich breit und vielfältig, das Wort ergriffen die politischen und intellektuellen Spitzen sämtlicher politischer Lager, die führenden Journalisten, aber auch Historiker, Soziologen und Philosophen, die versuchten, wissenschaftliche Ansprüche mit journalistischer Schlagkraft in Einklang zu bringen. Sogar Erzbischöfe griffen in die Debatte ein. Ich verweise hier auf das Buch *Streit um Polen 1989-1999*¹⁷, eine umfangreiche Dokumentation von Presseäußerungen, insbesondere die Kapitel »Was war die Volksrepublik Polen?« und »Die Intellektuellen und der Kommunismus«.¹⁸

Am einfachsten lassen sich natürlich die Extreme aufzeigen: einerseits eine geradezu bedingungslose Verteidigung der »Errungenschaften Volkspolens«, zu denen u.a. die Modernisierung der Wirtschaft, die Revolution

im Bildungswesen, der gesellschaftliche Aufstieg und die Chancengleichheit gezählt werden – und das alles wurde nach 1989 durch den »ungezügeln Kapitalismus« zerstört; andererseits die Darstellung Polens als eines totalitären Staates des Terrors und der Repression, der im Namen einer perversen Ideologie von »Bütteln einer fremden Macht« regiert wurde, die natürlichen sozialen Bande zerstörte und als Erbschaft eine desorientierte Gesellschaft und ruinierte Wirtschaft hinterließ.

Dabei zeigen die postkommunistischen Verteidiger des Ancien régime eine größere Bereitschaft zu Zugeständnissen; viele von ihnen geben zu, dass die »Gemeinheiten des undemokratischen Systems, die begangenen Verbrechen, die den Menschen zugefügten Leiden nicht gerechtfertigt werden können und erst recht nicht vergessen werden dürfen«. ¹⁹ Bezeichnend ist auch die Tatsache, dass auf einen der wenigen Versuche, eine »gemeinsame Geschichte« zu formulieren, den Adam Michnik und Włodzimierz Cimoszewicz (ein führender Postkommunist) im Wahlkampf 1995 unternahmen, ²⁰ sehr viel negativere Reaktionen seitens derer folgten, die aus der ehemaligen Opposition stammten, ²¹ als von ehemaligen Mitgliedern der Kommunistischen Partei. Michnik, der sich seit vielen Jahren um eine »Versöhnung in der Wahrheit« bemüht, hat nicht allzu viele Anhänger unter den Aktivisten der ehemaligen Opposition, und seine Forderung »Amnestie ja, Amnesie nein« findet natürlich mehr Unterstützung bei ehemaligen Parteimitgliedern als bei seinen einstigen Mitkämpfern aus dem Kampf gegen die »Kommune« – obwohl er auch unter ihnen Unterstützer hat.

Die Verteidiger des Ancien régime neigen häufig dazu, auf innere – d.h. in der Kommunistischen Partei selbst entstandene – Tendenzen zur Reform oder gar zu einem Systemwechsel hinzuweisen. Sie unterstreichen den Anteil, den allerlei Reformer, ja, den sogar die Revisionisten an der unzweifelhaften Entwicklung des Systems von totalitären zu autoritären Formen hatten, und die letzte Etappe, in der sich die Mannschaft von General Jaruzelski, obwohl ihr alle Zwangsmittel zur Verfügung standen, für eine »friedliche Machtübergabe« entschied. Dieses Finale soll ein Beweis für die auf Unabhängigkeit und Demokratie gerichteten Absichten sein, die bei der ersten sich bietenden Gelegenheit, die sich dann mit der Destabilisierung der Sowjetunion ergab, in die Tat umgesetzt wurden. Zugleich wird die Bedeutung der Opposition und der *Solidarnosc* reduziert und beinahe bestritten, dass sie überhaupt eine Rolle gespielt habe:

»Wäre die *Solidarnosc* nicht entstanden«, schreibt ein bekannter Publizist, »wäre Polen an der Jahrtausendwende dennoch ein unabhängiger Staat, in dem die Entkommunisierung längst abgeschlossen wäre. Mit dem einzigen Unterschied, dass es in unserem politischen System nicht zur Legitimierung eines eigentümlichen Anarchismus gekommen wäre.«²²

An ähnlich radikalen Urteilen mangelt es natürlich auch nicht auf der anderen Seite, deren Repräsentanten unterstreichen, dass bis zum Schluss die wesentlichen Instrumente und Techniken der Machterhaltung aufrechterhalten wurden, darunter die wuchernden Geheimdienste, die einseitige Indoktrination der Armee, das faktische Monopol der Macht, das System der Nomenklatura, die Kontrolle durch die Zensur und die Steuerung der zentralen Medien der Massenkommunikation, die Anpassung an die Linie der Moskauer Zentrale usw. Und im Sturz des Systems sehen sie entweder ein planmäßiges Vorgehen auf der Ebene des gesamten »Blocks« oder eine »Abmachung« zwischen den Kommunisten (den »Roten«) und den gemäßigten Vertretern der Opposition (den »Rosaroten«), die denen, die die Macht abzugeben bereit waren, Straflosigkeit zusicherten.

Die Öffentlichkeit sah diese Debatten eher skeptisch. Bei einer Umfrage im Januar 2000 waren 64% der Befragten der Meinung, die Diskussion darüber, was die Volksrepublik war, sei »eher« oder »vollkommen« unnötig. Nur 27% der Befragten waren dafür, dass sie geführt wurde. Und für diese 27% hat es sich jedenfalls gelohnt, dass man darüber diskutierte.

Die Historiographie

Die Grenzziehung zwischen Texten, die als wissenschaftliches Werk veröffentlicht werden, und Beiträgen zu einer öffentlichen Debatte ist nicht immer einfach. Und zwar deshalb, weil sich, wie schon gesagt, oft Fachhistoriker an der allgemeinen Debatte beteiligen, aber auch, weil viele Themen beiden Diskursen gemeinsam sind. Überdies ist die Zeitgeschichte sehr oft Gegenstand aktueller politischer Auseinandersetzungen, und Historiker sind schließlich auch Menschen (oder sagen wir Bürger) und haben ihre persönlichen Ansichten. Diese brauchen einen Mediävisten nicht in seinen Untersuchungen zu stören, aber sie können Probleme bereiten, wenn der Historiker sich mit der jüngsten Vergangenheit befasst, an der er, was nicht selten der Fall ist, aktiv beteiligt war.

Für die polnische Historiographie der Zeit nach 1989 ist charakteri-

stisch, dass sie auf evolutionäre Weise in den Zeitraum des Systemwechsels eintrat. Das ist vor allem darauf zurückzuführen, dass es in ihr schon vorher einen Pluralismus gab, der sich der Existenz von Untergrund-Verlagen verdankte, in denen man außerhalb der Zensur publizieren konnte, und der einen lebhaften Austausch mit der politischen Emigration ermöglichte. Für die demokratische Opposition war die Zeitgeschichte ab 1977 ein wichtiges Mittel zur Delegitimierung des Systems,²³ und nach 1989 wurde die Kontinuität (auch die persönliche) der Forschung weitgehend bewahrt. Durch die nach dem Zusammenbruch des Kommunismus eingetretenen Veränderungen verschwand nicht nur die Zentralinstanz zur Forschungssteuerung und -kontrolle, die in den letzten Jahren des Ancien régime ihre Aufgaben ohnehin nicht mehr wirksam zu erfüllen vermochte, sondern es zerfiel auch das Milieu der systemergebenen Historiker. Manche stellten sich recht schnell auf neue Themen um und revidierten ihre früheren Bewertungen, wengleich der Übergang ins »gegnerische Lager« die Ausnahme blieb.

Insgesamt schwang das Pendel in die Gegenrichtung, und wenn man vorher die »Kämpfe mit den Banden« und die »Festigung der Volksmacht« beschrieben hatte, so widmete sich die Forschung nun sehr häufig dem Terror und der Repression sowie dem antikommunistischen Untergrund. Es ist also weitgehend eine Historiographie des Martyriums, die das kommunistische Polen und seinen Großen Bruder in düsteren Farben schildert. Es ist zugleich eine politisierte Historiographie in dem Sinne, dass die politische Geschichte deutlich gegenüber anderen Fachgebieten dominiert, von denen einige, so etwa die Wirtschaftsgeschichte, fast gänzlich vernachlässigt werden. Hingegen wurden Einstellungen und Verhaltensweisen gesellschaftlicher Großgruppen zu einem modischen Untersuchungsgegenstand, auch deshalb, weil zuvor geheime Quellen zugänglich wurden. Wie man unschwer erraten wird, interessieren sich die Historiker vornehmlich für Einstellungen, die sich gegen das kommunistische System richten. Die mit der Freiheit des Wortes einhergehende Erschütterung bisheriger Tabus – nicht nur derer, die das System errichtet hatte, sondern auch der in der Gesellschaft verbreiteten informellen Verbote – hatte zur Folge, dass man sich für die nationalen Minderheiten und generell für die Nationalitätenpolitik des kommunistischen Polen interessiert. Erforscht werden natürlich auch die Kommunistische Partei selbst sowie die Mechanismen der Machtausübung und der Unterordnung Polens unter die

Sowjetunion. Ein auffälliges Merkmal der heutigen Historiographie ist eine eigentümliche »Dokumentomanie«, die Publikation der verschiedensten Quellen, die möglicherweise damit zusammenhängt, dass die breite Öffentlichkeit den Historikern ein gewisses Misstrauen entgegenbringt und das »reine Dokument« sie vor dem Vorwurf der einseitigen Kommentierung und Analyse bewahren soll.

Unschwer lassen sich – schon anhand des gewählten Forschungsthemas – unter den Historikern jene ausmachen, die der jüngsten Vergangenheit kritisch gegenüberstehen, und jene, die ein eher affirmatives Verhältnis zu ihr haben. Das heißt jedoch nicht, dass es innerhalb dieser Gruppen keine internen Differenzierungen gäbe. Eine der interessantesten Debatten der letzten Jahre ist zum Beispiel die Diskussion über den Umfang und die Formen des gesellschaftlichen Widerstands, die 1994 mit der Veröffentlichung von Andrzej Friszkes Buch *Opozycja polityczna w PRL 1945-1980* (Die politische Opposition in der Volksrepublik Polen 1945-1980) begann. Sie spielt sich fast ausschließlich unter Historikern ab, die das kommunistische Polen eindeutig negativ bewerten.

Abschließend kann man feststellen, dass die Mehrheit der Historiker, die sich mit der Zeitgeschichte befassen, eindeutig zu negativen Bewertungen des kommunistischen Systems neigt, was sich sowohl in Texten wissenschaftlichen Charakters als auch in publizistischen und popularisierenden Äußerungen zeigt.

Der Austausch der Symbole

Wieviele Bewohner der Nowotki-Straße in Warschau die Debatte der Historiker und Politiker über das kommunistische Polen verfolgt und wieviele sich für die Lustration oder die Prozesse gegen stalinistische Schergen interessiert haben, ist mir nicht bekannt. Doch von einem konnten sie sich alle überzeugen: dass eine Tradition verschwindet und eine andere aufkommt. Denn den bisherigen Namensgeber »ihrer« Straße, ein kommunistischer Aktivist, der 1942 von seinem eigenen Parteigenossen erschossen wurde, ersetzte man durch General Anders, einen der »Unbeugsamen« in der politischen Emigration, einen erklärten Antikommunisten, der in den Jahren 1939-1941 in der Moskauer Lubjanka einsaß. Rund 200 Warschauer Straßen, Plätze und Grünanlagen wechselten in den Jahren 1989-1995 ihren Namen, und es verschwanden einige Denkmäler.²⁴

Manchmal gab man ihnen die alten Namen zurück, doch in den meisten Fällen tauchten neue Namen auf. Rafal Stobiecki stellt in seiner Untersuchung über Lodz fest, dass es sich bei den Namensänderungen nicht um »historische Racheakte« handelte, sondern dass sich in ihnen »tiefgreifende Wandlungen im historischen Bewusstsein der Bevölkerung äußerten, während sie zugleich die Intentionen der Mächtigen – in diesem Fall auf lokaler Ebene – verrieten, die ein neues Verhältnis zur Tradition schaffen wollten«. ²⁵ Auf den, der vom Straßenschild verschwand, kam es dabei weniger an als auf den, der an seine Stelle trat. Es handelte sich, wie Stobiecki bemerkt, vor allem um Versuche einer neuen Deutung des »Gesichts des polnischen Patriotismus«, das in einer romantischen Version vorgestellt wird, durch »Helden verlorener Schlachten und Kriege, Märtyrer der nationalen Sache«. Dass es sich hier um eine allgemeine Tendenz handelt, darf man aufgrund ähnlicher Entwicklungen in anderen Städten annehmen.

Diese Akte einer Entkommunisierung des öffentlichen Raumes liefen nicht ohne Konflikte ab, die zwar meistens einen politischen Hintergrund hatten, aber nicht immer haben mussten. So kämpften die Bewohner einer unscheinbaren, alten Straße längere Zeit um den Namen »Stoleczna« (Hauptstädtische); sie gründeten sogar ein »Komitee zur Verteidigung der Stoleczna« und wandten sich dagegen, sie nach dem berühmtesten Märtyrer des Kriegszustandes, Pfarrer Jerzy Popieluszko, umzubenennen. Entschieden wurde der Streit erst durch das Oberste Verwaltungsgericht – zugunsten der Anhänger der Namensänderung. Erneut kam es zu Konflikten, nachdem die Postkommunisten 1993 die Parlamentswahlen gewonnen und ihre Listen sich in einigen Städten bei den Kommunalwahlen durchgesetzt hatten, denn nun versuchte die neue Mehrheit, einigen der umbenannten Straßen wieder den alten Namen zu geben, oder solche Straßen, bei denen bisher eine Namensänderung nicht verlangt worden war oder die man ganz einfach vergessen hatte, vor der »Entkommunisierung« zu bewahren. In einem Bezirksrat kam es dabei zu dem folgenden Wortwechsel: Ein rechter »Abgeordneter (...) riet der Linken, sich nach ihren Wurzeln zu fragen: ›Sind das sozialdemokratische Wurzeln, oder gehen sie auf die Schergen des Stalinismus zurück?‹ Der Wortführer der Linken (...) erwiderte: ›Jeder hat seine Helden.‹ – ›Das sind keine Helden, das sind Veräter!« ²⁶

Das Verhältnis der Gesellschaft zur Vergangenheit

Ich weiß nicht, ob Umfragen ein gutes Mittel sind, um zu erfahren, was die Menschen wirklich denken, aber es gibt – entsprechend Churchills bekannter Aussage über die Demokratie – bislang kein besseres Instrument, um die Ansichten der Masse in Erfahrung zu bringen. Ich stütze mich im folgenden auf Umfragen, die nach 1989 in Polen durchgeführt wurden. Es hat ihrer sehr viele gegeben, aber da sie bisher noch keiner übergreifenden Analyse unterzogen wurden (die hier natürlich nicht geleistet werden kann), muss ich mich auf einige ausgewählte Beispiele beschränken.

Vorausschicken will ich jedoch eine Feststellung von Barbara Szacka, die sich seit vielen Jahren mit dem historischen Bewusstsein der Polen befasst. Auf der Grundlage von Untersuchungen in den Jahren 1965-1988 stellt sie fest, dass »je länger die Volksrepublik Polen existierte, die negativ bewerteten Erscheinungen sich häuften, die positiv bewerteten dagegen nicht zunahmen«. Daraus folgert sie, dass »die Veränderungen im gesellschaftlichen Alltagsbewusstsein nicht so sehr aus Systemveränderungen resultieren als vielmehr aus deren Ankündigung und Einführung«. ²⁷ Wie bei der öffentlichen Debatte über das kommunistische Polen und der Historiographie dieser Zeit kann man also sagen, dass das Jahr 1989 auch hier keine wirklich »harte« Zäsur darstellt und das, was anschließend – in diesem Fall auf der Ebene des historischen Bewusstseins – geschah, bis zu einem gewissen Grad eine Fortsetzung dessen war, was vorher schon dagewesen war.

Natürlich gibt es gewichtige Unterschiede. Einer ist technischer Art: Nach dem Ende des politischen Monopols der Kommunistischen Partei konnte man seine Untersuchungen ungleich besser durchführen. Viel bedeutsamer ist jedoch die Tatsache, dass die neue Erfahrung und die Wahrnehmung der neuen Realität sich stark auf das Verhältnis zur bzw. die Erinnerung an die Realität vor der Transformation auswirken. Hatte man vorher im Grunde keinen realen Bezugspunkt – die Ältesten erinnerten sich an die Vorkriegszeit, andere hatten nur eine nebelhafte (häufig idealisierte oder abstrakte) Vorstellung vom »Westen« –, so drängte sich nach 1989 der Vergleich der Vergangenheit mit dem gegenwärtigen Zustand auf. Da es zu diesem Thema meines Wissens keine Untersuchungen gibt, sind wir auf Vermutungen angewiesen. ²⁸

Zunächst gilt es daher festzustellen, dass die Polen den Systemwechsel insgesamt positiv bewerteten. Bei einer Serie von Befragungen in den Jahren 1994-1999 lautete die Hauptfrage: »Hat der Systemwechsel sich gelohnt oder nicht?« Stets erklärte eine deutliche, zwischen 60% (März 1994) und 74% (Oktober 1995) schwankende Mehrheit, er habe sich »gelohnt«. Weniger positiv im Sinne der aktuellen Lage waren dagegen die Antworten auf die Frage: »Haben die Veränderungen seit 1989 den Menschen mehr genutzt oder mehr geschadet?« Die Befragungen in dem genannten Zeitraum ergeben beträchtliche Schwankungen. Der Anteil derer, die der Ansicht sind, die Veränderungen hätten »mehr genutzt«, geht aber kein einziges Mal über 32% der Befragten hinaus und liegt meistens unter dem Anteil derer, die der Ansicht sind, die Veränderungen hätten »mehr geschadet« (er schwankt zwischen 24% und 42%). Bei einer Umfrage im Jahr 1997 erklärten 40% der Befragten, für sie persönlich sei Polen vor 1989 ein Land gewesen, in dem es sich besser lebte; 45% waren der Meinung, dass es ihnen gegenwärtig besser gehe.²⁹ Den Wechsel haben also niemals weniger als 60% positiv beurteilt, doch zugleich waren niemals mehr als 32% der Meinung, das Leben sei nach dem Wechsel besser geworden. Diese Kluft muss nicht auf eine gesellschaftliche Persönlichkeitsspaltung hindeuten, man kann sie auch so verstehen, dass zwischen der öffentlichen Sphäre und der Privatsphäre unterschieden wird: das Land hat sich verbessert, auch wenn es mir schlechter geht. Alles in allem eine rationale und nüchterne Haltung zur Realität und Distanz zur kommunistischen Vergangenheit.

Diese Distanz bestätigt u.a. eine Untersuchung aus dem Jahr 1994, in der nach den drei wichtigsten Ereignissen der polnischen Geschichte gefragt wurde. Unter 15 aufgelisteten Ereignissen waren vier aus der jüngsten Geschichte, die mit den folgenden Häufigkeiten genannt wurden: der Systemwechsel im Jahr 1989 – 37% der Nennungen; die Entstehung der *Solidarnosc* – 23% der Nennungen; das Manifest des PKWN vom 22. Juli 1944³⁰ – 10% der Nennungen; der Oktober 1956 – 6% der Nennungen.

Am häufigsten wurden natürlich längst vergangene oder ältere Ereignisse genannt wie die Taufe Polens im Jahr 966 (54%), die Erlangung der Unabhängigkeit Polens im Jahr 1918 (53%) und die Verfassung von 1791 (43%). Darauf folgten jedoch gleich – mit klarem Abstand zu Ereignissen, die zur Tradition des kommunistischen Polen gehören – solche, die mit dessen Ende zu tun haben.

Man kann also sagen, dass die öffentliche Meinung Polens in allgemeinen Fragen weitgehend »entkommuniziert« ist, ja sogar, dass sie von einem objektiven Verhältnis zur Vergangenheit geprägt ist. So lässt sich auch eine im August 2000 durchgeführte Untersuchung zum Thema *Solidarnosc* interpretieren. Als man die Befragten bat, ihre Meinung über die Rolle der *Solidarnosc* in der Geschichte Polens unabhängig von den Ansichten über die gegenwärtige *Solidarnosc* zu formulieren, erklärten 67% derer, die bei den letzten Wahlen für die Postkommunisten gestimmt hatten, diese Rolle sei positiv gewesen. Gleiches galt für 72% derer, die vor 1989 Mitglied der Kommunistischen Partei gewesen waren. Man kann also feststellen, dass die *Solidarnosc* der 80er Jahre zu einem positiven Element der nationalen Geschichte geworden ist.

Das schließt allerdings Nostalgie nicht aus. Die Wiener Paul-Lazarsfeld-Gesellschaft führte 1994 in elf postkommunistischen Staaten eine Befragung durch, bei der sich 38% der Polen positiv über den Kommunismus als politisches System äußerten und 52% das kommunistische Wirtschaftssystem lobten. Die Kosten und Turbulenzen der Transformationsphase wirken sich demnach deutlich auf die Erinnerung an das alte System aus. (Man darf auch nicht die normale »biologische« Nostalgie vernachlässigen: Früher war es besser, weil ich jung war und gesund, weil die Frauen mich liebten, und das System... Wer dachte schon an das System!)

Sehr oft sind die Meinungen jedoch stärker geteilt, was nicht heißt, dass sie immer in sich schlüssig sind. 1998 hielten 39% der Befragten die Einführung des Kriegszustandes für gerechtfertigt,³¹ und demnach hätte man erwarten können, dass die Sympathisanten von General Jaruzelski auf denselben Anteil kommen. Bei der im gleichen Jahr gestellten Frage: »Wer hat in seinem Leben mehr Gutes für Polen getan: Wojciech Jaruzelski oder Lech Walesa?« trug der Vorsitzende der *Solidarnosc* einen klaren Sieg über seinen langjährigen Gegner davon – für ihn sprachen sich 49% der Befragten aus, für den Urheber und Vollstrecker des Kriegszustandes 22%.³² Deutlich geteilt sind auch die Meinungen über die Verantwortung für das Blutbad unter den Streikenden von 1970: 42% sind der Ansicht, General Jaruzelski sei nicht dafür verantwortlich und solle nicht dafür bestraft werden, die gegenteilige Ansicht äußerten 39% der Befragten.

Viele erwarteten, dass nach dem Sturz des kommunistischen Systems die Gefängnisse sich mit verurteilten Mitarbeitern der Geheimdienste und Parteifunktionären füllen würden, dass General Jaruzelski persönlich hinter Gittern landen würde, dass ehemalige PZPR-Aktivisten aus dem Sejm, den Medien und Hörsälen verschwinden würden und Gleiches mit den inoffiziellen Helfern des Sicherheitsdienstes geschehen würde, dass die Historiker ihre vornehmste Aufgabe darin sehen würden, die unbeugsamen Helden des antikommunistischen Untergrundes zu besingen, und dass die Polen etwaige gute Erinnerungen an die Jahre der »Unfreiheit und Unterdrückung« einmütig verwerfen und wie einstmals mit 99% »dafür« stimmen würden, diesmal nur eben für die antikommunistischen Parteien.

Diejenigen, die solche Hoffnungen hegten, fühlen sich tief enttäuscht, denn keiner dieser Wünsche ist in Erfüllung gegangen. Andererseits deutet aber auch nichts darauf hin, dass die einstigen Gegner einander um den Hals fallen, dass »Fehler und Entstellungen« – oder gar die Verbrechen des Systems – verziehen werden, dass eine einzige, gemeinsame Geschichte der jüngsten Vergangenheit im Entstehen wäre, in der alle Verdienste anerkannt werden. Auf jeden Fall wird das nicht so bald geschehen – und möglicherweise niemals.

Aus dem Polnischen von Friedrich Griese

Anmerkungen

- 1 Das gilt natürlich auch für Veränderungen in entgegengesetzter Richtung, von der Demokratie zur Diktatur.
- 2 Pracownia Badan Spolecznych »Omnibus 11-12 listopada 2000«, repräsentative Stichprobe bei 1033 Personen (die Resultate wurden veröffentlicht in *Rzeczpospolita* Nr. 276, 27.11.2000).
- 3 Vgl. seinen Beitrag »Mesomnesie« in diesem Heft.
- 4 In § 2 des Gesetzes vom 18.12.1998 über das Institut für Nationales Gedenken heißt es: »kommunistische Verbrechen (...) sind Taten, die von Funktionären des kommunistischen Staates begangen wurden (...) und in der Anwendung von Unterdrückung oder anderen Formen der Verletzung der Menschenrechte gegenüber einzelnen oder Gruppen der Bevölkerung bestanden (...) und zum Zeitpunkt ihrer Verübung Delikte im Sinne des polnischen Strafrechts darstellten«. Als Funktionäre gelten nicht nur staatliche Funktionäre, sondern auch »Personen, die in einem satzungsmäßigen Organ der kommunistischen Partei Führungsfunktionen ausüben«. Man wandte hier offenkundig eine Analogie zu der Definition der »Nazi-verbrechen« an. Im Gesetz von 1991 wurde der engere Begriff des »stalinistischen Verbrechens« eingeführt, das bis zum Jahre 1956 befristet war, während die »kommunistischen Verbrechen« den Zeitraum bis zum Jahre 1989 umfassen.
- 5 Es handelte sich um eine Wiederaufnahme der Ermittlungen, da die unmittelbaren Täter schon 1985 verurteilt worden waren. Die neuen Ermittlungen richteten sich nunmehr gegen ihre Vorgesetzten an der Spitze des Sicherheitsdienstes (Vizeminister, Abteilungsdirektor).

- 6 Was Polen betrifft, denke ich an die bewaffneten Demonstranten, die den Sitz des Sicherheitsamtes in Posen angriffen.
- 7 Nicht selten mangelte es am elementarsten Wissen. 1992 wandte sich eine Staatsanwältin an mich, die man mit dem Ermittlungsverfahren wegen des Mordes an Mitgliedern einer Oppositionspartei in den Jahren 1945-1947 betraut hatte, um sich von mir über diese Partei informieren zu lassen, denn wie sie sagte, hatte sie weder in der Schule noch auf der Universität jemals etwas über sie gehört.
- 8 Aus einer seinerzeit durchgeführten Umfrage ging hervor, dass über 20% der Befragten dieses Urteil für richtig hielten.
- 9 Eine im November 1990 durchgeführte Umfrage ergab, dass 42% der Befragten sich dafür aussprachen, Mitgliedern der vormaligen Kommunistischen Partei das Recht abzuerkennen, Posten in der staatlichen Verwaltung zu bekleiden, während 45% anderer Meinung waren.
- 10 Natürlich hat es seit dem Herbst 1989 in allen Ämtern sowie in allen staatlichen und selbstverwalteten Institutionen erhebliche »Personalbewegungen« gegeben, die jedoch auf ad hoc getroffenen Personalentscheidungen und nicht auf konstitutionellen Erwägungen beruhen.
- 11 Über die Durchführung dieses Beschlusses gehe ich hier hinweg. Um es kurz zu machen: Die Operation der Vermögensübernahme endete mit einem halben Erfolg. Mit dem Vermögen übernahm der Staat die wichtigste Finanzquelle der PZPR, nämlich den Presse- und Verlagskonzern »Ruch«. Übernommen wurden auch Archive, die dem System der Staatsarchive eingegliedert wurden, aber das Verbot, sie vor dem Ablauf von 30 Jahren zugänglich zu machen, wurde erst im Jahre 2001 aufgehoben, natürlich zur Freude der Historiker.
- 12 Der vollständige Name lautet: »Gesetz über die Aufdeckung der Arbeit oder des Dienstes in den Organen der Staatssicherheit bzw. die Zusammenarbeit mit ihnen in den Jahren 1944-1990 von Personen, die öffentliche Funktionen ausüben«, Dziennik Ustaw (Gesetzblatt) vom 3.7.1997.
- 13 Andrzej Olechowski, Kandidat bei den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2000, enthüllte, dass er mit dem Geheimdienst zusammengearbeitet hatte, erhielt aber dennoch die zweithöchste Stimmenzahl, nach Aleksander Kwasniewski.
- 14 Gesetz vom 18.12.1998, Dziennik Ustaw Nr. 155, Pos. 1016, sowie die Novellierung, ebd. 1999, Nr. 38, Pos. 360.
- 15 In den Jahren 1957-1958 fanden einige »Abrechnungs«-Prozesse statt, doch die Verfolgung von Verbrechen der Stalinzeit blieb begrenzt und wurde bald blockiert.
- 16 Zitiert nach dem Referat von Jörg Arnold »Strafrecht in Reaktion auf Systemunrecht«, Konferenz »Totalitarianism and Authoritarianism in Europe: short- and long-term perspectives«, Warschau 28.-30.9.2000.
- 17 *Spor o Polske 1989-1999*. Auswahl von Presstexten, hg. von Pawel Spiewak, Warschau 2000. Hier wäre noch anzumerken, dass diese Debatte eigentlich lange vor 1989 begonnen hatte, spätestens 1977, denn seitdem gab es unabhängige Untergrundverlage. Diesem Teil der Debatte ist die Monographie von Magdalena Mikolajczyk gewidmet: *Wie man über die Geschichte schrieb... Politische Probleme Polens in der Untergrundliteratur der siebziger und achtziger Jahre* (polnisch), Krakau 1998.
- 18 Mit der Vergangenheit beschäftigen sich darüber hinaus »Mit Walesy, mit »Solidarnosci« (Der Mythos Walesas, der Mythos der *Solidarnosc*), »Lustracja i dekomunizacja« (Lustration und Entkommunisierung) oder »Spor o polska tozsamosc« (Der Streit um die polnische Identität).
- 19 Mieczyslaw Rakowski, Einleitung zu dem Sammelband *Polska pod rzadami PZPR* [Polen unter der Herrschaft der PZPR], Warschau 2000, S. 5. Dieser Band stellt den bedeutendsten Versuch der Postkommunisten dar, eine Bilanz vorzulegen. Das Buch enthält Aussagen von acht Mitgliedern des Politbüros der PZPR.
- 20 W. Cimoszewicz / A. Michnik »O prawde i pojednanie« (Über Wahrheit und Versöhnung), *Gazeta Wyborcza* 9.-10.09.1995. Einen ähnlichen Ton schlägt das Interview Michniks mit General Kiszczak an: »Pozegnanie z bronia« (Abschied von den Waffen), *Gazeta Wyborcza*, 3.-4.2.2001).

- 21 Gegen den Artikel polemisierte u.a. Jan Litynski, einer der engsten und ältesten (und im übrigen nicht nur politischen) Freunde Michniks: »Magia odswiezonej nowomowy« (Die Magie des aufpolierten Neusprech), *Gazeta Wyborcza*, 26.9.1995.
- 22 Lech Mazewski, *In den Armen der Utopie. Politisch-ideologische Analyse der Geschichte der Solidarnosc 1980-2000* (polnisch), Torun 2001, S. 325.
- 23 Siehe dazu meinen Artikel »Guerre civile: pour les traditions«, *La Nouvelle Alternative*, Nr. 32, Dezember 1993.
- 24 Das Denkmal Feliks Dzierzynskis wurde als erstes entfernt.
- 25 R. Stobiecki »Lodzkie ›boje o historie« [›Kämpfe um die Geschichte‹ in Lodz«], *Tygiel Kultury*, Nr. 4-5, 1998, S. 93.
- 26 »Janek Krasicki trwa« [Es bleibt bei Janek Krasicki], *Gazeta Stoletzna* (Warschauer Lokalausgabe der *Gazeta Wyborcza*), 12.5.1998.
- 27 B. Szacka, »Gesellschaftlicher Wandel und historisches Bewusstsein« (polnisch), in: *Opfer oder Mitschuldige. Nazismus und Sowjetismus im historischen Bewusstsein* (polnisch), hg. von Włodzimierz Borodziej, Warschau 1997, S. 61 f.
- 28 Zumal die öffentliche Meinung und das Alltagsbewusstsein bekanntlich in hohem Maße inkohärent sind, so dass es detaillierter Untersuchungen bedarf, um ihre Bedeutung zu verstehen.
- 29 Es ist eine interessante Tatsache, die die Mühen des Alltagslebens in einer Planwirtschaft verdeutlicht, dass es vor allem Hausfrauen sind, die mit der gegenwärtigen Situation zufrieden sind.
- 30 PKWN ist das Polnische Komitee der Nationalen Befreiung, eine sowjetische Schöpfung. Das Datum galt als Geburtstag des kommunistischen Systems und wurde als Staatsfeiertag begangen.
- 31 Die Zahl derer, die dieser Ansicht sind, geht allmählich zurück – eine interessante Tatsache, die hier aber nicht interpretiert werden kann: 1991 wurde sie noch von 53% der Befragten geteilt. Doch in den Jahren 1991-1998 ging der Anteil derer, die die Einführung des Kriegszustandes für nicht gerechtfertigt hielten, ebenfalls zurück – von 35 auf 30%. Die Zahl derer, die »keine Meinung« haben, nahm demnach zu.
- 32 Die Hypothese vom ausgeprägten Realismus der Polen fand bemerkenswerte Bestätigung in einer Befragung über die Leistungen der Präsidenten Jaruzelski und Walesa: Der General wurde erheblich besser beurteilt (52%) als der Gewerkschaftsvorsitzende (24%); selbst unter denen, die sich zu rechten Anschauungen bekannten, konnte Walesa Jaruzelski nur knapp schlagen (42% zu 37%). Walesas Präsidentschaft war wirklich eine Katastrophe. Allerdings mehr für ihn selbst als für Polen.

Jacques Rupnik
 WAS TUN MIT DER
 KOMMUNISTISCHEN VERGANGENHEIT?
 Tschechische Republik

Mir wäre sehr daran gelegen, einige existentielle Grundsituationen darzustellen: nicht nur die Angst vor der Zukunft, die Angst vor der Freiheit, sondern nunmehr auch die Angst vor der eigenen Vergangenheit.

Vaclav Havel (1991)¹

In einer seiner Geschichten schreibt Borges von einem Vogel, dessen Augen im Flug rückwärts gerichtet sind. Das ist eine passende Metapher für die Länder Mitteleuropas, die zum Übergang in eine demokratische Zukunft aufgebrochen sind und dabei in die Vergangenheit zurückblicken. Wenn nach dem Ende einer Diktatur eine neue politische Ordnung entsteht, muss sie wichtige Entscheidungen über die Hinterlassenschaft der alten Ordnung treffen. Soll sie einen »dicken Strich« unter die Vergangenheit ziehen, auch wenn dabei das Verlangen nach Gerechtigkeit zu kurz kommt? Soll sie mit den Vertretern des alten Regimes abrechnen, oder soll sie sich zuerst den Aufgaben der Zukunft stellen? Gefährden rückwirkende Urteile die Rechtsstaatlichkeit und die politische Stabilität? Oder ist ein klarer Bruch mit den Institutionen *und* mit den Vertretern des alten Regimes eine Voraussetzung für eine erfolgreiche Konsolidierung der Demokratie? Solche Fragen zur sogenannten *transitional justice* nahmen in Mittel- und Osteuropa in der intellektuellen und politischen Debatte des letzten Jahrzehnts eine bedeutende Stellung ein. Sie berührte wichtige politische, rechtliche und ethische Fragen von allgemeinerer Bedeutung, die in jedem Land anders gelöst wurden. Es ist geradezu charakteristisch für die Entkommunisierung in Mittel- und Osteuropa, dass die Ansätze, die gewählten Mittel und die zeitlichen Abläufe von Land zu Land sehr verschieden sind. Das fand auch außerhalb dieses Raumes starke Beachtung, wofür nicht zuletzt der neue internationale Kontext verantwort-

lich ist, der einerseits gekennzeichnet ist durch die Erfahrungen mit den »Wahrheits- und Versöhnungskommissionen« in Südafrika, andererseits durch das Internationale Kriegsverbrechertribunal für das ehemalige Jugoslawien.² Beide Erfahrungen – von denen die eine die Versöhnung, die andere die Gerechtigkeit betont – sind als solche nicht von unmittelbarer Relevanz für die ostmitteleuropäische Situation nach 1989, aber sie beeinflussen den internationalen Rahmen, in dem diese wahrgenommen wurde.

Die »Bewältigung« der kommunistischen Vergangenheit hat jedoch noch eine andere Dimension: Sie betrifft weniger die strafrechtliche Handhabung als vielmehr die Deutung der Nachkriegsgeschichte. War der Kommunismus lediglich ein unerfreuliches Zwischenspiel in der geschichtlichen Entwicklung der Region, oder hat seine über vierzigjährige Herrschaft tiefere Wurzeln und eine weiterreichende Hinterlassenschaft? Wurde er widerstrebenden Gesellschaften nur von außen und von oben aufgezwungen, oder hat ihre Anpassung an das System eine Prägung hinterlassen, die sich mit rhetorischen oder justizförmigen Exkommunikationen nicht so leicht abstreifen lässt? Hinter den Debatten über die Öffnung der Archive steckt die Frage nach der Rolle der polizeilichen und strafrechtlichen Verfolgung, aber auch eine Frage, die sich an die Historiker richtet: Wie soll die Geschichte des 20. Jahrhunderts in Mitteleuropa interpretiert beziehungsweise uminterpretiert werden?³ Auch die Berufung auf die vorkommunistische Vergangenheit ist nicht unproblematisch. Und wie bewältigt man die kommunistische Vergangenheit in der Historiographie selbst?

Das tschechische Beispiel ist in beiden Hinsichten von besonderem Interesse, und es weist ein zweifaches Paradox auf: Zum einen ist nirgendwo im postsowjetischen Ostmitteleuropa die – sowohl rechtliche als auch rhetorische – Entkommunisierung weiter gegangen als in der Tschechoslowakei (und später in der Tschechischen Republik). Sie ist aber zugleich das einzige Land in der Region, zu dessen aktueller politischer Szene eine nicht reformierte Kommunistische Partei gehört, die sich, anders als ihre Pendants in den benachbarten Ländern, nicht auf eine Namensänderung eingelassen hat, sondern sich selbstbewusst auf eine Kontinuität mit den Errungenschaften der Zeit vor 1989 beruft und sich in Teilen der tschechischen Gesellschaft eines ungebrochenen Zuspruchs erfreut. Zum ändern wurde nirgendwo in der Region die Historiographie in den zwei Jahrzehnten vor dem Zusammenbruch des alten Regimes einer so gründlichen Säuberung unterworfen.⁴ Zugleich hat die Tschechoslowakei eine

umfassende historische Debatte über die Stellung des Kommunismus in der neueren tschechischen Geschichte und Politik bis vor kurzem geflüchtig gemieden. Zwischen beiden Problemen besteht ein eindeutiger Zusammenhang, der hier kurz untersucht werden soll.

I. Die Politik der Entkommunisierung

Der Übergang zur Demokratie in Mitteleuropa stand bei der Auseinandersetzung mit den Hinterlassenschaften der kommunistischen Diktatur bald vor dem Problem, wie mit jenen Tätern zu verfahren sei, die vor 1989 für Unterdrückung und Menschenrechtsverletzungen verantwortlich waren, und wie und in welchem Umfang die Opfer zu entschädigen seien. In der Tschechoslowakei sind insgesamt eine Viertelmillion Menschen aus politischen Gründen zu Gefängnisstrafen und 240 Personen zum Tode verurteilt worden.⁵ Seit 1990 haben die tschechoslowakischen (nach 1992 die tschechischen) Behörden die am weitesten gehenden Maßnahmen ergriffen; es begann 1990 mit der *Rehabilitierung*⁶ der Opfer, ging dann weiter mit der *Restitution* des nach der kommunistischen Machtübernahme im Februar 1948 konfiszierten Eigentums und mündete schließlich in die *Lustration*⁷, die Durchleuchtung derer, die als Kollaborateure oder Spitzel der Geheimpolizei sowie als hochrangige Parteifunktionäre für fünf Jahre von Führungspositionen im Staatsapparat, in der Armee und der Justiz (aber nicht im Parlament) ausgeschlossen werden sollten. Diese Maßnahmen stießen auf Kritik im In- und Ausland.

Warum haben die Tschechen früher mit der Entkommunisierung begonnen und warum sind sie weiter gegangen als ihre Nachbarn (Ostdeutschland ist ein Sonderfall: hier war der Prozess an die Wiedervereinigung gekoppelt und wurde weitgehend von Westdeutschland bestimmt)? Dafür gibt es verschiedene Erklärungen.

Die erste betrifft *die Art der Hinterlassenschaft der kommunistischen Diktatur*, unwissenschaftlich ausgedrückt, den »Bösartigkeitsgrad« des alten Regimes. Wenn die Tschechoslowakei nach zwanzig Jahren unter dem eisernen Regime von Gustav Husak aus dem Kommunismus ausstieg, war das natürlich etwas ganz anderes, als wenn die Ungarn den milden Autoritarismus eines Janos Kadar hinter sich ließen. Heute rechnet eine Mehrheit der Ungarn diese Phase zu den positiveren Abschnitten der Geschichte des Landes – ein Urteil, das für die Tschechen undenkbar

wäre. Die pauschale Verurteilung der Zeit vor 1989 erklärt sich weitgehend mit den Säuberungen der 70er Jahre, der Repression, der ideologischen Bevormundung und schließlich mit dem Widerstand des Regimes gegen Gorbatschows Perestroika.

Die zweite Erklärung betrifft *die Natur des Übergangsprozesses*: radikaler Bruch oder ausgehandelter Kompromiss? Huntington kommt in seiner Untersuchung demokratischer Übergangsprozesse zu dem Schluss, dass die Wahl zwischen den Möglichkeiten des Umgangs mit der Hinterlassenschaft der Diktatur (verfolgen und bestrafen oder verzeihen und vergessen) in der Praxis »kaum von moralischen und rechtlichen Erwägungen beeinflusst wurde. Bestimmt wurde sie fast ausschließlich von den politischen Verhältnissen, von der Natur des Demokratisierungsprozesses und von der Verteilung der politischen Macht während des Übergangs und danach«. ⁸ Entscheidend für einen friedlichen Übergang war, wieweit die alte kommunistische Elite in der Lage war, sich als Bedingung für den (vollständigen oder partiellen) Machtverzicht strafrechtliche Immunität zu sichern. In Polen und Ungarn, wo der Übergang zwischen gemäßigten Eliten des alten Systems und der demokratischen Opposition ausgehandelt wurde, bestand eindeutig nicht die Möglichkeit des strafrechtlichen Vorgehens gegen diejenigen, die an einer Verhandlungslösung mitgewirkt hatten. Man kann, um Adam Michniks Formel aus dem Sommer 1989 zu verwenden, nicht an einem Tag sagen: »euer Präsident, unsere Regierung«, und am nächsten Tag die demokratische Justiz auf den Präsidenten als den Hauptanführer des militärischen Staatsstreichs ansetzen, der im Dezember 1989 die *Solidarnosc*-Bewegung unterdrückte.

Im tschechischen und ostdeutschen Fall ging es dagegen um einen abrupten Regimewechsel, der nicht so sehr durch Verhandlungen von oben als vielmehr durch Druck von unten und außen gekennzeichnet war. Heute kann man sagen, dass die rasch zurückweichenden Vertreter des alten Regimes kaum in der Lage waren, strafrechtliche Immunität für sich auszuhandeln. Was dennoch einen sanften, »samtenen« Wechsel ermöglichte, war eher die Zurückhaltung, die Selbstbeschränkung der Führer des Bürgerforums, die Ende November/Anfang Dezember 1989 mit der kommunistischen Führung verhandelten. ⁹ Die Kommunisten waren während dieser Phase hauptsächlich auf Schadensbegrenzung bedacht und können, anders als in Ungarn oder Polen, nicht behaupten, auch nur in bescheidenem Umfang zu den demokratischen Veränderungen beigetragen zu haben.

Eine dritte Hypothese betrifft das (umgekehrt proportionale) *Verhältnis zwischen Entkommunisierung und dem Grad des Widerstandes*, den die jeweilige Gesellschaft leistete. Um es ganz offen zu sagen: Polen ist unzweifelhaft die Gesellschaft, die sich am nachhaltigsten und nachdrücklichsten gegen das kommunistische Regime gewehrt hat, mindestens seit 1956 und mit wachsender Energie seit den Arbeiterstreiks von 1970. Dennoch hatte es sich zunächst – zumindest während der längsten Zeit der 90er Jahre – gegen »Lustrationen« ausgesprochen. Die tschechische Gesellschaft hat relativ geringen offenen Widerstand gegen das System oder Unterstützung für die Dissidenten- und Menschenrechtsbewegung gezeigt (dies gilt noch mehr für die DDR). Dennoch unterstützte sie, besonders in den ersten drei Jahren des Übergangs, die Entkommunisierungsgesetze.

Unter Verwendung von Albert Hirschmans Typologie (»Abwanderung – Widerspruch – Loyalität«) könnte man sagen, dass die Tschechen (im Unterschied zu den Polen, den Ungarn oder gar den Ostdeutschen) nicht über die Option »Abwanderung« verfügten. Der »Widerspruch« beschränkte sich auf eine recht kleine Gruppe von Dissidenten und Intellektuellen. Das dominierende Verhaltensmuster der übrigen Gesellschaft war widerstrebende »Loyalität«. Man darf daher vermuten, dass der tschechischen Vergangenheitspolitik ein kompensatorisches Moment innewohnte, besonders bei denjenigen, die sich entschlossen, das »kommunistische Übel« radikal und kompromisslos zu bekämpfen – und zwar im Dezember 1989.

Diese dritte Hypothese muss eingeschränkt werden, da sie zu der allzu vereinfachten oder gar irreführenden Auffassung führen könnte, die Dissidenten, die unter dem alten Regime tatsächlich gelitten haben, seien weniger auf Vergeltung bedacht als die schweigende Mehrheit, die ihre Schuldgefühle kompensierte. Um Claus Offe zu zitieren: »Diejenigen, die das alte Regime aktiv bekämpft und seine Härte am eigenen Leib erfahren haben, befürworten in der Regel maßvollere Strafen als jene, die sich widerspruchslos dem alten Regime gefügt haben.«¹⁰ Generell mag es durchaus zutreffen, dass zwischen dem Grad des gesellschaftlichen Widerstandes und dem Hang zur Vergeltung nach dem Ende einer Diktatur ein Zusammenhang besteht, doch trifft nicht zu, was vielfach über die zurückhaltende Einstellung der Dissidenten zu Verfolgungsmaßnahmen behauptet wird. Gewiss kann man sich auf Adam Michnik berufen, der vor den Gefahren

eines »antibolschewistischen Bolschewismus« warnte,¹¹ auf Janos Kis, der den Vorrang der Rechtsstaatlichkeit betonte,¹² oder auf Vaclav Havels Vorbehalte gegen das Lustrationsgesetz. Hier äußerte sich eine echte Sorge über die Gefahren einer rückwirkenden Justiz im postkommunistischen Mitteleuropa. Man sollte sich durch die internationale Bekanntheit der Vertreter dieser Position jedoch nicht zu vorschnellen Verallgemeinerungen verleiten lassen. Kaum hatte das tschechische Parlament das Lustrationsgesetz beschlossen, wurden die Vorbehalte einiger ehemaliger Dissidenten im Westen dazu benutzt, das Gesetz als eine Bedrohung für die neue tschechische Demokratie zu geißeln.

Die Lustration war in der Tat ein problematisches Heilmittel. Zunächst schreckt die bloße Vorstellung, dass die (geplünderten, frisierten, manipulierten) Akten der ehemaligen kommunistischen Geheimpolizei in die Hände von Zauberlehrlingen gerieten: die neuen Demokraten als Gefangene des zweifelhaftesten Teils der kommunistischen Hinterlassenschaft. Darüber hinaus hat die unberechtigte Veröffentlichung der Akten (durch eine radikale Gruppe von Ex-Dissidenten) ohne säuberliche Unterscheidung zwischen den Kategorien der dort angeführten Personen zu falschen Anschuldigungen geführt, wie etwa im Falle von Zdena Salivarova-Skvorecka¹³ (der Frau des berühmten, in Kanada lebenden tschechischen Schriftstellers, der zwanzig Jahre seines Lebens dem wichtigsten tschechischen Exilverlag widmete). Der wichtigste Einwand gegen die Lustration ist aber, dass die Identitäten der kleinen Spitzel in den Polizeiakten reichlich dokumentiert sind, dies jedoch nicht für die Offiziere und ihre Vorgesetzten gilt, die das Polizeisystem unter sich hatten. Am Ende stellt man dann die kleinen Fische bloß, nicht aber diejenigen, die wirklich für das System verantwortlich waren. 1991 wurde das in einer Karikatur der Tageszeitung *Lidove Noviny* zum Ausdruck gebracht: Vor dem Parlamentsgebäude stehen zwei Männer, und der eine sagt zum anderen: »Ich mache mir wegen der Lustration keine Sorgen. Ich war kein Spitzel. Ich habe nur Befehle gegeben!«

Es gibt jedoch Aspekte, die diese Vorbehalte abschwächen. Die Lustration ist, zum einen, kein Strafverfahren, sondern ein System der Überprüfung für Anwärter auf Spitzenpositionen im öffentlichen Bereich. Ist es wirklich ein so empörender Gedanke, dass die führenden Vertreter einer neuen Demokratie sich bemühen, im Staatsapparat nicht allzu viele Leute zuzulassen, die mit der einstigen Geheimpolizei zu tun hatten? Zum

ändern – und das entkräftet die Kritik, gegen ehemalige Kommunisten werde ein »Kollektivschuld«-Prinzip angewandt – ist die Lustration ein strikt auf Einzelpersonen zugeschnittenes Verfahren, dessen Ergebnis der Betroffene vor Gericht anfechten kann.¹⁴ Drittens wurde schließlich auch der Polizeiapparat selbst von rund 7000 Beamten gesäubert, denen man zugegebenermaßen recht auskömmliche Ausstiegsbedingungen gewährte.

Die Kritik am Lustrationsgesetz kam von internationalen Institutionen wie dem Europarat oder der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)¹⁵ und vor allem aus New Yorker Menschenrechts- und Medienkreisen. Jeri Laber von Helsinki Watch schrieb von einer »Hexenjagd in Prag«¹⁶ und gab zu verstehen, dass sich in der tschechischen Hauptstadt eine neue Form des McCarthyismus abzeichne, und Lawrence Weschler schrieb im *New Yorker* über »die samtene Säuberung«, wobei er den Fall von Jan Kavan, den bekanntesten Lustrationsfall, mit einer neuen »Dreyfus-Affäre« gleichsetzte.¹⁷ Beide Vergleiche verraten mehr über New Yorker Ängste und Phantasien im Hinblick auf Mitteleuropa als über die tatsächlichen Probleme im postkommunistischen Tschechien. Von einer »Hexenjagd« oder von McCarthyismus konnte nicht die Rede sein. Die führenden Kommunisten, die den sowjetischen Einmarsch in die Tschechoslowakei eingefädelt und nach 1968 den schärfsten neostalinistischen Repressionskurs aller mitteleuropäischen Staaten praktiziert hatten, zogen sich unbehelligt in ihre Luxusvillen zurück und brauchten sich einer strafrechtlichen Verfolgung nicht zu stellen. Was den Fall Jan Kavan angeht, so ist der Vergleich mit Dreyfus einschließlich des antisemitischen Elements schlicht absurd. Ein Tscheche, der, nachdem er in den 70er und 80er Jahren vom Exil aus die Dissidenten unterstützt hatte, sozialdemokratischer Abgeordneter geworden war, wurde der Kollaboration mit der Geheimpolizei bezichtigt. Er setzte sich gegen den Spruch der Lustrationskommission in ziemlich scharfer Form in der Presse zur Wehr, focht ihn vor Gericht an, bekam recht, wurde 1996 erneut ins Parlament gewählt und 1998 zum Außenminister der Tschechischen Republik.¹⁸ Für das Opfer einer »Hexenjagd«, einer neuen »Dreyfus-Affäre« ist das nicht übel.

Die verbreitete Annahme, die Dissidenten seien Gegner jeder Art von Vergeltung, geht, was die Tschechen anbetrifft, auf eine bestimmte Auslegung der ersten Neujahrsansprache zurück, die Vaclav Havel als Präsident am 1. Januar 1990 gehalten hat. In einem oft zitierten Passus spricht Havel vom gemeinsamen Erbe des Totalitarismus: Nicht nur die »Herrschen-

den«, sondern die Bürger insgesamt hätten »geholfen, ihn zu perpetuieren«. »Wir sind also alle, wenngleich natürlich in unterschiedlichem Ausmaß, für das Funktionieren des totalitären Apparats verantwortlich. Keiner von uns war nur Opfer: wir alle sind zugleich seine Schöpfer«. ¹⁹ Dieses Argument, das sich ähnlich schon in früheren Schriften Havels aus den 70er Jahren findet, versucht das Funktionieren des posttotalitären Systems zu erklären, indem es sich nicht mit der bequemen Unterscheidung »sie und wir« zufriedengibt, und will zum Nachdenken über die gemeinsame (wenn auch zugegebenermaßen ungleiche) Verantwortung anregen. Eine solche Äußerung konnte sich natürlich nur ein Mensch von Havels Format leisten, der nie Kommunist gewesen war und mehrere Jahre im Gefängnis verbracht hatte.

Diejenigen, die so gern diesen Teil von Havels Ansprache gegen jede Art von Vergeltung zitieren, übergehen bequemerweise einen anderen Passus in derselben Ansprache, wo er andeutet, dass die Verfolgung von Verbrechen durchaus notwendig sein könnte: »Wir sollten keinen von denen vergessen, die für unsere gegenwärtige Freiheit auf die eine oder andere Weise bezahlt haben. Unabhängige Gerichte sollten unparteiisch die eventuelle Schuld derer abwägen, die für die Verfolgungsmaßnahmen verantwortlich waren, damit die Wahrheit über unsere jüngste Vergangenheit vollständig aufgedeckt wird.« ²⁰ Dieser Passus wird merkwürdigerweise nie zitiert. Ebenso wenig erwähnt man Havels Ansprache vom 20. August 1990, dem Jahrestag der von der Sowjetunion angeführten Besetzung der Tschechoslowakei im Jahre 1968, in der er forderte, die »alten Strukturen« zu zerschlagen und die »unfähige und sabotierende Nomenklatura« aus den Ämtern zu entfernen; »der Hauptteil der Revolution muss noch kommen«. ²¹ Solche Äußerungen kann man durchaus als Legitimation für die Entkommunisierung verstehen. Der Moralist und Denker Havel ist sich also bewusst, dass noch so viel Rhetorik oder gesetzliche Maßnahmen den Tschechen nicht ersparen können, sich den tieferen Problemen und Traumata und der Verantwortung für Jahrzehnte des Totalitarismus zu stellen. Der Politiker Havel ist sich aber auch bewusst, dass, trotz der »Samtenen Revolution«, das gesellschaftliche Verlangen nach dem Abbau des alten Regimes und nach Gerechtigkeit nicht durch noch so subtile Formulierungen einer pessimistischen Philosophie des Opfers beschwichtigt werden kann, eines Opfers, das von der Erbschaft des Totalitarismus in einem gewissen Sinne genauso geprägt ist wie sein Henker.

Oft wird angenommen, dass die Vorbehalte, die der Moralist Havel gegen die Gefahren der Entkommunisierung und insbesondere der »Lustration« hatte, seinen Hauptgegner in der tschechischen Politik, den rechten Ökonomen und Marktwirtschaftler Vaclav Klaus, begünstigen. Die Wahrheit ist, wie immer bei Havel, komplizierter als das politische Stereotyp. In einem kaum bekannt gewordenen Essay ist Vaclav Klaus auf die Frage eingegangen, die ihm von der Prager Intellektuellenzeitschrift *Prostor* bezüglich der »Abrechnung mit der Vergangenheit« vorgelegt wurde. Klaus, damals Ministerpräsident, betonte, dass das Problem ein »individuelles Problem« sei, eine »Privatangelegenheit«, und er warnte vor den Gefahren des »Moralisierens« und der »Selbstgeißelung«. »Ich glaube nicht«, schrieb er dann, »dass die Vergangenheit durch ein abstraktes Wesen namens Gesellschaft bewältigt werden kann, und ich halte es auch nicht für richtig, von einer nationalen Schuld zu sprechen, die demnach eine Kollektivschuld sein müsste. Die Lösung des Problems ist nicht zu erreichen durch einen bloßen Staatsakt oder durch eine Erklärung einer Persönlichkeit des öffentlichen Lebens, eines Wissenschaftlers oder Künstlers. Im Grunde ist dies eine Privatangelegenheit für jeden von uns.«²² Klaus wies ausdrücklich sowohl die Jasperschen Kategorien von Schuld und Verantwortung²³ als auch Havels Ansicht zurück, dass »wir alle (ausgenommenen natürlich derjenige, der diese Ansicht für die anderen formuliert) durch das Leben im totalitären System moralisch korrumpiert worden sind«, und machte geltend, es gebe im Grunde kein Kriterium zur Beurteilung der Vergangenheit, keine »neutrale, überirdische Wahrheit«, nach der das menschliche Verhalten unter diesen besonderen Umständen beurteilt werden könnte. Was die Tschechen in dieser Hinsicht bräuchten, sei »Klarheit«, »praktischer Realismus« und ein Vertrauen auf »skeptische Vernunft« statt auf »große Worte«. In einer früheren Äußerung hatte Klaus behauptet, es gebe »keinen Lackmустest, um Gut und Böse genau zwischen Kommunisten und Nichtkommunisten aufzuteilen.«²⁴ Das ist nicht gerade der radikale Ruf nach Entkommunisierung und Abrechnung mit der kommunistischen Vergangenheit, mit dem man Klaus' Amtszeit vielfach in Verbindung bringt. Seine verdeckte pragmatische Botschaft haben die Tschechen denn auch gut verstanden: »Ich bin genau wie ihr alle. Weder ein früherer Kommunist noch ein früherer Dissident; weder ein Henker noch ein Moralist, dessen bloße Präsenz euch an den Mut erinnert, den ihr nicht hattet, euer schlechtes Gewissen.«

Was die Entkommunisierung betrifft, so passen Havel und Klaus also nicht recht in die Einteilung in Gemäßigte und Radikale, die man mit ihren Namen verbindet. Wie ist es dann zu erklären, dass Klaus' Partei, die Demokratische Bürgerpartei (ODS), und seine Regierung tatsächlich zu Befürwortern einer radikalen Entkommunisierung wurden? Die Erklärung ist vor allem im Bruch der großen Koalition zu suchen, des Bürgerforums, und in der Entstehung rivalisierender Fraktionen, die, da es ein strukturiertes Parteiensystem nicht gibt, Probleme, die geeignet sind, die politische Szene zu polarisieren, für ihre Zwecke instrumentalisieren. Anfang der 90er Jahre war die Ablehnung des alten Regimes bei der Bevölkerung der Tschechischen Republik stark, die Differenzierung der Interessen als Grundlage der Parteienbildung jedoch schwach ausgeprägt. Das war die Situation, in der Vaclav Klaus und die ODS auf der Suche nach einer politischen Identität eine ganz bewusste doppelte Polarisierungsstrategie betrieben: Zunächst stellten sie, um die gesellschaftliche Basis des alten Regimes zu zerstören, eine Beschleunigung der wirtschaftlichen Reformen, eine rasche Privatisierung und den Aufbau einer Marktwirtschaft in den Vordergrund. Dann erwies sich das Lustrationsgesetz als geeignetes Mittel, um den anderen Nachfolger des Bürgerforums, die Bürgerbewegung (OH) unter Führung von Jiri Dienstbier und Petr Pithart, zu spalten. Klaus zufolge ließ sich mit Hilfe des Lustrationsgesetzes »klären, wer wo steht, wer wirklich eine konsequente Veränderung für unsere Gesellschaft, unsere Wirtschaft will, und wer uns andererseits in neue Experimente hineinziehen will, ausgeführt von den alten Experimentierern, die wir nur allzugen kennen«. ²⁵ (Die Rede von den »alten Experimentierern« bezog sich auf die Reformer von 1968, die dem »Sozialismus mit menschlichem Antlitz« nahestanden und von denen einige sich später der Dissidentenbewegung angeschlossen und dann Mitglieder der Bürgerbewegung (OH) geworden waren.) Derselbe Mann, der ein Jahr zuvor zwischen Kommunisten und Nichtkommunisten keinen Unterschied machen wollte, bemerkte vor den Wahlen vom Juni 1992, dass »es notwendig ist, mit der kommunistischen Vergangenheit abzurechnen«. ²⁶

Die andere Dimension der Polarisierungsstrategie, die durch die Lustration eröffnet wurde, galt den Slowaken. Vladimir Meciar's Bewegung für eine demokratische Slowakei (HZDS) wandte sich sowohl gegen Klaus' radikales Konzept der Wirtschaftsreform als auch gegen die Lustrationspolitik. Die slowakischen Nationalisten (HZDS und SNS) stimmten dem

Gesetz nicht zu, und Meciar zog mit dem Versprechen in den Wahlkampf, für die Souveränität der Slowakei zu kämpfen und niemals Lustrationen in der Slowakei durchzuführen. Er war kurze Zeit Innenminister der Slowakei gewesen und zog es vor, die Dossiers zielgerichtet für seine persönlichen Zwecke zu nutzen. Die Entkommunisierung war jedenfalls ein wichtiges Problem, an dem sich im Vorfeld der »samteneu Scheidung« die Geister der Tschechen und Slowaken schieden.

In der unterschiedlichen Haltung der tschechischen und der slowakischen öffentlichen Meinung zu dem Problem schlugen sich unterschiedliche Wahrnehmungen und Erfahrungen der kommunistischen Vergangenheit (insbesondere der »Normalisierungs«periode nach 1968) nieder. Aus einer Umfrage über die Wahrnehmung der Vergangenheit ging hervor, dass die Mehrheit der slowakische Bevölkerung die kommunistische Phase von 1948 -1989 und die in die Kriegszeit fallende Phase des nazifreundlichen slowakischen Staates als die besten Abschnitte der slowakischen Geschichte betrachtete.²⁷ Für die Tschechen waren genau dies die beiden totalitären Hinterlassenschaften, die sie loswerden wollten. Dass die Wahrnehmungen der kommunistischen Vergangenheit in den tschechischen Ländern und in der Slowakei so konträr waren, hat wohl mit zur Auflösung des gemeinsamen Staates beigetragen. Der Bruch mit dem Kommunismus und die Trennung von der Slowakei überlagerten sich (zumindest in der Sicht einiger ihrer Anstifter).

Die Entkommunisierung wurde zu einem Mittel, eine neue politische Elite und indirekt auch einen neuen Staat zu legitimieren. Kaum war er gegründet, wurde denn auch ein Koordinationszentrum für die Dokumentation und Erforschung von Gewalttaten gegen die tschechische Nation (1945-1989) geschaffen, und im Juli 1993 beschloss das tschechische Parlament ein »Gesetz über die Illegalität des kommunistischen Regimes und den Widerstand gegen dieses Regime«. Das Regime, das vom Februar 1948 bis zum Dezember 1989 bestand, wird darin als »verbrecherisch, illegitim und verabscheuungswürdig« bezeichnet. Seine Illegalität beruht auf der »systematischen Zerstörung der traditionellen Werte der europäischen Zivilisation«. Die Opposition gegen das Regime wird als »legitim, moralisch gerechtfertigt und ehrenhaft« bezeichnet. Schien das Gesetz zunächst kaum mehr als eine rhetorische und symbolische Übung zu sein, so ist es doch aufschlussreich und verdient in mehrerer Hinsicht Beachtung. Erstens hob es die Verjährung für politische Verbrechen auf, die zwischen

1948 und 1989 begangen worden waren. Das Amt für die Dokumentation und Erforschung kommunistischer Verbrechen (UDV) erhielt den klaren Auftrag, die Verbrechen der kommunistischen Zeit nicht nur zu dokumentieren, sondern auch zu ermitteln und gegebenenfalls Strafverfahren einzuleiten. Zweitens führt es die Idee ein, dass es zur Aufgabe des Parlaments gehöre, die Geschichte zum Gegenstand der Gesetzgebung zu machen. Diese Verrechtlichung der Geschichte ist natürlich Teil einer allgemeineren, internationalen Bestrebung nach dem Ende des Kalten Krieges, die Ungerechtigkeiten der Vergangenheit mit gesetzlichen Mitteln zu korrigieren. Opfergruppen machen sich dabei die jüngeren Fortschritte in der Förderung der Menschenrechte zunutze, um einerseits Wiedergutmachung und andererseits eine moralische und politische Verurteilung des Unrechts zu erreichen. Hier treffen sich die Gesetzgeber und die Medien in der Aufgabe, »die Vergangenheit zu bewältigen«.

Es bleibt jedoch die Frage, ob man die Geschichte per Gesetz revidieren kann. Und trägt eine amtliche Version dazu bei, den historischen Ablauf zu verstehen und die Vergangenheit zu bewältigen? Beide Fragen hängen direkt miteinander zusammen. Das Gesetz von 1993 erklärt die Kommunistische Partei zu einer »kriminellen Organisation«; »die KSC, ihre Führung und ihre Mitglieder sind dafür verantwortlich, wie das Land regiert wurde« (also auch für die erwähnten Verbrechen). Verschiebt sich die Suche nach der strafrechtlichen Verantwortung von der politischen Führung und den Repressionsapparaten auf die Mitgliedschaft, so wird natürlich ein erheblicher Teil der Bevölkerung pauschal belastet. Im Laufe der Zeit haben rund sechs Millionen Menschen die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei durchlaufen. 1968 hatte die Partei anderthalb Millionen Mitglieder. Wegen ihrer Verbindung mit dem Prager Frühling wurde eine halbe Million hinausgesäubert, aus der Arbeit entlassen oder auf andere Weise schikaniert. Sie wurden ersetzt durch eine halbe Million neuer, fügsamerer Mitglieder, von denen manche nach 1989 zu Mitgliedern des neuen Establishments wurden. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass mehrere prominente Mitglieder der Regierung Klaus (zum Teil bis in die jüngste Zeit hinein) Mitglieder der genannten kriminellen Organisation gewesen waren und damit pauschal als mitverantwortlich für die Missetaten der Zeit von 1948-1989 galten. Keiner von ihnen ist zurückgetreten.

Die Politik der Entkommunisierung in der Tschechischen Republik läuft also auf ein Paradox hinaus. Einerseits ist das Land in dem Bemühen,

die verbrecherische Natur des alten Regimes in Gesetze zu fassen, weiter gegangen als die meisten anderen. Dennoch wurde keiner der führenden Kriminellen wegen seiner Verbrechen zur Verantwortung gezogen. Nicht einmal die Unterzeichner des schändlichen Briefes, der die sowjetische Führung 1968 um brüderliche Hilfe ersuchte, wurden vor Gericht gestellt. Über das Ausmaß der Verantwortung von »lustrierten« oder bekannten Polizeispitzeln kann man endlos diskutieren. Wenn sich aber eine Gruppe von Politikern mit einer fremden Macht gegen die legale (wenn auch nicht gewählte) Führung verschwört, um die Besetzung des eigenen Landes zu planen und durchzuführen, gilt dies sicherlich in allen Ländern der Welt als Hochverrat. Als das alte Regime zusammenbrach, hätte ein öffentlicher Prozess gegen diejenigen, die für die Besatzung und für das repressive Regime, das ihr folgte, mitverantwortlich waren, eine Katharsis bewirken und das ernsthafte Streben nach Gerechtigkeit in der Gesellschaft befriedigen können. Doch von den betroffenen führenden Kommunisten (Bilak, Kolder, Indra, Hoffman, Jakes usw.) wurde keiner zur Verantwortung gezogen.²⁸ Das lässt das Gerede von der verbrecherischen Natur des kommunistischen Regimes hohl klingen.

Während das Gesetz vom Juli 1993 Millionen von ehemaligen Mitgliedern der Tschechoslowakischen Kommunistischen Partei pauschal zu Mitgliedern einer »kriminellen Organisation« erklärt, ist deren Nachfolgerin, die nicht einmal ihren Namen geändert hat, gesund und munter. Genau am zehnten Jahrestag der »Samtenen Revolution« im Dezember 1999 erreichte sie in Meinungsumfragen einen schwindelerregenden Zuspruch von zwanzig Prozent. Seither ist diese Zahl ein wenig zurückgegangen, doch bleibt sie, was die Mitgliederzahl (160 000) und die Organisationsstruktur angeht, die stärkste Partei im Lande.²⁹ Sie ist, anders als ihre Pendants in Polen, Ungarn oder selbst in der Slowakei, nach wie vor eine nicht reformierte Partei, die nicht willens oder fähig ist, sich der kommunistischen Vergangenheit zu stellen. Das alles hängt natürlich mit der traumatischen Erbschaft von 1968 zusammen: Indem sie die Reformisten völlig ausschaltete, beraubte sich die Tschechische Kommunistische Partei selbst der Fähigkeit, Schritt für Schritt jene Anpassungen vorzunehmen, dank deren die Exkommunisten in den benachbarten Ländern als sogenannte Sozialdemokraten ein neues Leben beginnen konnten. Die *splendid isolation* auf der politischen Bühne nach 1989 ist offenkundig der Preis, den die heutige Tschechische Kommunistische Partei für die nach 1968 betriebene Politik

der verbrannten Erde zahlen muss. Der Zuspruch und die Anhänglichkeit gegenüber einer nicht reformierten KP wirft allerdings irritierende Fragen im Hinblick auf das Verhältnis der tschechischen Gesellschaft zur kommunistischen Vergangenheit auf, ein Verhältnis, das offenbar durch keinerlei gesetzgeberische Verrenkungen und moralische Ermahnungen zu erschüttern ist.

II. Das Neuschreiben der Geschichte: endlich ein Historikerstreit

Ist das Streben nach Gerechtigkeit gleichbedeutend mit dem Streben nach historischer Wahrheit? Die Mitglieder des tschechischen Parlaments schießen einen entsprechenden Anspruch zu erheben. Historiker hingegen sollten sich so etwas gründlich überlegen. Was die Tschechen angeht, haben sie sich bis vor kurzem von der Debatte über die kommunistische Vergangenheit ferngehalten. Das mag teilweise dem Selbsterhaltungstrieb geschuldet sein, nachdem die Historiographie jahrzehntelang wechselnden politischen Normen gehorchen musste und dafür einen hohen Preis gezahlt hat. Es könnte sich aber auch ein ernsteres Problem dahinter verbergen: Zwölf Jahre nach dem Sturz des Kommunismus ist noch immer keine systematische Untersuchung zur Geschichte des tschechoslowakischen Kommunismus erschienen (oder auch nur eine umfassende Debatte über das Thema unter den Fachgelehrten in Gang gekommen). Es besteht allerdings Hoffnung, dass sich das jetzt ändert.

Als er 1993 das Gesetz unterzeichnete, das den Kommunismus zu einem verbrecherischen Regime erklärte, nahm Vaclav Havel an, es habe einen im wesentlichen deklaratorischen Charakter. Er gab der Hoffnung Ausdruck, damit werde ein Kapitel abgeschlossen, und die Tschechen könnten sich nunmehr stärker der Zukunft zuwenden. Es gab kaum Kritik an den Implikationen des Gesetzes, sieht man davon ab, dass es Vaclav Bendas Institut für die Erforschung der Geschichte des Kommunismus neues Leben einhauchte und den Forderungen nach Öffnung der Polizeiarchive Nachdruck verlieh.³⁰ In dieser Hinsicht wandeln die Tschechen auf den Spuren der Gauck-Behörde in der ehemaligen DDR. Es ist jedoch eine Sache, Polizeiarchive zu öffnen, um frühere Verbrechen aufzuklären, und eine andere, die kommunistischen Archive zu öffnen und sinnvoll dafür zu nutzen, die Geschichte der kommunistischen Zeit neu zu schreiben. Leider zieht das erstere nicht unbedingt das letztere nach sich.

Gegen die neue, im Gesetz vom Juli 1993 enthaltene amtliche Version der Nachkriegsgeschichte wurden zwei gewichtige Einwände erhoben, beide übrigens von prominenten Tschechen, die im italienischen Exil lebten. Der eine war Jiri Pelikan (1968 Direktor des tschechoslowakischen Fernsehens), der nicht nur kritisierte, dass man Führung und Mitglieder über einen Kamm scherte, sondern auch, dass man innerhalb des vierzigjährigen Zeitraums keinerlei Unterscheidungen machte: der Prager Frühling von 1968 gehört demnach ebenso zum »Zeitalter der Finsternis« wie die Zeit des Stalinismus. Die führenden Politiker des Prager Frühlings, Dubcek, Smrkovsky, Kriegel und Hajek, werden in einen Topf geworfen mit Husak, Bilak und Jakes, die die demokratischen Reformen liquidierten und eine repressive Diktatur errichteten. Eine solche Deutung der Geschichte war nach Ansicht Pelikans vollkommener Unsinn.³¹ Der Kommunismus in der Tschechoslowakei wies unterschiedliche, oft nicht miteinander in Einklang zu bringende historische Phasen auf.

Die andere Kritik an der Denkweise, die in diesen Fragen während der 90er Jahre maßgebend war, kam von dem Philosophen Vaclav Belohradsky: »In unserem politischen Diskurs herrscht so etwas wie ein »nihilistischer Revisionismus«, schrieb er. »Er reißt den kommunistischen Totalitarismus aus der Geschichte des Westens heraus und verpflanzt ihn in eine bloße Chronik der Verbrechen des 20. Jahrhunderts, russifiziert ihn und reduziert ihn damit auf Verbrechen gegen die westliche Zivilisation. In Wahrheit gehört die kommunistische Gewalt nicht zu den Verbrechen gegen unsere (europäische) Zivilisation, sondern ist eine der authentischen Formen dieser westlichen Zivilisation. Sie beruht auf deren Wesenskern, der Idee eines Universalreiches, dessen Grundlage die Offenbarung der Wahrheit (oder der Vernunft) ist.«³² Der Versuch, den Kommunismus aus der Geschichte des Westens zu verbannen, indem man ihn »russifiziert«, geht, so Belohradsky, völlig darüber hinweg, dass die kommunistische Katastrophe ein Teil der Katastrophe der modernen Rationalität ist. Er begreift nicht deren tiefere Ursachen und lässt sich daher die Möglichkeit entgehen, irgend etwas aus ihr zu lernen.³³

Die beiden Kritiker stellen aus ganz unterschiedlicher Perspektive die bequeme Version dessen in Frage, was Belohradsky den »herrschenden öffentlichen Diskurs« nennt. Dazu gehört erstens die Annahme, der Totalitarismus sei etwas Äußerliches – etwas doppelt Äußerliches: ein russischer/sowjetischer Import nach dem Zweiten Weltkrieg, der sowohl der

tschechischen Gesellschaft als auch der westlichen beziehungsweise europäischen Zivilisation fremd sei. Wenn die Ursache eine äußerliche ist, gibt es kaum einen Anreiz, die inneren Ursachen und Verantwortlichkeiten zu untersuchen. Die zweite Annahme besteht darin, dass die Zeit des Totalitarismus eine geschlossene Einheit bilde. Zunächst war es die Zeit von 1948 bis 1989; als dann (1993) das Zentrum für die Dokumentation und Erforschung von Gewalttaten gegen die tschechische Nation entstand, wurde die Phase des Totalitarismus erweitert auf den Zeitraum von 1945 bis 1989 (so dass sie auch das demokratische Zwischenspiel von 1945 bis 48 umfasste); neuerdings fasst die von prominenten Abgeordneten gegründete Vereinigung *Memorial* die von 1938 bis 1989 währende Zeit der Herrschaft von Nazis und Kommunisten zu einer einzigen Phase des Totalitarismus zusammen.

Für den Historiker kann eine solche fortschreitende Ausweitung des »Zeitalters des Totalitarismus« einerseits eine Herausforderung sein, andererseits aber auch zu einer Falle werden. Gewiss kann der Historiker, wenn er die lange Sicht, die »longue durée« der französischen Historikerschule wählt, neue Hypothesen darüber formulieren, wie man (seit den 30er Jahren) aus einem Totalitarismus in den anderen schlitterte; wie ein demokratischer Staat im Herzen Europas, bedroht von einem Totalitarismus der Rechten, (als eine Art Ausgleich) anfällig wurde für einen Totalitarismus der Linken. Aus dieser Sicht ist der Krieg (und der völlige Zusammenbruch der alten Gesellschaftsordnung) für das Verstehen der Entstehung des kommunistischen Systems entscheidender als die Feinheiten der kommunistischen Taktik im Februar 1948. Es war der Philosoph Jan Patočka (und neben ihm Alexander Solschenizyn), der den Zusammenhang zwischen Krieg und Revolution als Entstehungsursache des Totalitarismus nach den beiden Weltkriegen betont hat.³⁴ Er stellt für die mitteleuropäische Historiographie bis heute eine der Kernfragen dar.

Das wirft mehrere Probleme auf, die für unser Thema von Belang sind. 1. Wenn die historiographische Interpretation das Hinübergleiten von einem Totalitarismus in den anderen betont, könnte das (muss aber nicht) so verstanden werden, als würden beide als gleichwertig dargestellt: Die Tschechen haben dann ein halbes Jahrhundert lang in einer totalitären Ära gelebt, die gekennzeichnet war vom verbrecherischen Charakter der beiden entsprechenden Regime. Da wird es den Opfern dann ein Trost sein, zu wissen, dass sie unter einem Totalitarismus »mit guten Absichten«

gelitten haben und nicht unter einem mit bösen Absichten. Um die tschechische Nachkriegsgeschichte zu verstehen, genügt es jedoch nicht, wenn man den Nationalsozialismus als »verbrecherisch« und »totalitär« mit dem Kommunismus in einen Topf wirft. 2. Was auf einem bestimmten Niveau der Verallgemeinerung zulässig sein mag, stimmt nicht ganz mit der realen Erfahrung der tschechischen Gesellschaft überein, die den einen Totalitarismus in Bausch und Bogen verwarf, während sie den anderen, zumindest anfänglich, begrüßte. Es hat in Mitteleuropa und insbesondere in den tschechischen Ländern tatsächlich eine Geschichte des Kommunismus gegeben, mit verschiedenen Phasen, deren politische und moralische Bedeutung keineswegs identisch ist. Nehmen wir die Zeit von 1945 bis 1948: stellt sie bloß das Bindeglied zwischen zwei totalitären Regimen dar oder eine demokratische Erfahrung, die die beiden trennt? Oder nehmen wir 1968 beziehungsweise die 60er Jahre insgesamt, in die der Niedergang und die gescheiterte Reform des kommunistischen Systems fällt, eine Entwicklung, die man nicht bloß als Zänkerei zwischen zwei kommunistischen Fraktionen hinstellen kann (wie es die herrschende Ansicht der 90er Jahre wollte). Die Zeit von Mitte bis Ende der 60er Jahre war nicht nur eine Zeit der allmählichen Lockerung der starren ideologischen Kontrolle der Partei über die Gesellschaft, sondern sie war (und bleibt) unzweifelhaft die größte kulturelle Schaffensperiode in Literatur und Film, auf dem Theater und in den schönen Künsten seit den 30er Jahren, gegen welche die 90er Jahre als kulturell relativ unfruchtbar deutlich abfallen. Gleichgültig, wie man ihn nennt – Kommunismus im Niedergang, Sozialismus mit menschlichem Antlitz, hoffnungsloser Revisionismus –, es war jedenfalls nicht der Totalitarismus der Stalinzeit und auch nicht jener der nachfolgenden Jahre der »Normalisierung«. Man möchte es für eine Selbstverständlichkeit halten: Es ist durchaus erlaubt, totalitäre Regime und die von ihnen begangenen Verbrechen miteinander zu vergleichen. Dabei muss man aber auch die verschlungenen Wege der Geschichte berücksichtigen, den Widerstand oder die Anpassung der Gesellschaft, die nicht bloß das passive, unschuldige Objekt einer totalitären Manipulation war. Neben dem »Rotbuch« der kommunistischen Utopie und dem »Schwarzbuch« der in ihrem Namen begangenen Verbrechen ist auch Platz für ein »Graubuch« der Geschichte der mitteleuropäischen Gesellschaften unter dem Kommunismus, die sowohl Opfer als auch bisweilen Komplizen waren und zu verschiedenen Zeiten zwischen Widerstand und Anpassung schwankten.

Die Erfahrung des Kommunismus im Ostmitteleuropa der Nachkriegszeit ist vielfältig und weist jene nationalen Besonderheiten auf, die für Historiker interessant sein sollten. Im Gegensatz zu Polen, wo die Mehrheit der Gesellschaft 1945 den Eindruck hatte, von einer Besatzung unter die andere geraten zu sein, ist der Fall der Tschechen in mehr als einer Hinsicht bemerkenswert. Schließlich ist die Tschechoslowakei das einzige Land in der Region, in dem die Kommunisten an die Macht kamen, ohne dass sowjetische Truppen im Lande standen, und das einzige Land, in dem die Kommunistische Partei 1946 bei einer freien Wahl mit einem Stimmenanteil von 40 Prozent triumphierte. In diesem Land betrug die Mitgliederzahl der Kommunistischen Partei 1945 eine halbe Million, 1947 eineinviertel Millionen und im Dezember 1948 zweieinhalb Millionen, entsprach also fast einem Viertel der Gesamtbevölkerung und der Hälfte der Erwerbsbevölkerung. In den vierzig Jahren zwischen der, wie Pavel Tigrid sagte, »eleganten Machtübernahme« im Jahr 1948 und der »Samtenen Revolution« von 1989 glich die Partei einem Durchlauferhitzer: Im Zuge der diversen Säuberungen und Werbekampagnen haben über sechs Millionen Menschen die Partei durchlaufen. Das System wurde, anders als in Polen und Ungarn, 1956 nicht in Frage gestellt, und in der Zeit der »Normalisierung« nach 1968 regte sich kaum etwas, während die *Charta 77* auf ein Ghetto von Dissidenten beschränkt blieb (was ihre moralische und politische Bedeutung in keiner Weise schmälert, ganz im Gegenteil.)

Was wir also brauchen, sind nicht rhetorische Äußerungen über die verbrecherische Natur des kommunistischen Totalitarismus, nicht weitere Polizeidossiers als Raubdrucke in jedem Buchladen, was wir brauchen, ist vielmehr eine Geschichtsschreibung, die sich der schwierigen und ein wenig peinlichen Frage nach den einheimischen Quellen des tschechischen Kommunismus stellt, die aber auch die Rolle des Nationalismus (und der deutschen Frage) und die Anfälligkeit der tschechischen politischen Kultur (einer egalitären, nicht aber liberalen Demokratie) für die totalitäre Versuchung anspricht: Wie konnte das wirtschaftlich höchstentwickelte demokratische Land in Mitteleuropa den rigidesten, am tiefsten verwurzelten und langlebigsten Kommunismus in der Region hervorbringen?³⁵

Es fällt auf, dass die tschechische Historiographie in den letzten zwölf Jahren keine gründliche, umfassende Untersuchung dieser Fragen vorgelegt hat, keine Geschichte der Kommunistischen Partei oder des »Stalinismus« mit seinen Wurzeln in der Vorkriegs- und seinen Folgen in der

Nachkriegszeit. Eine Auseinandersetzung über dieses Defizit gab es kürzlich zwischen Zbynek Zeman, einem Tschechen im Exil, der an der Universität Oxford Zeitgeschichte lehrt, und Oldrich Tuma, dem Direktor des Instituts für Zeitgeschichte in Prag.³⁶

So etwas ähnliches wie ein »Historikerstreit« ist jedoch seit zwei Jahren im Herzen der Historikergunft selbst im Gange, dem Verband der Historiker der Tschechischen Republik. Genau zehn Jahre nach dem Fall des Kommunismus stellten Vertreter der jüngeren Generation das »Establishment« der Gunft aus politischen und fachlichen Gründen offen in Frage.³⁷ Martin Nodl, ihr Hauptsprecher, kritisierte das Widerstreben oder die Unfähigkeit der etablierten Historiker, sich dem Problem der Bewältigung der kommunistischen Vergangenheit zu stellen. Das liege, meinte er, wohl hauptsächlich an ihrer Vergangenheit als konformistische kommunistische Historiker unter dem alten Regime. Jaroslav Panek, der Vorsitzende des tschechischen Historikerverbandes, erwiderte, solche politischen Angriffe kämen von Leuten, die ihre fachliche Qualifikation noch unter Beweis stellen müssten. Er verwahrte sich gegen die »negativistische«, »gezielte Fehlinterpretation der tschechischen Geschichte« besonders im Hinblick auf die tschechisch-deutschen Beziehungen und auf das Problem der Vertreibung der sudetendeutschen Bevölkerung am Ende des Krieges. Es gibt also offenbar eine generationsbedingte, politische Differenz (»Entkommunisierung« gegen Verfechter der »nationalen« Auffassung) und darüber hinaus möglicherweise noch eine methodologische Differenz zwischen der traditionellen positivistischen Historiographie und moderneren »europäischen« Ansätzen.

Noch lässt sich nicht sagen, ob dieser erste Versuch einer moralischen und politischen Selbstreflexion innerhalb der Historikergunft schließlich zu einer weitergehenden Neubewertung der tschechischen Nachkriegsgeschichte führen wird. Eine rege Debatte über die Geschichte fand in den zwei Jahrzehnten vor 1989 allein in den unabhängigen Dissidenten- und Intellektuellenzirkeln statt. Die akademischen Historiker schwiegen derweil (oder wurden zum Schweigen gebracht). Nun sind die Historiker endlich seit über zehn Jahren frei, doch eine nennenswerte Debatte fand kaum oder überhaupt nicht statt, so dass jedermann das Problem der Bewältigung der kommunistischen Vergangenheit für politische Zwecke instrumentalisieren konnte.

*

In ganz Mitteleuropa galt einmal die Redensart, dass »es am schwersten ist, die Vergangenheit vorherzusagen«. Diese Zeit ist noch nicht ganz vorbei. Die Nationen dieser Region besinnen sich wieder auf ihre Geschichte und interpretieren sie neu. Sie fragen: Wann begann die »Tragödie Mitteleuropas« (Kundera)? Wer ist dafür verantwortlich? Nationen müssen ebenso wie der einzelne imstande sein, sich im Spiegel zu betrachten. Historische Erzählungen sind solche Spiegel, und die Historiker sind die Psychoanalytiker ihrer Nation. Überall sucht man nach dem »Sündenfall«, und die Antwort ist mit erheblichen politischen Implikationen befrachtet. Sollen die Tschechen mit der Suche im Jahr 1968 beginnen (schuld waren die Russen), oder 1948 (schuld waren die tschechischen Kommunisten), oder 1938 (schuld war der französisch-britische Verrat gegenüber Hitler), oder gar 1918 (dann wäre der Nationalismus schuld und schon die bloße Idee eines Nationalstaates in Mitteleuropa ein Hirngespinnst gewesen)? Wie weit soll man zurückgehen, um die Ursachen »unserer gegenwärtigen Krise« (Masaryk) zu begreifen? Jede der oben erwähnten Antworten ist politisch bedeutungsschwer. Der Historiker steht also vor einer lohnenden, aber unbequemen Aufgabe: Er soll die Hilfsmittel liefern, deren es bedarf, um sich der kommunistischen Hinterlassenschaft zu stellen, und zugleich soll er helfen, eine beschädigte Identität wiederherzustellen, eine brauchbare Vergangenheit für eine demokratische Zukunft anzubieten. Dabei ist die Aufgabe des mitteleuropäischen Historikers heute nicht ganz unähnlich derjenigen der französischen Historiker, sich mit der Vergangenheit des Vichy-Regimes während des Krieges auseinanderzusetzen. In Frankreich hat es fast dreißig Jahre gedauert (erst mussten de Gaulle und die Kommunisten in der Versenkung verschwinden), ehe eine neue Generation die überkommenen politischen Klischees und Tabus in Frage stellen konnte. In Prag wie im übrigen Mitteleuropa hat das »Vichy-Syndrom« erst begonnen.

Aus dem Englischen von Friedrich Griese

Anmerkungen

- 1 Vaclav Havel, »Nejistota posiluje« (Ungewissheit stärkt), Interview mit D. Emingerova und L. Benjak, in: *Mlady Svet*, 1991.
- 2 Vgl. Pierre Hassner, »Mémoire, justice, réconciliation«, in: *Critique internationale* (Nr. 5, Herbst 1999), S. 122. *Transitional justice* ist ein rasch wachsender Zweig der Sozialwissenschaft.

- ten, besonders in den Vereinigten Staaten. Eine vergleichende Untersuchung unter Leitung von Alex Boraine wurde jetzt an der New York University gestartet, mit einem Etat von rund 20 Millionen Dollar.
- 3 J. Rupnik, »Le retour de l'histoire en Europe Centrale«, in: *Vingtième Siècle*, Okt./Nov. 1992, S. 53-59.
 - 4 Bei den Säuberungen nach 1969 wurden rund 145 Historiker aus ihren Stellen entfernt, eine Dezimierung des Faches besonders in den tschechischen Ländern. Siehe V. Precan (ed.), *Acta Persecutionis*, World Congress of Historians, 1975.
 - 5 Diese Zahlen nennt Karel Bartosek in seinem Kapitel über Mittel- und Südosteuropa, in: Stéphane Courtois (ed.), *Le livre noir du communisme*, Paris 1997, S. 456 f. (deutsch: *Schwarzbuch des Kommunismus*, München 1998, S. 430 f.).
 - 6 Das Rehabilitierungsgesetz wurde am 23. April 1990 vom Bundesparlament beschlossen. Es galt für Personen, die zwischen Februar 1948 und Dezember 1989 unrechtmäßig verurteilt worden waren (und hob rückwirkend das Gesetz über politische Straftaten auf). Bis Ende 1993 wurden 96% der Opfer rehabilitiert; sie erhielten Entschädigungen von insgesamt drei Milliarden Kcs (100 Millionen Euro).
 - 7 *Lustrace* (Lustration) ist ein Überprüfungsverfahren, bei dem durch eine Prüfung der Akten der Geheimpolizei festgestellt wird, ob ein Anwärter auf bestimmte öffentliche Ämter zu den rund 100 000 Spitzeln der Staatssicherheit (StB) gehörte. Die Idee dazu geht auf eine parlamentarische Untersuchung der Ursachen der Vorfälle vom November 1989 zurück. Die Untersuchung blieb ergebnislos, empfahl aber die Lustration für alle Abgeordneten und hohen Beamten.
 - 8 Samuel Huntington, *The Third Wave: Democratization in the late twentieth century*, University of Oklahoma Press 1991, S. 215.
 - 9 Siehe das Transkript der Verhandlungen zwischen dem Bürgerforum und der kommunistischen Führung, in: Vladimír Hanzel (Hg.), *Zrychleny tep dejin*, Prag, OK Centrum, 1991.
 - 10 Claus Offe, »Disqualification, Retribution, Restitution: Dilemmas of justice in post-communist countries«, in: *Journal of Philosophy* (1993/1), S. 26.
 - 11 Adam Michnik sagte auf einer Konferenz in Salzburg im März 1992: »Mein schlimmster Traum ist, dass wir alle unsere Kommunisten nach Sibirien schicken. Und was haben wir dann? Kommunismus ohne Kommunisten«, zitiert von John Tagliabue, »New Pariahs Have East Europe Astir«, in: *New York Times*, 14. März 1992.
 - 12 Vgl. seinen Artikel »Das Erbe der demokratischen Opposition«, in: *Transit* 18 / 2000.
 - 13 Z. Skvorecka, *Osoceni, pribehy lidi z »Cibulkova seznamu«*, Brno 2000. Das Buch ist eine Zusammenstellung von Zeugnissen von Menschen, die nach Ansicht der Autorin irrtümlich in die Polizeiakten geraten sind.
 - 14 Die Geltungsdauer des Lustrationsgesetzes wurde 1996 um fünf Jahre verlängert und vor kurzem nochmals novelliert. Rund 3% von insgesamt mehr als 300 000 Bewerbern haben den »Lustrationstest« nicht bestanden.
 - 15 Vgl. International Labour Office, *Report of the Director-General (Report of the Committee set up to examine the representations made by the Trade Union Association of Bohemia, Moravia and Slovakia and by the Czech and Slovak Confederation of Trade Unions under article 24 of the ILO Constitution alleging non-observance by the Czech and Slovak Federal Republic of the Discrimination (Employment and Occupation) Convention, 1958 (n 111)*, beschlossen vom ILO-Verwaltungsrat am 5. März 1992.
 - 16 Jeri Laber, »Witch Hunt in Prague«, in: *New York Review of Books*, 28. Mai 1992.
 - 17 Lawrence Weschler, »The Velvet Purge: The trials of Jan Kavan«, in: *New Yorker*, 19. Oktober 1992, und »From Kafka to Dreyfus«, in: *New Yorker*, 2. November 1992, S. 63: »Wie bei Dreyfus (...) haftet der gesellschaftlichen Ablehnung Kavans ein unverkennbarer Hauch von Antisemitismus an.« Kavans »Jüdischsein« wurde von seinen Hauptgegnern mit keinem Wort erwähnt.

- 18 Kavans Polizeidossier wurde jedoch in einer ungenehmigten Ausgabe veröffentlicht von P. Vachalovsky und J. Bok (Hg.), *Kato: príbeh opravdoveho cloveka*, Prag 2000.
- 19 Vaclav Havel, »New Years' Address to the Nation«, in: *The Art of the Impossible*, New York 1998, S. 4. Diese Auffassung deckt sich mit Havels früheren Schriften, insbesondere dem Offenen Brief an Gustav Husak (1975) und dem *Versuch, in der Wahrheit zu leben* (1978).
- 20 Ebd., S. 6.
- 21 V. Havel, *Vazeni obcane, projevy červenec 1990 – červenec 1992*, Prag 1992, S. 16-18.
- 22 Vaclav Klaus, »Uctovani s minulosti – vyzva ke spravedlnosti«, in: *Prostor* (33), 1977, S. 69 f.
- 23 Vgl. Karl Jaspers, *Die Schuldfrage. Ein Beitrag zur deutschen Frage*, Zürich 1946.
- 24 V. Klaus, Interview in *Respekt*, 7.-13. November 1990.
- 25 Abgedruckt in V. Klaus, *Proc jsem konzervativcem*, Prag 1992, S. 45.
- 26 Ebd., S. 38.
- 27 I V V M-Umfrage, veröffentlicht in: *Pravo*, 30. September 1992.
- 28 Es gab in letzter Zeit Bemühungen, die noch lebenden führenden Kommunisten vor Gericht zu bringen, die am 22. August 1968 an einer Besprechung in der sowjetischen Botschaft in Prag teilgenommen hatten, um, ganz wie 1956 in Ungarn, eine sogenannte »Arbeiter- und Bauernregierung« zu schaffen. M. Jakes und J. Lenart sind die einzigen Teilnehmer, die noch am Leben sind. Die Sache hat jedoch einen Haken: Der Plan misslang, und die Sowjets mussten schließlich mit Dubcek verhandeln, der entführt und als Gefangener nach Moskau gebracht wurde. Vgl. »Jakes a Lenart pujdou nejspis k soudu«, in: *MFDnes*, 1. September 2001.
- 29 J. Rupnik und C. Perron, »Les singularités du Parti communiste tchèque«, in: G. Hermet / L. Marcou (Hg.), *Des partis comme les autres? Les anciens communistes en Europe de l'Est*, Brüssel 1998, S. 77-94.
- 30 Eine detaillierte Beschreibung dieser Fragen gibt ein Mitarbeiter des Instituts, Pavel Zacek, *Boje o minulost*, Prag 2000.
- 31 Jiri Pelikan, »On ne révisé pas l'Histoire avec une loi«, in: *Le Monde*, 21.08.1993. Pelikan war 1968 Direktor des tschechoslowakischen Fernsehens und später in Rom Redakteur der tschechischen Exilzeitschrift *Listy*.
- 32 Vaclav Belohradsky, »Mrtvi jako argument«, in: *Tyden*, Nr. 9, 22. 02.1999, S. 45-47.
- 33 Ebd.
- 34 Vgl. z.B. »Die Kriege des zwanzigsten Jahrhunderts und das zwanzigste Jahrhundert als Krieg«, in: Jan Patočka, *Ketzerische Essays zur Philosophie der Geschichte*, hg. v. K. Nellen und Jiri Nemeč, Stuttgart 1988.
- 35 Einige dieser Fragen werden erörtert in Jacques Rupnik, »The roots of Czech Stalinism«, in: G. Stedman Jones / R. Samuel (eds.), *History, Politics, Ideology*, London 1981; vgl. auch J. Rupnik, *Histoire du Parti Communiste Tchécoslovaque*, Paris 1981 (eine tschechische Ausgabe wird 2002 im Verlag Academia, Prag, erscheinen).
- 36 Z. Zeman, »Ten kamen urazu stale mijejí«, in: *Respekt*, 30.04.-6.05.2001; O. Tuma, »Bludny kamen urazu«, in: *Respekt*, 18.-24.06.2001.
- 37 Ein recht umfassendes Dossier zum Thema findet man in der am Prager Institut für Zeitgeschichte herausgegebenen Zeitschrift *Soudobe Dejiny*, Nr. 1/2002.

Tr@nsit

ONLINE

Zusätzlich zu den in Druck erscheinenden Hefen von *Transit – Europäische Revue* finden Sie auf der Website des *Instituts für die Wissenschaften vom Menschen* www.iwm.at im Transit-Menü zu jedem Heft ab jetzt ein Online-Supplement mit Originalfassungen der übersetzten Beiträge sowie ergänzenden Texten, Informationen und links zu den jeweiligen Themen.

Tr@nsit 22 **[Das Gedächtnis des Jahrhunderts]**

Paul Ricoeur
Entre la mémoire et l'histoire

Pierre Nora
L'avènement mondial de la mémoire
The Reasons for the Upsurge of Memory

Jacques Rupnik
Memory and Identity in the Post-communist Democracies: What to Do with the Communist Past? The Example of the Czech Republic

Charles S. Maier
'Hot' Memory and 'Cold' Memory: On the Political Half-Life of Nazism and Communism

Michel Serres
Les nouvelles technologies

Nina Leonhard
Rezension zu: Etienne François / Hagen Schulze (Hg.), *Deutsche Erinnerungsorte*, Bd. I, München 2001

Tr@nsit 21 **[Westerweiterung?]**

Daniel Chirot
Returning to Reality: Culture, Modernization, and Various Eastern Europes. Why Functionalist-Evolutionary Theory Works

Jacek Kochanowicz
Poland and the West: In or Out?

Anatoly M. Khazanov
Contemporary Russian Nationalism between East and West

Andrei Plesu
Der G'spritze und die Geopolitik

Tatiana Zhurhenko
Language and Nation Building Dilemmas of Language Politics in Contemporary Ukraine

Tr@nsit 20 **[Polen und Europa]**

Jacek Kucharczyk
Poland's Road to Europe in the Eyes of Public Opinion

Tr@nsit 19 **[Rückkehr der Moderne]**

Charles Taylor
Religion Today

Tr@nsit 18 **[1989 und die Folgen]**

Keith and Masha Gessen
What Became of the Soviet Dissidents?



www.iwm.at

Alexei Miller
 WAS TUN MIT DER
 KOMMUNISTISCHEN VERGANGENHEIT?
 Russland^{*}

Am Beginn von Leo Tolstois *Anna Karenina* findet sich die Bemerkung, dass alle glücklichen Familien auf ähnliche Weise glücklich seien, während alle unglücklichen in je besonderer Weise ins Unglück stürzten. Das gleiche gilt auch für Staaten und Nationen, und Russlands kommunistische Vergangenheit ist zweifellos etwas sehr Besonderes.

Das gilt in vielfältiger Hinsicht. Im Gegensatz zu Osteuropa etablierte sich das Sowjetregime in Russland nicht unter direktem ausländischem Einfluss. Es entstand zudem aus einer tiefen revolutionären Krise mit einem beispiellosen Maß an Massengewalt. Einzigartig ist auch die Dauer, mit der sich die russischen Kommunisten an der Macht hielten: siebenzig Jahre. Das Regime erlebte auch nicht, wie Deutschland, Japan oder Italien, eine entscheidende militärische Niederlage. Als sich die Sowjetherrschaft schließlich ihrem Ende zuneigte, war es zunächst das Establishment, das Reformen in Gang setzte. Der Untergang des Regimes fiel außerdem mit dem Zusammenbruch des Imperiums zusammen. Für einen Großteil der Bevölkerung schließlich waren die folgenden Jahre in ökonomischer und politischer Hinsicht zutiefst enttäuschend.

Einige dieser Merkmale sind schon für sich genommen einmalig, aber es ist besonders ihre einzigartige Kombination, die man im Auge behalten muss, wenn man die russische Gedächtnispolitik der letzten fünfzehn Jahren begreifen will. Ich möchte hier zunächst einen chronologischen Abriss geben, um die einzelnen Phasen in der politischen Entwicklung Russlands seit dem Zusammenbruch des Sowjetsystems und ihren Einfluss auf den Umgang mit der Vergangenheit allgemein zu skizzieren. Sodann

^{*} Der Artikel geht auf einen Vortrag zurück, den der Autor auf der Konferenz »Totalitarianism and Authoritarianism in Europe: Short- and long-term perspectives« gehalten hat, die im September 2000 in Warschau gemeinsam vom Deutschen Historischen Institut Warschau und dem Institut für Geschichte an der Polnischen Akademie der Wissenschaften veranstaltet wurde.

werde ich die heutige Situation in jenen gesellschaftlichen und staatlichen Bereichen, die sich mit der kommunistischen Vergangenheit auseinandersetzen, detaillierter analysieren.

I

In der zweiten Hälfte der 80er Jahre, als die politische Initiative immer noch in den Händen eines Teils des kommunistischen Establishments lag, bestand die Strategie der Reformer um Gorbatschow darin, die alten kommunistischen Heiligen durch neue zu ersetzen, vor allem durch Nikolai Bucharin und Sergej Kirow. Es war die Fortsetzung der Politik der frühen Chruschtschow-Ära, die darauf zielte, die »sozialistische Wahl unserer Väter«, wie Gorbatschow gerne sagte, zu bewahren. Schützenhilfe sollten dabei die kommunistischen »Märtyrer« liefern. Diese neuen Heiligen waren dazu ausersehen, das »menschliche Antlitz« des Kommunismus zu repräsentieren, das Stalin und anderen Verrätern der »edlen Ideen der kommunistischen Revolution« zum Opfer gefallen war. Bücher von einigen linken westlichen Autoren wie z.B. Stephen F. Cohen¹ erwiesen sich bei der Verfolgung dieses Ziels als hilfreich. Diese Politik dominierte den öffentlichen Diskurs über die kommunistische Zeit bis 1989, als sich die Atmosphäre nach dem ersten Kongress der Volksdeputierten, der im Mai abgehalten und im Fernsehen übertragen wurde, drastisch änderte.

Die Argumente, die damals vorgetragen wurden, waren durchaus nicht neu. Sie waren schon lange, seit den 60er Jahren, von Mund zu Mund gegangen, oder, wie die Russen sagen, »Küchentradition«. Fremdenfeindliche Nationalisten versuchten, die Verantwortung für die kommunistischen Greuel zu externalisieren, indem sie vor allem die Juden, aber auch die Letten, Polen, den deutschen Generalstab unter Hitler und andere »fremde Mächte« für die Opfer und Verluste unter der russischen Bevölkerung während der kommunistischen Herrschaft verantwortlich machten. Am intelligentesten formulierte diese Argumentation der berühmte Mathematiker und Dissident Igor Schafarewitsch in einem Essay mit dem Titel »Russophobie«, der in der Monatszeitschrift *Nash Sovremennik* erschien.² Einige Ideologen dieses Schlags, wie Alexander Prohanow, Herausgeber der Zeitung *Zavtra*, fanden unter dem Banner des Chauvinismus bald zu einer gemeinsamen Linie mit den Kommunisten. Diese Tendenz war in den 90er Jahren immer präsent, blieb jedoch im öffentlichen Diskurs

eine Randposition. Das gilt trotz des offenkundigen Wiederauflebens der nationalistischen Stimmung auch für die letzten Jahre.

In den späten 80er Jahren kreiste der öffentliche Diskurs vor allem um den totalitären Charakter der kommunistischen Herrschaft. Ursprünglich bezog man sich vor allem auf George Orwell und Jewgenij Samjatin, nicht auf die theoretische Totalitarismuskritik. Der erste öffentliche wissenschaftliche Kongress über Totalitarismus fand 1989 in Moskau statt. In den folgenden vier bis fünf Jahren wurden fast alle bedeutenden Werke der klassischen Totalitarismuskritik, vor allem jene von Richard Pipes, Robert Conquest und Martin Malia, ins Russische übersetzt und viel gelesen.

Von 1989 bis 1991 wich die sozialistische Apologetik nach und nach der Kritik am Totalitarismus der Sowjetherrschaft. Mit dem August-Putsch 1991 schließlich setzte ein dramatischer Wandel ein: Der antikommunistische Diskurs gewann die Oberhand und wurde zur offiziellen Linie. Die Reformkommunisten verschwanden fast völlig in der Versenkung. Zurück blieben die orthodoxen Kommunisten als Haupttrivalen um die Macht.

In der ersten Hälfte der 90er Jahre – besonders intensiv 1993 – warnte der offizielle Antikommunismus der Jelzin-Administration beständig vor einer unmittelbar drohenden erneuten Machtergreifung der Kommunisten. Ihren Höhepunkt erreichte die Beschwörung der kommunistischen Gefahr im Präsidentschaftswahlkampf 1996, wo sie zum wichtigsten ideologischen Instrument in der politischen Auseinandersetzung wurde.

Der russische Historiker Michail Gefter bemerkte in den späten 80er Jahren, dass »Stalin erst gestern gestorben« sei. Seit der zweiten Hälfte der 90er Jahre ist jedoch zu beobachten, dass für eine beträchtliche Zahl von Russen die kommunistische Zeit in immer fernere Vergangenheit rückt. Die Gegnerschaft von Antikommunisten und Kommunisten verliert seither ihre Schlüsselrolle im politischen und ideologischen Kampf. Das Ende der Jelzin-Ära beförderte diesen Prozess noch zusätzlich. Für die Haltung gegenüber dem Problem der kommunistischen Vergangenheit könnte sich diese Entwicklung sowohl positiv wie auch negativ auswirken. In jedem Fall ist positiv zu bewerten, dass in Russland ein Freiraum für die intellektuelle Debatte entstanden ist. Das Bemühen, die Vergangenheit zu verstehen, wird heute nicht mehr völlig der Logik tagespolitischer Bedürfnisse untergeordnet und auch nicht allein von den – mehr als verständlichen – Gefühlen der Opfer bestimmt.

Zusammenfassend kann man also sagen, dass von 1985 bis 1989 die öffent-

liche Sphäre weiterhin von den Reformkommunisten dominiert wurde. Von 1989 bis 1991 geriet dieser offizielle Reformkommunismus zunehmend unter Druck, durch einen fremdenfeindlichen Nationalismus einerseits und die kritische Auseinandersetzung mit dem totalitären Wesen des Kommunismus andererseits. 1991 wurde der Antikommunismus zur offiziellen Linie, um seit Mitte der 90er Jahre nach und nach an Bedeutung zu verlieren.

II

Wenden wir uns nun der Analyse der gegenwärtigen Situation in jenen Bereichen von Staat und Gesellschaft zu, wo die Auseinandersetzung mit der kommunistischen Vergangenheit eine Rolle spielt. Das Problem, wie man mit dieser Vergangenheit umgehen soll, ist vielgestaltig. Zu den wichtigsten Aufgaben gehört:

- Gerechtigkeit herzustellen, das heißt den Opfern Genugtuung widerfahren zu lassen und sie zu rehabilitieren und die Täter nach Möglichkeit zur Verantwortung zu ziehen;
- eine Rückkehr der Kommunisten an die Macht zu verhindern;
- den Ereignissen der kommunistischen Zeit einen Platz im geschichtlichen Selbstverständnis der Nation und eine Form symbolischer Repräsentation zu geben;
- Ausgleich und Versöhnung mit »fremden« Opfern zu suchen, sowohl auf staatlicher als auch auf individueller Ebene;
- die Sowjetzeit zu verstehen und wissenschaftlich zu analysieren; ihre Geschichte neu zu schreiben.

Jede dieser Aufgaben verdiente einen eigenen Aufsatz. Deshalb gebe ich hier nur einen allgemeinen Überblick und versuche zu erklären, warum sich die Dinge so und nicht anders entwickelt haben.

Gerechtigkeit

Das erste Problem ist die juristische Aufarbeitung der Sowjetzeit. Sie ist sehr selektiv und inkonsequent. Nur einige Initiativen wurden in die Tat umgesetzt. Dazu zählt die Rehabilitierung einiger Personen, die unter dem kommunistischen Regime zu Unrecht verurteilt wurden. Außerdem wurde den Gefangenen der Gulags der gleiche Status wie den Überlebenden der nationalsozialistischen Konzentrationslager eingeräumt. Sie kamen

dadurch in den Genuss sehr beschränkter materieller Privilegien und wurden für konfisziertes Eigentum entschädigt. Sehr schwierig gestaltete sich die Rehabilitierung von Opfern des Terrors, die zuvor selbst auf der Seite der Täter gestanden hatten. In der Mehrzahl der Fälle wurden diese Menschen nicht für tatsächliche Verbrechen, sondern unter falschen Anschuldigungen verurteilt und ermordet. Aber heutige Gerichte haben es in einigen Fällen abgelehnt, sie zu rehabilitieren, und zwar vor allem aus politischen, nicht aus juristischen Gründen. Das jüngste Beispiel dafür war die Weigerung des Kollegiums des Obersten Gerichtshofs im Mai 2000, Berija zu rehabilitieren, der unter anderem angeklagt worden war, ein britischer Spion zu sein.

Gerechtigkeit in Form von Bestrafung der Täter gab es bislang nicht. Das lässt sich nicht mit dem Alter der wenigen noch lebenden stalinistischen Täter erklären: Viele weit jüngere Leute waren in der Breschnew-Ära an den Folterungen der Dissidenten in den Gefängnissen und psychiatrischen Krankenhäusern beteiligt. Wer die mangelnde Verfolgung der Täter in Russland kritisiert, sollte freilich in Erinnerung behalten, dass in allen postkommunistischen Ländern, ja selbst im wiedervereinigten Deutschland, die Zahl jener, die für Verbrechen unter dem kommunistischen Regime verurteilt wurden, sehr gering war. Den russischen Behörden gelang es nicht, einen einzigen Fall dieser Art exemplarisch aufzurollen. Die Gründe für dieses Scheitern sind vor allem politischer Natur.

Der Politik müsste in dieser Hinsicht aber besonderes Gewicht zukommen. Ein »Lustrationsgesetz« wurde nicht verabschiedet. Von 1991 bis 1992 wurden in begrenztem Umfang hochrangige KGB-Offiziere überprüft. Einige bekannte Menschenrechtsaktivisten, darunter Sergej Kowalew, saßen in der zuständigen Kommission. Ihre Arbeit erbrachte jedoch keine nennenswerten Ergebnisse. Die Geheimdienste waren in allen postkommunistischen Ländern eine Gefahr für die Demokratie, aber im Falle Russlands wurde nur wenig unternommen, um diese Bedrohung einzudämmen. Es wurden hierfür keine wirkungsvollen öffentlichen Kontrollinstrumente geschaffen. Tatsächlich geschah das Gegenteil: KGB-Offizieren im Ruhestand gelang es, Positionen in fast allen Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen zu besetzen. In der öffentlichen Meinung gilt die ehemalige Zugehörigkeit zum KGB nicht als Makel. Ein Interview von Anatolij Chubajs mit der Wochenzeitung *Itogi* ist ein gutes Beispiel für die allgemeine Einstellung zur Wahl des ehemaligen Geheimdienstchefs Putin:

Chubajs: »Er [Putin] sagt, dass der Stalinkult damals [in den 70er Jahren] wenig bekannt und von geringer Bedeutung war, während für mich dieser Teil der Geschichte unseres Landes von entscheidender Bedeutung für das Verständnis dessen ist, was geschehen ist und bis heute mit uns geschieht.«

Itogi: Beunruhigt Sie diese unterschiedliche Einschätzung nicht? [Chubajs hatte zuvor von seinem Vertrauen in Putin und seiner Unterstützung für ihn gesprochen.]

Chubajs: Durchaus nicht! Es beunruhigt mich nicht, weil uns etwas Grundlegendes eint: die Verantwortung für das Land. Wir haben uns von unterschiedlichen Ausgangspunkten zu einer gemeinsamen Position bewegt.³

Noch aufschlussreicher für die Akzeptanz ehemaliger KGB-Offiziere als die Wahl Wladimir Putins scheint mir jedoch, dass Media-Most, die Holdinggesellschaft der wichtigsten und prowestlichen Medien im Land (darunter der heute allseits bekannte Kanal NTV), den General Filipp Bobkov einstellte. Bobkov hatte viele Jahre in der berüchtigten fünften Abteilung des KGB gearbeitet, die sich um die Dissidenten innerhalb des Landes kümmerte.

Dass die Geheimdienstler eine herausragende Rolle im postsowjetischen Leben spielen, war vielleicht unvermeidlich. Die Tatsache jedoch, dass die öffentliche Meinung bereit ist, dies nicht nur hinzunehmen, sondern gutzuheißen, ist das offensichtlichste Zeichen für das Scheitern im Umgang mit der kommunistischen Vergangenheit in Russland. Es ist weitgehend das Ergebnis der Korruption von Politik und Wirtschaft, die Russland in den 90er Jahren erlebte. Eine der zentralen Fragen der künftigen Politik in Russland ist, bis zu welchem Grad der Wunsch nach Ordnung die Wachsamkeit der öffentlichen Meinung in dieser Hinsicht lähmen wird.⁴

Anfang der 90er Jahre scheiterte ein unglücklicher Versuch symbolischer Vergangenheitsbewältigung auf juristischem Gebiet, als Präsident Jelzin beim Verfassungsgericht den Antrag stellte, die Kommunistische Partei zu verbieten. Dass er damit eine Niederlage erlitt, wird gewöhnlich damit erklärt, dass seine Vertreter schlecht vorbereitet und nicht ausreichend qualifiziert gewesen seien. Tatsächlich war das ganze Konzept juristischer Unsinn, denn es zielte darauf ab, der Ideologie den Prozess zu machen. Es erwies sich als unmöglich, irgend jemanden vor Gericht zu stellen, nicht einmal die Mitglieder des Politbüros – schließlich war Präsident Jelzin ja selbst Kandidat dieses Gremiums gewesen. Die Forderung, dem Kommunismus den Prozess zu machen und »einen neuen Nürnberger Prozess gegen den Kommunismus« zu organisieren, lebt immer wieder auf, nicht nur in Russland, sondern auch im Westen.⁵ Solchen Vorschlägen fehlt

jedoch die juristische Grundlage.⁶ Das schließt indes, wie ich nachdrücklich betonen möchte, keinesfalls die Möglichkeit und Notwendigkeit einer moralischen Verurteilung der kommunistischen Gewaltherrschaft aus.

Symbolik

Der Staatsstreich von 1991 führte zu einem dramatischen Wandel besonders auf der symbolischen Ebene. Über Nacht wechselte das Land seine Farben von Rot zur weiß-blau-roten Trikolore. Einige der berühmtesten Denkmäler wurden gestürzt. Aber sehr bald wurde klar, dass die öffentliche Meinung und das politische Establishment nicht in der Lage waren, einen Konsens über neue politische Symbole zu finden. Das von den Kommunisten beherrschte Parlament erkannte die Staatshymne und das Wappen offiziell nicht an. Jelzin verfügte nie über die Macht, das Lenin-Mausoleum zu schließen, das zentrale Symbol des Kommunismus. Nach 1991 hat er die offizielle Tribüne der Sowjetführung auf dem Mausoleum nicht mehr betreten und verfolgte die Paraden auf dem Roten Platz von einer provisorischen Tribüne aus.

Lenin-Denkmäler und Gedenkstätten überlebten in zahlreichen Städten, wurden aber aus vielen offiziellen Zeremonien und Tourismusprogrammen gestrichen. Als ich letzten Sommer an einer Stadtführung durch Kasan teilnahm und wir an der Universität vorbeikamen, war ich überrascht, dass die Fremdenführerin nicht einmal die Tatsache erwähnte, dass Lenin dort studiert hatte. Als ich nachfragte, erklärt mir die ältere Dame, dass sich das Programm geändert habe: »Früher machten wir hier mindestens eine halbe Stunde Halt, um alle Geschichten aus Lenins Studentenjahren zu erzählen.« Selbst in Uljanowsk, das während der Sowjetzeit als Ganzes in eine Lenin-Gedenkstadt umgewandelt worden war, bietet man heute Ausflüge zu den Ruinen eines Adelssitzes aus dem 19. Jahrhundert an, der dem Dekabristen Iwaschew gehört hatte, und zu einem im Bau befindlichen Kloster, nicht aber zum riesigen Lenin-Museum, das die Stadt dominiert und als höchst repräsentatives Monument der Zeit tatsächlich sehenswert ist. So wurden die sowjetischen Symbole für einen großen Teil der Bevölkerung marginalisiert. Die einzige Ausnahme ist der Tag des Sieges über Nazi-Deutschland am 9. Mai. Er bleibt der wichtigste patriotische Feiertag.

Erst kürzlich hat Putin einen Kompromiss mit dem neu gewählten Parlament über die Staatssymbole ausgehandelt. Als Symbole werden das

alte moskowitzische Wappen (der doppelköpfige Adler), die russische Flagge der imperialen Zeit (die weiß-blau-rote Trikolore) und – zum tiefen Bedauern der Intellektuellen und zur Freude der Mehrheit der übrigen Bevölkerung – die sowjetische Nationalhymne mit neuen Worten übernommen. Putin erklärte dazu, dass alle Phasen der russischen Geschichte ihre »schwarzen« Seiten hätten, dass sie aber dennoch alle in den Staatssymbolen repräsentiert sein sollten.

Gleichzeitig erwies sich der neue Staat als unfähig, neue Symbole zu schaffen, um der Opfer des Sowjetregimes zu gedenken und eine Aussöhnung mit ihnen zu suchen. Denkmäler, die in den 90er Jahren für die Opfer errichtet wurden, werden kaum in das offizielle bzw. öffentliche Gedenken inkorporiert. Auch das Begräbnis der Romanow-Familie wurde eher zu einem Streitfall als zu einer symbolischen Handlung. Der Präsident zögerte bis zum allerletzten Moment, daran teilzunehmen, während der Patriarch eine Teilnahme ganz ablehnte.

Die Feier der Oktoberrevolution von 1917 wurde offiziell in einen Tag der Versöhnung und Einheit umgewandelt. Der Mangel an feierlichen Akten und Zeremonien zu diesem Anlass war bemerkenswert. Noch 1999 erbrachte die Frage nach dem offiziellen Status des 7. November die folgenden Antworten: 35% der Befragten glaubten immer noch, dass es sich um den Jahrestag der Großen Oktoberrevolution handele; 14% kannten seinen wahren Status; 5% glaubten, es handele sich um einen Gedenktag für die Opfer der Revolution, während 43% die Frage überhaupt nicht beantworten konnten.⁷ Die 43% sind der repräsentativste Anteil der Gesellschaft; sie teilen zur Zeit das schmerzliche Gefühl, aller positiven Symbole beraubt zu sein.

Die anderen Opfer

Ein anderer wichtiger Aspekt des Problems betrifft die internationalen Beziehungen. Es sollte erwähnt werden, dass erst aufgrund der Auflösung der Sowjetunion 1991 viele Fragen der historischen Aufarbeitung der Sowjetzeit einen »internationalen« Charakter annahmen. Allgemein besteht die Position der russischen Regierung darin, die Verantwortung für die Taten des Sowjetregimes abzulehnen, mit der Begründung, schließlich seien auch die Russen Opfer gewesen. Gleichzeitig leugnet die Regierung das geschehene Unrecht nicht und verurteilt es. Wenn die jeweils andere Seite an einer Normalisierung und Annäherung interessiert ist, gibt es, wie

die Beispiele Ungarn, Tschechische Republik und Polen belegen, eine tragfähige Grundlage für Versöhnung. Dokumente über Katyn, über die Invasionen in Ungarn 1956 und in die Tschechoslowakei 1968 wurden öffentlich zugänglich gemacht, den jeweiligen Regierungen wurden Kopien übergeben. Viele Bücher, einige Artikel und Fernseh-Dokumentationen haben auch der russischen Öffentlichkeit die Wahrheit über die historischen Ereignisse vermittelt. Aber auf Regierungsebene sah man eine solche Anerkennung des begangenen Unrechts als einmaligen Akt an, nicht als einen Prozess. So nahm zum Beispiel kein russischer Spitzenpolitiker je zusammen mit den Polen an der jährlichen Gedenkfeier für die Opfer von Katyn teil. Wenn die Russen an solchen Zeremonien überhaupt teilnahmen, dann machten sie dies vom jeweiligen Stand der politischen Beziehungen abhängig, verstanden ihre Beteiligung also nicht als Akt der Reue. Dass der Außenminister Iwanow während seiner Warschaureise im November 2000 die Gedenkstätte für die Opfer von Katyn besuchte, deutet allerdings auf eine Veränderungen dieser Politik hin.

In den ehemaligen Sowjetrepubliken ist die Situation noch verwickelter. Die Verantwortung des Sowjetregimes für den Demozid in Kasachstan und in der Ukraine wird nicht geleugnet; man weigert sich jedoch, diese Ereignisse als einen vom russischen Zentrum gegen unterdrückte ethnische Gruppen organisierten Völkermord zu sehen. Unter den Nationen Ost- und Osteuropas fehlte bis vor kurzem nur im russischen Denken das Bewusstsein ethnischer Diskriminierung. Die Russen sahen sich immer als Opfer des Staates, betrachteten diesen Staat aber nicht unter ethnischen Gesichtspunkten. Die russische Öffentlichkeit war daher schlecht darauf vorbereitet, sich mit der Mentalität kleiner und bedrohter Nationen auseinanderzusetzen und die Gefühle ihrer Nachbarn zu verstehen. Gleichzeitig sollte man nicht vergessen, dass solche Gefühle und Mentalitäten, entstanden aus traumatischen Erfahrungen mit den russischen Nachbarn, selten ausgewogen und frei von Phobien sind.

Ein besonderer Fall sind die Beziehungen zu den baltischen Republiken. Der Kongress der Volksdeputierten der Sowjetunion, der im Mai 1989 begann, brachte den Wendepunkt in der offiziellen Position zum Hitler-Stalin-Pakt. Eine Kommission unter Jakowlew, Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU, wurde eingesetzt, um den Pakt zu prüfen und zu beurteilen. Obwohl die geheimen Zusatzprotokolle angeblich immer noch nicht »gefunden« worden waren, verabschiedete der zweite Kongress der Volks-

deputierten am 24. Dezember 1989 eine Erklärung, in der die Existenz der Geheimprotokolle zugegeben und verurteilt wurde.⁸ Aber erst am 29. Oktober 1992, nach Auflösung der UdSSR, wurden die Originale der geheimen Zusatzprotokolle endlich in Moskau veröffentlicht. Obwohl sie den völkerrechtswidrigen Charakter der Protokolle anerkennt, räumt die Russische Föderation nicht ein, dass die baltischen Länder durch die Sowjetunion besetzt wurden. Wie der Brief des stellvertretenden russischen Außenministers Awdejew vom Dezember 1997 an den Vizesprecher der Staatsduma Baburin erklärte, hat der »Streit um die bewaffnete Invasion der baltischen Territorien und die sich anschließende Okkupation keine hinreichende Grundlage, da die administrativen Funktionen von nationalen Akteuren ausgeführt wurden«⁹. Man weigerte sich wohl deshalb, das Wort »Besatzung« zu akzeptieren, weil der Status der ehemaligen Sowjetbürger, die nach dem Zweiten Weltkrieg in die baltischen Republiken zogen, noch ungeklärt war. In Lettland und Estland wollen manche Politiker den russischstämmigen Einwohnern das Staatsbürgerrecht verweigern, weil sie sie eben genau als »Besatzer« definieren. Diese Situation beweist erneut, dass gegenwärtig eine für beide Seiten akzeptable Bewertung der Vergangenheit von guten politischen Beziehungen abhängig ist, nicht umgekehrt.

Eine individuelle Entschädigung von ausländischen Opfern der Sowjet Herrschaft wurde nie ernsthaft erwogen. Angesichts der materiellen Lage der russischen Bevölkerung und des Scheiterns des Staates, seine elementaren sozialen Verpflichtungen zu erfüllen, würde die Regierung auch keinerlei Verständnis dafür finden, selbst wenn sie es versuchte.

Geschichtsschreibung

Kommen wir schließlich zur Geschichtsschreibung. Was hier in den letzten zehn Jahren erreicht wurde, ist beachtlich, besonders wenn man die verzweifelte materielle Lage der Wissenschaftler in Russland im allgemeinen und besonders der Historiker während dieser Zeit bedenkt. Außerordentliches wurde bei der Veröffentlichung von Quellen geleistet. Eine gewaltige Zahl von Dokumenten aus sowjetischen Geheimarchiven wurde in Büchern und Zeitschriften veröffentlicht. Gegenwärtig laufen mehrere Programme (an denen westliche Forscher beteiligt sind und die finanziell aus westlichen Quellen unterstützt werden) zur Veröffentlichung von Dokumenten und Archivkatalogen bzw. zu ihrer Speicherung auf Mikrofilm.

Gleichzeitig bleibt der Zugang zu mehreren Sammlungen, darunter das Präsidialarchiv, sehr begrenzt und selektiv. In den letzten beiden Jahren trafen Archivbedienstete häufiger willkürliche Entscheidungen über den Zugang von Forschern zu bestimmten Dokumenten. Es ist kaum abzuschätzen, bis zu welchem Grad sich diese Praxis Anweisungen von oben oder der traditionellen Gewohnheit russischer Beamter verdankt, den eigenen Verfügungsbereich zu »privatisieren«. Es gibt beides, und ein Gesetz, das den Zugang zu Archivmaterial regelt, wäre dringend erforderlich.

Auch im Hinblick auf die Entwicklung von Konzepten und methodologischen Ansätzen waren diese Jahre sehr fruchtbar, besonders, wenn man sich daran erinnert, wie sehr noch in den späten 80er Jahren das klassische Schema des »Kurzen Lehrgangs der Geschichte der KPdSU (b)« vorherrschte – in der offiziellen Geschichtsschreibung ebenso wie im inoffiziellen Gegendiskurs. Seit den frühen 90er Jahren orientierte sich die Mehrzahl der russischen Historiker in ihrem methodischen Ansatz am Konzept des Totalitarismus. Bis jetzt bleibt dieser Ansatz in den Lehrbüchern und Schulen beherrschend.

Doch seit Mitte der 90er Jahre erscheint vielen Forschern der Totalitarismus-Ansatz nicht mehr ergiebig genug. Der *social turn* der »Revisionisten« und ihre Hinwendung zur Archivforschung hat eine wachsende Anhängerschaft gewonnen. Zahlreiche Artikel und Bücher, die in der zweiten Hälfte der 90er Jahre erschienen sind, belegen, dass die russischen Historiker inzwischen in der Lage sind, eine eigenständige Forschungsagenda zu formulieren und originelle theoretische Konzepte zu entwickeln.¹⁰ Zu einem zentralen Forschungsthema wurde die Rolle der Massen bei den Geschehnissen von 1917 bis in die 30er Jahre. Ebenso beschäftigte man sich mit der Schätzung der Opferzahlen auf der Grundlage neuen Archivmaterials und mit der Analyse von Entscheidungsprozessen in der Spitze der Sowjethierarchie (die häufig ein passives Reaktionsmuster zeigen). Ebenfalls wichtig waren Versuche, eine breitere komparative Basis zu erschließen und nicht nur das nationalsozialistische Regime, sondern auch verschiedene Revolutionen und religiöse Bewegungen in die Analyse einzubeziehen.

Diese neuen Fragestellungen haben unvermeidliche politische und moralische Implikationen. Es ist richtig, dass einige Versuche der Historisierung der Sowjetzeit dem Motiv entsprangen, das Problem der moralischen Verantwortung beiseite zu schieben. Gleichzeitig stießen die Versuche

einiger energischer Verfechter des Totalitarismus-Ansatzes, den »revisionistischen« Autoren eine Rechtfertigung der kommunistischen Verbrechen vorzuwerfen, in der Historikerzunft auf einhellige Ablehnung.¹¹ Tatsächlich werfen die (seriösen) »revisionistischen« Interpretationen weit schmerzhaftere und schwierigere Fragen der moralischen Verantwortung auf, insofern sie sich anders als die Totalitarismus-Forschung weigern, allein das kommunistische Regime für das verantwortlich zu machen, was in der sowjetischen Zeit geschah.

Der Weg, den die Historiker im letzten Jahrzehnt eingeschlagen haben, lässt sich anhand von zwei bekannten Filmen illustrieren. *Pokajanije* (»Reue«) von Tengis Abuladse markierte den Anfang der Perestroika. Der Film beschäftigt sich mit dem Thema Geschichte auf einer romantischen Ebene und konzentriert sich auf die Figur des Diktators. Er war ein großer Kassenerfolg. Alexei German dagegen behandelt in seinem jüngsten Film *Khrustalev, mashinu!* das Thema in vollkommen anderer Weise. Er erzählt von den »gewöhnlichen« Leuten, von den kriminellen Häftlingen, die andere Gefangene foltern, und von einer Straßengang von Teenagern und deren spontaner Aggression und Grausamkeit. Der Regisseur weigert sich, die Schuld einzig dem Regime zuzuschreiben und fragt, bis zu welchem Grad Teile der Bevölkerung aktiv an der Produktion des Alptraums beteiligt waren. Stalin und Beria erscheinen hier als alt, schwach und hässlich. Das ist kein Versuch, der Frage nach der Verantwortung auszuweichen, sondern ein Weg, sie allgemeiner und komplexer, anspruchsvoller zu stellen. Der Film ist ein Meisterwerk, gelangte aber nie über die Programmkinos hinaus, wurde also nur von einer sehr begrenzten Zahl von Menschen gesehen. Die Jury von Cannes verlieh Abuladse einen Preis, Alexei Germans komplexe Filmsprache hingegen wurde nicht honoriert.

*

Das Problem des Umgangs mit der kommunistischen Vergangenheit rückt heute langsam aus dem Zentrum der öffentlichen Diskussion und wird zum Gegenstand tiefergehender und komplexerer intellektueller Reflexion. Die Produkte dieser Reflexion, Bücher, Filme etc., wenden sich an die Elite. Diese Arbeiten stellen, so ist zu hoffen, den Beginn eines neuen Verständnisses der kommunistischen Vergangenheit dar, das nach und nach vielleicht seinen Weg in die breite Öffentlichkeit finden wird.

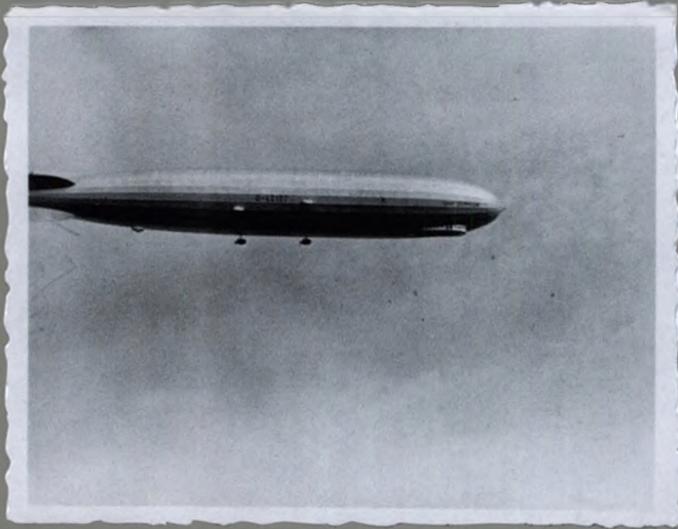
Aus dem Gesagten lassen sich zwei Schlüsse ziehen. In allen hier angesprochenen Bereichen erfolgte die Auseinandersetzung mit der kommunistischen Vergangenheit nur teilweise. Viele Probleme müssen noch angegangen werden, und es wäre in dieser Hinsicht optimistisch zu behaupten, dass sich Russland vom Kommunismus befreit hat. Doch stellt man andererseits den Zustand der Gesellschaft zu Beginn der Perestrojka und die schwierige Wegstrecke bis heute in Rechnung, ist das Ergebnis nur logisch. Moralische Gebote wurden häufig unmittelbaren politischen Interessen geopfert, einige der schmerzhaftesten Themen hat man der nächsten Generation überlassen. Dennoch wurden beträchtliche Fortschritte erzielt. Es sind keine Wunder geschehen; aber hätte mir jemand vor zwanzig Jahren das Russland des Jahres 2001 beschrieben, wäre es mir wie ein Wunder vorgekommen.

Aus dem Englischen von Andreas Simon

Anmerkungen

- 1 Vgl. z.B. sein Buch *Bukharin and the Bolshevik Revolution: A Political Biography, 1888-1938*, Oxford UP 1980.
- 2 Nr. 6, 1989.
- 3 *Itogi*, Nr. 13, 30. März 2000.
- 4 Nach einer ROMIR-Meinungsumfrage von Anfang Juni 2000 unterstützen 37,7% die wachsende Beteiligung von Mitgliedern des Geheimdienstes und der Armee an der Administration; vgl. *Kommersant-Vlast'*, Nr. 23, 13. Juni 2000, S. 13.
- 5 Siehe die Diskussionen über das *Schwarzbuch des Kommunismus*, insbesondere in Frankreich.
- 6 Vgl. A. Donde, »Das Projekt eines Prozesses gegen den Kommunismus als eine Variante historischer Reflexion und als ein Faktum des sozialen Lebens« (russ.), in: *Russische Zeitschrift für Geschichte*, Bd. 1, 1999, S. 369-428.
- 7 Meinungsumfrage von VCIOM von Ende Oktober 1999 (1600 Befragte).
- 8 Vgl. *Prawda*, 24. und 28. Dezember 1989; siehe auch den Artikel des stellvertretenden Außenministers der UdSSR, Kowalew, der die Existenz der Protokolle bestätigte (*Iswestja*, 27. Dezember 1989).
- 9 D. Nadzhaffov, »Sovetsko-Germanskii pakt 1939 goda: pereosmyslenje podhodov k ego otsenke«, in: *Voprosy Istorii*, 1/1999, S. 160.
- 10 Siehe zum Beispiel S. Pavluchenkov, *Vojennyj Kommunizm v Rossii: vlast' i massy*, Moskau 1997; V. Buldakov, *Krasnaja smuta. Priroda i posledstvija revolutsyonnogo nasilija*, Moskau 1997.
- 11 Die letzte Diskussion über die »Totalitarismus-Schule« und den sog. Revisionismus fand 1998 und 1999 in der Zeitschrift *Otechestvennaja Istorija* statt, die das wichtigste Forum für die Erforschung der Sowjetzeit bleibt. Sie wurde von I.V. Pavlova ins Leben gerufen. Pavlova vertritt die Auffassung, dass das »Konzept des Totalitarismus das angemessenste Instrument zum Verständnis der Sowjetzeit« bleibe und wirft den Revisionisten vor, die Verantwortung

des kommunistischen Regimes nach Möglichkeit zu mindern (vgl. I.V. Pavlova, »Sovremennye zapadnyje istoriki o stalinskoj Rossii 30-h godov (kritika »revizionistskogo« podhoda)«, in: *Otechestvennaja Istoria*, Nr. 5, 1998). Ihr Aufsatz wurde von vielen Historikern stark kritisiert; sie hielten ihr die Auffassung entgegen, Verstehen und nicht moralisches Urteil sei die Hauptaufgabe der Forschung (vgl. »I snova ob istorikakh-revizionistakh«, in: *Otechestvennaja Istoria*, Nr. 3, 1999).



Text von Wilhelmine Schober Oberwart / Österreich

Ich habe gewußt, daß der Zeppelin kommt. Alle sind gelaufen, Zeppelinschauen. Ob ich ihn gesehen habe oder nicht weiß ich nicht.

Text von Pauline Nemeth Eisenstadt / Österreich

Am 12. Juli 1931 flog das Luftschiff "Graf Zeppelin" über Eisenstadt. Ich erinnere mich noch sehr genau wie mein Vater uns gerufen hat, auf den Balkon zu kommen, damit wir das Luftschiff sehen konnten.

Majestätisch bewegte es sich am Himmel weiter. Mein Vater sagte uns damals: "An dieses denkwürdige Ereignis werdet ihr euch noch lange erinnern können. Ihr werdet es noch euren Enkelkindern erzählen!" Und so war und ist es auch."

Text von Franz Raimann Hornstein / Österreich

Das Luftschiff Graf Zeppelin flog am Sonntag den 12. Juli 1931 auch über Hornstein. Als kleiner Bub schaute ich vor dem Elternhaus an der Mutterhand dem Flug in Richtung Wien zu! Für mich ein einmaliges Erlebnis.



Text von Michael Romirer Vorau / Österreich

Da war ein Foto
und schlecht geknipst
ein junger Tag mit einem Weg
zum ersten Frauengesicht
zum großen Anfang zurück
eine Stunde vor dem grauen Foto
hat es geregnet
sie kamen aus dem Regen ohne Namen
bis auf die Haut durchnäßt
und blieben eine Nacht
und schlüpfen in die Kleider
und verschwanden nach
dem einzigen Foto
in der Zeiten-Zeit
in die Erinnerungen.

Margaretha Mierl Oberwart / Österreich

Bevor die Russen einmarschierten kamen vorher die Flüchtlinge durch die Ortschaft.

Text von Erisa Hodzic Ausstellungsbesucherin

Erinnert mich an meine Vergangenheit!! Niemand weiß wie es ist, bevor man es nicht selber erlebt.

Erinnerungen zu verblassen, und mit dem Altern der Protagonisten verstummen die Erzählungen zu den Fotos. Einmal der Verwahrung dieser persönlichen Archive verlustig geworden, finden sich Fotografien auf Flohmärkten und in Antiquariaten als Fragmente von Lebensgeschichten wieder. Dem Kontext des persönlichen Erinnern entrissen, sind sie nicht mehr als ein Zeugnis scheinbar



Text von John Kornfeind Glendale, Arizona / USA
Soldiers dancing in "schnell feuer Hosen".

Text von Franz Raimann Hornstein / Österreich

Ausgelassene Männerrunde, ein Pendlerschicksal in einem Massenquartier,
nur zum Wochenende können sie zu den Familien heimkehren.
Vielleicht im Fasching ein organisierter Bunker (Quartier) Tanz am Rande des
Alltags in der Fremde.

anonym

Welche der Männer haben den Krieg überlebt, welche sind gefallen; welche
haben sich eines Kriegsverbrechens schuldig gemacht, und welche nicht,
welche reden über den Krieg und welche schweigen?

Text von Gerhard Walcher Mödling / Österreich

Erinnert mich an die Affäre Kardinal Groer.

regellosen Abbildens der Welt, das ohnmächtig gegen das Vergessen ankämpft. Und gleichzeitig
entpuppen sich dieselben Fotos in ihrer Uniformität auch als kollektives Unternehmen, das die
Welt ablichtet, um sie der Archivierung gemeinsamer Erinnerungen zuzuführen.
Ausgangsmaterial des "Museum der Erinnerungen" sind 24 gefundene, anonyme Fotografien, die >>



Text von Frank Kassanits Lockport, Illinois / USA

Die Feldküche war immer eine sehr gern gesehene Begebenheit im Feld, denn dann hat es immer etwas Warmes zu essen gegeben.

Text von Teresa Zach Heiligenkreuz / Österreich

Es fängt bei Freundschaft an und hört bei Feindschaft auf. Liebe - Zweifel - Haß! Warum? Um zu beweisen? Wer ist der Größte, wer ist der Stärkste?

Text von AusstellungsbesucherIn

Der Soldat James Ryan.

Text von Michael Romirer Vorau / Österreich

Jetzt denken alle an die Frauen
nur die jüngeren an ihre Mütter
jemand ritzt ein Kreuz in den Stein
jetzt blicken alle nur noch starr
ins leere Nichts.

anonym

April 1945 im Südburgenland - Ostmark. Rückzug der deutschen Truppen - nur ein wenig Rast - für die Lastautos und Fahrzeuge fehlte der Treibstoff, die Gulaschküche wurde von Pferden gezogen.

dem Genre der Privatfotografie zuordenbar sind. In Zeitungen, Zeitschriften, Foldern und im Internet zwischen April und August 1998 mit dem Aufruf veröffentlicht, sich mit Assoziationen und Erinnerungen zu den Fotografien zu beteiligen, wurden die Fotos mit den durch das Publikum eingesandten Texten unterlegt, um sie in einen neuen Sinnzusammenhang zu stellen. In der



Text von Rudolf Diepold Kindberg / Österreich

Auch in meiner Heimatgemeinde Turnau wurde 2 Tage vor Kriegsende ein
dessertierter Soldat erhängt - so fanatisch waren manche Menschen.

Text von Franz Raimann Hornstein / Österreich

Besonders im 2. Weltkrieg nahm in den Ostgebieten die Partisanentätigkeit
stark zu. Nach durchgeführten Razien übten die Besatzer Vergeltung als
Abschreckung gegen die Bevölkerung. Partisanenverdächtige wurden sofort
gehängt!

Text von Teresa Zach Heiligenkreuz / Österreich

Sie Teil einer Freundschaft
Er Teil einer Partnerschaft
Ihr Teil einer Gemeinschaft
Wir Teil der Freude
Du Teil einer Familie
Ich Teil der Einsamkeit

Text von Brigitte Häufler Salzburg / Österreich

Wehrmachtsausstellung in Salzburg.

Text von AusstellungsbesucherIn

Bevor sie ihn hängten, schrie er noch Mama.

Montage und Gegenüberstellung der verschiedenen assoziativen Texte und Fotos werden
Erinnerungen und Interpretationen geschichtlicher Ereignisse ihrer Absolutheit und Gewissheit
entkleidet – und dies gilt für den Text und das fotografische Bildnis gleichermaßen.
Insgesamt wurden bis jetzt über 200 Texte eingesandt. Die Form dieser Texte ist sehr unter-



Text von Annemarie Sahloul London / GB

“So frei saß ich nie...”

Mein Vater hatte ein Motorrad, und mein Bruder, und so auch die Burschen die mich am Samstag Abend zum Tanz abholten. Wie schnell mußte man intim sein; es verlangte körperliche Nähe; die Wege waren holprig und der Wind machte die Augen wässrig. Und so schmiegte ich mein Gesicht an die breiten Schultern meines Fahrers, fühlte für eine Weile ohne Scham ein wenig Wärme, ein wenig nahe sein und merkte den fremden Geruch eines anderen Dorfes.

Es war anders auf Vaters alter Puch 150. Der Sitz ohne Federung und ich war es nicht gewohnt meine Arme um Vaters Mitte zu tun. Die Fahrt mit Vater führte mich meistens fort von zu Hause, fort von dort wo ich sein wollte und über die Hügel in ein fremdes Dorf, zu Menschen bei denen ich nicht willkommen war. Oft begann die Fahrt um 5.00 Uhr morgens und ich blickte mit Wehmut zurück auf den Rauch aus dem Rauchfang meines Elternhauses, das im blassen Licht des Morgengrauens immer weiter in die Ferne rückte, während das Motorrad meines Vaters im Vierteltakt die Stille der Landschaft entzweite und mein Herz sich mit Schwermut füllte.

So saß ich nie unbeschwert auf den “Motorradln” meiner frühen Jahre. Ich war nie so sicher, mußte mich immer fest anhalten, mußte meine Arme fest um die Mitte von Vater, Bruder und Liebhaber tun - so frei saß ich nie - ich beneide sie!

schiedlich. Während manche in knappen Worten, in der Art eines Bildtitels, geschrieben wurden, sind andere in Essayform verfasst, und wieder andere lassen den Anspruch einer historiografischen Aufzeichnung erkennen. Als Bild-Text-Montagen von uns zusammengestellt, wurden die entstandenen Erinnerungstableaus in fünf Ausstellungen im Burgenland 1998/99 und im Internet



Text von Isabella Pongracz Oberwart / Österreich

Vor 20, 30 Jahren gab es noch keine Leichenhallen, da wurden die Toten zuhause aufgebahrt; weil es meistens im Schlafzimmer geschah mußten die Angehörigen bei den Nachbarn schlafen.

anonym

Ob dieses Bild das erste Foto dieses Menschen ist?

Ich habe einmal gelesen, ich glaube es war bei Pierre Bourdieu, daß früher oft das erste Foto eines Menschen erst bei seinem Tod gemacht wurde. Der Leichnam wurde entweder ins Atelier des Fotografen gebracht oder der Fotograf kam ins Haus. Das Foto erhielten dann alle nahen Angehörigen des Toten.

Text von Christa Pongratz Oberwart / Österreich

Bei diesem Brauch der Bestattung wurde der totale Abschied genommen. Die Hoffnung, daß der Verstorbene vielleicht doch noch lebt und irgendwann wiederkehrt kam so nicht auf. Bei der heutigen Form passiert dies sehr wohl und verlängert so den Todesschmerz.

Text von Ausstellungsbesucher

Lange, sehr lange dauerte es, bis wir uns getrauten, in solch einem Bett wieder zu schlafen! Die Erinnerung ist mir ab dem 4. Lebensjahr wach geblieben!

ausgestellt. Das Projekt sehen wir als ein *work in progress*. Die Sammlung und Archivierung von anonymen Fotografien und Texten des Erinnerns wird ständig erweitert. Auch Sie können ihre Assoziationen im Internet unter <http://www.t0.or.at/~memoryproject/burgland/bilder.htm> niederschreiben Wien, im Februar 2002, memoryproject@t0.or.at



Text von Karola Fasching Eisenstadt / Österreich

Wir hatten noch keine Waschmaschine als ich gerade ein Jahr alt war. Da wurde die Wäsche im Zuber "bearbeitet".

Dieser stand am Boden der Veranda, gefüllt mit Waschlauge. Ich näherte mich in einem unbeobachteten Augenblick dem Wasser - und fiel hinein. Meine Omi, so erzählte sie mir, fand mich auf dem Rücken treibend und paddelnd. Das war mein erstes Rückenschwimmen. Natürlich war das ganze nicht so lustig, die Aufregung war groß. Ich hatte nämlich auch Laugenwasser geschluckt und mußte - unter Protest - ab ins Bett.

Text von Gerlinde Weisskircher Chorherrn / Österreich

Montag Waschttag. Tag der Verdrängung. Tag der Offenlegung. Tag der Frauen und der frei fließenden Gedanken. Tag der Aggressionen, die sonst mühsam unterdrückt, kanalisiert und rationalisiert werden.

Text von Eduard Dergovics Ausstellungsbesucher

Beim Betrachten dieses Fotos steigt mir heute noch der Laugendampf in die Nase.

Text von Maria Stahl Ausstellungsbesucherin

... und an den Samstagen wurden wir Kinder im Waschzuber gebadet, frische Unterwäsche für alle ...

Charles S. Maier
 HEISSE UND KALTES GEDÄCHTNIS
 Zur politischen Halbwertzeit
 des faschistischen und kommunistischen Gedächtnisses

I

In seinen Reflexionen über das 20. Jahrhundert, *Reflections on a Ravaged Century*, gesteht Robert Conquest, dass er – trotz all seiner schonungslosen Kritik der sowjetischen Greuel – den Holocaust »als weit schlimmer empfindet« als die stalinistischen Verbrechen.¹ Diese unterschiedliche Intensität der Gefühle bildet für historische Erklärungsversuche ein schwieriges Terrain; dennoch sind diese Gefühle wichtig. Zufällig teile ich sie und mit mir viele andere in Europa, Amerika und anderswo, die über Geschichte nachdenken. Der vorliegende Essay fragt nicht nur, warum Robert Conquest so »empfindet«, wie er es tut, sondern auch, warum viele ebenso fühlen, gleichgültig, inwieweit sie das enorme Ausmaß der kommunistischen Verbrechen zuzugeben bereit sind – von absichtlich herbeigeführter Hungersnot und ethnischer Säuberung über Tausende und Abertausende von Justizmorden bis zum Netzwerk von Strafärbeitslagern, in denen Tod durch Unterkühlung und Unterernährung an der Tagesordnung war. Warum also bleibt das Schwarzbuch des Nationalsozialismus im Bewusstsein so vieler, die sich mit der Geschichte des 20. Jahrhunderts beschäftigen, schwärzer als das Schwarzbuch des Kommunismus? Und was besagt dieses Intensitätsgefälle für die zwei Formen historischen Gedächtnisses?²

Natürlich ist schon die Prämisse anfechtbar. Viele bestreiten, dass das Gedächtnis der Naziverbrechen ein noch überwältigenderes Grauen festhält, eine noch dauerhaftere traumatische Qualität besitzt als dies beim Gedächtnis der stalinistischen Verbrechen der Fall ist. Viele Osteuropäer, die den Kommunismus erlebt haben, würden einwenden, dass es sich bei einer derartigen Gewichtung traumatischer Erinnerung in Wirklichkeit um die besondere Sichtweise westlicher Intellektueller handelt, von denen einige jahrzehntelang marxistisch orientiert waren, andere (oftmals dieselben) Juden waren und darum ein Gefühl persönlicher Wehrlosigkeit mit-

brachten, das ihnen den Holocaust als die akutere Bedrohung erscheinen ließ. Dennoch, so glaube ich, lässt sich mit Recht argumentieren, dass das Gedächtnis der Naziverbrechen nicht verblasst ist, aber das der kommunistischen Verbrechen sehr wohl. Vor 1960 waren es die großen Zeugnisse des Antikommunismus – Czeslaw Miloszs *Verführtes Denken*, Arthur Koestlers *Sonnenfinsternis*, die Autobiographien in *Ein Gott, der keiner war* und ebenso die Allegorien, vor allem *1984* und *Farm der Tiere*, die Memoiren und Romane über den Gulag, Nadeschda Mandelstams *Generation ohne Tränen*, Jewgenia Ginsburgs *Gratwanderung* und, am einflussreichsten von allen, die monumentalen Werke von Alexander Solschenizyn –, welche die ideologische Unterdrückung, die Säuberungen und das gigantische Lagersystem des Sowjetkommunismus zu einer ebenso entsetzlichen Greuelthat machten wie die Endlösung. Implizit wurden die beiden Systeme zumindest gleichgesetzt, vor allem in Hannah Arendts *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*. Doch ungeachtet all des literarischen Talents, der Authentizität der Zeugnisse, der Demaskierung fanatischer Ideen und geheimniskrämerischer Paranoia und trotz der unüberbotenen Anzahl der Opfer verblasst der Schrecken, und die Erinnerung versachlicht sich.

Ich habe angeregt, die Qualität dieser Differenz durch die Verwendung der Begriffe heißes und kaltes Gedächtnis zu veranschaulichen. Um eine Metapher aus dem Bereich der Kernphysik zu entlehnen: kollektives Gedächtnis mit einer langen Halbwertszeit – ein Plutonium der Geschichte, das die Landschaft mit seiner destruktiven Strahlung auf Jahrhunderte verseucht – und der weit weniger dauerhafte radioaktive Niederschlag z.B. des Isotops Tritium, der sich relativ schnell verflüchtigt. Im folgenden beschäftige ich mich nicht mit der Frage, welche Erfahrung die entsetzlichere war, sondern welche sich im Gedächtnis als die – historisch, individuell – unauslöschlichere eingepägt hat.

Ich schicke voraus, dass hier nur ein kleiner Teilbereich diskutiert wird. Das Gedächtnis des Totalitarismus im Westen ist nur ein Kapitel in der weltweiten Geschichte von Greuelthaten. Die Probleme einer Aufarbeitung des kollektiven Gedächtnisses in Argentinien und Brasilien, Chile, Guatemala und Südafrika sind gleichfalls erdrückend, und in China und Kambodscha hat eine solche Aufarbeitung bestenfalls gerade begonnen. Die offizielle Türkei hat es stets abgelehnt, sich mit dem Völkermord an den Armeniern auseinanderzusetzen. Japan macht nur schleppende Fortschritt-

te beim Nachdenken über seine Rolle im Zweiten Weltkrieg; und schließlich müssen in Israel und anderen Gesellschaften, wo um die Erinnerung gerungen wird, verschiedene Versionen von Geschichte miteinander konfrontiert werden. Ich habe andernorts dargelegt, dass die »moralischen Narrative« des 20. Jahrhunderts nicht nur die Geschichte des Nazismus und der stalinistischen Regime mit einbegreifen, sondern auch die des Imperialismus und der Entkolonialisierungskriege.³ Primo Levi und Alexander Solschenizyn müssen im Vergleich mit Joseph Conrad, E. M. Forster, Chinua Achebe und jenen Autoren gelesen werden, die sich wie V. S. Naipaul oder Salman Rushdie zwischen verschiedenen Welten bewegen. Bei der Erinnerung an Faschismus und Kommunismus handelt es sich demgemäß um eine sehr ausschnittshafte Vergegenwärtigung erlittener Traumata. Nichtsdestoweniger ist dies unser Erinnern, unser eigenes Gedächtnis.

II

Natürlich ließen sich gleich zu Beginn überzeugende Gründe für das heiße Gedächtnis des Nationalsozialismus und das kalte des Kommunismus nennen. Das nationalsozialistische Regime musste in einem schrecklichen Krieg besiegt werden, den es Europa aufgezwungen hatte.⁴ Die kommunistischen Regierungen haben keinen Weltkrieg vom Zaun gebrochen (auch wenn sie lokalen Konflikten wie dem in Korea Vorschub leisteten). Darum blieben sie auch lange genug bestehen, um in eine mildere Phase übergehen zu können, die Vaclav Havel als Posttotalitarismus bezeichnet hat. So konnte Janos Kadar, der von den Sowjets installiert wurde, um den Aufstand von 1956 zu liquidieren, an der Macht bleiben und die liberalere Epoche des »Gulaschkommunismus« einleiten. Derartige Transformationen stellen örtliche wie ausländische Opponenten vor ein moralisches Problem: Bis zu welchem Grad sollten Zeichen der Liberalisierung akzeptiert und ermutigt werden, und bis zu welchem Grad sollte eine kompromisslose Opposition aufrechterhalten werden? Ferner, wann verrät der Übergang von gewaltförmiger Herrschaftsausübung zu einem manipulativen Umgang mit der Zivilgesellschaft ein Vertrauen darauf, dass die Kontrolle aufrechterhalten werden kann, und wann, dass Kontrolle und Konsens schwächer werden? Gleichgültig, wie die Antworten auf diese Fragen ausfallen – und sie müssen für jedes einzelne Regime und jede einzelne Epoche individuell beantwortet werden – jede dieser Parteidiktaturen,

die in ihre posttotalitäre Phase eintritt, wird eine weit verworrenere historische Erbschaft hinterlassen als ein Regime, das in Flammen untergeht. Außerdem haben viele von jenen, die das alte Regime verwalten, den Glauben verloren; sie haben ein Interesse daran, ihre eigenen Deals zu machen und die historische Trennungslinie zu passieren, ohne hinweggespült zu werden.

Sicherlich, auch weiterhin legen sorgfältige Forschungen die Grausamkeiten kommunistischer Herrschaft bloß. Die zielstrebige Verfolgung linker Konkurrenten durch Moskaus Agenten in Spanien ist weit besser dokumentiert, als Orwells persönliche Erinnerung allein je zu zeigen vermochte. Jan T. Gross' Geschichte der sowjetischen Okkupation des damaligen Ostpolens vom September 1939 bis zum Juni 1941, *Revolution from Abroad* (Princeton 1988), ist eine schonungslose Darstellung von Unterdrückung und Säuberungen. Fiktionale Werke wie Louis de Bernières *Correllis Mandoline* oder die journalistischen Nachforschungen von Nicholas Gage (*Eleni*, 1983) versuchen ihre Leser davon zu überzeugen, dass die griechischen Kommunisten keineswegs nur heldenhafte Widerstandskämpfer waren, die von Churchills militärischer Intervention und einheimischen Kollaborateuren in die Berge vertrieben wurden. In Frankreich gibt es alle zwanzig Jahre eine mächtige Explosion von Anklagen kommunistischer Verbrechen, die nicht nur konservative Kreise, sondern auch die nichtkommunistische Linke schockiert haben: die erste Debatte über die Lager im Jahre 1948 (anlässlich des Prager Putsches), dann wieder 1968 anlässlich der Unterdrückung des Prager Frühlings (und des Films über den Slansky-Prozess, *L'Aveu* (deutsch: *Das Geständnis*), abermals während des höchst publikumswirksamen Auftretens der »Neuen Philosophen« in den frühen 80er Jahren sowie zuletzt beim Erscheinen von Stéphane Courtois' *Schwarzbuch des Kommunismus (Le Livre Noir du Communisme)*, 1997). Dennoch scheinen die Anklagen stets nach ein, zwei Jahren heftiger Debatten an Schärfe einzubüßen. Das liegt nicht etwa daran, dass die Öffentlichkeit die Fakten nicht kannte; es ist nur einfach so, dass die moralische Empörung abkühlt und die stalinistische Vergangenheit entschwindet – trotz der bitteren Erinnerungen der Opfer, des unbestrittenen Rangs der literarischen Denkmäler und trotz der ideologischen Betriebsamkeit von Neokonservativen und Altliberalen. Außerhalb Osteuropas, fürchte ich, muss man die erkaltende Erinnerung an den Gulag erneut entfachen, wenn man die dem Gegenstand angemessene Furcht und Abscheu wiederbele-

ben will. Wir debattieren über Holocaustgedenkstätten und -museen, aber kaum über Gedenkstätten für die Opfer des Stalinismus. Pilger und Touristen besuchen Auschwitz und Dachau, aber nicht Workuta oder Katyn. Professoren können immer noch Bilder von Marx, Engels, Lenin oder Mao in ihren Büros aufhängen, nicht aber von Hitler und Himmler, nicht einmal als Ausdruck postmoderner Ironie.

Nach dem Umbruch von 1989 blieb die Empörung einige Jahre virulent. Die fortgesetzten Enthüllungen über Kollaboration mit der Stasi, die tschechischen Lustrationsverfahren und die Ergebnisse der ersten Wahlen schienen geeignet, die Erinnerungen an den Kommunismus als lebendige moralische Kraftquelle zu bewahren. Aber auch diese Quellen der Empörung versiegen. Postkommunistische Parteien wie die deutsche PDS oder die »Sozialisten« in Polen, Ungarn und Rumänien werden als Konkurrenten um die Macht geduldet, während die Freiheitliche Partei Österreichs oder der französische Front National, wie viele Stimmen sie auch erhalten mögen, bei ihren Gegnern noch immer einen gewissen Abscheu erregen und Interventionen von seiten der Europäischen Union provozieren. Wenn dagegen eines Tages eine Koalition mit PDS-Beteiligung an die Macht käme, würde wohl kaum eine bedeutende Strömung der europäischen Öffentlichkeit Deutschland dafür mit Sanktionen belegen. Die kommunistische Vergangenheit erscheint bemerkenswert unbeschwert und besteht mit einer unglaublichen Leichtigkeit des Seins fort.

III

Betrachten wir genauer, welche Erinnerungen heiß und welche kalt sind. Dabei geht es nicht um das Erinnern des Faschismus im allgemeinen, sondern um das Erinnern des Nationalsozialismus im besonderen, obwohl es hier vielfältige Überschneidungen gibt und es gerechtfertigt sein kann, von einem deutschen Faschismus zu sprechen. Andere faschistische Experimente haben jedoch nicht einen solchen Grad von Abscheu erregt, auch wenn jedweder Wiederholungsversuch zu öffentlichen Demonstrationen und Zusammenstößen führen würde. Die Gründe sind in einem gewissen Maße die gleichen wie im Falle der kommunistischen Regime. Die faschistischen Regime traten in eine Phase der »Normalisierung« ein, wie sie der Nationalsozialismus nur zwischen 1936 und dem Frühjahr 1938 erlebte. Nachdem Franco seine Gegner ins Exil getrieben, ins Gefängnis geworfen

oder exekutiert hatte, lebte er lange genug, um als Gegenleistung für Luftstützpunkte amerikanische Wirtschaftshilfe zu empfangen und die Monarchie zu restaurieren. Gegen Ende der 20er Jahre schien der italienische Faschismus seinen anfänglichen Gewaltcharakter abgelegt zu haben. Hätte der Duce sich nicht auf Hitlers Seite geschlagen, wäre »Tee bei Mussolini« vielleicht eine angemessene Beschreibung geblieben. Mussolinis Gedenktafeln auf das restaurierte italienische Reich des Jahres XIV sind weiterhin auf der Via dei Fori Romani zu sehen; Fellini konnte *Amarcord* als eine geradezu zärtliche Erinnerung an die faschistische Provinz in Rimini drehen; und selbst unzweifelhaft liberale Intellektuelle wie Roberto Vivarelli können heutzutage ihren Enthusiasmus für die Italienische Soziale Republik 1943-1945 eingestehen. Der Versuch des designierten christdemokratischen Ministerpräsidenten, den neofaschistischen MSI (Movimento Sociale Italiano) in seine Koalition aufzunehmen, führte 1960 zu massiven Demonstrationen seitens der Linken und musste aufgegeben werden. Die Beteiligung der Nachfolgepartei Alleanza Nazionale an der Regierungskoalition Silvio Berlusconi nach den Wahlen vom Mai 2001 hat kaum mehr als ein paar lauwarmer und politisch bedeutungslose Proteste provoziert. Die historische Erinnerung an den Faschismus hat keinen Mobilisierungseffekt mehr. Mit der Erinnerung an den Nationalsozialismus verhält es sich jedoch anders.

Vielleicht geht es aber nicht einmal so sehr um die kollektive Erinnerung an den Nationalsozialismus, sondern um den Holocaust bzw. den Holocaust und die Vernichtungslager. (Die Fotos und Wochenschauen von den befreiten Konzentrationslagern im Frühling des Jahres 1945, mit ihren ausgemergelten Gefangenen und ihren Leichenbergen, vermittelten visuelle Eindrücke, für die es auf kommunistischer Seite keine Entsprechung gibt, und die entsprechenden Exponate in den Museen bzw. Lagern haben diese Wirkung nur noch verstärkt.) Viele amerikanische Studenten glauben, die Vereinigten Staaten hätten im Zweiten Weltkrieg in Europa gekämpft, um den Holocaust zu beenden. Angesichts der Ermordung der Juden treten die anderen Verbrechen des Regimes in den Hintergrund. Von Historikern wird immer häufiger behauptet, die »Endlösung« sei in gewissem Sinne das Herzstück des gesamten nationalsozialistischen Unternehmens und das eigentliche Ziel des Regimes gewesen. Dabei handelt es sich um eine höchst subjektive Lesart der Fakten: leicht zu behaupten, schwer zu bestreiten und oft genug bloß eine leere rhetorische Floskel vom Typ:

»Im Nationalsozialismus ging es vor allem um die Vernichtung der Juden« oder »Letztlich...« oder »In letzter Instanz...«. Allerdings haben sich die historischen und populären Interpretationen dessen, was der Nationalsozialismus »wirklich« oder »letztlich« war, im Laufe der Zeit verändert. In der Zeit nach 1945 (und vielleicht noch bis heute aus britischer Perspektive) erschien zunächst der Eroberungskrieg das Hauptmerkmal des Nationalsozialismus; die Interpreten der 60er Jahre betonten vor allem seine konterrevolutionäre Zerschlagung von Demokratie und Sozialismus. Dann konzentrierte sich die Forschung auf das »univers concentrationnaire« als zentralen Aspekt, von David Rousset bis hin zu den Forschern des Münchner Instituts für Zeitgeschichte, von dessen früherer Leitung bis hin zu Wolfgang Sofsky; in jüngster Zeit schließlich haben seine Projekte über Völkermord alle anderen Aspekte an den Rand gedrängt.⁵ Es stellt sich demnach die Frage, ob nicht das heiße Gedächtnis des Nationalsozialismus letztlich nur die Konsequenz der Tatsache ist, dass der Holocaust für das Gedächtnis des Jahrhunderts so zentral geworden ist, gewissermaßen als Signatur der jüngsten Geschichte. Die Politik des Völkermords, die visuell aufgezeichnete Grausamkeit, das »univers concentrationnaire« haben dem Nationalsozialismus eine lange politische Halbwertszeit verschafft. Dennoch bleibt weiterhin die Frage bestehen, warum der Archipel Gulag keine ebenso tiefgehende innere Wirkung hat.

IV

Welche Erklärungen könnte es hierfür geben? Könnte man die unterschiedlichen Wirkungen einer gelungenen Identitätspolitik zuschreiben? Es gibt zwei mögliche Herangehensweisen, wenn wir uns über den Unterschied zwischen dem Gedächtnis des Nationalsozialismus und dem des Kommunismus klar werden wollen. Die eine konzentriert sich auf diejenigen, die sich erinnern, die andere auf das, was erinnert wird. Das moderne historische Gedächtnis ist niemals universell. Es mag angebracht sein, von »Gedächtnisgemeinschaften« zu sprechen, deren kollektive Identität sich auf der Grundlage einer gemeinsamen historischen Erinnerung konstituiert, wobei sich diese Gemeinsamkeit oft aus der kollektiv erlittenen Opferrolle herleitet. Die Gedächtnisgemeinschaften derer, die unter dem Nationalsozialismus litten, sind nicht die gleichen wie die derjenigen, die unter den Kommunisten zu leiden hatten. Die Deutschen hielten West-

und Osteuropa besetzt, während die Sowjets ihr Regime nur Russland und Osteuropa aufzwingen. Juden und Nichtjuden erlitten ein unterschiedliches Schicksal. Es ist nicht so, dass Gedächtnisgemeinschaften keinerlei Empathie für die Opfer anderer Gemeinschaften aufbrächten. Häufig kam diese Einfühlung jedoch langsam und verspätet zustande, oft war sie eher eine verstandesmäßige Anerkennung von Tatsachen als ein Ausdruck echten Mitgefühls. Die Phrase »Ich kann Ihren Schmerz nachfühlen« meint oft nur: Ich räume ein, dass auch Sie Schmerz erlitten haben. Jan T. Gross' jüngst erschienene Studie über Jedwabne, *Neighbors*, – genauer: die Reaktionen darauf, wie überhaupt die Reaktionen seit dem Pogrom von 1946 in Kielce – ist nur das jüngste Beispiel dafür, wie schwer es jeder Gedächtnisgemeinschaft fällt, sich wirklich einzugestehen, dass andere ebenso schmerzlich gelitten haben.

Die Gemeinschaften, die sich über die Erinnerung an den Nationalsozialismus gebildet haben, mögen gegenüber den auf den Kommunismus bezogenen gewisse materielle Vorteile haben. Immerhin gibt es Anreize, die die erstere Gedächtnisgemeinschaft am Leben hält. So hat die deutsche Regierung über viele Jahre hinweg Reparationen an den Staat Israel, an einzelne Juden, zuletzt an sogenannte »Sklavenarbeiter« aus Osteuropa gezahlt. Orte des Gedenkens wurden geschaffen – in Deutschland, in Israel, in Washington D.C. und anderswo in den Vereinigten Staaten, kürzlich in Wien, und in vielen anderen Städten. Das Berliner Mahnmahl wurde zum Gegenstand einer endlosen Debatte und immer wieder vorwegnehmend in Augenschein genommen. Kurz, ein ganzes Netzwerk von *Lieux de mémoire*, Gedächtnisorten, trägt dazu bei, die Gedächtnisgemeinschaft des Nationalsozialismus aufrechtzuerhalten. Übernimmt man die Sichtweise jener, die dieser Gemeinschaft kritisch gegenüberstehen – erst kürzlich und besonders krass Norman Finkelstein, doch auch andere, die gelegentlich in der Schweiz, in Österreich und anderswo eine Tribüne finden –, so sind es tatsächlich die zur Verfügung gestellten materiellen Anreize, die eine sehr egoistische Gruppe von professionellen Erinnerern ernähren: die sogenannte Holocaust-Industrie. Tatsächlich ist vorgesehen, das Hauptquartier der amerikanischen Mächtigen-Nazis (Aryan Nation) in Idaho in ein Museum für Toleranz umzuwandeln.

Bis heute gibt es keinerlei vergleichbare Anreize für jene, die sich dem Gedächtnis des Kommunismus widmen. Zugegeben, in Polen gibt es einige öffentliche Mahnmale für die Opfer der Unterdrückung; es existieren

ferner Denkmäler für jene, die nach 1945 in den weiter verwendeten Konzentrationslagern Sachsenhausen und Buchenwald von den Sowjets interniert wurden, was angesichts der bedeutenden Rolle dieser Lager in der Zeit von 1933 bis 1945 natürlich Kontroversen hervorrief. Dann sind da noch die finanziell schlecht ausgestatteten Museen, die die Stasi-Repression dokumentieren (wie das Runde Eck in Leipzig) und von den Überbleibseln der Bürgerrechtsbewegung von 1989 unterhalten werden. Überdies fand sich keine staatliche Behörde zur Zahlung von Reparationen bereit. Aber wie auch? Meines Wissens wurde weder den ehemaligen Gefangenen noch ihren Familienangehörigen ein Rechtsanspruch gegenüber den Nachfolgeregerungen eingeräumt.

Dennoch glaube ich nicht, dass es die materiellen Anreize sind, die die auf den Nationalsozialismus bezogene Erinnerungsgemeinschaft einheitlicher und aktiver auftreten lässt als jene, die sich auf den Kommunismus bezieht. Auch sind es nicht soziale Faktoren, die den Unterschied begründen – jedenfalls nicht die soziale Struktur dieser Gemeinschaften unmittelbar. Sie haben sich nicht selbst als Opfer organisiert; vielmehr ist es das Wesen der Ideologie und des Regimes selbst, das solche Opfergruppen schafft. Ein ausschlaggebender Grund, warum die Erinnerung an den Nationalsozialismus über eine längere Halbwertszeit verfügt, ist der, dass die anvisierte Gruppe der Opfer weniger diffus bzw. sehr viel »organischer« ausfiel. Der Holocaust war nicht bloß eine ethnische Säuberung, er kann nicht verglichen werden mit der sinnlosen Verschleppung der Krimtataren ins Landesinnere, nicht einmal mit dem Verhungern eines großen Teils der ukrainischen Bevölkerung. Hierin liegt meiner Meinung nach ein entscheidender Grund für die Diskrepanz von heißem und kaltem Gedächtnis. »Real stories about real peoples« – im vorliegenden Fall geht es jedoch nicht um den Kauf einer Lebensversicherung wie in dem amerikanischen Werbespot gleichen Titels, sondern darum, dass Menschen gejagt, deportiert, erniedrigt und ermordet wurden.

Wenn man den gezielten Terror der nazistischen Politik des Völkermords dem stochastischen Terror des Stalinismus gegenüberstellt, handelte sich beim letzteren um einen willkürlichen Terror, der zwar im ganzen gesehen vorhersehbar war, nicht aber für die einzelnen Opfer. Keiner konnte vorhersagen, wer als nächster als Schädling oder Verschwörer entlarvt werden würde. Im Falle des Nationalsozialismus handelte es sich dagegen um gezielten Terror, weil er seine Opfer anhand eindeutig be-

stimmbarer Eigenschaften aussortierte: aufgrund ihrer politischen Bindungen, wenn praktiziert, und vor allem natürlich wegen ihrer Ethnizität, wie im Falle der Juden, die längst als fremd und parasitär gebrandmarkt worden waren. Es gibt Gesellschaften, in denen der gezielte Terror sich gegen religiöse oder verwandte Loyalitäten richtet, wie in Ulster oder Indien, gegen angebliche ethnische Unterschiede, wie in Ruanda, und wieder andere Gesellschaften, wo der Terror sich an politischen und klassenspezifischen Unterschieden festmacht, wie in Südafrika und Mittelamerika. In einigen Fällen koexistieren gezielter und willkürlicher Terror nebeneinander. Die Roten Khmer ermordeten alle Vietnamesen, deren sie in Kambodscha habhaft werden konnten, zugleich führten sie ihre Schläge gegen eine gewaltige, unbestimmte Anzahl von Kambodschanern.⁶ Dennoch hat der stochastische Terror eine kürzere Halbwertszeit. Es ist einzig der gezielte Terror, der – so meine These – ein heißes Gedächtnis hinterlässt.

V

Schließlich gibt es noch einen weiteren Grund, der das Gedächtnis des Nationalsozialismus und des Völkermords nicht erkalten lässt: die Mittäterschaft. Sehr wenige von uns sind Täter, und wir können uns selbst nicht in dieser Rolle vorstellen. Doch die meisten nachdenklichen Europäer und auch Amerikaner können sich in der Rolle des Zuschauers vorstellen. Es war dies eine der wichtigsten historischen Rollen, die das 20. Jahrhundert zu vergeben hatte, auch wenn dieser Aspekt nur in einigen wenigen systematischen Geschichtswerken erforscht worden ist.⁷ Die Geschichte des Nationalsozialismus verlangt vom Historiker nicht, wie oftmals behauptet, die Psyche des Täters zu erforschen, sondern jene Institutionen zu verstehen, die uns zu Zuschauern degradieren. Natürlich ist Mittäterschaft auch ein Thema in der Geschichte der kommunistischen Systeme. Abermals ist Havel mit einer treffenden Allegorie bei der Hand: der des Ladenbesitzers, der sich der Parteilinie unterwirft, indem er einen Parteislogan ins Schaufenster hängt. Dieser Art von Komplizität fielen in der sogenannten posttotalitären Phase keine Menschen mehr zum Opfer. In einem früheren Jahrzehnt konnte der Sowjetbürger nicht wissen, wer als nächster verhaftet werden würde. Der Terror schlug willkürlich zu, ohne offensichtlichen Grund. Der Nationalsozialismus dagegen machte unmissver-

ständig klar, wer entfernt, deportiert und zum Verschwinden gebracht werden sollte. Die Nazivergangenheit und andere zurückliegende Völkermorde stellen jeden vor die Frage, wie er selbst gehandelt hätte. Die Frage, die in unseren Holocaustmuseen, bei unseren Besuchen von Konzentrationslagern oder beim Nachdenken über jenes kleine Nebengleis am Bahnhof Grunewald stets wiederkehrt, ist nicht: Wäre ich selbst ein Nazi gewesen, oder in Ruanda einer von denen, die die Machete schwingen, oder in Bosnien Mitglied einer Todesschwadron? Die Frage ist vielmehr: Hätte ich denen gegenüber, die kamen, um zu verhaften, oder die einen Mob anführten, um zu lynchen, den Mut aufgebracht zu sagen: »Hört auf, lasst sie in Ruhe, was ihr tut, ist böse«? Die meisten von uns befürchten, wie ich glaube, dass die Antwort negativ ausfiele. Es ist diese fast universelle Frage, die das Gedenken des Nationalsozialismus aufwirft, und es ist eben diese Frage, die unser historisches Gedächtnis weniger statisch als vielmehr unendlich erneuerungsfähig sein lässt. Jede Generation kann die Erfahrung des Nationalsozialismus dazu benutzen, um sich selbst diese Frage vorzulegen. Das heiße Gedächtnis beschäftigt so viele von uns – nicht, weil wir böse sind, sondern weil unser Mut begrenzt ist.

Die kommunistische Vergangenheit brachte weniger qualvolle Gewissensprüfungen mit sich. Nur bei wenigen der früheren Kommunisten (in den USA gewöhnlich als »Ex-Kommunisten« bezeichnet) lässt sich ein Gefühl der Scham feststellen. Vielmehr scheinen sie ihren früheren Fanatismus oft als eine Art Lernerfahrung interpretieren zu wollen. Oftmals verbunden mit einem eigentümlichen Mangel an persönlicher Reue, suchen sie statt dessen die Schuld bei den Intellektuellen, die sie nicht in ihren bitteren Anklagen gegen ein System unterstützen, dem sie gedient hatten. Im allgemeinen vertreten die früheren Kommunisten ihre neue Haltung mit nicht weniger Überzeugung als ihre alte. Ihre einstige Befürwortung einer mörderischen Politik ließ sie keineswegs zu der Einsicht gelangen, jetzt sei vielleicht ein wenig Schweigen und Zurückhaltung angebracht. Die zentrale Bedeutung des Antisemitismus führte hingegen – langsam zwar, aber deutlich – zu einem hohen Maß an Scham; ich wähle diesen Ausdruck in Ermangelung eines besseren. Havel beschäftigt sich eingehend mit jenen, die der kommunistischen Macht nicht die Wahrheit entgegenhielten. Sie alle trugen dazu bei, dass das System sich halten konnte; doch hatten sie nicht das Gefühl, ihm dabei geholfen zu haben, unschuldige Menschen zu liquidieren.

Bei der Betrachtung der Nachwirkungen von Greueln spielt der Begriff der Scham eine bedeutende Rolle. In ihrem Bemühen um nachholende Gerechtigkeit gebraucht die neuere juristische Literatur diesen Begriff anstelle von direkten Schuldzuweisungen. Welche Konsequenzen sollte das tatenlose Zuschauen (bei Greueln) haben? Scham beinhaltet ein sehr persönliches Gefühl, ein Vergehen begangen zu haben, nicht bloß abstrakt, sondern gegenüber einer ganz konkreten Person, etwa dem Nachbarn oder einem Familienmitglied – ein Gefühl des Verrats, der Untreue. In der ersten Generation ist dieses Gefühl jedoch selten anzutreffen. Jene, die passiv geblieben waren, haben nach dem Sturz des diskreditierten Regimes oft mit Ressentiments auf die moralischen Ansprüche jener reagiert, die Widerstand geleistet hatten oder ins Exil gegangen waren. Eine solche Gegenreaktion war die Basis der italienischen »Uomo Qualunque« (»Jedermann«)-Bewegung von 1946. Viele Deutsche nahmen an Thomas Mann, später an Willy Brandt Anstoß. Scham wächst mit der Zeit. Gegenwärtig widerstrebt es Serben und Hutus, sich mit ihren Terrormaßnahmen auseinanderzusetzen; es steht jedoch zu hoffen, dass allmählich eine – zugegebenermaßen schmerzvolle – Neubewertung einsetzen wird.⁸ Kein reuiger Linksintellektueller hat ein Gefühl des Verrats entwickelt, und die Verantwortung, zu der sich unsere Führer von Nixon bis Bush so gern bekennen, ist nicht selten wohlfeil. Scham aber ist bedrückend. Das Gedächtnis an den Nationalsozialismus zentriert sich in Deutschland meiner Meinung nach um das Bewusstsein der Komplizität, der Mittäterschaft. Kinder und Enkelkinder empfinden Scham, aber nicht Schuld.

Nun ist es keineswegs so, dass es im kommunistischen System keine Scham gäbe. Scham resultiert aus einem Gefühl des Verrats – eines Verrats an Gott, am Nachbarn oder an einer Sache. Das weitverbreitete Gefühl der Mittäterschaft, das die Zusammenarbeit mit der Stasi hinterließ, musste ein Schamgefühl provozieren. Bei denjenigen, die tatsächlich kollaborierten, hat es in der Tat ein Gefühl der Komplizenschaft hinterlassen. Diejenigen, die nicht kollaborierten, empfanden jedoch keinerlei Notwendigkeit zu dem Bekenntnis, sie selbst hätten ebenso gehandelt: Schließlich lebten sie unter dem Regime, wurden auf die Probe gestellt und blieben unkorrupt.

So paradox es ist, aber das System, das noch immer vielen von uns als das bössere erscheint, dem auch die wenigsten von uns (dem jetzigen Empfinden nach) gefolgt wären, ist tatsächlich dasjenige, dessen Gedächtnis uns existentiell auf die Probe stellt. Denn das »Gedächtnis« des Faschis-

mus fordert uns nicht dazu auf, uns zu fragen, ob wir Faschisten, sondern ob wir Antifaschisten gewesen wären – und die Antwort ist oft ein beunruhigendes »Nein«. Der Kommunismus hat seinen Zuschauern eine weniger schmerzliche Frage gestellt. Sie hatten mit weniger Schande zu leben, vorausgesetzt, sie ließen sich nicht auf einen Teufelspakt mit den Sicherheitsorganen ein.

Am Ende, fürchte ich, habe ich weniger vergleichende Geschichte präsentiert als vielmehr eine höchst spekulative Hypothese, die uns von der Geschichtswissenschaft zur Psychologie und zur Reflexion über Moral führt. Wie dem auch sei; wenn wir Paul Ricoeurs Überlegungen zu Gedächtnis und Geschichte folgen, so sollten die Historiker ihre Leser von der Melancholie zur Trauer führen, von einem Schwelgen in süßer Traurigkeit zu einer energischen Aufarbeitung des eingetretenen Verlustes. Vielleicht lassen sich meine Ausführungen als ein Beitrag zu genau dieser Anstrengung deuten.

Aus dem Englischen von Reinhard Brenneke

Anmerkungen

- 1 Robert Conquest, *Reflections on a Ravaged Century*, New York 1999, S. xii.
- 2 Man möge mir nachsehen, dass ich mich um der Sache willen nicht auf die Verästelungen der akademischen Unterscheidungen zwischen Geschichte und Gedächtnis einlasse. Ich beziehe mich hier ziemlich grob auf das Bild der vergangenen Ereignisse – teilweise sozial konstruiert, teilweise rekonstruiert, manchmal geteilt, oft umstritten und bestehend aus individueller Erinnerung oder Familienüberlieferung, aus persönlich Erlebtem oder historischen Analysen und Narrativen, die zusammen genommen dazu beitragen, die Gruppenzugehörigkeit und politische Bindung des einzelnen zu bilden.
- 3 Vgl. Charles S. Maier, »Consigning the Twentieth Century to History: Alternative Narratives for the Modern Era«, in: *American Historical Review*, Bd. 165, Nr. 3 (Juni 2000), S. 807-831.
- 4 Die einzige mir bekannte Projektion eines Nachkriegs-Nazismus ist David Harris' Kriminalroman *Fatherland*, der 1962 in einem von einem alternden Hitler regierten Nazi-Europa spielt, dessen Reich einen fortdauernden Kampf gegen hartnäckigen Widerstand leistende Kräfte im Ural führt und alle Juden liquidiert hat.
- 5 David Rousset, *L'univers concentrationnaire*, Paris, 1946; Eugen Kogon, *Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager*, 13. Aufl., München, 1950; Hans Buchheim u.a., *Anatomie des SS-Staates*, 2 Bde., München 1967; Wolfgang Sofsky, *Die Ordnung des Terrors. Das Konzentrationslager*, Frankfurt a.M. 1993.
- 6 Patrick Raszelenberg, »The Khmer Rouge and the Final Solution«, in: *History & Memory*, Bd. 11, Nr. 2 (Fall/Winter 1999), S. 62-93.
- 7 Eine bedeutende Ausnahme ist Gordon Horvitz, *In the Shadow of Death: Living outside the Gates of Mauthausen*, New York 1990. Vgl. auch Raoul Hilberg, *Perpetrators Victims Bystanders: The Jewish Catastrophe, 1933-1945*, New York 1992.
- 8 Mark A. Drumbl, »Punishment, Postgenocide: From Guilt to Shame to Civis in Rwanda«, in: *New York University Law Review*, Bd. 75, Nr. 5 (November 2000), S. 1221-1326.

Aviezer Ravitzky

DER EINFLUSS DES HOLOCAUST AUF DAS ZEITGE-
NÖSSISCHE JÜDISCHE ORTHODOXE DENKEN*

Die meisten jüdischen religiösen Diskussionen über den Holocaust befassen sich mit dem Problem des Glaubens nach dem Ereignis. Wie kann man nach dem Holocaust noch ungebrochen an einen Gott glauben, der doch allmächtig, allwissend und gerecht ist? Kann man noch an der göttlichen Vorsehung und der Allgegenwärtigkeit Gottes festhalten? Kann man noch glauben, dass Gott das jüdische Volk auserwählte, um die göttliche Botschaft zu verbreiten? Die Mehrzahl der Untersuchungen auf dem Gebiet der jüdischen Theologie, die sich um eine Antwort auf den Holocaust bemühen, sind diesen Fragen gewidmet.

Ich möchte hier einen etwas esoterischeren Aspekt der religiösen Antworten auf den Holocaust erörtern, nämlich welche Veränderungen bestimmte religiöse Schlüsselbegriffe nach dem Ereignis und als Reaktion auf es erfahren haben. Wie sehen die Juden seitdem die Beziehung Gottes zur Geschichte? In welchem Maße hat der Holocaust den Gottesbegriff verändert? Ich werde mich hier nicht mit expliziten Erklärungen, sondern mit impliziten Zusammenhängen befassen. Mir geht es um die allgemeinere Frage, wie das Gedächtnis die Theologie zu beeinflussen vermag. Dabei werde ich mich auf drei zentrale Begriffe des Judentums konzentrieren: die Erlösung, die Offenbarung und die Schöpfung.

In jüngerer Zeit sind zwei neue messianische Bewegungen entstanden, welche für die jüdische Vorstellung von der Erlösung von Bedeutung sind, und ich möchte zeigen, dass diese Bewegungen ohne den Holocaust nicht zu verstehen sind. Danach möchte ich der impliziten Transformation nachgehen, die der Begriff der göttlichen Offenbarung erfahren hat, als die Juden, insbesondere ultraorthodoxe Juden, zu behaupten begannen, der Gott Israels offenbare sich nicht nur im Licht und in der Erlösung, sondern

* Der Druckfassung liegt ein mündlicher Vortrag zugrunde, den der Autor am 11.03.2001 auf der vom IWM veranstalteten Konferenz *Das Gedächtnis des Jahrhunderts* gehalten hat. Die Transkription wurde von Abigail Gillman, Boston University, kollationiert und redigiert.

auch in der Dunkelheit, im Leiden und im Grauen. Abschließend werde ich zu beschreiben versuchen, wie die tiefe Enttäuschung über die Menschheit nach der Erfahrung des Holocaust manche Denker dazu verleitet hat, Menschen zu dämonisieren, die keiner Religion anhängen oder die die jüdischen Gesetze ignorieren.

I

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts bildeten sich innerhalb der jüdischen Gemeinschaft zwei messianische Bewegungen – ein Phänomen, das seit dem 17. Jahrhundert nicht mehr vorgekommen war. Dabei handelt es sich um den messianischen religiösen Zionismus des Rabbi Zwi Jehuda Kook und seiner Anhänger (ein eigener Zweig innerhalb des religiösen Zionismus) und den ultraorthodoxen Lubawitscher Chassidismus. Das ist um so bemerkenswerter, als nach dem Scheitern der sabbatianischen Bewegung im 17. Jahrhundert jüdische Gelehrte und Führer kaum mehr bereit waren, messianische Bewegungen anzuerkennen, geschweige denn sie zu organisieren. Die beiden neuen messianischen Bewegungen sind sehr unterschiedlicher Natur. Die messianischen religiösen Zionisten gründen ihren Glauben auf die jüdische nationale Wiedergeburt im Lande Israel. Sie sehen in der Periode von der Balfour-Deklaration von 1917 über die Gründung des Staates Israel (1948) und den nahezu biblischen Sieg über die Araber von 1967 bis hin zur Einwanderung von einer Million Juden aus der ehemaligen Sowjetunion am Ende des letzten Jahrhunderts einen unaufhaltsamen messianischen Prozess, der schließlich zur Erlösung der gesamten Welt führen wird. Die zweite Gruppe, die ultraorthodoxen Lubawitscher Chassidim, sind paradoxerweise universalistischer als die Anhänger des Rabbi Kook. Sie verstehen zahlreiche Phänomene nach dem Holocaust – etwa den Zusammenbruch dessen, was sie das »atheistische kommunistische Imperium« nennen, die ethische Läuterung, welche die Menschheit in ihren Augen erfährt, und zahlreiche andere Phänomene innerhalb des Judentums als messianische Manifestationen, die die endgültige universelle Erlösung vorwegnehmen.

Interessant ist hier, dass der historischen Wirklichkeit – der jüdischen und der nichtjüdischen – ein messianisches Potential erwächst. Dies ist insofern erstaunlich, als den Untersuchungen messianischer Phänomene zufolge messianische Bewegtheit fast immer aus Entbehrung, Unterdrück-

kung oder Verfolgungen resultiert. Der Messianismus, ob es sich nun um die islamische, christliche oder jüdische Spielart handelt, drückt immer eine Hoffnung aus – wider die Wirklichkeit, wider das Gefühl historischen Unheils –, er ist eine Antithese zur Welt, wie sie ist. Die beiden neuen Bewegungen leben hingegen aus der Realität, aus dem Gefühl, die Geschichte sei uns nun gewogen und die Spuren des Messias seien in der eigenen Gegenwart erkennbar.

In welchem Zusammenhang stehen diese Entwicklungen zum Holocaust? Zunächst möchte ich über den messianischen religiösen Zionismus sprechen. Im klassischen Judentum stellt die Verbindung zwischen Zerstörung und Aufbau, Trauma und Wiedergeburt einen zentralen Wert dar. Der Holocaust und die Gründung des Staates Israel verliehen diesem Wert noch größere Bedeutung. Er hat sich kristallisiert in der Verknüpfung jener beiden historischen Ereignisse der Zerstörung und des darauffolgenden Aufbaus. In Israel ist jedes Kind mit diesem Bild vertraut. Problematisch wird es jedoch, wenn man diese Idee aus einer religiösen Perspektive betrachtet. Kann die Errichtung eines politischen Gemeinwesens, eines Staates, wie prosperierend und erfolgreich er auch sein mag, ein Ereignis wie den Holocaust ausgleichen? Kann sie dem Holocaust im nachhinein einen religiösen, einen existentiellen Sinn verleihen? Wenn der Staat Israel, wie ich glaube, ein positives politisches und historisches, nicht aber ein theologisches, messianisches Phänomen darstellt, kann er keinen Ausweg aus dem religiösen Chaos bieten, das die kollektive Ermordung des europäischen Judentums heraufbeschworen hat. Zwischen Zerstörung und Aufbau besteht keine Symmetrie. Wenn man aber den Holocaust als dämonische Katastrophe interpretiert und die darauf erfolgte Wiederbelebung als messianische Erlösung, kann man sehr wohl eine Art theologischer und existentieller Symmetrie oder Balance behaupten. Wie tief und unermesslich das Unheil auch gewesen sein mag, wie unerträglich, dass Gott sich verbarg, wie er es nie zuvor getan hatte, so waren doch auch die darauffolgende Wiederherstellung und die Offenbarung des göttlichen Antlitzes ebenfalls beispiellos und endgültig. In welche Tiefe wir durch diesen satanischen Fall auch gerissen worden sein mögen, die messianische Erlösung hat uns wieder aufgerichtet. So wird in unserem Bewusstsein eine theologische und psychologische Symmetrie geschaffen, durch die gleichsam die Krise des Holocaust überwunden werden kann.

Dies bietet in meinen Augen eine Erklärung, warum der messianische

Zionismus in bedeutenden jüdisch-religiösen Kreisen unserer Zeit auf ein solches Interesse gestoßen ist. Zudem muss man sich vergegenwärtigen, dass die Juden neunzehn Jahrhunderte lang dafür gebetet und davon geträumt haben, in das Land ihrer Vorfahren zurückzukehren. Und sie träumten dabei von einer makellosen, vollkommenen Rückkehr: Eines Tages würde das gesamte Volk das gesamte Land in Besitz nehmen; es würde einen vollkommenen Frieden geben, und alle würden ihre Schwerter zu Pflugscharen machen; es würde eine perfekte Ethik herrschen, und alle menschlichen und göttlichen Pläne würden sich erfüllen. Und dann kamen plötzlich die Zionisten und ermöglichten eine partielle, eine fragmentierte Rückkehr: Teile des jüdischen Volkes sind in Teile des Landes zurückgekehrt; die moralischen Fragen sind keineswegs gelöst; und wenn überhaupt ein Friedensvertrag erzielt wird, so wird es ein Kompromiss zwischen Camp David und Oslo sein, grau, partiell und um einen gewissen Preis.

Wer der klassischen jüdischen Denkungsart verhaftet ist, mag sich fragen, welche Funktion der Zionismus besitzt. Zerstört er nicht den Traum von einer perfekten Rückkehr? Ist der Kompromiss, den der Zionismus eingeht, legitim? Ganz anders sieht es jedoch aus, wenn man die gegenwärtige Rückkehr als ersten Schritt auf dem Weg zur endgültigen Erlösung sieht. Darin kann ein erster Ausgleich der furchtbaren Vernichtung liegen. Mit anderen Worten, nur wenn der Staat Israel als eine erlösende Rückkehr verstanden wird, kann er den Holocaust gewissermaßen kompensieren.

Einen ähnlichen Bedeutungswandel haben die Lubawitscher Chassidim der klassischen jüdischen Vorstellung von Erlösung angedeihen lassen. Hier ist der Zusammenhang zwischen dem Holocaust und der messianischen Interpretation der Gegenwart explizit. Zum ersten Mal findet er sich in den Schriften des Lubawitscher Rabbiners Joseph Isaac Schneersohn, der sich vor dem Holocaust in die USA zu retten vermochte. Er schrieb sogar schon während des Holocaust, dass eine messianische Interpretation die einzig mögliche Erklärung für diese Katastrophe sei. »Israel hat nun den furchtbaren Höhepunkt seines Leids erreicht; das Volk Israel hat die Geburtswehen des Messias erfahren. Daher muss der Tag der Erlösung nahe sein. Dies ist die einzige wahre Antwort auf die Zerstörung der Welt und die Qualen der Juden. Macht euch bereit«, ruft er seinen Anhängern zu, »macht euch bereit für die baldige Erlösung. Bald, schon sehr bald. Der

gerechte Erlöser nähert sich schon unserem Fenster, und wir haben nur wenig Zeit, um uns auf ihn vorzubereiten.« Nach seinem Tod im Jahre 1949, vier Jahre nach dem Holocaust, war der gerechte Erlöser noch immer nicht gekommen. Doch es gelang dem Schwiegersohn und Nachfolger, Rabbi Menachem Mendel Schneerson, an die messianische Botschaft seines Vorgängers anzuknüpfen. Allerdings mit einer wesentlichen Modifikation: Während die messianische Erweckung zur Zeit des Holocaust sich auf Leiden, Verfolgung und Unheil gründete – durchweg Elemente, die zu messianischen Bewegungen gehören –, lieferte nunmehr der Zusammenbruch des Kommunismus bzw. die Rettung von fünf Millionen Juden in das Heilige Land den Beweis dafür, dass wir in einer messianischen Periode leben (diese Chassidim sprechen nicht vom Staate Israel, sondern vom Heiligen Land). Der Wandel besteht darin, dass in diesem späteren Stadium der Messias kommt, weil seine Spuren sich *in* der Geschichte manifestieren, nicht *trotz* der Geschichte oder *gegen* die Geschichte. Diese Vorstellung wird durch folgendes Beispiel eindringlich illustriert: Als während des Golfkrieges jeder Israeli sich auf einen Giftgasangriff einstellen musste, befahl der Lubawitscher Rabbi den Chassidim, die Gasmasken nicht aufzusetzen. Seinen treuen Schülern versprach er, Gott werde die Bewohner des Heiligen Landes beschützen und ihnen Zuflucht gewähren. Auch forderte der Rabbi seine Anhänger außerhalb des Landes auf, Israel trotz des drohenden Krieges zu besuchen, gleichzeitig verbot er jenen, die im Lande wohnen, es zu verlassen. Da wir bereits in einem messianischen Zeitalter leben, erklärte er, würde kein Jude je wieder durch Gas sterben. Ich zitiere: »Es liegt auf der Hand, dass nach dem Holocaust nicht ein zweites Mal ein Unglück hereinbrechen wird. Auf keinen Fall, Gott verhüte! Im Gegenteil, nur Güte und Erbarmen werden herrschen. Die Güte wird sich allen Kindern Israels offenbaren, wo immer sie sein mögen. Güte, so betone ich, die man fühlt und die sich manifestiert.« Für den Rabbi ist es nicht der Staat Israel an sich, sondern die historische Periode, die neue Situation sowohl in nationaler als auch in allgemeiner Hinsicht, welche in der messianischen Deutung die Katastrophe des Holocaust gewissermaßen wiedergutzumachen vermag.

II

Auf dem Gebiet der Theologie haben sich die hier dargestellten Bewegungen beide in eine erstaunliche Richtung entwickelt. Ich habe aufzuzeigen versucht, inwiefern der erlöserische religiöse Zionismus und der ultraorthodoxe Lubawitscher Chassidismus messianische Bewegungen darstellen; sie sind tatsächlich die einzigen Bewegungen dieser Art im gegenwärtigen Judentum. Sie stellen aber auch jene religiösen Hauptströmungen im gegenwärtigen Judaismus dar, die theologisch gesehen eine pantheistische Einstellung einnehmen. In ihrem Verständnis ist Gott nicht transzendent, nicht außerhalb des Kosmos angesiedelt, sie glauben vielmehr an seine immanente Präsenz. Die ganze Welt ist vom Ruhm seines göttlichen Reiches erfüllt. Was macht dieses Zusammenfallen von Pantheismus und Messianismus so erstaunlich? Normalerweise würde man annehmen, dass eine pantheistische Überzeugung – die Vorstellung, die ganze Welt sei von Gottes Präsenz durchdrungen und das eigene Wesen, Körper und Seele, von Gottes Herrlichkeit erfüllt –, dass eine solche Glaubensüberzeugung die Geschichte neutralisieren würde. Wenn Gott dem Kosmos innewohnt, braucht er sich nicht durch eine transzendente Intervention in der Zukunft zu offenbaren. Wenn Gott immer schon im Geiste jedes Individuums anwesend ist, sollte der Fokus der religiösen Aufmerksamkeit psychologischer und nicht kollektiver, sollte er kosmischer und nicht historischer Natur sein.

Es gibt allerdings noch eine andere Möglichkeit. Angenommen, im Herzen des Gläubigen hätte sich aus verschiedenen Gründen eine neue Empfänglichkeit gegenüber der Geschichte entwickelt, eine neue Aufmerksamkeit gegenüber dem Wandel in der Zeit. Würde dies nicht die Bühne des religiösen Dramas ausweiten? Dürfte man dann nicht auch erwarten, dass sich Immanenz, Heiligkeit und Erfüllung in der Geschichte manifestieren? Mit anderen Worten, wird der Gläubige nicht davon ausgehen, einer erlösten, harmonischen Welt zu begegnen? Ist es nicht so, dass schließlich dieser Glaube an ein von Gott durchdrungenes Universum, in dessen Zeichen die modernen Sensibilitäten für die Geschichte jetzt vereinigt sind, seiner inneren Logik nach ein Bewusstsein von gegenwärtiger Erlösung und Erfüllung nahelegt? Denn aus einer solchen Sicht ist die Erlösung der natürliche Zustand! Wenn die göttliche Güte nicht nur die kosmische Realität, sondern auch die Sphäre der Geschichte umfasst und

durchflutet, wie kann es da noch Raum für eine unerlöste Zeit, für auch nur einen unerlösten Menschen geben?

Vor einigen Jahren führte ich ein Gespräch mit dem Rektor der mormonischen Universität in Jerusalem. Die Universität befindet sich in der Nähe des Ölbergs. Der Rektor war von der bevorstehenden zweiten Ankunft Christi überzeugt und davon, dass der Ölberg sich bei der Ankunft des Messias in zwei Teile spalten werde, wie Zacharias prophezeit hatte. Es war eine sehr interessante Diskussion. Schließlich sagte ich zu ihm: »Juden und Christen brauchen nicht miteinander zu streiten, schließlich erwarten beide die Ankunft des Messias. Wenn er dann kommt, werden wir ihn fragen: Kommst du zum ersten oder zum zweiten Mal?«

Das mag für die wenigsten eine dringliche Frage sein; sie ist es aber für die Gefolgsleute der beiden messianischen Bewegungen, über die ich spreche. Denn für einen Pantheisten, der an die immanente Gegenwart Gottes in der Geschichte glaubt, ist die Kluft zwischen Gottes Gegenwart in der Geschichte und der Katastrophe des Holocaust zu groß, als dass man sie ignorieren könnte. Ich kann hier nicht den Beweis erbringen, dass der Holocaust direkten Einfluss auf beide Deutungen hat, und möchte mich auf eine interessante Tatsache beschränken: nämlich, dass es sich hier um die einzigen jüdischen Strömungen handelt, deren Führer den Holocaust gleichsam als eine Operation am Körper des jüdischen Volkes gedeutet haben, als ein Ereignis, das die Erlösung vorwegnimmt. Ich zitiere Rabbi Zwi Jehuda Kook: »Der Holocaust ist eine tiefe und verborgene innerliche göttliche Behandlung zur Läuterung von Unreinheiten, nämlich der Unreinheit des Exils, eine rohe göttliche Operation, die die Juden in das Land Israel bringen soll.« Was ich persönlich von dieser Erklärung halte, nach der meine beiden von den Nazis ermordeten Großeltern nur kranke Organe des jüdischen Volkes waren, die vor der Erlösung amputiert werden mussten, sei dahingestellt. Für mich ist wichtig, dass die beiden neuen Strömungen den Holocaust nicht im Lichte der vergangenen Ereignisse sehen, sondern im Hinblick auf die kommenden. Der pantheistische Gott kehrt zurück und zeigt sich jetzt seinen Kindern, wie es sich für ihn gehört – als der rettende Gott, der Retter aus Ägypten, der Herr der Geschichte. Paradoxerweise ist all dies aus dem Holocaust hervorgegangen, der dem Pantheismus eine historische Dimension verliehen hat.

III

Bisher habe ich mich nur mit kollektiven, sozial-ideologischen Bewegungen beschäftigt. Ich möchte mich jetzt dem Bereich der persönlicheren, individuelleren Konfrontation mit den Greueln zuwenden. Dabei werde ich auch auf die zweite Veränderung eingehen, die im zeitgenössischen jüdisch-orthodoxen Denken stattgefunden hat, nämlich den Wandel der Vorstellung der Offenbarung.

In zahlreichen orthodoxen und ultraorthodoxen Abhandlungen ist zu lesen, dass der Herr Israels sich in der Dunkelheit, im Unheil und im Grauen offenbart. Den klassischen jüdischen Texten zufolge, beginnend mit der hebräischen Bibel, offenbart sich Gott jedoch fast ausschließlich im Licht: indem er sein Volk führt, in der Errettung der Menschheit, nicht im Leiden der Menschen. Der Herr Israels offenbart sich nicht »am Kreuze«. Doch begegnen wir heute Haltungen, die sich von dieser Tradition unterscheiden. Ich möchte auf zwei davon näher eingehen.

Die erste wird von Rabbi Baruch Rabinovitch verkörpert, der zum chassidischen Rabbiner von Munkacs bestimmt war, doch vor dem Holocaust nach Israel fliehen konnte, wo er Oberrabbiner der Stadt Holon wurde. Sein ganzes Leben schwankte er zwischen einer radikalen, ultraorthodoxen und einer moderneren, ja zionistischen Haltung gegenüber der jüdischen Religion. Über den Holocaust schwieg er sich beinahe fünfzig Jahre aus. Erst 1990, nach einem Schlaganfall und einige Jahre vor seinem Tode, entschied er sich für eine theologische Auseinandersetzung mit dem Holocaust, von einem weit entfernten Ort und einer weit entfernten Zeit aus.

Sein Buch *Binat Nevonim* versteht sich als Protest gegen die Idee, im Holocaust drücke sich die Verhüllung von Gottes Antlitz aus. Das Gegenteil sei der Fall – Gott habe sich sowohl in ontologischer als auch in existentieller Hinsicht im Holocaust offenbart. Rabinovitch stellt die theologische Frage dramatisch und emotional: »Wie konnte dies passieren? Haben wir nicht gebetet, haben wir nicht geweint? Haben wir nicht mit der größten religiösen Inbrunst gebetet und standen trotzdem vor einer Mauer des Schweigens und wurden nicht gerettet?« Seine Antwort ist bemerkenswert, vielleicht sogar paradox. Er betont auf der einen Seite die Singularität des von den Nazis verbrochenen Bösen und stützt sich dabei zur Illustration auf die jüngsten historischen Untersuchungen, die den systematischen

Charakter des Mordens und gleichzeitig seine mangelnde Logik herausarbeiten, etwa die Tatsache, dass die Nazis gegen ihr eigenes Interesse handelten, die Juden sogar noch töteten, als der Krieg bereits verloren war. Andererseits unterstreicht er das singuläre Leiden aus der Perspektive der Juden und das Fehlen eines vergleichbaren Falles oder einer historischen Analogie in der jüdischen Geschichte. Eben aus diesem Grund versteht Rabinovitch den Holocaust als ein göttliches Dekret: Durch seine Singularität wird er nahezu ahistorisch. Die Welt folgte nicht ihrem natürlichen Lauf; die Natur war nicht blind; es war kein sinnloser Zufall. Der Holocaust ist schlicht zu monströs, um als das Verbergen von Gottes Antlitz gedeutet zu werden. Rabinovitch findet in der *Genesis* eine gewisse Analogie: in dem Bund, den Gott mit Abraham geschlossen hat. Es steht geschrieben, dass Gott sich Abraham durch Furcht und Schrecken offenbarte. »Schrecken und große Finsternis überfiel ihn« (Gen. 15, 12). Gott offenbart sich sowohl in seiner unendlichen Güte als auch in seiner unendlichen Vergeltung. Alles Unendliche, alles wirklich Einzigartige jenseits des natürlichen Laufes der Dinge muss aus dem Reich des Göttlichen kommen. Nach dieser Logik offenbart Gott sich auch in der Zerstörung – als ontologische Macht, nicht unbedingt als ethische Macht. Tatsächlich tritt diese Spannung zwischen der ontologischen und der ethischen Macht Gottes in der Bibel selbst offen zutage.

Zudem war dem Verständnis dieses Denkers nach Gottes Offenbarung im Holocaust nicht nur ontologischer, sondern auch existentieller Natur. Rabinovitch bringt dies in einer höchst berührenden Weise zum Ausdruck: »Wir wollten in unserem Leiden nur wissen«, so schreibt er, »dass es unser Vater war, der uns schlug. Ein Vater ist, auch wenn er uns schlägt, immer noch ein Vater.« So bemüht sich Rabinovitch mit aller Kraft, im Unheil eine gewisse Logik zu entdecken. Seine Theologie steht, knapp fünfzig Jahre später, für sein eigenes Flehen. »Diese Ideen begleiteten mich in jenen Tagen, als ich beinahe den Verstand verlor. Nur die Tatsache, dass es der Vater ist, der uns leiden lässt, dass wir immer noch seine Kinder sind und dass es Gottes Finger ist. Wir wollten nur wissen, dass Gott bei ihnen war in der Gaskammer, bis zu ihrem Tod.« Ich möchte behaupten, dass Rabinovitchs Argument einen impliziten Wandel des Offenbarungsbegriffes darstellt. Gott offenbart sich in der Finsternis. So, wie der Begriff der Erlösung einen Wandel erfuhr von einem Messianismus, der auf Leiden gründet, hin zu einem Messianismus, der auf Wohlstand und Erfolg grün-

det, findet hier der umgekehrte Prozess statt: von der Offenbarung durch das Licht zur Offenbarung durch die Finsternis.

In der ultraorthodoxen Welt erreichte diese Entwicklung ihren Höhepunkt in einem Text, der in den vergangenen Jahren Gegenstand eingehender Untersuchungen war: *Esh Kodesh* (Heiliges Feuer) von Rabbi Kalonymus Shapira. Im Gegensatz zu Rabinovitch formulierte Rabbi Shapira seine Gedanken mitten im Krieg, im Warschauer Ghetto. Er musste zu seinen Chassidim jede Woche, mitunter jeden Tag sprechen, und er schrieb auch für sich selbst, ohne geographische oder zeitliche Distanz zum Holocaust. Wie Rabinovitch glaubte Shapira, dass Gott sich in der Finsternis, im Leiden offenbare. Auch für ihn ist Gott immanent, mehr noch: außerhalb des Reichs Gottes existiert nichts. Wenn Menschen leiden, so folgte er, leide daher auch Gott. Da die gesamte Wirklichkeit – die Menschen miteinbegriffen – in Gott ist und die Geschöpfe Gottes ein integraler Teil von ihm sind, wird es möglich, dass Gott durch den menschlichen Schmerz leidet. Shapira sprach zu seinen Anhängern: »Wenn wir einander um Hilfe rufen, so rufen wir Ihn um Hilfe, und letztlich ist er es, der ruft, denn wir sind Funken von ihm.« Und: »Wenn er der Gerechte ist, wie kommt es, dass er, unser Vater, leiden muss?« Auf diese Weise versucht der Mensch seine Agonie zu überwinden, indem er sie in das Reich Gottes erhebt: In Wirklichkeit ist es Gott, der leidet.

Die Wurzeln dieser Vorstellung reichen bis in den jüdischen Mystizismus zurück, insbesondere in die Lurianische Kabbala des 16. Jahrhunderts. Ihren Höhepunkt dürfte sie jedoch bei Shapira erreicht haben. Jede oder jeder, der Shapiras Ruf gelesen hat, muss sich fragen: Nähert er sich nicht zu sehr der Vorstellung vom Gott, der durch sein Leiden am Kreuze die Menschen erlöst? Ist es Gott, der da ruft: »Eli, Eli lama asabthani?«, ist er es, der sich selbst anruft, »Warum hast du mich verlassen?«? Doch in einem wesentlichen Punkt unterscheidet sich Shapiras Ruf von der christlichen Sichtweise. Shapira glaubt nicht daran, dass Leiden bereits Erlösung bedeutet. Gott mag zwar mit den oder sogar durch die Menschen leiden (in diesem Fall nicht durch Christus, sondern durch das jüdische Volk). Schmerz und Agonie stellen aber keine Erlösung dar. Leiden ist Leiden, Böses ist Böses. Sie mögen die entsetzlichen Geburtswehen des Messias darstellen, nicht aber den Messias selbst.

Mir scheint, die jüngst erfolgte Wendung der Kabbala und des jüdischen Mystizismus zum Zentrum des religiösen und wissenschaftlichen Bewusst-

seins kann, zumindest teilweise, dem Gedächtnis des Holocaust zugeschrieben werden. Der jüdische Mystizismus, insbesondere die Luriansche Kabbala, trägt dem dunklen Aspekt des Lebens Rechnung, der Dimension des Bösen in der Welt, im Kosmos. Für die Kabbalisten existiert Satan. Für die jüdischen Philosophen und Theologen war er nur eine Metapher. Die jüdischen Mystiker hingegen sehen in der dämonischen, satanischen Macht eine reale, ontologische Entität. Nach dem Holocaust ist die Wiedergeburt und die Anziehungskraft einer solchen religiösen Überzeugung offenkundig.

IV

Nach der Erlösung und der Offenbarung möchte ich mich schließlich dem Begriff der Schöpfung, insbesondere dem Menschen als Geschöpf zuwenden. Als Beispiel dient mir der große ultraorthodoxe Gelehrte und Führer Rabbi Elchanan Wasserman, der, obwohl er im Holocaust umkam, noch über seine Mörder nachdenken konnte. Für halachische Juden, so Wasserman, für Juden, die sich auf das Studium und die Einhaltung der jüdischen Gebote konzentrieren, sollte der Holocaust keine Überraschung darstellen. Von den frühesten Zeiten her wissen wir, dass bei einem Menschen, der nicht an die Beschränkungen des religiösen Gesetzes gebunden ist, das ihm innewohnende Element des Bösen wie ein grausames Tier herauspringen und die Welt zerstören wird. Darin beruht auch das Wesen des furchtbaren Projekts, das von Nazideutschland verfolgt wurde. Wassermans Vorstellung ist keineswegs neu, vielmehr ein klassisches Konzept des Judentums. Neu ist hier allerdings seine Behauptung, dass schon allein, weil die Nazis Menschen sind, der Holocaust kein theologisches Problem darstellen sollte. Jean Améry, ein assimilierter Jude, der Auschwitz überlebte, schreibt, dass sowohl die religiösen Juden wie die Christen im Lager mit dem Holocaust umgehen konnten, weil, wie sie sagten, schon lange bekannt sei, dass der Mensch ohne Religion sich in ein grausames Tier verwandeln kann. Die Christen verbanden diese Vorstellung vermutlich mit der Idee der Erbsünde; manche Juden stützten sich auf die Halacha, das jüdische Gesetz. In dem neuen Kontext des Holocaust wurde der halachische Pessimismus gegenüber dem Menschen bestärkt.

Diese Enttäuschung hat für unsere Zeit einen Trend hervorgebracht, der jedem vertraut ist, der die Entwicklungen innerhalb der jüdischen Ortho-

doxie verfolgt, nämlich die Tendenz zu religiöser Strenge, die sich darin ausdrückt, die »*Chumra* (Erschwernis) der Woche« anzunehmen. Es macht durchaus Sinn, dass zu jeder Zeit, in jedem Jahr oder in jeder Generation, die Halacha immer größere Anforderungen stellt. Im 12. Jahrhundert reichten sechshundertdreizehn Gebote, die Triebe meiner Vorfahren im Zaume zu halten. Doch der postmoderne Mensch der Gegenwart bedarf eines größeren Katalogs an Verboten und Geboten, die ihn daran hindern, die Welt zu zerstören. Man könnte zeigen, dass dies einiges mit der Erfahrung des Holocaust zu tun hat und mit der damit verbundenen Enttäuschung über die menschliche Natur. Die Schlussfolgerung ist paradox: Der Jude wird in doppelter Hinsicht verwundbar: zum einen als Opfer, zum anderen als potentieller Mörder. Juden sind menschliche Wesen, und wenn jeder Mensch ein potentieller Mörder ist, so sind es auch die Juden. Sie müssen daher ebenfalls Einschränkungen unterworfen werden. Darin sehe ich etwas Neues, eine Akzentverlagerung innerhalb der zeitgenössischen jüdischen Theologie.

*

Ich habe versucht, eine Reihe von subtilen, ja esoterischen Verschiebungen im zeitgenössischen orthodoxen jüdischen Denken aufzuzeigen. Viele religiöse Stimmen haben sich zu den theologischen Problemen geäußert, die der Holocaust aufwirft; die Auseinandersetzung mit diesem Ereignis reicht bis in unsere Zeit. Doch der Wandel greift tiefer: Im Lichte des Gedächtnisses des letzten Jahrhunderts haben sich, und sei es nur implizit, das Verhältnis Gottes zur Geschichte und die Vorstellungen von Erlösung, Offenbarung und Schöpfung verändert.

Aus dem Englischen von Andrea Marenzeller

Yehuda Bauer

GESCHICHTSSCHREIBUNG UND GEDÄCHTNIS AM BEISPIEL DES HOLOCAUST

Eine der Schwierigkeiten, die sich bei der Beschäftigung mit der Holocaust-Geschichtsschreibung im Kontext des jüdischen Gedächtnisses ergeben, besteht darin, dass die von uns verwendeten Begriffe oft äußerst problematisch sind. Jedenfalls halte ich es für nötig, die meinen zu definieren. Unter jüdischem Gedächtnis verstehe ich jene Vorgänge, an die sich die meisten Juden erinnern – wenngleich vielleicht niemand sonst –, sowie die Art, *wie* sie sie erinnern. Wer aber sind überhaupt die Juden? Wie wir alle wissen, streiten die Juden selbst erbittert darüber, wer sie sind und wie sie sich selbst definieren sollen. Diese Meinungsverschiedenheiten lassen das Konzept einer jüdischen Identität problematisch erscheinen. Man sollte darum meiner Ansicht nach besser von jüdischen *Identitäten* sprechen und nicht von *der* jüdischen Identität. Ultraorthodoxe Juden beispielsweise definieren sich anders als neomarxistische oder postmodernistische atheistische Juden, obwohl beide dazu neigen, antizionistisch und, bis zu einem gewissen Grad, antiisraelisch eingestellt zu sein. Lubawitscher Chassidim gehen keine Mischehen mit Satmarer Chassidim ein, Gott bewahre. Die Glaubenslehren von konservativen oder Reformjuden sind vielen orthodoxen Juden ein Greuel; während säkulare und orthodoxe Zionisten sich ihrerseits unterschiedlich definieren. Da sich ihre Identitäten unterscheiden, werden sich auch die von ihnen gebildeten Gedächtnisse deutlich unterscheiden. Gibt es also überhaupt ein jüdisches Volk als wahrnehmbare Entität, über deren kollektives Gedächtnis sich sprechen lässt? Meiner Ansicht nach gibt es gewisse Elemente, die dieser Streitlustigen, zersplitterten und enorm lebhaften Ethnie gemeinsam sind. Das bezeichnendste Element, das sie paradoxerweise eint, ist ihre grundsätzliche Uneinigkeit in bezug auf die gleiche Vergangenheit, auf ihre Gruppengeschichte und vor allem auf die aus der Vergangenheit überlieferten Texte und Traditionen. Gerade diese tiefen und die Gemüter erhitzenen Meinungsunterschiede sind es, die eine Gemeinsamkeit zwischen ihnen stiften. Wenn ich mit einem katholischen Freund über jüdische Tradition

und Glaubenslehren diskutiere, ist dies häufig eine faszinierende geistige Übung. Bespreche ich diese Dinge jedoch mit meinem Freund Aviezer Ravitzky, sind wir beide innerlich betroffen. In diesem Geist, so meine ich, sollten wir über die Formen historischen Gedenkens bei den Juden reden; Juden aus unterschiedlichen Gruppen und sozialen Schichten, aus verschiedenen jüdischen Gemeinschaften. Zumindest ein Stück Gemeinsamkeit wird sich zwischen den verschiedenen, antagonistischen jüdischen Gruppen finden lassen, und zwar vor allem wegen dieser paradoxen Uneinigkeiten in bezug auf ihre kollektiven Gedächtnisse.

Mir scheint, dieses Stück Gemeinsamkeit in Form eines tiefen sozialen Traumas ist Resultat des Holocaust, und eben dieses Trauma ist es auch, das die meisten, wenn nicht alle jüdischen Gruppen, und die meisten, wenn auch nicht alle jüdischen Individuen miteinander gemein haben. Die Formen aber, in denen sich dieses Trauma zu manifestieren scheint, sind je nach Ort und Umständen verschieden, sie verändern sich überdies im Laufe der Zeit. Genauso wie Juden in allem unterschiedlicher Meinung sind, so sind sie sich auch in ihrer Haltung gegenüber diesem traumatischen Ereignis uneins. Die ultraorthodoxen und viele orthodoxe Juden neigen dazu, anderen Juden vorzuwerfen, sie hätten den Holocaust verschuldet, weil sie nicht jenen von ihnen selbst als göttlich angesehenen Geboten gehorcht hätten, die sie auf Rituale und religiöse Regeln verpflichten. Dergestalt aber hätten sie Gottes Strafgericht provoziert. Dies ist selbstverständlich ein klassischer Fall fast magischen Denkens: Wenn wir die Gebote einhalten, wird Gott uns zu Hilfe eilen – wir besitzen also die Macht, Gott zu beeinflussen, und folglich besitzen wir wirkliche Macht über historische Ereignisse. Diese Art von Denken eint nicht nur das frühere Oberhaupt der Lubawitscher Chassidensekte, Schneersohn, den verstorbenen Oberrabbiner des Vereinigten Königreiches, Lord Jakobowitz, und den Oberrabbiner von Palästina während des Krieges, Hertzog, sie findet sich vielmehr in allen drei monotheistischen Religionen. Der Münsteraner Bischof Clemens August von Galen beispielsweise sagte am 3. August 1941, die Bombardierung deutscher Städte durch die Briten sei eine »Strafe Gottes« für die Nichtbeachtung des Gebotes »Du sollst nicht töten«. Er meinte nicht die von den Nazis durchgeführte Vernichtung von Juden oder Russen, sondern die von deutschen Behinderten. Wenn keine Behinderten ermordet würden, so deutete er an, gäbe es auch keine Bombardierung deutscher Städte durch die Briten, denn dann würde Gott Deutschland

schützen. Im Fall der Juden ist der Schluss offensichtlich: Die Gläubigen gehorchten den Geboten, nicht aber die Nicht-Orthodoxen. Und deshalb ist es die Schuld der Letzteren, dass der Holocaust stattfand. Andererseits besagte die ultraorthodoxe Interpretation des göttlichen Willens, dass die Juden nicht vor Ankunft des Messias versuchen sollten, ein jüdisches Palästina zu schaffen. Die Zionisten aber taten genau dies, und Gott strafte sein Volk; folglich sind die Zionisten für den Holocaust verantwortlich. Der ultraorthodoxe Denker Issachar Teichthal argumentierte demgegenüber noch während des Holocaust folgendermaßen: Da das zionistische Unternehmen erfolgreich voranschreite, müsse sein Gelingen Gottes Willen entsprechen; es sei die ultraorthodoxe Opposition gegen den Zionismus, die den Holocaust zu verantworten habe. Die atheistischen, antizionistisch eingestellten Liberalen und Linken in Israel behaupten heutzutage, die zionistischen Führer in Palästina und dem Westen hätten viele Juden retten können, hätten dies jedoch unterlassen, weil ihnen die europäischen Juden gleichgültig waren und/oder weil sie sich nur für die Errichtung eines jüdischen Staates interessierten. Diese These der unterlassenen Hilfeleistung nähert sich bedenklich den antisemitischen, ja sogar den nationalsozialistischen Wahnvorstellungen von der enormen Macht der Juden, die die westlichen Mächte und natürlich Russland hätten beeinflussen können, wenn sie es nur gewollt hätten. Solche Vorstellungen schmecken wieder verdächtig nach magischem Denken, denn (so die These) wenn die Juden nur gewollt hätten, hätten sie damals das Schicksal der europäischen Juden ändern können. Solche Halluzinationen sind, wie ich meine, ziemlich deutlicher Ausdruck eines tiefsitzenden sozialen Traumas, das jenen Massenreaktionen auf traumatische Ereignisse zu ähneln scheint, wie sie aus Perioden der Vergangenheit bekannt sind.

Man hat versucht, diese Obsession jüdischer Gemeinschaften mit dem Holocaust – besonders in Israel und den Vereinigten Staaten – als das Resultat einer vorsätzlichen Instrumentalisierung zu deuten, deren Ziel angeblich das Bedürfnis nach politischer Selbstrechtfertigung und Selbsterhöhung sei. Das auf dem Holocaust beruhende Opfer-Syndrom, so heißt es, half der israelischen Staatsgewalt bei ihrer Unterdrückung der Palästinenser, und mit Hilfe des Holocaust habe man die Gründung und Existenz des jüdischen Staates gerechtfertigt. In Amerika wiederum sei man der Leere der verschiedenen jüdischen Ideologien und der Gefahr einer Auflösung der jüdischen Gemeinschaft durch die Konzentration auf die Tra-

gödie des Zweiten Weltkrieges begegnet. Auf diese Weise sei das Gedächtnis künstlich stimuliert worden, um im Gegenzug die Existenz und den Einfluss jüdischer Organisationen zu rechtfertigen. Die Tragödie selbst trat in den Hintergrund – das eigentliche Ziel bestand in der politischen Machterweiterung.

Diese Auffassung wirft, wie ich meine, einige grundsätzliche Probleme auf. Sie scheint mir den sehr realen Effekt, den die zunehmende Bewusstwerdung dessen, was während des Krieges geschah, auf die Juden in beiden Ländern hatte, entweder zu ignorieren oder herunterzuspielen. Fälschlich wird unterstellt, die israelischen Regierungen oder die jüdischen Organisationen in Amerika hätten ein im Grunde künstliches historisches Bewusstsein schaffen können, ohne dass innerhalb der beiden Populationen eine wirkliche Bereitschaft bestanden hätte, auf die (mahnende) Erinnerung an die Tragödie zu reagieren. Für die Vereinigten Staaten würde dies darüber hinaus beispielsweise bedeuten, dass die jüdischen Organisationen in dieser Angelegenheit einstimmig handelten, was wiederum implizieren würde, dass es so etwas wie die Protokolle der Weisen von Brooklyn gab, mit anderen Worten: eine Verschwörung. Eine weitere Annahme müsste dann lauten, dass die Führer dieser Organisationen über genügend Intelligenz verfügten, um eine solche Verschwörung auszuhecken. All das scheint mir zweifelhaft. Lässt sich die Obsession mit dem Holocaust wirklich nur oder hauptsächlich mit der Instrumentalisierung seines Gedächtnisses erklären?

Im Rahmen dieser Diskussion ist ferner zu fragen, ob die sich entwickelnde Geschichtsschreibung des Holocaust in irgendeiner Beziehung zu einer solchen Instrumentalisierung des Holocaust-Gedächtnisses stand. Im folgenden führe ich einige Beispiele an.

In Israel fand vor kurzem eine interessante Kontroverse statt, deren Gegenstand Hannah Arendts berühmter Bericht über den Eichmann-Prozess in Jerusalem war. Im Mittelpunkt stand Arendts Vorwurf, der Prozess sei von Ben-Gurion inszeniert worden, um die Juden Israels in Sachen Holocaust aufzuklären oder propagandistisch zu beeinflussen, und damit die Existenz des jüdischen Staates zu rechtfertigen. In dieser öffentlichen Debatte wurde behauptet, der Vorwurf, Ben-Gurion und seine Regierung hätten das Gedächtnis des Holocaust instrumentalisiert, sei schließlich nichts Außergewöhnliches. Die zeitgenössische Politikwissenschaft habe klargestellt, dass die herrschenden Gruppen in jeder beliebigen Gesell-

schaft sich stets der wirksamsten ihnen zur Verfügung stehenden Mittel bedienten, um ihre Ideologie und ihre Herrschaft zu rechtfertigen und ein flankierendes historisches Bewusstsein zu schaffen. Dies, so wurde behauptet, solle nicht heißen, Eichmann sei etwas anderes als ein Mörder; schließlich hatte Arendt den Prozess in Israel sogar gerechtfertigt, wenn auch zögernd. Sie und viele andere meinten aber, man hätte ihn problemlos überführen und verurteilen können, vorzugsweise zu einer langen Gefängnisstrafe – ohne die von Gideon Hausner, Israels staatlichem Anklagevertreter, inszenierte Show.

Die Behauptung, Regierungen instrumentalisierten die Geschichte für ihre eigenen Zwecke, ist in der zeitgenössischen Politikwissenschaft zweifellos weit verbreitet. Aber hält diese Ansicht einer detaillierten Kritik stand? Mir scheint, sie schmeckt deutlich nach Neomarxismus: Die alte marxistische These, die Regierung sei nichts anderes als der geschäftsführende Ausschuss der herrschenden Klassen, wird nun auf subtilere und anspruchsvollere Art wiederholt. Lassen Sie uns einen Moment überlegen: Wenn dem so wäre, wie steht es dann mit den Nürnberger Prozessen? Wie mit dem Tokioter Kriegsverbrecherprozess? Waren diese Prozesse nicht von Regierungen organisiert worden, die die Geschichte des Nazismus zu instrumentalisieren versuchten, um die eigenen Opfer während des Zweiten Weltkrieges zu rechtfertigen? Wie steht es mit dem Auschwitz-Prozess 1963/64 in Deutschland und anderen derartigen Prozessen in der Bundesrepublik und Polen gegen Nazi-Kriminelle im Zusammenhang mit Treblinka und Belzec? Handelte es sich hier lediglich um Versuche der Regierungen, ihre aktuellen politischen Standpunkte zu rechtfertigen? Was ist so verderblich daran, wenn Regierungen über die historische und moralische Legitimation zur Aburteilung von Kriegsverbrechern verfügen, denen noch stets – Eichmann in Jerusalem inbegriffen – geeignete Verteidiger zugebilligt werden? Was ist so schlecht daran, solange dabei die Herrschaft des Gesetzes garantiert ist? Nein, so lautet das Argument, wir geben keinerlei Werturteile in bezug auf Ben-Gurion und seine Kollegen ab, wir stellen nur den objektiven Tatbestand der Instrumentalisierung fest. Abermals wiederbelebter Marxismus: Wir sind nur an der objektiven Wirklichkeit interessiert, so argumentiert man, nicht an subjektiven Absichten. Objektiv gesprochen, hat es eine Instrumentalisierung des Holocaust gegeben. Meiner Meinung nach sind diese und verwandte Argumentationsweisen aber nicht überzeugend. Natürlich wollte Ben-Gurion die

Generation der israelischen Juden seiner Zeit über die gewaltige Tragödie aufklären, die dazu führte, dass ein Drittel des jüdischen Volkes in einem Abgrund verschwand. Er hätte dies jedoch niemals tun können, wenn das Volk nicht bereit gewesen wäre zuzuhören. Die Legende, bis zum Eichmann-Prozess hätten die israelischen Juden nichts vom Holocaust gewusst, sie hätten nicht zuhören wollen und es sei ihnen gleichgültig gewesen, ist nichts als eine Legende – eine Legende, die kürzlich von meiner Kollegin Hannah Jablonka widerlegt wurde, die zufällig, aber durchaus passend, an der Ben-Gurion-Universität in Beersheva unterrichtet. Es gab Literatur; Memoiren wurden publiziert, in den frühen Fünfzigern erschien eine große Anzahl von Gedenkbüchern, die auch gekauft wurden, es gab Theaterstücke, die sich auf den Holocaust bezogen, die Presse brachte viele Geschichten über den Holocaust, und im israelischen Parlament wurde nach heftigen Debatten eine Reihe von Gesetzen verabschiedet, die sich – um nur ein paar Beispiele zu nennen – auf Gedenktage, die Errichtung von Yad Vashem sowie die Verfolgung jüdischer Kollaborateure und Nazi-Krimineller bezogen. Die Beziehungen zu Deutschland wurden sogar noch heftiger debattiert. Ein wichtiger Prozess fand statt, der sogenannte Kastner-Prozess, in dem die Probleme der Judenräte und die Aktivitäten der jüdischen Organisationen während des Holocaust leidenschaftlich diskutiert wurden. All dies geschah noch *vor* dem Eichmann-Prozess. Es fehlte jedoch an Detailwissen, und eben das lieferte dieser Prozess – akkurates und verlässliches Wissen, so sollte man hinzufügen, das größtenteils noch für die heutige Geschichtsschreibung von Relevanz ist – vierzig Jahre danach. Das Argument, es gehe hier nicht um Werturteile, ist unaufrichtig – natürlich fällen wir ein Werturteil, und ich glaube, dass jedes vernünftige Werturteil über den Eichmann-Prozess lauten muss: Jawohl, es war unbedingt notwendig, dass der Prozess stattfand. Zweifellos tat man dabei des Guten ein wenig zu viel; wahr ist auch, dass nicht Eichmann allein der Prozess gemacht wurde. Doch wurde die historische Wahrheit entstellt? Wurden Dokumente gefälscht? War es denn eine so schlechte Sache, der Welt – nicht nur den israelischen Juden – ein wenig vom wahren Gesicht des Holocaust zu zeigen? Jede beliebige politische Herrschaft in jedem beliebigen demokratischen Land, das durch die Zurschaustellung krimineller Handlungen vor Gericht seine Bevölkerung zu erziehen versucht, während es sich dabei strikt an Recht und Gesetz hält, tut nur das, was eine Demokratie tun sollte. Wenn *das* Instrumentalisierung ist, dann

bin ich entschieden dafür. Das gleiche gilt, wie ich meine, für die Prozesse in Nürnberg, Tokio, Warschau oder Frankfurt.

Die Instrumentalisierungsthese führt, wie ich glaube, fast unvermeidlich zu einer Verschwörungstheorie: Leute in der Regierung, die Großindustrie oder mächtige Organisationen konspirieren bewusst, um das Gedächtnis für politische Zwecke zu instrumentalisieren. Natürlich steckt darin ein Körnchen Wahrheit, denn wenn Politiker sich einen politischen Vorteil davon versprechen, eine bestimmte Sorte von Ideen zu lancieren, so werden sie es zweifellos tun. Zu guter Letzt aber bricht die Verschwörungstheorie in sich zusammen, weil Instrumentalisierung nur dann möglich ist, wenn auf seiten der Öffentlichkeit die Bereitschaft besteht, die zugrundeliegenden Kernideen zu akzeptieren. Die Wirkungsmöglichkeiten einer geschickten Propaganda in einer (mehr oder weniger) demokratischen Gesellschaft sind begrenzt. Dies gilt sicherlich für den Aufstieg der Nazi-partei in der Weimarer Republik: Es ist unzutreffend zu behaupten, die Nazi-propaganda sei der entscheidende Faktor in dieser Entwicklung gewesen, und dabei gleichzeitig die Tatsache zu ignorieren, dass den arbeitslosen und desillusionierten deutschen Massen nur das erzählt wurde, was sie ohnehin hören wollten. Es ist keine Rechtfertigung des Nationalsozialismus, wenn man sagt, die Nazis hätten wirtschaftliche und politische Lösungen angeboten, die für eine große Anzahl von Deutschen akzeptabel waren.

Warum war die jüdische Gesellschaft bereit, auf die gegebenen Informationen, das Wissen und, in der Tat, auf die instrumentalisierende Propaganda in Sachen Holocaust zu hören? Ich behaupte, dass die jüdische Gesellschaft nach dem Holocaust eine im wesentlichen traumatisierte Gesellschaft ist. Was als Instrumentalisierung erscheint und es teilweise auch ist, stellt hauptsächlich eine Reaktion auf das Trauma des Holocaust dar, und dieses Trauma unterscheidet sich nicht wirklich bei den sogenannten Führern und der jüdischen Öffentlichkeit im allgemeinen – ob nun in Israel oder sonst irgendwo. Ich glaube also nicht an die Protokolle der Weisen von Jerusalem oder Brooklyn. Auch ist meine Sicht von Politikern nicht optimistisch genug, als dass ich glauben könnte, sie verfügten notwendigerweise über die intellektuelle Kapazität, solch eine Verschwörung anzuzetteln, selbst wenn sie es darauf anlegten.

In welcher Hinsicht ist die israelische Gesellschaft traumatisiert und inwiefern führt dies zu einem falschen historischen Bewusstsein? Ich ver-

wende den Begriff des *historischen Bewusstseins* hier in dem Sinne, wie er von meinem Lehrer, Richard Koebner aus dem damaligen Breslau, dem Gründer der Abteilung für allgemeine Geschichte an der Hebräischen Universität in Jerusalem, ursprünglich vorgeschlagen wurde. Wenn ich Koebner richtig verstanden habe, ist historisches Bewusstsein die Gesamtsumme aller Wahrnehmungen von Geschichte, die in einer gegebenen Gesellschaft gerade herrschen, wobei sich Sachinformationen, zeitgenössische Haltungen und Werte unvermeidlich miteinander vermischen. Ein falsches historisches Bewusstsein geht darüber hinaus und entstellt die Sachinformationen, damit sie zeitgenössischen Bedürfnissen dienen. In den meisten Demokratien ist dies aber nur teilweise mutwilliger Entstellung geschuldet, es handelt sich vielmehr um das Ergebnis sozialer Entwicklungen, die ihrerseits nur eingeschränkt manipulierbar sind.

Es gibt, wie ich meine, deutliche Fallbeispiele, wo dieses Trauma zutage tritt. Im heutigen Israel – und wie ich betonen muss, *vor* der gegenwärtigen Präokkupation mit der Frage der materiellen Entschädigungen – verging und vergeht buchstäblich kein Tag, ohne dass in israelischen Zeitungen Artikel über den Holocaust erscheinen, der doch immerhin vor gut 55 Jahren ein Ende fand. Der Ausstoß an Prosa und Lyrik, Theaterstücken, Kunst und Musik, Philosophie und theologischen Reflexionen, von historischen Analysen ganz zu schweigen, scheint ständig zuzunehmen. In diesem Sinne war der Eichmann-Prozess tatsächlich der Auslöser für eine noch gewaltigere Lawine auf diesem Gebiet. Das daraus entstehende historische Bewusstsein war natürlich teilweise falsch, insofern es in partiellem Widerspruch zu den Erkenntnissen der Geschichtsschreibung stand. Einiges davon, wenngleich weniger als zur gleichen Zeit in Amerika, war und ist Kitsch. Einiges davon, manchmal sogar eine ganze Menge, resultierte sicherlich aus dem Bedürfnis, tagespolitische Entscheidungen zu rechtfertigen. Lassen sie mich nur ein Beispiel anführen: den Nachdruck, der in den frühen Jahren, vor und nach dem Eichmann-Prozess, auf den bewaffneten jüdischen Widerstand gelegt wurde. Dies war keineswegs das Ergebnis einer regierungsamtlichen Anordnung. Die Gewichtung entstand aus der Situation des jungen Staates, in dem nicht nur die Eliten, sondern die ganze Bevölkerung, die Neankömmlinge aus afrikanischen und asiatischen Ländern eingeschlossen, nach Vorbildern und historischen Ereignissen suchten, um ihren aktuellen Kampf ums Dasein und für dauerhafte Sicherheit zu stärken. Den bewaffneten Widerstand *nicht* zu betonen, wäre

bei der Mehrheit der Israelis auf völlige Ablehnung gestoßen. Wurden Lügen erzählt? Gab es einen Widerspruch zu historiographischen Erkenntnissen? Im großen und ganzen: nein. Zugegeben, es gab Übertreibungen. Heute aber, wo wir nicht länger den bewaffneten Kampf, sondern vielmehr das Leiden der Opfer des Genozids und das Heldentum der nichtjüdischen Retter betonen, wo wir den Holocaust im Rahmen des Genozids im Allgemeinen verorten, stellt sich heraus, dass es mehr und nicht weniger bewaffneten Widerstand gab, als in den 50er und 60er Jahren bekannt war. Es stellt sich ferner heraus, dass dieser Widerstand – und durchaus zu Recht – einen bedeutenden Einfluss auf das jüdische Selbstbewusstsein hatte, obwohl er – quantitativ betrachtet – notwendigerweise begrenzt war. Wahr ist auch, dass die israelische Gesellschaft der 50er Jahre sich im Irrtum befand, als sie den Inhalt des Holocaust-Gedenktages als Erinnerung an »Holocaust und Widerstand« definierte, als ob es sich dabei um zwei unterschiedliche, getrennte Realitäten gehandelt hätte. Was die Geschichtsschreibung inzwischen herausgefunden hat, ist vor allem der Kontext, in dem jüdischer Widerstand stattfand, sofern er überhaupt stattfinden konnte; ferner die einfache Tatsache, dass der Widerstand nicht vom Holocaust getrennt, sondern ein integraler Teil davon war.

Es gab eine Überbetonung der Rolle der zionistischen Jugendbewegungen, insbesondere der linken, im Hinblick auf bewaffnete Aufstandsversuche. Ihre Führungsrolle in einigen der bekanntesten Fälle – vor allem natürlich beim Aufstand im Warschauer Ghetto – wurde zur Legitimierung des israelischen Zionismus benutzt, obgleich diese Überbetonung von der damaligen politischen Elite Israels, angeführt von Ben-Gurion, mit Sicherheit nicht begrüßt wurde, denn die Jugendbewegungen standen für seinen Geschmack viel zu weit links. Heute wissen wir es besser und können den Beitrag von jüdischen Kommunisten und Mitgliedern des sozialistischen, antireligiösen und antizionistischen *Bundes* würdigen. Zugleich aber hat die Forschung nachgewiesen, dass nicht nur in den zentralen polnischen Ghettos, sondern auch bei vielen jener Initiativen, die Juden aus Weißrussland und der nördlichen Ukraine dem Partisanenkampf in den Wäldern zuführten, diejenigen Jugendlichen eine beherrschende Rolle spielten, die in der zionistischen Jugendbewegung aufgewachsen waren. Es gab damals, wie wir heute wissen, zwischen 20 000 und 30 000 Juden, die in den Wäldern zu kämpfen versuchten. Von den Überlebenden, die solch eine bedeutende Rolle im israelischen Unabhängigkeitskrieg spielten, wur-

de dies mehr empfunden als wirklich gewusst. Das historische Bewusstsein der Jahre 1945 bis 1949 war demnach gar nicht so fehlgeleitet, wenn es seine Vorbilder in den Kämpfern suchte, die darüber hinaus auch in den damaligen Zwangsarbeiterlagern in Deutschland, Österreich und Italien als organisierte Gruppe auftraten. Sicherlich gab es das, was die Kritiker Instrumentalisierung nennen. Aber was wäre dagegen einzuwenden? So wurde die Entschlossenheit gestärkt, politische Unabhängigkeit zu erlangen, und dies stand im Einklang mit den Wünschen jener, die von Kritikern gern als »die Massen« bezeichnet werden – ziemlich kluge und intelligente Massen, die von ihren politischen Führern sogar entschiedeneres Handeln und mehr Initiative forderten, als diese zu zeigen bereit waren. Die Führer, so ließe sich fast sagen, wurden von den Geführten zu einer größeren Instrumentalisierung gedrängt.

Lassen Sie mich ein anderes Beispiel nennen: Zionisten des rechten Flügels wie Menachem Begin haben Arafat in Beirut mit Hitler in seinem Bunker verglichen. Linke Israelis verglichen die israelische Armee im Westjordanland mit der Wehrmacht in Osteuropa. Der orthodoxe Querdenker Yeshayahu Leibowitz ging sogar noch weiter und verglich die Zionisten im Westjordanland mit Nazis. Zweifellos gibt es einen Missbrauch der Holocaust-Metaphorik für politische Zwecke. Das gilt für nahezu alle politischen Parteien in Israel, bis zum heutigen Tag. Sie können dies aber nur tun, weil das Holocaust-Trauma eine tiefverwurzelte Tatsache im historischen Bewusstsein der israelischen Juden darstellt und nicht länger auf die Nachkommen und Verwandten der Ermordeten und Überlebenden beschränkt ist. Juden aus Nordafrika, dem Irak oder Jemen sind ebenso davon betroffen – und genauso tief. Die Überzeugungen von Begin, Leibowitz und den Linksextremen waren und sind ebenso authentisch wie die der eigentlichen Überlebenden. Sie instrumentalisieren das Gedächtnis des Holocaust nicht aus Kalkül. Es sind dies vielmehr instinktive Reaktionen auf aktuelle Probleme; Reaktionen, die sich im Kontext eines Traumas bewegen, das sie nicht unter Kontrolle haben.

Dies gilt meiner Ansicht nach auch für die amerikanischen Juden. Die dortige Reaktion auf die erkannte Bedrohung Israels vor, während und nach dem Sechs-Tage-Krieg 1967 war nicht in den Büros der jüdischen Organisationen im voraus geplant worden. Wenn diese Organisationen damals nicht auf den Holocaust Bezug genommen hätten, das Gedächtnis nicht instrumentalisiert hätten, wie man heute zu sagen pflegt, so wären sie

von der Landkarte verschwunden. Als Organisationen, die zudem um ihre Weiterexistenz kämpften, taten sie ihr Bestes oder, wenn Sie so wollen, ihr Schlechtestes, um die Situation zu nutzen und ihre Stellung in der Gemeinschaft zu festigen, so viel Geld wie möglich für ihre fortlaufenden Aktivitäten zu sammeln und sich selbst an die veränderte politische Situation anzupassen. Sie versuchten das Gedächtnis des Holocaust in Formen zu gießen, mit denen sich leben ließ und die man gebrauchen konnte. Sie konnten dies jedoch nur deshalb tun, weil eine bereitwillige und ungeduldige Öffentlichkeit sie dazu ermächtigte. Stand nun dieser Typ von Gedächtnis im Widerspruch zum damaligen Stand historiographischer Erkenntnis? Im großen und ganzen: nein. Die Bedrohung Israels, die 1967 auf der Tagesordnung ganz oben stand, war real genug, und die jüngsten Versuche, diese Sicht zu revidieren, fallen wenig überzeugend aus. Es existierte die falsche Vorstellung, während des Holocaust hätte das amerikanische Judentum erheblich mehr tun können, um den europäischen Juden zu helfen. Und dies war zweifellos eine der entscheidenden Antriebskräfte hinter der Form, die das Gedächtnis des Holocaust nun annahm. Doch dies alles war damals Teil eines allgemeinen amerikanischen Trends und beschränkte sich keineswegs auf die Juden. Die Politik der Roosevelt-Ära sah sich auf einer Reihe von Feldern wachsender Kritik ausgesetzt. David S. Wyman, Sohn eines christlichen Missionars schwedischer Abkunft, veröffentlichte 1968 *Paper Walls*, sein erstes Buch über die amerikanische Politik gegenüber der jüdischen Tragödie, und er war äußerst kritisch gegenüber der Regierung Roosevelt. Selbst kein Jude, gab er sich in bezug auf die jüdischen Organisationen freundlicher, doch nur ein wenig. Arthur D. Morse war Jude, und er veröffentlichte 1967 sein Werk *While Six Million Died*, das eine ähnliche Botschaft verkündete. Andere Publikationen, die der Führung der amerikanischen Juden während des Holocaust extrem kritisch gegenüberstanden, sollten folgen. Zu einer ausgewogeneren Geschichtsschreibung gelangte man erst sehr viel später, und selbst heute ist die Kontroverse nicht verstummt. Zumindest in diesem Fall waren historisches Bewusstsein und historiographische Erkenntnis nicht gar so weit voneinander entfernt.

Ein anderes, in dieser Debatte oft bemühtes Beispiel ist die Schaffung des amerikanischen *Holocaust Memorial Museum*. Es ist unbestritten, dass Präsident Carter politisch taktierte, als er diese Idee vor den Kongress brachte. Stimmt der Kongress der Amerikanisierung des Holocaust auf-

grund jüdischen Drucks zu? Bis zu einem gewissen Grad vielleicht. Doch warum sollten Senatoren und Kongressabgeordnete aus Gegenden, wo es praktisch keine Juden gab, die Errichtung eines Museums unterstützen, das sich auf den Genozid an Menschen bezog, die keine amerikanischen Bürger gewesen waren, denen gegenüber die Vereinigten Staaten also keinerlei gesetzliche Verpflichtung haben? Die Juden stellen nur einen geringen Prozentsatz der amerikanischen Bevölkerung. Zugegeben, sie sind Teil der herrschenden Eliten geworden. Doch selbst unter ihnen bestand keine Einmütigkeit, als die Idee eines Museums aufgeworfen wurde. Und tatsächlich wäre das Museum wegen des üblichen internen Kleinkrieges unter den Juden selbst beinahe nicht errichtet worden. Es war die Gruppe der Überlebenden, die auf seine Errichtung drängte, und es waren die früheren Kämpfer, die sich unter ihnen hervortaten. Es war ursprünglich Elie Wiesel, der den Anstoß gab und als erster die Leitung übernahm. Doch dann trat er zurück, und die Regierung hätte das Projekt problemlos durch Verschleppung platzen lassen können. Warum wurde ein Museum dieser Art auf der *Mall* in Washington errichtet, wo doch die amerikanischen Ureinwohner und die schwarzen Amerikaner noch immer darum kämpfen, sich eines zu schaffen?

Auf diese Frage gibt es viele Antworten. Eine davon ist zweifellos die, dass die Juden als mächtig empfunden werden, weit mächtiger, als sie es in Wahrheit sind. Wir müssen uns nämlich abermals daran erinnern, dass es so etwas wie *die jüdische community* in Amerika nicht gibt; es gibt sie nur im Plural. Und diesen *communities* gelingt es nur selten, in irgendeinem Punkt Einigkeit zu erzielen. Aber diese Wahrnehmung jüdischer Macht bestand und besteht noch, und kein amerikanischer Politiker würde die Behauptung riskieren, dass die Juden wirklich eine kleine Minderheit darstellen, die gefahrlos und auf freundliche Art in ihre Schranken verwiesen werden kann. War das ausreichend, um das populärste Museum der amerikanischen Geschichte zu schaffen, beliebter als das *Smithsonian*? War da nicht die wachsende Erkenntnis, dass bei diesem speziellen Genozid etwas geschehen ist, das für andere, ähnliche Ereignisse steht, dass es sich hier um etwas noch nie Dagewesenes handelt und das amerikanische Volk durch Bande des Glaubens und der Tradition dieser besonderen Minderheit verpflichtet ist? Dass es hier um etwas geht, das nicht ignoriert werden kann. Warum entschieden sich fünf Bundesstaaten der USA für die Einführung der Holocaust-Erziehung als Pflichtfach in ihren Lehrplänen? War-

um wurde sie von 35 anderen Bundesstaaten empfohlen? Nur wegen des jüdischen Drucks, oder gab es da nicht das Gefühl, dass dies eine moralisch richtige Entscheidung war, weil es sich beim Holocaust um einen Extremfall dessen handelte, was überall auf der Erde passiert(e)? Hätten die jüdischen Organisationen überlebt, wenn sie sich nicht an dieser Kampagne beteiligt hätten? Ich bezweifle es sehr. Und vom Standpunkt des Historikers aus betrachtet: Waren dies angemessene Reaktionen?

Die Antwort auf diese Frage fällt nicht leicht, denn all diese Entwicklungen – Museum, Lehrplan, Sensibilisierung der Öffentlichkeit usw. – waren von einem gerüttelt Maß an konzentriertem, häufig abstoßendem Kitsch begleitet. Nehmen wir den Fall der Fernsehserie *Holocaust*, die 1978 als Dreiteiler ausgestrahlt wurde. Es handelt sich dabei zweifellos um ein Beispiel für schlechten Geschmack, obgleich viele Episoden darin historisch belegbar sind, andere selbstverständlich nicht. Nicht die jüdischen Organisationen haben diese Serie zu verantworten, sondern Leute, die sich sicher waren, damit Geld zu machen. Sie sollten Recht behalten, denn 119 Millionen Amerikaner sahen die Serie. Damals gab es knapp 6 Millionen Juden in den USA, so dass mindestens 113 Millionen Nichtjuden zuschauten. Keiner zwang sie dazu, und jüdische Organisationen waren in keiner Weise involviert. 1979 wurde die Serie auch in Deutschland ausgestrahlt, und 19 Millionen Deutsche sahen sie. Keine jüdische Organisation hatte das veranlasst. Es handelte sich bei dieser Serie um einen Fall, in dem die Geschichtsschreibung Teilen der in der Serie verwendeten Bildsprache entschieden widersprach. Und doch: Was die mentalen Nachwirkungen der Serie angeht, so gaben sie ganz offensichtlich den zentralen Anstoß zur Ausbreitung der Holocaust-Erziehung an amerikanischen Universitäten und Colleges. Und sie waren wohl auch ein Faktor bei der Herausbildung ernsthafter Forschung – über den Holocaust im Besonderen und über Völkermord im Allgemeinen. Übrigens ist ein Großteil der Forschung über Völkermord im Allgemeinen jüdischen Ursprungs – und das sicher nicht zufällig.

Das Museum in Washington ist, wie gesagt, nicht das Werk jüdischer Organisationen, sondern das der Überlebenden. Sein einstiger langjähriger Leiter, Miles Lerman, ist ein ehemaliger Partisan und der gegenwärtige, Irvin »Yitz« Greenberg, ist vermutlich der aufgeschlossenste pluralistische, liberale und orthodoxe Führer in Amerika, zudem eine äußerst belesene Person mit einem beachtlichen Fachwissen in bezug auf die Geschichte des

Holocaust. Was die Authentizität des im Museum ausgestellten Wissens angeht, sind Zweifel unangebracht. Gleichwohl sind die spezielle Gewichtung und der Bezug auf amerikanische Belange sowie auf andere Fälle von Völkermord durchaus diskussionswürdig und auch tatsächlich Gegenstand einer anhaltenden Kontroverse. Man kann argumentieren, dass die Konzentration auf die jüdische Tragödie der eigentliche Auftrag des Museums sein sollte und die – mit Recht so genannte – Amerikanisierung des Holocaust oft von dieser eigentlichen Aufgabe ablenkt. Es ist eine gegebene Tatsache, dass bei all dem ein gewisses Maß an Instrumentalisierung vorliegt. Dass diese den gegenwärtigen historiographischen Erkenntnissen nicht widerspricht, ist dennoch gewiss. Die Instrumentalisierung des Gedächtnisses vermag nicht zu erklären, warum jährlich zwei Millionen US-Bürger dieses Museum besuchen – die Mehrheit davon Nichtjuden. Hat sich das soziale Trauma der Juden in das historische Bewusstsein der Amerikaner eingeschrieben? Ich glaube, ja. Warum? Weil es ein wachsendes Bewusstsein dafür gibt, dass bei dem Völkermord an den Juden etwas nie Dagewesenes geschehen ist. Etwas, das so außergewöhnlich und doch so bezeichnend für die *conditio humana* im allgemeinen ist, dass ein unbestimmtes Gefühl existiert, es handle sich hier um eine Angelegenheit, über die jeder Zeitgenosse einigermaßen Bescheid wissen sollte. Es geht um etwas, das uns allen zustoßen könnte, wenn wir uns nicht vorsehen; nicht auf die gleiche Weise, nicht unter gleichartigen Umständen, aber vielleicht mit gleichem Potential und mit ähnlichen Gefahren für uns alle im Gefolge. Der Aspekt der Instrumentalisierung, der hier sicherlich vorhanden ist, stellt hingegen ein vergleichsweise marginales Problem dar. Dasselbe gilt für jene Analysen politischer Abläufe und ihrer Beziehung zum Gedächtnis, mit denen wir in den letzten Monaten und Jahren beglückt wurden. (Die sind »clever by 'alf«, wie der Londoner Cockney sagen würde.)

Das jüdische Gedächtnis des Holocaust ist ein traumatisiertes Gedächtnis. Wenn man ein Trauma nicht bewältigen kann, weicht man aus in Rituale oder in Klischees, oder in beides. Das Klischee »Nie wieder!« verrät in Wahrheit die Furcht, dass es wieder geschehen wird. Wer *in infinitum et ad nauseam* wiederholt »Wir werden niemals vergessen!«, der zeigt nur, dass er eben dies will, nämlich das Trauma unter die Schwelle des Bewusstseins zurückdrängen. Vielen Juden wäre nichts lieber, als dieses furchtbare und bedrückende Gedächtnis hinter sich zu lassen. Doch der Holocaust ist zu einem universalen Symbol für von Menschen verursachte

Tragödien geworden, gerade weil eine besondere Gruppe von Menschen aus besondere Gründen sein Opfer wurde. Daher wird es nichts helfen, wenn die Juden den Holocaust vergessen – die nichtjüdische Welt wird sie an ihn erinnern. Unter der Naziherrschaft konnten die Juden dem Holocaust nicht entkommen. Heute können sie seinem Gedächtnis nicht entkommen: Sie sind dazu verurteilt, ihn zu erinnern.

Aus dem Englischen von Reinhard Brenneke

Michel Serres

DER MENSCH OHNE FÄHIGKEITEN

Die neuen Technologien und die Ökonomie des Vergessens

Unser Körper hört, ruft und erinnert sich. Bakterien, Algen, Pilze, Pflanzen und Tiere geben gleichfalls ihre Anwesenheit zu erkennen und nehmen die Umwelt wahr, jedes auf seine Weise; kein Organismus kann ohne Austausch von Energie überleben, aber auch nicht ohne Austausch von Information. Schon vor dem Menschen kennzeichnet Kommunikation das Lebendige als offenes System: Die Zellen kommunizieren im Körper ebenso miteinander wie die Körper der Lebewesen in ihrer ökologischen Nische. Auch in der toten Materie wird über alle Größenordnungen hinweg Energie und Information ausgetauscht, von den chemischen Verbindungen über die Stürme in der Atmosphäre bis hin zu den Galaxien.

Wir Menschen haben diesen rein physiologischen oder physikalischen Prozessen eine Vielzahl künstlicher Hilfsmittel hinzugefügt, die unseren Körper in seinen Kommunikationsaktivitäten unterstützen; dieses Arsenal aus unterschiedlichsten Kommunikationsmitteln veränderte sich im Laufe der Geschichte. Erst in jüngster Zeit revolutionierten die elektronischen Technologien den gesamten Komplex der Aufnahme und des Empfangs, der Aufzeichnung und Speicherung, des Sendens und Übertragens von Information.

Diese Veränderungen betreffen die Zeit, den Raum und die zwischenmenschlichen Beziehungen.

1. Zeit und Geschichte

Ähnliche Umwälzungen haben wir schon mindestens zweimal in der Geschichte der Menschheit erlebt: die Erfindung der Schrift und die Erfindung des Buchdrucks. In Stein, Bronze oder Wachstafeln geprägt, später dann auf Papyrus oder Papier geschrieben, leistete die Schrift einen erheblichen Beitrag zur Entstehung der ersten Städte im Nahen und Mittleren Osten und großer, von geschriebenen Gesetzen beherrschter Staatswesen; man denke nur an den Codex Hammurabi oder die mosaischen Gesetze.

Die Schrift erleichterte und beschleunigte den Handel durch die Einführung des Münzgeldes, sorgte für den Aufschwung der Wissenschaft und der Pädagogik im alten Griechenland und für den Aufstieg der monotheistischen Religionen, die man geradezu als Schriftreligionen definieren kann. Heute unterteilen wir die ganze menschliche Geschichte in zwei Teile, in Vorgeschichte und Geschichte, wobei die Geschichte mit den ersten gravierten Texten beginnt. Die großen stabilen Ordnungen im Bereich der Politik, der Religion, der Wirtschaft, der Wissenschaft, die auf uns gekommen sind, beruhen sämtlich auf den Werkzeugen zur Bearbeitung von Information, die sich eigentlich weniger, wie oben behauptet, in der Geschichte verändert haben, sondern in erster Linie selbst die Geschichte prägten, denn erst die Schrift hat die Geschichte hervorgebracht.

Als in der Renaissance der Buchdruck aufkommt, revolutionieren die italienischen Banken den gesamten Handel im Mittelmeerraum; sie ersetzen das Münzgeld durch Briefgeld und schaffen mit einem Schlage den ersten Kapitalismus; die Verbreitung der Bücher begünstigt die von der Reformation geförderte Unabhängigkeit des einzelnen und damit auch die politische Demokratie sowie das bürgerliche Recht; ihre Sammlung in Bibliotheken entwertet die Doxographien; sie ermöglicht allen den Zugang zu den eigentlichen Quellen und fördert so die Entstehung der experimentellen Mechanik und Physik; insgesamt kann man daher sagen, der Buchdruck hat die neuzeitliche Wissenschaft hervorgebracht; und Montaigne, Erasmus, Rabelais und andere entwickeln auf dieser Grundlage neue pädagogische Konzepte. Beide Transformationen zeigen ein ähnliches Muster.

Der große Unterschied zwischen Technik und Technologien

Die Veränderung der Datenträger – »sanfte« Technologien auf negentropischer Ebene – scheint das individuelle Verhalten und die soziale Organisation dank ihrer Flexibilität, ihrer Geschwindigkeit und ihrer Ausbreitungsfähigkeit stärker zu beeinflussen als die »harten«, auf entropischer Ebene arbeitenden Techniken etwa der Industriellen Revolution. Während Mechanik und Thermodynamik uns seit langem ein hochentwickeltes, präzises Wissen über die Techniken und ihre Gesetze bieten, zum Beispiel über die Erhaltung der Energie und den Wirkungsgrad von Motoren, wissen wir noch sehr wenig über die Gesetze der Technologien, die sich in der Größenordnung und in den Anwendungen so deutlich von den Techniken unterscheiden. Daher behalte ich den Ausdruck »Technologie« jenen

Artefakten vor, die mit Zeichen, also mit dem Logos umgehen, und stelle ihnen die »Techniken« entgegen, deren energetischer Wirkungsbereich um den Faktor 10^{16} höher liegt.

Ein weiteres Beispiel: In den letzten Jahrzehnten haben feinsinnige Philosophen uns in ihren Büchern von der überragenden Bedeutung der jenseits des Buches liegenden, etwa in Bergwerken, Fabriken und Werkstätten beheimateten Techniken überzeugt; in ihrer transparenten, idealistischen Qualität verstanden die so geschriebenen Seiten sich selbst nicht als Technologien. Die vielfältigen Formen der Akkumulation und des Austauschs von Information, die ohne Zweifel auf den für das Leben notwendigen Prozessen und einem noch ferner liegenden Austausch innerhalb der toten Materie basieren, führen nun aber zu Veränderungen, die zwar weniger auffällig, aber auf lange Sicht von größerer Tragweite sind als die Veränderungen im Bereich der hohen Energien. Meine Generation hat die Katastrophe erlebt: Stahl, Kohle und Hochöfen, auf denen unsere Väter Europa zu errichten gedachten, teilen längst das Schicksal der Windmühle und des Spinnrads von ehemals, während der Computer die Zahl der Drucker in die Höhe schießen ließ und dem gravierten Zeichen der Antike überall und jederzeit zum Triumph verhalf. Statt seine Vorläufer zu verdrängen, sorgt die Erfindung eines neuen Datenträgers nur zu deren Neubelebung und Ausbreitung. Man hätte die Europäische Gemeinschaft nicht auf der Montanunion, sondern besser auf einer Bildungsunion aufbauen sollen.

Wenn diese Korrektur unseres Geschichtsbildes zutrifft und wenn die neuen Technologien eine beträchtliche Innovation gegenüber ihren Vorläufern darstellen – was sich allerdings nur schwer überprüfen lässt –, dann müssen wir uns auf mindestens ebensogroße Umwälzungen und sogar Brüche gefasst machen wie bei den beiden großen Umwälzungen der Vergangenheit.

Tatsächlich verändert die Ökonomie sich unter unseren Augen, während sie sich über das Netz ausbreitet und dem Geld Flüchtigkeit verleiht, ohne dass es dazu einer gemeinsamen Rechnungseinheit bedürfte; die Naturwissenschaften haben ihr Paradigma bereits unter dem Einfluss des Computers gewechselt; die Verteilung zwischen städtischen und ländlichen Räumen ändert sich sehr schnell, und alle Religionen geraten gegenüber allen anderen in eine Krise; einige von uns streben ein neues Recht an, weil das Netz und die Naturwissenschaft heute zahlreiche rechtsfreie

Räume aufweisen; und alle beklagen, dass die Politik keinen Mut mehr zur Gestaltung habe, sondern die Entscheidung anderen überlasse. Die fortgeschrittenen wie auch die in Entwicklung befindlichen Gesellschaften denken an ein Fernunterrichtssystem für eine Jugend, die wieder einmal kein Verständnis für die Abneigung der Älteren gegenüber der neuen Kultur hat. Man meint Sokrates zu hören, der es ablehnt, zu schreiben, und das Loblied der mündlichen Überlieferung singt; oder die ins Latein vernarrten Professoren der mittelalterlichen Sorbonne angesichts des Rabelaischen Gelächters.

2. Raum und Adresse

Fassen wir die alte Welt nochmals in einem Wort zusammen: Wir haben in einem Raum gelebt, der von der *Konzentration* beherrscht war. Eine Stadt versammelt Familien und Straßen; ein Stadtviertel Haushalte, ein Platz Werkstätten; ein Unternehmen kombiniert Produktions- und Kommunikationsmittel; ein Bauernhof häuft Saatgut an und paart Tiere; eine Bank, eine Bibliothek, ein Museum hortet Vermögenswerte, Bücher, Kunstwerke; ein Campus vereint Labors, Wohnheime, Unterrichtsräume; ein Hörsaal pfercht Studenten zusammen; ein Buch reiht Tausende von Wörtern aneinander; und die Idee des Kreises vereint unzählige Kreise in sich. Ich habe Jahre gebraucht, um zu verstehen, dass der Verstand, der Intellekt, die Kognition, kurz: das Denken sich wie der Einzelfall zu dieser umfassenden Geste einer unauflöslich materiellen, energetischen und informationsförmigen, pflanzlichen und tierischen, demographischen, kollektiven und sozialen, praktischen und finanziellen, politischen und wissenschaftlichen, mnemotechnischen und kognitiven Kapitalisierung verhält. Im Ich finden sich einige Ideen, in der Idee zahlreiche Fälle, im Buch Millionen von Zeichen, in der Bibliothek Tausende von Büchern, in der Stadt Bibliotheken, im Raum schließlich Städte, Bauernhöfe und Wege. *Das Speichern geht den Austauschprozessen voraus und ist deren Voraussetzung.* Beginn es mit den Kornspeichern Mesopotamiens oder den jagdfreien Schutzgebieten, die von den Ureinwohnern Australiens seit Zehntausenden von Jahren beachtet werden? Und gilt diese Voraussetzung allein für die energetischen Techniken?

Seit wir Menschen sind, leben wir in einem Raum voller Orte, an denen sich Dinge konzentrieren: in Häusern, in Dörfern, in Ansammlungen aller

Art und insbesondere an dem Ort, an dem ich wohne und den ich meine Adresse nenne. Wir leben in diesem Raum, denn durch Bauen formen wir ihn, durch Wohnen festigen wir ihn, durch Denken rekonstruieren wir ihn. *Die Spezies speichert, der einzelne denkt, der Vorgang ist derselbe.* Wir konnten gar nicht überleben ohne solche Konzentrationen, sie bildeten die Voraussetzung des Lebens, des einzelnen, des Kollektivs, der Praxis und der Theorie; unablässig erfanden wir neue in allen erdenklichen Hinsichten.

Und nun vollendet der Computer diesen Abschnitt der Menschwerdung. Denn wenn diese Maschine es verdient, als *universell* bezeichnet zu werden, dann im Hinblick auf die Konzentration. Wozu sollen wir noch Bücher, Zeichen, Güter, Studenten, Häuser oder berufliche Qualifikationen zusammentragen? *Der Computer hat es längst getan.* Das allgemeine Problem des Speicherns, an dessen Lösung wir unermüdlich arbeiten, seit es uns gibt, hat nicht nur seine reale, sondern auch seine virtuelle Lösung gefunden: Auf jede Frage dieser Art gibt es nun zahlreiche mögliche Antworten, je nach Voraussetzungen und einschränkenden Bedingungen.

Netze machen die *aktuelle* Konzentration überflüssig, und damit meine ich eine beliebige Ansammlung *hier und jetzt*. Die Geschwindigkeit der Kommunikation konzentriert virtuell überall und nach Belieben alle verfügbaren Elemente oder eine Auswahl daraus. Im Unterschied zu den alten Technologien ersetzen die neuen Maschinen die Funktion der Aufbewahrung durch schnelle Übertragung. Die Gesamtheit der Wege reicht für die Synthese aus. Wir speichern nicht mehr Dinge, sondern Relationen. *Der Austausch relativiert* das Speichern. Müssen wir den Kapitalismus überdenken?

Ich habe immer wieder lachen müssen, als ich am Ufer der Seine die Grande Bibliothèque emporwachsen sah, und das ausgerechnet zu dem Zeitpunkt, da die darin realisierte Kapitalisierung unnütz und absurd wurde. Die Politiker, die ohne Rücksicht auf die Armut im Volk so viel Geld in ihre vier Türme gesteckt haben wie einst die Pharaonen, erinnern an die Maharadschas, die im 17. Jahrhundert in Delhi riesige Sonnenuhren bauen ließen, um den Himmel mit der größtmöglichen Präzision beobachten zu können, während Galilei sein Fernrohr auf den Jupiter richtete und dessen Monde entdeckte. Die Verspätung dieser Hindufürsten mag entschuldbar sein, trennten doch mehrere tausend Kilometer sie vom Florenz der Renaissance. Der Elysée aber, an dessen Taubheit kein Zweifel bestehen kann, war dem endlosen Rauschen der weltweiten Kommunikation so

nahe wie jeder andere. Und so beglückte denn ein schlecht beratener Präsident Paris mit vier Sonnenuhren, obwohl jedermann an jedem beliebigen Ort zu jeder beliebigen Stunde Zugang zu einem Ort hat, an dem es nur ein einziges große Buch gibt. Warum sollte man sie noch anhäufen?

Diese noch ganz dem Denken der Vorväter verhaftete Tat macht die vorangegangenen Jahrzehnte zu einer zweiten Vorgeschichte, in der das Gedächtnis noch einen Ort, Schätze ein Depot und Menschen eine Adresse benötigten. Wenn die Zahl der Straßen sich erhöht, werden die Städte kleiner. Je mehr Neuronen, desto weniger Engramme. Die Relationen vermehren sich auf Kosten der »Substanz«, wie man im Mittelalter einst sagte.

Netze ersetzen Konzentration durch *Distribution*. Wenn wir über einen tragbaren Computer oder ein Mobiltelefon Zugang zu allen erdenklichen Gütern und Personen haben, sind wir nicht mehr so stark auf festgefügte Konstellationen angewiesen. Wozu noch Hörsäle und Unterrichtsräume, Versammlungen und Gespräche an einem bestimmten Ort, ja wozu selbst ein fester Wohnsitz, wenn Vorlesungen und Gespräche über beliebige Entfernung stattfinden können? Die genannten Beispiele kulminieren in der *Adresse*. In der ganzen Geschichte war sie an einen Ort gebunden, den Ort, an dem wir wohnten oder arbeiteten; heute dagegen bezeichnet die Nummer des Mobiltelefons keinen bestimmten Ort mehr; ein einfacher Code oder eine Zahl genügen. Wenn alle Punkte der Welt gewissermaßen gleichwertig sind, gerät das *hier und jetzt* in eine Krise. Wenn Heidegger, der gegenwärtig in der Welt meistgelesene Philosoph, die Existenz des Menschen als Dasein bezeichnet, verweist er damit auf eine Lebens- oder Denkweise, die im Verschwinden begriffen ist. Der theologische Begriff der *ubiquitas*, der göttlichen Allgegenwart, beschreibt unsere Möglichkeiten besser als das an Gräber gemahnende »hier ruht«.

Abschweifung über das Thema der Adresse

Als die geniale Frau eines unserer jagenden, in Felle gekleideten Vorfahren erstmals Gerste anbaute, errichtete dieses bäuerliche Paar in der Nähe ihrer überfließenden Nahrungsquelle ein festes Haus und ließ sich dort nieder. Auch Tiere bleiben in der Nähe ihrer Nische, ihres Nestes, ihres Reviers, ihrer Höhle, ihres Baus.

Was ist eine Adresse? Eine Sache und ein Wort mit jeweils zwei genau zu beschreibenden Wurzeln. Als exakte Bezeichnung des Wohnorts gab die Adresse die *korrekte Richtung* an, in die man sich wenden musste, um

dorthin zu gelangen oder um eine Nachricht gemäß ihrer Aufschrift an den richtigen *Bestimmungsort* zu bringen. Keine Adresse ohne Ort, so war es immer schon, von der Steinzeit bis vor kurzem. Das Wort, letztlich aus dem lateinischen *regere* (richten, lenken, regieren) und der die Richtung bezeichnenden Vorsilbe *ad* zusammengesetzt, stammt von *roi*, lateinisch *rex*, dem König, der hier regiert und dadurch die lokalen Grenzen seiner Macht bestimmt; von *roi* und von jenem *droit*; dem Recht, das sich, wie man sagt, nur ändert, wenn man die Pässe der Gebirge überschreitet. *Adroit*, geschickt, konnte der Postbote und jeder Bote, aber auch der Gendarm und der Richter Sie im Namen des Königs und des Rechts vorladen, sofern nur Ihre Adresse in der Stadt oder auf dem Lande bekannt war. Selbst Descartes' *Regeln zur Ausrichtung der Erkenntniskraft* setzen einen gerichteten, also mit Bezugspunkten versehenen Raum voraus. Ob Wohnort, Macht oder Jurisdiktion, Korrektheit der Methode oder des Denkens, die Adresse verwies auf den Reichtum des Ortes, indem sie seine Eigenschaften benannte. Selbst die Nomaden, die hinter ihren Herden herziehen, finden ihr Zelt, ihr Tipi, ihr bewegliches Haus wieder. Und noch die E-Mail-Adresse bezieht sich auf einen Apparat, der so schwer ist, dass man ihn nicht leicht transportieren kann.

Zum erstenmal in der Geschichte haben nun jedoch das Mobiltelefon und der tragbare Computer die Adresse vom Ort befreit. Ich rufe Sie nicht mehr zu Hause oder in Ihrem Büro an, sondern dort, wo Sie gerade sind, auf dem Meer, auf dem Gipfel des Matterhorns, im Zug oder im Flugzeug, vier Schritte von hier oder auf der anderen Seite der Erdkugel. Sie antworten mir, ohne zu wissen, von wo aus ich meine Fragen stelle, und ich höre Ihnen zu, ohne zu wissen, woher die Antwort kommt, nur eine Zahl gibt Aufschluss über den Ursprung der Sendung. Wir unterhalten uns von Code zu Code: Die *lokale Geometrie oder Topographie* weicht einer *Arithmetik oder Kryptographie der Zahlen*. Wir haben uns von den einzelnen Orten gelöst und befinden uns nur noch im globalen Raum. Als Spaziergänger oder als ratlos Umherirrende?

Denn wenn die Adresse Träger jenes semantischen Netzes des Korrekten, des Rechten und der Richtung ist, dann verliert mit ihrem Verschwinden jegliche Regel ihre Prägnanz. Manche möchten das Netz reglementieren: Da die Adresse auf König und Recht verweist, fürchten sie mit dem Ort und seiner Bestimmung auch jegliches Gesetz zu verlieren. Besser erscheint es mir da, den Raum neu zu denken, den Wohnort, das Hier und

Jetzt, die angesammelten Objekte, die kollektiven Subjekte..., also die ganze Philosophie und insbesondere die Erkenntnis.

3. *Der kognitive und kollektive Mensch*

Das Gedächtnis als Beispiel

Die geschichtliche Zeit und den Wohnort zu wechseln lässt den Menschen nicht unverändert. *Speichern* könnte man auch so interpretieren: Wenn man Information auf einem Stück Pergament, einer bedruckten Seite Papier oder einem elektronischen Trägermedium ablegt, dann erzeugt man ein Gedächtnis. Unsere Vorfahren konnten Tausende von Versen auswendig aufsagen wie Schauspieler ihren Text. Solche Leistungen übersteigen heute unsere Fähigkeiten. In dem Maße, wie wir leistungsfähige Gedächtnisse bauen, verlieren wir unser eigenes, jenes nämlich, das die Philosophen einst eine *facultas*, eine Fähigkeit oder ein Vermögen, nannten. Aber kann man hier wirklich von »verlieren« sprechen? Nicht ganz, denn der Körper überträgt diese alte Fähigkeit Schritt für Schritt auf die wechselnden neuen Trägermedien; das im Hirn lokalisierte, subjektive Vermögen wird objektiv und kollektiv. Eine Steinstele, eine Papyrusrolle, ein Blatt Papier sind materielle Gedächtnisse, die unser körperliches Gedächtnis entlasten können. Das galt schon für die Bibliotheken und wird erst recht für das Internet gelten: ein globales, enzyklopädisches, kollektives Gedächtnis der Menschheit.

Vor einigen Jahrhunderten vermochten fahrende Sänger und Geschichtenerzähler, die Apostel oder die Teilnehmer eines Platonischen Dialogs und selbst ein Student der mittelalterlichen Sorbonne noch nach Jahren die einst in der Jugend gehörten Aussagen eines Lehrers oder Sängers zu wiederholen, ohne eine einzige Silbe auszulassen. Vor den Irrtümern allzu intelligenter Kopisten gefeit, bot die mündliche Überlieferung größere Sicherheit als die schriftliche. Unsere Vorfahren kultivierten ihr Gedächtnis und verfügten über ausgeklügelte mnemotechnische Strategien. Als wir begannen, uns Notizen zu machen und Gedrucktes zu lesen, verloren wir diese Fähigkeit nicht wirklich, sondern übertrugen sie auf das Buch.

Wie das Rad vom Körper und der Drehbewegung des Knöchels oder der Kniescheibe beim Laufen ausging, so ging die Informationsspeicherung auf Datenträgern von den alten kognitiven Funktionen aus. Anders als die Tiere, die in einen Organismus ohne solche »Absonderungsmöglichkei-

ten« eingeschlossen sind, übertragen wir von jeher körperliche Funktionen auf entsprechende Werkzeuge. Wir verlieren das Gedächtnis, weil wir zahlreiche Gedächtnisse konstruieren.

Verlieren, gewinnen?

Hier stoßen wir auf die alten und neuen Klageweiber, die in Rede und Text den Verlust der Mündlichkeit, des Gedächtnisses, des begrifflichen Denkens und anderer Dinge beklagen, welche unseren Vorfahren einst teuer waren.

Wenn wir uns dem Schnee von gestern zuwenden, sollten wir uns den Menschwerdungsprozess vor Augen führen, wie ihn etwa der Prähistoriker Leroi-Gourhan beschrieben hat. Als unsere fernen Vorfahren sich von ihren vier Füßen erhoben und den aufrechten Gang entwickelten, eine Evolution, die ohne Zweifel viele tausend Jahre in Anspruch nahm, da *verloren* ihre vorderen Gliedmaßen die Fähigkeit der Fortbewegung. Aber dafür gewann die Hand neue Funktionen hinzu. Das Greifen setzt eine Entdifferenzierung voraus, die es diesem Organ erst ermöglicht, zur Hand der Seefahrt oder des Zimmerns, der Chirurgie oder des Cembalos, des Lineals und des Zirkels, der Wahrsagerei und vieler anderer Dinge zu werden. Aber als die beiden Hände sich dieser feinen Aufgabe des Greifens widmeten, die auch Voraussetzung für das Begreifen ist, verlor das Maul, das bis dahin vorstand, weil die Zähne so besser zupacken konnten, seinerseits diese Funktion und zog sich zurück, so dass der Gesichtswinkel steiler wurde; der Schädel änderte seine Form und schuf im vorderen Bereich einen Raum, in dem das Gehirn die Stirnlappen entwickeln konnte – und der Mund begann zu sprechen.

Die Bilanz dieser Veränderungen stellt zwei geringfügige Verluste: die Fortbewegungsfunktion der beiden vorderen Gliedmaßen, das Greifen mit Lippen und Gebiss, einem Gewinn gegenüber, der in keinem Verhältnis dazu steht: die vielfältige Nutzbarkeit der Hand, zahlreiche fein ausgearbeitete Sprachen, Dialoge und Objekte. Daher sollte man besser sagen: Der Arm befreite sich von der niederdrückenden Pflicht, den Körper zu tragen; der Mund entledigte sich der ermüdenden Aufgabe des Greifens, die Hand wurde ein geschicktes Organ, und das Gehirn begann zu denken. Wenn eine Verarmung zu einer verbesserten Ausstattung führt, bedeutet der Wegfall einer Funktion, dass man sich davon befreit und etwas Neues erfindet.

Als man Homers Gesänge nicht mehr auswendig aufsagte, befreite der

dadurch bedingte Verlust an Gedächtnisvermögen die kognitiven Funktionen von der unerbittlichen Last vieler Millionen Verse, und es entstand, in abstrakter Schlichtheit die Geometrie, die Tochter der Schrift. In der Renaissance nahm dann ein weitaus größerer Verlust den Gelehrten die Last der Dokumentation, damals Doxographie genannt, und übertrug ihnen wieder die Aufgabe der direkten Beobachtung, aus der die Experimentalwissenschaften hervorgingen, die Töchter des Buchdrucks. Insgesamt überwogen die Vorteile bei weitem die Nachteile, denn hier entstanden zwei andere Welten, die ihre Vorläufer in sich aufnahmen. Wissen heißt nun nicht mehr sich zu erinnern, sondern das Gedächtnis zu objektivieren, es in Objekte hineinzuverlegen, es vom Körper auf Artefakte zu übertragen, so dass der Kopf frei wird für tausend neue Entdeckungen.

Ich habe lange gebraucht, bis ich verstand, was Rabelais mit seinem bekannten Ausspruch meinte, über den ich als Schüler einen Aufsatz schreiben musste und der besagt, dass ein gebildeter Kopf besser sei als ein voller. Bevor man Bücher in seine Bibliothek stellen konnte, mussten Montaignes gelehrte Vorfahren die *Ilias* und Plutarch, die *Aeneis* und Tacitus auswendig lernen, wenn sie darüber nachdenken wollten. Wenn der Autor der *Essais* sie zitieren will, braucht er sich nur noch daran zu erinnern, auf welchem Regal sie stehen, und schon kann er darin nachsehen. Welch eine Ökonomie! Die von dieser Renaissance angestrebte Pädagogik leert den bislang vollen Kopf und formt ihn ohne Rücksicht auf den Inhalt, der nun überflüssig geworden ist, weil man in den Büchern stets darauf zurückgreifen kann. Vom Gedächtnis befreit, wendet sich ein wohlgeformter, gebildeter Verstand der Welt und der Gesellschaft zu, um sie zu beobachten. In Wirklichkeit singt Rabelais in dieser Sentenz ein Loblied auf die Erfindung des Buchdrucks und zieht Lehren für die Pädagogik daraus.

Heute müssen wir *Pantagruel* oder die *Essais* umschreiben. Wie senile Greise wissen die Kinder von heute schon am nächsten Tag nicht mehr, was sie gestern im Fernsehen gesehen haben. Welche unermessliche Wissenschaft wird dieser Gedächtnisverlust hervorbringen? Dieses neue Wissen können Sie jetzt schon im Internet lernen oder zumindest anschauen, denn das Internet ist bereits nach diesem neuen Vergessen gestaltet. Ja, die Enzyklopädie, deren weltweites Netz aus einer Unzahl einzelner Informationen besteht, hat unter dem Einfluss der neuen Befreiung ihr Paradigma gewechselt. Unser kognitiver Apparat befreit sich von möglichen Erinnerungen, um Raum für Erfindung zu schaffen. Schutzlos sind wir einem

furchtbaren Schicksal ausgeliefert: *Frei von jedem Zitat, befreit von der erdrückenden Verpflichtung zur Fußnote, bleibt uns nichts anderes übrig, als intelligent zu werden.*

Der Mensch ohne Fähigkeiten

Dieser Gedanke lässt sich auch auf die übrigen kognitiven Funktionen übertragen. Taschenrechner, das Mosaik der Bildpunkte auf dem Bildschirm und Tausende von Computerprogrammen befreien *ad hoc* ebenso viele operative Funktionen und in Teilen sogar die Phantasie. Die alten kognitiven Fähigkeiten, die wir für *persönlich* und *subjektiv* hielten, werden durch die neuen Technologien *kollektiv* und *objektiv*. Wir verlieren die einen und gewinnen die anderen. Reden wir nicht mehr so, als hätte die alte Psychologie der geistigen Fähigkeiten noch Geltung. Über welchen magischen Spiegel, welche Helmlampe der Bergsteiger und Bergleute verfügten die Philosophen, die sie erfanden, nachdem sie angeblich die dunklen Gänge und Gipfel des menschlichen Verstandes erforscht hatten? Robert Musil sprach einst vom *Mann ohne Eigenschaften*; ich möchte diesen Menschen, der da geboren wird, den *Menschen ohne Fähigkeiten* nennen.

Wie zur Zeit der Renaissance entsteht eine neue Wissenschaft, eine neue Kultur, deren große Erzählungen eine andere Kognition hervorbringen, die sie ihrerseits reproduziert und bereichert. Zu solch einem grundlegenden Wandel des Denkens kam es mehrmals in der Geschichte, etwa als die abstrakten Modelle der Geometrie oder die Experimentalphysik entstanden, und zwar jeweils zur selben Zeit, als auch die Technologien sich änderten. Die Geschichte der Philosophie wie auch die Geschichte schlechthin, beide abhängig von der Geschichte der Erkenntnis, folgen der Geschichte der Trägermedien.

Das Martyrium des hl. Denis

Als die entfesselten Soldaten ihm den Kopf abschlugen und der zu Boden fiel, bückte er sich kopflos, hob ihn auf und hielt ihn einen Augenblick in den erhobenen Händen. Diese furchterregende Geste, heißt es, ließ selbst seine Verfolger zurückschrecken. So stellt die Heiligenlegende nach Gregor von Tours das Martyrium dar, das um 250 ein Bischof von Paris namens Denis durchlitt. Im Panthéon können Sie sich diese Szene auf einem Gemälde anschauen, das der akademische Maler Léon Bonnat 1888 geschaffen hat.

Manchmal pflücken wir eine Blume oder nehmen einen Stein, ein Stück Erde in die Hand, um sie zu untersuchen, und ich nehme an, dass wir sie zuerst wahrnahmen, denn unser Körper bückt sich, damit die Arme sie in die Nähe der Augen bringen können; der Kopf als Sitz des Gesichtssinns und des Gehörs, des Geruchs und des Geschmacks, der sprechenden Zunge und des Gehirns, das, wie man sagt, wägt und entscheidet, dient also insgesamt wohl als der oberste Bezugspunkt, denn er befiehlt offenbar, dass der Körper sich bückt, die Dinge ergreift, die seine Aufmerksamkeit geweckt haben, und sie in seine Nähe bringt. Diese Instanz des Richters und Oberhaupts nennt die Philosophie das Subjekt. Was da auf dem Boden liegt und von den Fingern ergriffen wird, nennt sie ein Objekt, das von der Hand aufgenommen und vom Subjekt erfasst wird, sofern sie es können. Diese ganz gewöhnliche Figur der Wahrnehmung und Erkenntnis wird nun in unserer Märtyrergeschichte auf wundersame Weise verwandelt, denn das Objekt, das da aufgenommen und dem Richter vorgeführt werden soll, ist nichts anderes als der Richter, als das Oberhaupt selbst, und die Finger, die es ergreifen, präsentieren es einer abwesenden, enthaupteten Instanz. Welche Heiligkeit erlaubte es dem enthaupteten Denis, seinen Kopf vom Boden aufzunehmen?

Das Objekt, von der erschrockenen Versammlung als solches nur schlecht erkannt, erhebt sich plötzlich über die gebannten Blicke der Mörder. Ja, der Kopf des Opfers, den der Enthauptete selbst in Händen hält und über den kopflosen Rumpf hebt, bleibt immer noch Subjekt. Aber welcher andere, abwesende Kopf sieht ihn ohne Augen, riecht ihn ohne Geruchssinn, hört ohne Gehör sein Zähneklappern und sein schmerzvolles Stöhnen, beurteilt ihn ohne Hirn, spricht ihn an ohne Mund? Blind betrachtet der Phantomkopf den nach der Enthauptung nun abgetrennten realen Kopf. Sehen Sie endlich das nackte, leere, *von jeder Fähigkeit entblößte* Subjekt, das Bonnat in einem hellen, transparenten Heiligenschein malte: angesichts des *objektiviert Kognitiven*?

Womit wollen Sie nun Ihren Computer und seinen riesigen Speicher, seinen von Bildern überfluteten Bildschirm, seine gewaltige Rechengeschwindigkeit, sein blitzschnelles Ordnen der Daten vergleichen? Mit welchem vollen und gebildeten, unendlich dichten und genial konstruierten Kopf? Mit welchem transparenten Licht wollen Sie Ihren eigenen leeren Kopf angesichts seiner in Glas und Plastik, Silizium und Glasfasern materialisierten Fähigkeiten vergleichen? Wir alle sind zu einem hl. Denis

geworden; jeden Tag greifen wir nach diesem vollen und gebildeten Kopf vor uns, um uns seiner zu bedienen, während wir selbst einen leeren, erfinderischen Kopf auf den Schultern tragen.

Die andere Bedeutung des Verbs »verlieren«

Eine seltsame Fähigkeit des menschlichen Körpers, sich Stück für Stück in Objekte zu verwandeln. Wir füllen die Welt mit Werkzeugen in Gestalt der Faust: Hammer oder Fäustel, des Ellbogens: Hebel oder Rolle, des Auges: Lupe oder Fernrohr, und mit zahllosen Kombinationen diverser Funktionen, die dann draußen in der Welt als solche gar nicht mehr erkennbar sind. Wir messen sie sogar in Spannen und Ellen, ohne uns zu fragen, wie diese Maschinen unserem Organismus entsprungen sind. Meines Wissens gibt es noch keine Erklärung für diesen Verlust, der nun in einem anderen Sinne zu verstehen wäre; zum Glück gleichen Mythen und Heiligenlegenden diesen Mangel der rationalen Theorie aus. Denn der Körper verliert wie eine alte, löchrige Tonne. Wie der Körper des Bischofs seinen Kopf verliert, bevor er ihn aufnimmt, so entlässt unser Körper Bruchstücke und zerstreute Glieder, die sich sogleich in technische Objekte und Substitute verwandeln. Lange bevor man die Körperfunktionen und den Organismus mit einer Maschine verglich, glichen sich die Apparate selbst dem Körper an. Dieser endlose Kreis nährt sich selbst. Als einziges Tier, dessen Körper verliert, bringt der Mensch Techniken hervor, *deren Geschichte die Menschwerdung vorantreibt. Der Einbruch neuer Technologien markiert daher ein Zeitalter in dieser Geschichte der Menschwerdung.*

Die übrigen Lebewesen werden von der Evolution geformt; nur unser Organismus bleibt davon verschont, denn die menschliche Zeit bemisst sich weniger nach den Veränderungen unseres Körpers als nach denen unserer Hervorbringungen, also jener Verluste, die in die Geschichte eingehen und sie hervorbringen, indem sie sich auf eigentümliche, gleichsam »exodarwinistische« Weise entwickeln. Durch diese Verluste, die eine Welt bilden, welche sich außerhalb unseres Körpers entwickelt, verändern sich unsere physische Leistungen, soweit es sich um gewöhnliche Energie handelt, und unsere kognitiven Leistungen, soweit sie Information betreffen. Damit verändern sich auch die Individuen zugleich mit den lebensnotwendigen Austauschprozessen, aber auch mit dem Austausch zwischen den Kollektiven.

Das Bildungswesen und die Entwicklungsländer

Einer der für die Geschichte wichtigsten Informationsströme reicht die Überlieferung von einer Generation an die nächste weiter, die dieser natürlich nicht folgt, so dass ein glückliches Element von Kontingenz in der Geschichte wirksam wird. Die Pädagogik veränderte sich also stets mit den Informationsträgern; so entstanden zu ihrer Zeit die griechische *Paideia* und die Bildungsidee der Renaissance.

Die Investitionen, die für den Bau einer neuen Universität mit all ihren Gebäuden, Bibliotheken, Hörsälen, Labors, Mensen und Wohnheimen erforderlich wären, übersteigen um gut das Hundertfache die Kosten, die man für die Verbreitung derselben Lerninhalte mit Hilfe der neuen Technologien aufbringen müsste. Da das Internet allenfalls sprachliche Grenzen kennt, eröffnen diese niedrigen Kosten bei hohem Multiplikatoreffekt auch Individuen und Gemeinschaften Chancen, die bisher noch keinen Zugang zu diesen Wissensquellen hatten. Und was wäre eine Universität, die nicht ans Universelle reicht?

Deshalb bemühe ich mich seit mehr als zehn Jahren um die Weiterentwicklung des Fernunterrichts als pädagogische Konsequenz aus den neuen kognitiven Gegebenheiten, in der Hoffnung, solch ein Unterricht werde für mehr Gleichheit in einer noch nicht existierenden weltweiten Demokratie sorgen, denn hinter dem Namen »Demokratie« verbirgt sich heute die unerbittlichste Form von Imperialismus auf der Ebene der Energie wie auch der Information.

Aus dem Französischen von Michael Bischoff

Zu den Autorinnen und Autoren

Yehuda Bauer lehrt Geschichte an der Hebrew University of Jerusalem und ist Direktor des Internationalen Forschungsinstituts für Holocaust-Studien am Yad Vashem in Jerusalem. *Die dunkle Seite der Geschichte*, Frankfurt a.M. 2001; *Rethinking the Holocaust*, Yale UP 2001; *Freikauf von Juden?*, Frankfurt a.M. 1996.

Alex Boraine ist Stellv. Vorsitzender der Truth and Reconciliation Commission, South Africa; Professor für Recht und Direktor des Transitional Justice Center, New York University School of Law. *A Country Unmasked: Inside South Africa's Truth and Reconciliation Commission*, Oxford UP 2001.

Eva Brunner-Szabo / Gert Tschögl leben und arbeiten in Wien und im Burgenland. Seit 1995 gemeinsame Projekte, seit 2000 unter dem Label memoryPROJECTS (<http://www.t0.or.at/~memoryproject>). Fotografische und multimediale Arbeiten, Kunst im öffentlichen Raum, Internetprojekte im Bereich zwischen Kunst und Wissenschaft, insbesondere zum Verhältnis von Geschichte und Erinnerungen. Preise für: »Museum der Erinnerungen – European version« (1998 Web-Book-Award), »Museum de memòries« (1999 Preis der Art Públic Calaf), »Museum der Erinnerungen. Burgenländische Fotogeschichten« (2001 Kulturpreis des Landes Burgenland für Erwachsenenbildung).

Timothy Garton Ash, Historiker und Publizist, ist Direktor des Zentrums für Europäische Studien am St. Antony's College in Oxford. Auf deutsch ist u.a. erschienen: *Zeit der Freiheit. Aus den Zentren des neuen Europa*, München 1999; *Die Akte ›Romeo‹. Persönliche Geschichte*, München 1997; *Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent*, München 1993; *Ein Jahrhundert wird abgewählt. Aus den Zentren Mitteleuropas 1980 - 1990*, München 1990.

Joachim Gauck war von 1990 bis 2000 Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. *Wahrheitspolitik in Deutschland und Südafrika* (zusammen mit Alexander Neville und Jutta Limbach), Hannover 2001; *Die Stasi-Akten. Das unheimliche Erbe der DDR*, Reinbek 1991.

Reinhart Koselleck ist Professor emeritus für Geschichte an der Universität Bielefeld und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des IWM. *Zeitschichten. Studien zur Historik*, Frankfurt a.M. 2000; *Zur politischen Ikonologie des gewaltsamen Todes. Ein deutsch-französischer Vergleich*, Stuttgart 1998; *Der politische Totenkult. Kriegerdenkmäler in der Moderne*, München 1993; *Mithg. der Geschichtlichen Grundbegriffe*, 8 Bde., Stuttgart 1972 ff.

Charles S. Maier, Historiker, ist Direktor des Center für European Studies an der Harvard University. In deutscher Sprache erschien: *Das Verschwinden der DDR*

und der Untergang des Kommunismus, Frankfurt a.M. 1999; *Deutschland und der Marshall-Plan*, Baden-Baden 1992; *Die Gegenwart und die Vergangenheit. Geschichte und die nationale Identität der Deutschen*, Frankfurt a. M. 1991.

Alexei Miller ist Senior Research Fellow an der Russischen Akademie der Wissenschaften und Gastprofessor für Geschichte an der Central European University, Budapest; 2001 war er Visiting Fellow des IWM. *Imperial Authorities, Russian Public Opinion and Ukrainian Nationalism in the Reign of Alexander II.*, St. Petersburg 2000; Herausgeber von *Nation and Nationalism*, Moskau 1999, und *Nationalism and Nation-Formation*, Moskau 1994 (alle Titel russisch); »Russia, Eastern Europe, Central Europe in the Framework of European History«, in: G. Stourzh (Hg.), *Annäherungen an eine europäische Geschichtsschreibung*, Wien (in Vorbereitung).

Pierre Nora lehrt Geschichte an der École des Hautes Études en Sciences Sociales (EHESS), Paris. *Zwischen Geschichte und Gedächtnis*, Berlin 1990; Hg. von *Les lieux de memoire, Paris 1984-93*; Hg. der Zeitschrift *Le débat*.

Andrzej Paczkowski ist Professor für Geschichte an der Polnischen Akademie der Wissenschaften. *Half a Century of Polish History, 1939-1989*, Warschau 1995; *The Polish Press 1918-1939*, Warschau 1980.

Aviezer Ravitzky, Professor of Jewish Philosophy and Chair, Department of Jewish Thought, The Hebrew University of Jerusalem. *Religion and State in Jewish Philosophy: Models of Unity, Coexistence, Conflict and Subordination*, Jerusalem 1998; *History and Faith: Studies in Jewish Philosophy*, Amsterdam 1996; *Messianism, Zionism and Jewish Religious Radicalism*, Tel Aviv 1993 / The University of Chicago Press 1996.

Paul Ricoeur ist Professor emeritus für Philosophie an der University of Chicago und an der Sorbonne; Mitglied der Académie Française; Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des IWM. Auf Französisch erschien zuletzt *La mémoire, l'histoire, l'oubli*, Paris 2000; auf Deutsch erschienen zum Thema u.a.: *Das Rätsel der Vergangenheit. Erinnern, Vergessen, Verzeihen*, Göttingen 1998; *Zeit und Erzählung*, 3 Bde., München 1988-91.

Jacques Rupnik, Politologe und Historiker, ist Directeur de Recherche am Centre d'Etudes et de Recherches Internationales (CERI), Paris. *Le printemps tchécoslovaque* (Hg.), Brüssel 1999; *Unfinished Peace*, Washington 1996; *Les balkans: paysage après la bataille*, Brüssel 1996; *Le déchirement des nations*, Paris 1995; *The Other Europe*, New York, 1989.

Michel Serres, Philosoph, Mitglied der Académie Française. In deutscher Sprache erschienen u.a.: *Der Thesaurus der exakten Wissenschaften*, Frankfurt a.M. 2001; *Hermes*, Bd. I-V, Berlin 1991-94; *Der Parasit*, Frankfurt a.M. 1987.

